

Betreff:

Haushaltssatzung 2016

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

18.02.2016

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

25.02.2016

Status

Ö

Beschluss:

„Zur Vorbereitung der Haushaltslesung des Rates am 15. März 2016 wird der Finanz- und Personalausschuss um folgende Beschlussempfehlung gebeten:

1. Der **Verwaltungsentwurf** der Haushaltssatzung 2016 nach dem derzeitigen Stand mit
 - a) dem Haushaltsplan 2016 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2015 – 2019
 - b) den Haushaltsplänen 2016 einschließlich Stellenübersichten und Investitionsprogramm 2015 – 2019 für
 - die Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement
 - die Sonderrechnung Stadtentwässerung und
 - die Sonderrechnung Abfallwirtschaft
 - c) dem Haushaltsplan 2016 des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“wird beschlossen, soweit sich nicht aus den nachfolgenden Beschlusspunkten eine andere Empfehlung ergibt.
2. Die finanzunwirksamen Anträge der Fraktionen einschließlich der Anträge der **Stadtbezirksräte** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlage 2).
3. Die Änderungsvorschläge der Verwaltung zu Wesentlichen Produkten und Maßnahmen in einzelnen Teilhaushalten werden nach Maßgabe der Einzelabstimmungen beschlossen (Anlage 3).
4. Die finanzwirksamen Anträge der Fraktionen einschließlich der Anträge der **Stadtbezirksräte** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlage 4.1 und 5.1).
5. Die Ansatzveränderungen der Verwaltung werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlage 4.2 und 5.2).
6. Die haushaltsneutralen Umsetzungen und die Haushaltsvermerke der Verwaltung werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der

Einzelabstimmung beschlossen (Anlage 4.3 und 5.3).

7. Aus den **75 am besten bewerteten Einwohnervorschlägen zum Bürgerhaushalt** werden aus dem Themenbereich ÖPNV die Bürgervorschläge Nr. 2, 16, 27 und 40 sowie aus dem Themenbereich Fuß- und Radverkehr die Bürgervorschläge Nr. 15, 18, 20, 24 und 37 inhaltlich aufgegriffen und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bzw. hierfür im Wirtschaftsplan der Braunschweiger Verkehrs-GmbH vorhandener Mittel unter Berücksichtigung bestehender Prioritäten umgesetzt.

Für die bereits umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Vorschläge (Abschnitt C der Anlage 6.1) ist die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel nicht erforderlich.

Die unter Abschnitt B der Anlage 6.1 aufgeführten Vorschläge werden auf Grund des Ergebnisses der Vorberatung in den Fachausschüssen abgelehnt.

Für die übrigen Top 75-Vorschläge werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte dieser Vorschläge bei Bearbeitung der jeweiligen Themen zu würdigen und in die Entscheidung mit einfließen zu lassen.

Die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie der Bürgerhaushalt auf ein vom Haushaltsplanverfahren zeitlich unabhängiges Verfahren umgestellt werden kann.

8. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den vorstehenden Beschlusspunkten und der Aufteilung der Personalaufwendungen ergebenden Veränderungen im Enddruck des Haushaltplanes 2016 auf die Teilhaushalte einschließlich der Produktdarstellung zu übertragen.
9. Der § 4 der Haushaltssatzung 2016 wird folgendermaßen geändert:

„Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2016 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 50.000.000 Euro festgesetzt.“

- 10.1 Der § 6 der Haushaltssatzung 2016 wird folgendermaßen erweitert:

"Davon abweichend sind über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit Flüchtlingsangelegenheiten unerheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 150.000 Euro nicht übersteigen."

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Richtlinie des Rates gemäß § 58 Abs. 1 NKomVG zur Auslegung des Begriffes „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ unter dem Buchstaben g um diese Regelung zu ergänzen.

- 10.2 Die Richtlinie des Rates gemäß § 58 Abs. 1 NKomVG zur Auslegung des Begriffes „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ wird unter lit. g) um folgenden Satz 2 ergänzt:

"Die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit Flüchtlingsangelegenheiten ist bis zu einer Wertgrenze von 150.000 Euro im Einzelfall ein Geschäft der laufenden Verwaltung."

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 14. September 2015 hat die Verwaltung den Entwurf des Haushaltsplans 2016 und des Investitionsprogramms 2015 - 2019 vorgelegt. Außerdem war eine Auflistung der 75 am besten bewerteten Vorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren beigefügt.

Mit Schreiben vom 28. September 2015 an den Ratsvorsitzenden des Rates der Stadt Braunschweig hat der Oberbürgermeister die vorgelegten Unterlagen für den vorgesehenen Beratungsgang zurückgezogen und sich vorbehalten, diese in einem späteren Beratungsgang erneut einzubringen. Änderungsnotwendigkeit ergab sich aufgrund der Gewinnwarnung der Volkswagen AG.

Mit Schreiben vom 22. Dezember 2015 sind die Ansatzveränderungen der Verwaltung zum Entwurf des Haushaltsplans 2016 und des Investitionsprogramms 2015 – 2019 versandt worden, so dass der Beratungsgang fortgesetzt werden konnte. Mit einem weiteren Schreiben vom 28. Dezember 2015 sind ein neuer Entwurf der Haushaltssatzung 2016 und ein Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzhaushalt sowie eine geänderte Zuschussliste an den Rat gesandt worden.

Die Anhörung der **Stadtbezirksräte** hat in der Zeit vom 6. bis 14. Januar 2016 stattgefunden. Dem Rat sind mit Schreiben vom 26. Januar 2016 die Anträge der Ratsfraktionen und der Stadtbezirksräte vorgelegt worden. Der Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2016/Investitionsprogramm (IP) 2015 - 2019 ist in der Zeit vom 3. bis zum 10. Februar 2016 in den Fachausschüssen beraten worden. In den Sitzungen der Stadtbezirksräte haben diese auch über die gemäß § 93 NKomVG in Verbindung mit der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig mögliche Bildung von Bezirksratsbudgets abgestimmt. Weiterhin sind die Haushaltsmittel bei insgesamt 18 von 19 Stadtbezirksräten budgetiert. Auf eine Budgetbildung verzichtet hat lediglich der Stadtbezirksrat des Stadtbezirks 331 Nordstadt.

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 04. Februar 2016 keinen Beschluss über den Haushaltsplanentwurf 2016 sowie das Investitionsprogramm 2015 – 2019 gefasst, sondern beabsichtigt eine weitere Beratung am 24. Februar 2016. Der Schulausschuss hat den Haushaltsplanentwurf 2016 sowie das Investitionsprogramm 2015 – 2019 insgesamt passieren lassen. Die übrigen **Fachausschüsse** haben der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Die Anträge der Fraktionen, die nach dem Versand der Antragslisten eingereicht oder während der Beratungen in den Ausschüssen gestellt wurden, sind in den beigefügten Zusammenstellungen mit „neu“ gekennzeichnet worden.

In der Anlage 1 Anfragen/Anregungen (weiß) sind die gestellten Anfragen bzw. deren Beantwortung enthalten.

In der Anlage 2 (Finanzunwirksame Anträge), Anlage 4.1 (Ergebnishaushalt) und Anlage 5.1 (Finanzhaushalt inkl. IP) sind die Ergebnisse der Ausschussberatungen aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt in Anlage 3 Veränderungen an Wesentlichen Produkten und Maßnahmen gegenüber dem Haushaltsentwurf vor, die einer Beschlussfassung bedürfen.

In den Anlagen 4.2 und 5.2 sind die Ansatzveränderungen der Verwaltung im Ergebnis- und Finanzhaushalt aufgeführt. Nach Abschluss der Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen haben sich im Ergebnishaushalt und im Finanzhaushalt noch Ansatzveränderungen ergeben, die in den Anlagen mit „neu“ gekennzeichnet sind.

In den Anlagen 4.3 und 5.3 sind die sich nach der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs 2016 ergebenden **neutralen Mittelumsetzungen (inkl. Haushaltsvermerke)** im Ergebnis- und Finanzhaushalt aufgelistet.

In der Anlage 6 sind die 75 am besten bewerteten Einwohnergemeinschaften aus dem Bürgerhaushalt aufgelistet.

1. Finanzierung von Haushaltsresten

In die Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2016 bis 2019 ist der vorgesehene Abbau der Haushaltsreste folgendermaßen aufgenommen worden:

Ergebnishaushalt

In Mio. €	2016	2017	2018	2019
	1,5	3,9	2,1	3,2

Finanzhaushalt

In Mio. €	2016	2017	2018	2019
	4,1	6,1	4,0	5,9

Wie im Haushaltsplan 2015 wird unverändert davon ausgegangen, dass die Haushaltsreste im Planungszeitraum 2016 bis 2019 nur teilweise abgebaut werden können.

In den folgenden Ausführungen wird bei den Darstellungen zum Ergebnis- und zum Finanzhaushalt der dargestellte Abbau der Haushaltsreste berücksichtigt.

2. Ansatzveränderungen der Verwaltung zum Entwurf

Hinweis:

Bei den nachfolgenden Berechnungen unter Ziffer 2 sind die Ansatzveränderungen der Verwaltung vollständig, d.h. ohne das Votum der Fachausschüsse eingerechnet worden.

2.1 Ergebnishaushalt

Der Entwurf des Ergebnishaushaltes 2016 wies für das Planjahr 2016 bei Versand an die Ratsmitglieder (Stand: September 2015) einen Überschuss inkl. Resteabbau (2014) in Höhe von rd. 0,3 Mio. € aus. Aufgrund der vorgelegten Ansatzveränderungen (einschließlich der Ansatzveränderungen aus dem Dezember 2015) ergibt sich ein Verlust von 12,4 Mio. €.

2.1.1 Ansatzveränderungen im Ergebnishaushalt

Die **wesentlichen Ansatzveränderungen**, die gegenüber dem im September 2015 versandten Haushaltsentwurf zur Veränderung des Ergebnisses für das Jahr 2016 führen, werden nachstehend näher erläutert:

Bei der **Gewerbesteuer** waren für den Haushaltsentwurf für 2016 Erträge von 180,0 Mio. € veranschlagt. Auf der Basis der Entwicklung der Gewerbesteuer im Jahr 2015 und der vorliegenden aktuellen Erkenntnisse wird davon ausgegangen, dass im Jahr 2016 Erträge in Höhe von 135,0 Mio. € erzielt werden können. Hierbei wird davon ausgegangen, dass sich vorübergehende negative Effekte bei der Gesamtheit der regionalen Gewerbesteuerzahler ergeben, die sich im Finanzplanungszeitraum kontinuierlich verringern. Für die weiteren Planungsjahre 2017 bis 2019 wird daher

von einer Erholung bei der Gewerbesteuer ausgegangen und ein Anstieg der Erträge auf 145,0 Mio. €, 158,0 Mio. € bzw. 160,0 Mio. € erwartet. Die Einplanung für das Jahr 2019 entspricht somit in etwa der Höhe der Gewerbesteuererträge im Jahr 2014.

Im Haushaltsplanentwurf 2016 ist noch von Schlüsselzuweisungen aus dem **kommunalen Finanzausgleich** in Höhe von 98,0 Mio. € ausgegangen worden. Nach den Ende November 2015 veröffentlichten vorläufigen Berechnungsgrundlagen des Landes Niedersachsen ergeben sich nunmehr für 2016 Schlüsselzuweisungen in Höhe von voraussichtlich rund 117,5 Mio. €. Neben einer weiter steigenden Verteilungsmasse ergibt sich diese deutliche Steigerung daraus, dass die Gewerbesteuerkraft Braunschweigs im für den Finanzausgleich 2016 zugrunde zu legenden Zeitraum erheblich unter den Erwartungen geblieben ist, während bei den meisten niedersächsischen Kommunen eine stabile Entwicklung zu verzeichnen war. Dieser Effekt wirkt sich für den Finanzausgleich 2016 im besonderen Maße aus, sodass im Jahr 2017 aufgrund der sich im zugrunde zu legenden Zeitraum voraussichtlich ergebenden Steuerkraft von einem Rückgang der Schlüsselzuweisungen gegenüber 2016 auf 111,0 Mio. € ausgegangen werden muss. Auf der Grundlage eigener Einschätzungen wird im Jahr 2018 ein leichter Anstieg der Schlüsselzuweisungen auf 112,0 Mio. € erwartet, im Jahr 2019 werden die Zuweisungen dagegen aufgrund der erwarteten Erholung bei der Gewerbesteuer ab 2018 auf voraussichtlich 109,0 Mio. € zurückgehen.

Zu den Ansatzveränderungen der Verwaltung hat der FB 50 eine Verringerung der Ausgleichsleistungen des Landes in der **Sozialhilfe** in Höhe von rd. 180 T€ angemeldet. Inzwischen wurde dieser Betrag um weitere rd. 765 T€ auf rd. 945 T€ erhöht. Das Land greift hier einer erwarteten Entlastung der Kommunen aus der Wohngeld-Novelle 2016 vor und verringert die Ausgleichsleistung deutlich stärker, als die Entlastung aus der Wohngeld-Novelle eintreten kann. Die Höhe dieser Entlastung steht noch nicht fest, sodass sie in der Haushaltsplanung noch nicht berücksichtigt werden konnte.

Ende 2015 wurde bekannt, dass Braunschweig im Jahr 2016 erstmalig erwachsene **Flüchtlinge** und Familien in großer Zahl dauerhaft aufnehmen muss. Da es nicht ausreichend geeignete Wohnungen in der Stadt gibt, ist vorgesehen, zusätzliche Unterkünfte nach einem durch den Rat am 21. Dezember 2015 beschlossenen Konzept (DS 15-01259) zu schaffen. Davon ausgehend, dass ab 2016 jährlich bis zu 1.000 Flüchtlinge unterzubringen sind und dass hierfür pro Platz Bau- und Einrichtungskosten von 25 T€ anfallen, sind 25 Mio. € in 2016 zusätzlich vorgesehen.

Bei den laufenden Kosten wurde zunächst von 15.000 € je Flüchtling und Jahr ausgegangen. Dies beinhaltet pauschal neben Taschengeldern, Wohn- und Krankheitskosten auch den Aufwand für die Sprachbildung und Integration sowie alle bisher nicht bekannten Kostenpositionen. Daraus ergeben sich für die Jahre 2017 bis 2019 Aufwendungen von jeweils 15 Mio. €. Für 2016 zeichnet sich ab, dass Zuweisungen von Flüchtlingen verstärkt zu Beginn des Jahres erfolgen werden. Für die Veranschlagung der Aufwendungen i. H. v. 11,3 Mio. € wurden daher durchschnittlich 750 Asylsuchende zugrunde gelegt.

Das Land erstattet auf die laufenden Kosten für 2016 9.500 € pro Person, ab 2017 mindestens 10.000 €. Für die Erstattungen des Landes wird ein Mittelwert aus den Flüchtlingszahlen am Beginn und am Ende des Jahres der Flüchtlingsaufnahme zugrunde gelegt. Deshalb kann hierfür für 2016 lediglich von 500 Personen ausgegangen werden (Ertrag 4,8 Mio. €). Für 2017 bis 2019 sind Erstattungen von jährlich 10 Mio. € zu veranschlagen. Die Erstattungen werden durch das Land erst im übernächsten auf das Jahr der Flüchtlingsaufnahme folgenden Jahr gezahlt. Nach neueren Vorgaben hat eine Einplanung der Erträge im Ergebnishaushalt dennoch bereits im Jahr der Aufnahme zu erfolgen. Auf die Erstattungen gibt es grundsätzlich Abschlagszahlungen im Jahr nach der Flüchtlingsaufnahme. Wegen der durch das

Land gewählten Berechnungssystematik sind im Finanzhaushalt aber für 2016 und 2017 selbst Abschlagszahlungen nicht zu erwarten. Im Finanzhaushalt sind deshalb Einzahlungen erst für 2018 (6 Mio. €) und 2019 (11,3 Mio. €) eingeplant.

Es wird erwartet, dass nach Abschluss der Asylverfahren 70 % der Asylbewerber Leistungen nach dem SGB II erhalten werden, auch für durchschnittlich zwei nachgezogene Familienangehörige. Davon ausgehend, dass die Asylverfahren vorerst weiterhin etwa ein Jahr dauern, ist dies im Haushaltsjahr 2016 noch nicht, aber ab 2017 mit steigender Tendenz eingeplant worden. Die saldierte Haushaltsbelastung wird für 2017 bis 2019 mit insgesamt 31,5 Mio. € erwartet.

Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - UmF - werden die entstehenden Betreuungsleistungen grundsätzlich durch Landeserstattungen gedeckt. Gegenüber dem Haushaltsentwurf wurden die diesbezüglichen Erträge und Aufwendungen von 4 Mio. € auf 23,2 Mio. € angehoben.

Durch die dargestellten neuen Anforderungen im Bereich der Flüchtlingsunterbringung - auch für UmF - ist eine massive Anhebung des Personalaufwandes notwendig. Im Bereich der UmFe wird dieser Mehraufwand zum größeren Teil durch Erstattungen gedeckt.

Erhebliche Änderungen ergeben sich dadurch auch beim **Personalaufwand**. Zu den notwendigen Stellenschaffungen in verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung, die sich im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen bzw. mit der Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und weiteren geänderten Aufgabenstellungen ergeben, wird auf die Stellenplanvorlage des FB 10 - Haushalt 2016 Stellenplan (DS 16-01547) - verwiesen. Darüber hinaus berücksichtigen die Personalkostenveränderungen das Ergebnis der aktuellen Personalkostenhochrechnung, die Anpassung von Besoldung und Versorgungsbezügen um 2,0 % zum 01. Juni 2016, eine lineare Erhöhung von ebenfalls 2,0 % im Tarifbereich sowie den Mehraufwand aus den tariflichen Neuregelungen im Sozial- und Erziehungsdienst. Von der Erhöhung der leistungsorientierten Bezahlung im Beamtenbereich auf das Tarifniveau ist dagegen abgesehen worden. Die Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen sind entsprechend den aktuellen versicherungsmathematischen Berechnungen angepasst worden. Entlastend wird sich beim Personalaufwand die Rückzahlung von Sanierungsgeldern durch die VBL aus. Es erfolgt eine Rückzahlung der für die Jahre 2013 bis 2015 gezahlten Sanierungsgelder, zukünftig ist ein wesentlich geringerer jährlicher Beitrag zu leisten. Insgesamt betragen die Personalaufwendungen für das Haushaltsjahr 2016 rund 188,5 Mio. €.

Zum Ausgleich der Verluste insbesondere bei der Gewerbesteuer wurde ein **Konsolidierungsprogramm** durchgeführt, als dessen Ergebnis u.a. die folgenden Veränderungen gegenüber dem Haushaltsentwurf 2016 in den Ansatzveränderungen vorgeschlagen werden:

- Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B
- Anhebung der Parkgebühren
- Gebührenanhebungen im Bereich der Museen, Musikschule, Stadtbibliothek Friedhöfe und der städt. Sporteinrichtungen
- Aufwandsenkungen bei städtischen Organisationseinheiten und Gesellschaften
- Aussetzen der Dynamisierung der Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich vollständig in den Jahren 2016 und 2017 und hälftig im Jahr 2018

Darüber hinaus hat die Verwaltung vorgeschlagen, Kindergartenentgelte wieder einzuführen bei gleichzeitiger Absenkung der übrigen Kinderbetreuungsentgelte (DS

15-01375). Aus den erwarteten Mehrerträgen i. H. v. 5,7 Mio. € jährlich sollte im Umfang von 3,8 Mio. € ein weiterer Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet werden. 0,1 Mio. € würden für die Bearbeitung der Entgelterhebung benötigt. Der verbleibende Teil war zur Gegenfinanzierung von Qualitätsverbesserungen in der Kinderbetreuung vorgesehen.

Der Jugendhilfeausschuss hat diesen Vorschlag in seiner Sitzung am 4. Februar 2016 abgelehnt und festgelegt, dass er über die Neugestaltung der Kinderbetreuungsentgelte in einer Sondersitzung am 24. Februar 2016 beraten will. Als Grundlage hierfür ist am 11. Februar 2016 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingegangen, den der Rat - wie auch den Haushaltsplan - am 15. März 2016 beschließen soll. Eine Veränderung der Entgelterhebung soll danach keine Entlastung des Haushalts bewirken.

Da die Beratung im Jugendhilfeausschuss erst nach dem Versand dieser Vorlage und am Tag vor der Sitzung des FPA erfolgt, kann ihr Ergebnis nicht in den unter 3. beschriebenen Auswirkungen der Fraktionsanträge berücksichtigt werden, zumal es sich formal auch nicht um einen Haushaltsantrag handelt. Es ist daher beabsichtigt, das Beratungsergebnis aus dem Jugendhilfeausschuss in der Haushaltvorlage für den Rat darzustellen.

2.1.2 Investitionsmanagement

Das **Investitionsmanagement** beinhaltet auch Aufwandsmaßnahmen (z.B. Festwertbeschaffungen, Instandhaltungsmaßnahmen), die sich nicht nur auf den Finanzaushalt, sondern auch auf den Ergebnishaushalt auswirken. Für das Haushaltsjahr 2016 ergibt sich aufgrund der Ansatzveränderung der Verwaltung eine zusätzliche Ergebnisbelastung in Höhe von rd. **0,3 Mio. €**. Hierbei berücksichtigt sind auch die Ergebnisse der Haushaltkonsolidierung.

Die Haushaltkonsolidierung im Investitionsmanagement beruht auf zwei Verfahrensweisen. Die pauschalen und jährlich fortzuschreibenden Haushaltssmittel sind nach verwaltungsinterner Abstimmung bis zu 10 % gekürzt worden (**siehe Anlage 5.2.1**). Die Haushaltssmittel, die sich auf Großprojekte, Einzelprojekte und Programme beziehen, sind dieser pauschalen Kürzung nicht unterworfen worden. Hierzu gibt es von der Verwaltung individuelle Einsparvorschläge, die in der **Anlage 5.2.2** dargestellt sind. Beide Anlagen beinhalten daneben aber auch die von der Verwaltung als notwendig erachteten Mehrbedarfe. Die **Anlagen 5.2.3 und 5.2.4** stellen dagegen nur die Mehrbedarfe in Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen dar.

Ohne die Haushaltkonsolidierungsmaßnahmen (z.B. Verschiebung von aufwandswirksamen Maßnahmen bei Schulsanierungsprojekten) wäre die Ergebnisbelastung noch höher ausgefallen.

Allein durch die zunehmende Aufstockung der Haushaltssmittel für Brandschutzmaßnahmen, wie z.B. für Maßnahmen an der Tiefgarage Packhof und für Maßnahmen zur Mängelbeseitigung nach Brandschutzbegehungen, hat sich eine zusätzliche Ergebnisbelastung in Höhe von 1,6 Mio. € ergeben. In Zusammenhang mit den geplanten Brandschutzmaßnahmen werden auch Veränderungen an der Ausstattung der Schulen notwendig. Hierfür sollen die Haushaltssmittel des Fachbereiches Schule um 250 T€ aufgestockt werden.

Weitere Aufwendungen werden eingeplant, um den Umbau des Jugendschutzhause Ölper (Unterbringung von UmF) sowie Umbauten an Schulen zur Ausweitung der Schulkindbetreuung abwickeln zu können.

2.1.3 Zusammenfassung

Die für das Jahr 2016 **insgesamt** vorgesehenen **Ansatzveränderungen** wirken sich im Ergebnis wie folgt aus:

	Erträge - € -	Aufwand - € -	Saldo - € -
Veränderungen durch: a) die Ansatzveränderungen zum Ergebnishaushalt	+ 14.520.350	+ 26.908.697	- 12.388.347
b) die Ansatzveränderungen im Investitionsmanagement, die ergebniswirksam sind	- 621.300	- 338.400	- 282.900
Saldo Ergebnishaushalt	13.899.050	26.570.297	-12.671.247

Die Ansatzveränderungen und die haushaltsneutralen Umsetzungen sowie Änderungen von Haushaltsvermerken sind in den **Anlagen 4.2** und **4.3** sowie **5.2 (5.2.1 bis 5.2.4)** und **5.3 (5.3.1 bis 5.3.2)** zusammengestellt.

2.2 Finanzhaushalt

Im Entwurf des Finanzhaushaltes 2016 (Stand: September 2015) waren Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 72,8 Mio. € vorgesehen. Die Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit beliefen sich auf rd. 17,2 Mio. €, so dass sich ein **Finanzierungsbedarf aus der Investitionstätigkeit** in Höhe von rd. **55,6 Mio. €** ergeben hat.

Unter Berücksichtigung des Überschusses aus der **laufenden Verwaltungstätigkeit** in Höhe von rd. **27,5 Mio. €**, des Saldos aus der **Finanzierungstätigkeit** in Höhe von rd. **0 Mio. €** sowie des geplanten **Resteabbaus** von **5,6 Mio. €** ergab sich somit ein **Fehlbedarf im Gesamtfinanzhaushalt** in Höhe von rd. **33,7 Mio. €**.

Aufgrund der hiermit vorgelegten Ansatzveränderungen erhöht sich dieser Fehlbedarf auf rd. 44,8 Mio. €. Hierin enthalten sind die finanzwirksamen Anteile der unter 2.1 dargestellten Veränderungen des Ergebnishaushaltes. Für die Investitionstätigkeit haben sich zusätzliche Einplanungen ergeben, die unter Punkt 2.2.1 erläutert werden. Hierbei berücksichtigt sind auch die Ergebnisse der Haushaltskonsolidierung.

Die Haushaltskonsolidierung im Investitionsmanagement beruht auf zwei Verfahrensweisen. Die pauschalen und jährlich fortzuschreibenden Haushaltssmittel sind nach verwaltungsinterner Abstimmung bis zu 10 % gekürzt worden (**siehe Anlage 5.2.1**). Die Haushaltssmittel, die sich auf Großprojekte, Einzelprojekte und Programme beziehen, sind dieser pauschalen Kürzung nicht unterworfen worden. Hierzu gibt es von der Verwaltung individuelle Einsparvorschläge, die in der **Anlage 5.2.2** dargestellt sind. Beide Anlagen beinhalten daneben aber auch die von der Verwaltung als notwendig erachteten Mehrbedarfe. Die **Anlagen 5.2.3 und 5.2.4** stellen dagegen nur die Mehrbedarfe in Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen dar.

2.2.1 Investitionstätigkeit

Die **Ansatzveränderungen** für Investitionstätigkeit wirken sich im Jahr 2016 im Einzelnen wie folgt aus:

	Einzahlungen - € -	Auszahlungen - € -	Saldo - € -
Ansatzveränderungen	-1.355.700	+18.447.800	-19.803.500

Insgesamt ergeben sich durch die Ansatzveränderungen zusätzliche Finanzhaushaltsbelastungen in Höhe von rd. **19,8 Mio. €**.

Die hohe Belastung des Finanzhaushaltes resultiert aus der Einplanung von 25 Mio. € für die Herstellung von Flüchtlingsunterkünften gemäß der vom Rat beschlossenen Vorlage „Zuweisungen von Flüchtlingen in Braunschweig in 2016“ (DS 15-01259). In 2015 ist ein Teil dieser Haushaltssmittel in Höhe von rd. 9,3 Mio. € bereits außerplanmäßig bereitgestellt worden. Es ist vorgesehen, dass in gleicher Höhe die jetzt zu veranschlagenden Haushaltssmittel gesperrt werden.

Weiterhin haben insbesondere die Aufnahme von Kapitalerhöhungen für Städtische Gesellschaften in Höhe von rd. 1,2 Mio. € (Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH und Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH) und die Einplanung von Haushaltssmitteln für den Neubau der Kita Lamme Ost II in Höhe von 3 Mio. € den Finanzhaushalt zusätzlich belastet. Für den Ersatzbau der Sporthalle in Lehndorf nach dem erfolgten Brand sind ebenfalls Finanzmittel in Höhe von 2,1 Mio. € für das Haushaltsjahr 2016 neu eingeplant worden.

Die sich hieraus ergebenden Belastungen des Finanzhaushaltes für das Jahr 2016 konnten nur begrenzt werden, indem durch Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen andere Projekte auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurden (z.B. Sanierung des Rathaus-Neubaus, Schulsanierungsprojekte).

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen** verringert sich durch die Ansatzveränderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf von bisher 58.050.900 € auf 53.318.200 €.

2.2.2 Finanzierungstätigkeit

Über die bereits im Haushaltplanentwurf veranschlagte Kreditaufnahme in Höhe der ordentlichen Tilgung ist nunmehr im Jahr 2016 darüber hinaus eine weitere Kreditaufnahme zur Finanzierung der Investitionskosten für die Flüchtlingsunterbringung in Höhe von 25 Mio. € eingeplant.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Kreditaufnahmen und der ordentlichen Tilgung:

Jahr	Kredit-aufnahmen	ordentliche Tilgung
2016	33,4 Mio. €	9,0 Mio. €
2017	5,6 Mio. €	6,9 Mio. €
2018	4,5 Mio. €	5,8 Mio. €
2019	3,8 Mio. €	5,1 Mio. €

2.3 Investitionsprogramm 2017 - 2019

Das Investitionsprogramm wird sich gegenüber dem Verwaltungsentwurf aufgrund der Ansatzveränderungen in den Planungsjahren 2017 - 2019 um folgende Beträge ausweiten (zu den Veränderungen 2016 s. Ziffer 2.2.1):

	2017 - € -	2018 - € -	2019 - € -
Ansatzveränderungen	+ 7.561.400	+ 4.028.600	+ 2.190.400
davon ergebniswirksam	- 159.200	- 1.211.400	- 1.673.300
davon werterhöhend	+ 7.720.600	+ 5.240.000	+ 3.863.700

Hier wirken sich folgende entlastende und belastende Effekte aus:

Die Einsparungen im Investitionsbereich sind auf die unter Punkt 2.1.2 und Punkt 2.2.1 beschriebenen, aber auch für die Jahre 2017-2019 wirksamen Haushaltkonsolidierungsmaßnahmen zurückzuführen.

In den Jahren 2017-2019 hat sich insbesondere **im investiven Bereich (werterhöhende)** eine Reduzierung des Finanzbedarfs von rd. 16,8 Mio. € ergeben.

Bei den Aufwandsmaßnahmen konnten die Haushaltkonsolidierungsmaßnahmen nur begrenzt wirksam werden, da alleine durch die jährliche Aufstockung des allgemeinen Ansatzes für Brandschutzmaßnahmen um 1 Mio. € sowie die zusätzlichen Brandschutzmittel für die Tiefgarage Packhof sich entsprechende Belastungen ergeben haben.

Trotz der erreichten Entlastungen im Investitionsbereich konnten noch Haushaltsmittel für die Mehrkosten der IGS Franzsches Feld, der Stadthallensanierung und der einmaligen Kapitalerhöhung der NiWo für das Haushaltsjahr 2018 als auch die jährlich vorgesehenen Kapitalerhöhungen bei den Gesellschaften der Stadt " Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH und Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH " in Höhe von 1,2 Mio. € berücksichtigt werden.

Die Ansatzveränderungen und die haushaltsneutralen Umsetzungen des Investitionsmanagements sind in den **Anlagen 5.2 (5.2.1 bis 5.2.4) und 5.3 (5.3.1 bis 5.3.2)** zusammengestellt.

2.4 Ergebnisse

2.4.1 Ergebnishaushalt

Insgesamt führen die Ansatzveränderungen zu folgenden Jahresergebnissen inkl. des geplanten Resteabbaus:

	2016	2017	2018	2019
Jahresergebnis in Mio. €	-12,4	-14,1	-5,2	-20,4
Überschussrücklagen in Mio. €	172,9	158,9	153,6	133,2

Gemäß dem vorgelegten Stand der Planung und unter Berücksichtigung der Jahresergebnisse werden sich die Überschussrücklagen zum Ende des Jahres 2019 auf rd. 133,2 Mio. € reduzieren.

2.4.2 Finanzaushalt

Die Ergebnisse des Finanzaushalts zeigen unter Berücksichtigung der Ansatzveränderungen inkl. des geplanten Resteabbaus folgendes Bild:

	2016	2017	2018	2019
Finanzmittelveränderung in Mio. €	-44,8	-40,2	-20,9	-28,2
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (rund) in Mio. €	32,4	-7,8	-28,7	-56,9

Nach dem Haushaltsplanentwurf 2016 betrug der voraussichtliche **Bestand an Zahlungsmitteln** am Ende des Jahres 2019 inkl. des geplanten Abbaus der Haushaltsreste rd. 2,4 Mio. €. Nach dem gegenwärtigen Stand ist zu erwarten, dass der Bestand an Zahlungsmitteln Ende 2019 rd. -56,9 Mio. € betragen wird.

Aufgrund der dargestellten Entwicklung der **Liquidität** im Planungszeitraum ist bereits zum Haushaltsplanentwurf im September 2015 in § 4 der Haushaltssatzung eine Ermächtigung zur Aufnahme von Liquiditätskrediten gemäß § 122 NKomVG in Höhe von 30 Mio. € aufgenommen worden. Durch die dargestellten Belastungen hat sich die Liquiditätslage weiter verschlechtert, so dass nunmehr vorgeschlagen wird, die bis zur Wirksamkeit eines neuen Haushaltplanes 2017 geltende Ermächtigung zur Aufnahme von Liquiditätskrediten auf 50 Mio. € anzuheben. Bevor eine Aufnahme von Liquiditätskrediten am Kreditmarkt erfolgt, sollen die Möglichkeiten zur Liquiditätssteuerung innerhalb des Konzerns Stadt (z. B. Cashpool) möglichst optimal eingesetzt werden.

3. Ergebnisse der Ausschussberatungen einschließlich Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Hinweis:

Bei den nachfolgenden Berechnungen unter Ziffer 3 sind die Ansatzveränderungen mit dem Votum der Fachausschussberatungen berücksichtigt worden. Die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte, zu denen positive Beschlussvorschläge bzw. zu denen bisher noch keine bzw. gegensätzliche Empfehlungen der Fachausschüsse vorliegen, sind entsprechend der üblichen Verfahrensweise als Haushaltsbelastungen gewertet worden. Zu berücksichtigen ist weiter, dass die Fraktions- und Stadtbezirksratsanträge, die die gleichen Sachverhalte abbilden, mit der jeweils weitestgehenden Belastung gerechnet wurden. Anträge, die die gleichen Sachverhalte wie Ansatzveränderungen der Verwaltung abbilden, sind nur einmal einberechnet worden.

3.1 Ergebnishaushalt

Die Beschlussempfehlungen zu den Ansatzveränderungen sowie zu den Anträgen der Fraktionen und die Vorschläge der Stadtbezirksräte führen nach dem gegenwärtigen Beratungsstand im Entwurf des Ergebnishaushaltes 2016 saldiert zu folgenden Veränderungen:

	Erträge - € -	Aufwand - € -	Saldo - € -
Veränderungen durch:			
a) die Anträge der Fraktionen zum Ergebnishaushalt	- 300.155	- 1.126.100	+ 825.945
b) Anträge der Fraktionen im Investitionsmanagement, die ergebniswirksam sind	0	+ 320.000	- 320.000
c) die Anträge der Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt	0	+ 86.700	- 86.700
d) Anträge der Stadtbezirksräte im Investitionsmanagement, die ergebniswirksam sind	+ 50.000	+ 450.000	- 400.000
e) Entscheidungen über Ansatzveränderungen der Verwaltung zum Ergebnishaushalt	0	0	0
f) Entscheidungen über Ansatzveränderungen der Verwaltung zum Investitionsmanagement, die ergebniswirksam sind	0	+ 85.700	-85.700
Belastung Ergebnishaushalt	- 250.155	- 183.700	- 66.455

Nicht entlastend eingerechnet wurde der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Eintracht Stadion in Höhe von 141 T€. Die Fraktion sieht hier Einsparpotential, da die Nutzer diese Kosten übernehmen könnten. Der Bauausschuss hat den Antrag ohne Beschlussfassung passieren lassen.

Weiterhin wurde nicht entlastend die Absenkung der Haushaltssmittel für die Sanierung der Stadthalle in Höhe von 200 T€ eingerechnet. Es handelt sich hier um

eine Ansatzveränderung der Verwaltung, die der Bauausschuss ohne Beschlussfassung hat passieren lassen.

Die Änderungsanträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sind in den **Anlagen 4.1** und **5.1** zusammengestellt.

3.2 Finanzaushalt

Die von den Fraktionen gestellten Anträge und die Vorschläge der Stadtbezirksräte für die **Investitionen** führen in 2016 saldiert zu folgenden Veränderungen:

	Einzahlungen - € -	Auszahlungen - € -	Saldo - € -
Veränderungen durch a) die Anträge der Fraktionen	0	+ 1.280.000	- 1.280.000
b) die Anträge der Stadtbezirksräte	0	+ 226.500	- 226.500
c) Entscheidungen zu den Ansatz- veränderungen der Verwaltung	0	+ 9.800	- 9.800
Ergebnis Investitionen	0	+ 1.516.300	- 1.516.300

Die Investitionsauszahlungen würden sich somit um **rd. 1,5 Mio. €** erhöhen. Primär ergibt sich diese Finanzaushaltsbelastung durch das erneute Vorziehen der Haushaltssmittel für die Erweiterung der BBS V. Die Verwaltung hat im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen dieses Projekt erst zur Umsetzung im Jahr 2020 ff vorgesehen.

Durch die einberechneten Fraktions- und Stadtbezirksanträge würden sich die Verpflichtungsermächtigungen um 2.053.600 € erhöhen müssen.

Hinweis:

Durch die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zu den Investitionsauszahlungen werden sich im Ergebnishaushalt bei den Haushaltssansätzen „Auflösungserträge aus Sonderposten“, „aktivierte Eigenleistungen“ und „Abschreibungen“ **weitere Veränderungen** ergeben. Die Höhe dieser Veränderungen kann erst nach den Beschlussempfehlungen durch den Finanz- und Personalausschuss über die vorliegenden Anträge bestimmt werden.

3.3 Investitionsprogramm 2017 - 2019

Das Investitionsprogramm würde sich gegenüber dem Verwaltungsentwurf unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zu den Ansatzveränderungen der Verwaltung sowie der Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte in den **Jahren 2017 bis 2019** um folgende Beträge ausweiten (zu den Veränderungen 2015 s. Ziffer 3.2):

	Planungsjahr - € -		
	2017	2018	2019
1. Veränderungen im Investitionsprogramm durch die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte	- 4.992.000	- 1.435.000	- 2.660.000
davon ergebniswirksam	- 1.318.400	- 767.000	- 532.000
davon werterhöhend	- 3.673.600	- 668.000	- 2.128.000
2. Veränderungen im Investitionsprogramm durch die Entscheidungen zu den Ansatzveränderungen	-88.500	-88.500	-88.500
davon ergebniswirksam	-78.700	-78.700	-78.700
davon werterhöhend	- 9.800	- 9.800	- 9.800
3. Gesamt	- 5.080.500	- 1.523.500	-2.748.500

Die Fraktionsanträge beinhalten insbesondere das erneute Vorziehen von Schulsanierungsprojekten aber auch die Schaffung von zwei weiteren OGS' en.

Bei den Ansatzveränderungen der Verwaltung hat der Jugendhilfeausschuss die Einsparvorschläge zu den Geringwertigen Vermögensgegenständen (GVG), Globalansätzen und zu den Instandhaltungsansätzen des TH 51 ohne Beschlussfassung passieren lassen. Sollte dem Verwaltungsvorschlag nicht gefolgt werden, so käme es zu einer zusätzlichen jährlichen Belastung von rd. 90 T€.

Die Sanierungsmittel der Stadthalle, die die Verwaltung als Ansatzveränderung vorgesehen hat, wurden - wie unter Punkt 3.1 dargestellt - nicht entlastend eingerechnet (Finanzraten 2016: 200 T€; 2018: 200 T€, 2019: 6 Mio. € und 2020: 10,1 Mio. €). Der Bauausschuss hat den Antrag ohne Beschlussfassung passieren lassen.

3.4 Gesamtergebnisse

3.4.1 Ergebnishaushalt

Die Beschlussfassung zu den Ansatzveränderungen und die Änderungsanträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte führen zu folgenden Jahresergebnissen:

	2016	2017	2018	2019
Jahresergebnis in Mio. €	-12,4	-16,9	-7,5	-22,4
Überschussrücklage in Mio. €	172,9	156,0	148,5	126,1

3.4.2 Finanzaushalt

Die Ergebnisse des Finanzaushalts ergeben sich wie folgt:

	2016	2017	2018	2019
Finanzmittelveränderung in Mio. €	-46,4	-46,7	-23,9	-32,3
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (rund) in Mio. €	30,8	-15,8	-39,7	-72,0

4. Bürgerhaushalt

Die Anlage 6 dient der Beratung der 75 am besten bewerteten gesamtstädtischen Einwohnervorschläge aus dem Bürgerhaushalt. Sie enthält zur Erleichterung neben einer Gesamtdarstellung einschließlich der Stellungnahmen der Verwaltung und der bisherigen Beratungsergebnisse (Teil 6.2) eine Auflistung gegliedert nach in Fachausschüssen angenommenen bzw. erstmalig durch den FPA zu beratenden Vorschlägen (Abschnitt A), in den Fachausschüssen abgelehnten (Abschnitt B) und bereits erledigten Vorschlägen (Abschnitt C) im Teil 6.1. Innerhalb dieser 3 Gliederungsblöcke sind die Vorschläge nach thematischer Verwandtschaft geordnet.

Es ist erkennbar, dass das Thema Radverkehr - wenn auch nicht so ausgeprägt wie im Vorjahr - zusammen mit dem Fußgängerverkehr ein deutlicher Schwerpunkt der Vorschläge ist. Hervorzuheben ist außerdem das Thema „ÖPNV“. Die Verwaltung schlägt daher vor, die im Beschlusstext aufgeführten Vorschläge aus den Themenbereichen Fuß- und Radverkehr sowie „ÖPNV“ dem Rat zur Annahme zu empfehlen.

Daneben wird vorgeschlagen, dass die Verwaltung den Auftrag erhält, ein Konzept zur Umstellung des Bürgerhaushalts auf ein vom Haushaltsplanverfahren zeitlich unabhängiges Verfahren zu entwickeln.

5. Schulden

Wie bereits unter Ziff. 2.2.2 dargestellt, ist ein Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen vorgesehen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie den Stand der Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften:

	2016	2017	2018	2019
Stand Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Mio. € am Ende des Haushaltsjahres	94,4	93,1	91,8	90,5
Stand Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften in Mio. € am Ende des Haushaltsjahres	85,0	81,8	78,6	75,2

6. Haushaltspläne der Sonderrechnungen Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement, Stadtentwässerung sowie Abfallwirtschaft

Die Haushaltsplanentwürfe der Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft sind dem Rat mit dem Entwurf des Haushaltsplans übersandt worden (Schreiben vom 14. September und 22. Dezember 2015). Diese sind am 9. Februar 2016 im Bauausschuss behandelt worden.

Der Entwurf des Haushaltsplans der Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement wurde am 20. Januar 2016 an den Rat versandt und ebenfalls am 9. Februar 2016 im Bauausschuss behandelt.

7. Pensionsfonds

Durch Beschluss des Rates vom 5. Oktober 1999 wurde der rechtlich unselbständige „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ mit Wirkung vom 1. Januar 2000 errichtet. Es handelt sich hierbei um ein Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 des NKomVG, für das ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt werden kann. Gemäß § 6 der am gleichen Tage vom Rat beschlossenen Satzung zur Errichtung und Verwaltung des Pensionsfonds ist für jedes Jahr ein Haushaltsplan aufzustellen.

Der in Abschnitt XIII. des Haushaltsplanentwurfs 2016 dargestellte Haushaltsplan 2016 für das Sondervermögen „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ ist gemäß § 130 Abs. 4 NKomVG anstelle einer Haushaltssatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei diesem zur Beschlussfassung vorgelegten Haushaltsplan lediglich um die rechtliche Ausformung des Sondervermögens handelt. Die aus dem städtischen Haushalt bereitzustellenden Mittel sind bereits im Finanzhaushalt und dem Investitionsprogramm des Haushaltsplanentwurfs 2016 enthalten.

8. Änderung der Teilhaushalte und der Produktdarstellungen

Die Beschlussempfehlungen des Finanz- und Personalausschusses, die vorliegenden Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte, die von der Verwaltung dargelegten Ansatzveränderungen und später die endgültigen Beschlüsse des Rates zum Haushaltsentwurf 2016 haben auch (redaktionelle) Auswirkungen auf die Teilhaushalte und auf die Produkte. Sie führen in den Teilhaushalten zu einer Änderung der dargestellten Haushaltsansätze und somit auch zu anderen Ergebnissen der Teilhaushalte im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf (Stand: September 2015). Sie haben ferner Änderungen der Produkterträge und Produktaufwendungen zur Folge. Aus technischen Gründen sind diese Auswirkungen auf die Teilhaushalte sowie auf die Produkterträge und Produktaufwendungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat darstellbar. Die endgültige Darstellung der Teilhaushalte sowie der Produktplanbeträge kann daher erst im Enddruck des Haushaltplanes abgebildet werden.

Dies gilt entsprechend für die Aufteilung des Personalaufwandes auf die Teilhaushalte bzw. zwischen den Teilhaushalten. Hierdurch ergeben sich u. a. durch die Auflösung der Personalkostendeckungsreserve noch Verschiebungen, die erst im Enddruck des Haushaltplanes abgebildet werden können. Durch diese Verschiebungen ergeben sich aber keine Auswirkungen auf die Höhe der

Personalaufwendungen im Gesamtergebnishaushalt.

9. Änderung der Wertgrenzen für Flüchtlinge

Alle bisher bekannten finanziellen Auswirkungen im Zusammenhang mit den Flüchtlingsangelegenheiten werden entsprechend dem aktuellen Kenntnisstand vorerst gebündelt in wenigen Positionen im Haushaltsplan abgebildet. Eine genauere Aufteilung innerhalb der primär zuständigen Fachbereiche 50 und 51 wird erst im Laufe der Bewirtschaftung möglich sein. Soweit auch bei anderen Fachbereichen Aufwendungen für Flüchtlingsangelegenheiten anfallen oder Verschiebungen zwischen den Teilhaushalten der Fachbereiche 50 und 51 erforderlich werden, sind über- bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellungen erforderlich. Um in diesen Fällen eine flexible sowie kurzfristige Handlungsfähigkeit zu erlangen, wird eine Anpassung der Wertgrenzen vorgeschlagen. Danach sollen dann, abweichend von der bisherigen Regelung des § 6 der Haushaltssatzung, über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit Flüchtlingsangelegenheiten unerheblich sein, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 150.000 Euro nicht übersteigen. Die Haushaltssatzung wird diesbezüglich entsprechend erweitert. Die erforderliche Deckung soll soweit möglich aus den Projekten bzw. Produkten für Flüchtlingsangelegenheiten erfolgen, bei denen die Ansätze vorerst gebündelt wurden.

10. Sonstige Änderungen

Die Verwaltung schlägt die in der Anlage 3 dargestellten Änderungen an den Wesentlichen Produkten und Maßnahmen vor.

Hervorzuheben ist die Ausweisung von Wesentlichen Produkten im Zusammenhang mit der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen (Teilhaushalt FB 50) bzw. Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (Teilhaushalt FB 51). Wegen der akuten Handlungserfordernisse im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik wurden zu den genannten neuen Wesentlichen Produkten zum Haushaltsplan 2016 noch keine Maßnahmen zur Zielerreichung formuliert.

11. Beteiligungsbericht

Nach § 1 Abs. 2 Ziff. 10 GemHKVO ist der „Bericht der Gemeinde über die Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und ihre Beteiligungen daran sowie über ihre kommunalen Anstalten (Beteiligungsbericht)“ eine Anlage zum Haushaltsplan. Der Beteiligungsbericht 2016 für die städtischen Gesellschaften wurde bereits mit Schreiben vom 27. Januar 2016 versandt.

Geiger

Anlage/n:

- Anlage 1** **Anfragen**
- Anlage 2** **Finanzunwirksame Anträge**
- Anlage 3** **Wesentliche Produkte und Maßnahmen**
- Anlage 4** **Ergebnishaushalt**
Anlage 4.1 **Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte**
Anlage 4.2 **Ansatzveränderungen der Verwaltung**
Anlage 4.3 **Haushaltsneutrale Umsetzungen**
- Anlage 5** **Finanzhaushalt (inkl. IP)**
Anlage 5.1 **Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte**
Anlage 5.2 **Ansatzveränderungen der Verwaltung**
Anlage 5.3 **Haushaltsneutrale Umsetzungen**
- Anlage 6** **Bürgerhaushalt**

Anlage 1

Anfragen/Anregungen zum Haushalt 2016

und
Stellungnahmen zu den
finanzwirksamen Anträgen
Nrn. 37, 47, 53, 54, 55, 112,
118, 119 und 159

Stand: 18. Februar 2016

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 001 der BIBS-Fraktion**Text:**

Der starke Gewinneinbruch von BS-Energy um zwei Drittel von einst 90 Mio. € auf nun nur noch erhoffte 30 Mio. € wird seitens der Geschäftsführung von BS-Energy auf äußere Faktoren zurückgeführt ("Durch die veränderten Rahmenbedingungen auf den Energiemarkten entwickeln sich die Ergebnisse gegenüber den sehr hohen Gewinnen der Vorjahre eher rückläufig..." siehe Vorlage).

Über die verlustreichen Stromkontrakte aus einem spekulativen Handelsvertrag mit der "EON Sales & Trading GmbH, München", einer EON-Tochtergesellschaft, wird nichts weiter berichtet. Weder die sog. Sperrminorität von 25,1% der Stadt, noch der Aufsichtsrat konnten die Folgewirkungen für die Stadt aus dem Risikogeschäft abwenden.

Da der Vertrag noch bis 2025 läuft, sind die näheren Umstände des Vertrages aufzuklären. Der OB wird daher ersucht, den Inhalt des Eon-Vertrages bzw. der Eon-Verträge ggf. mit Zusatzvereinbarungen den Fraktionen im Rat zugänglich zu machen.

Antwort:

Die Frage nach Gewährung der Einsichtnahme in den E.ON-Vertrag hat die Verwaltung seit dem Jahre 2013 bereits mehrfach beantwortet. Auch vor dem Hintergrund der neuesten Anregung muss es schon aus Rechtsgründen bei den bisherigen Antworten verbleiben:

Die BIBS-Fraktion begeht zum einen Einsicht in ein Vertragswerk, das der Stadtverwaltung gar nicht vorliegt. Ungeachtet der Frage, ob ein Anspruch auf Akteneinsicht besteht, kann die Verwaltung diesen Vertrag dem Rat bzw. den Fraktionen bereits aus diesem Grunde nicht zugänglich machen.

Zum anderen würde auch eine Nachfrage bei BS|Energy nicht weiterhelfen. Es ist daran zu erinnern, dass die BIBS-Fraktion im Jahre 2013 einen Rechtsstreit gegen den Oberbürgermeister vor dem Verwaltungsgericht um die Gewährung von Einsicht in den E.ON-Vertrag begonnen hat. BS|Energy war an dem Prozess beteiligt und hat dort – durch umfangreiche Schriftsätze einer renommierten Anwaltskanzlei - sehr deutlich gemacht, dass und warum das Unternehmen den Vertrag zu ihren wettbewerbsrelevanten Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zählt. Die Gewährung von Einsicht in den Vertrag hat BS|Energy aus diesem Grund – aktienrechtlich korrekt – abgelehnt. Die BIBS-Fraktion hat die Klage schließlich im Frühjahr 2015 zurückgenommen.

Nach Auffassung der Verwaltung sollte diese Frage damit abschließend geklärt sein.

gez.

Geiger

**Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 002 der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen**

Text:

Nach dem Vorschlag der Verwaltung (Ansatzveränderung Nr. 17a/b zum Finanzaushalt in der Anlage 2.2) soll die Erweiterung der Kita Querum um ein Jahr nach hinten geschoben und erst in 2019 begonnen werden. Allerdings ist in diesem Bereich mit steigenden Bedarfen zu rechnen, da durch das Baugebiet Holzmoor-Nord die Einwohnerzahl steigen wird.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wann ist nach aktuellem Stand damit zu rechnen, dass die ersten Gebäude im Baugebiet Holzmoor-Nord bezogen werden können?
2. Wie hoch schätzt die Verwaltung den Anteil von Familien mit Kindern ein, die zukünftig im Baugebiet Holzmoor-Nord wohnen werden?
3. Sieht die Verwaltung vor diesem Hintergrund Engpässe bei der Kinderbetreuung durch ein Verschieben der Erweiterung der Kita Querum?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

Die Frage bezieht sich auf den Vorschlag der Verwaltung, die Erweiterung der Kita Querum um ein Jahr nach hinten zu verschieben.

Bei diesem Vorschlag handelt es sich um die Verschiebung von Mitteln, die im Rahmen des Ausbaus der Plätze für unter 3jährige Kinder veranschlagt wurden, um eine Krippengruppe in der Kita Querum einzurichten, sobald die dortige Hortgruppe an die Grundschule verlagert wird. Da nicht absehbar ist, wann diese Umstrukturierung stattfinden wird, ist eine zeitliche Verschiebung im Haushalt vertretbar. Die Erweiterung stellt keine Maßnahme dar, um den Kita-Bedarf aus den Neubaugebieten zu erfüllen.

Zu Frage 1: Für das geplante Wohnquartier "Holzmoor-Nord" liegt derzeit noch kein städtebaulicher Entwurf der Vorhabenträgerin vor. Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan wird nicht vor Anfang 2017 zu erwarten sein. Danach erfolgt noch die weitere Planung und Herstellung der Erschließungsanlagen. Mit einem Baubeginn für Wohngebäude ist demnach frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2017 zu rechnen.

Zu Frage 2: Auf Grund der geplanten Anzahl der Wohneinheiten im Baugebiet Holzmoor wurde ein Kita-Bedarf von einer Kindergartengruppe und zwei Krippengruppen errechnet. Um diesem Bedarf Rechnung zu tragen, wurde eine Kita-Vorbehalsfläche beantragt. Der Bedarf von Betreuungsplätzen kann sich noch erhöhen, da der Investor lt. Rahmenplan weitere Wohneinheiten plant. Deshalb wird hier eine Erweiterungsoption um 1 bis 2 Gruppen vorgesehen.

Zu Frage 3: Es werden keine Engpässe bei der Kinderbetreuung in Querum erwartet.



Unterschrift (Dez./FBL)

**Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 003 der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen**

Text:

In den Listen mit Ansatzveränderungen der Verwaltung befindet sich in der Anlage 2.2 u.a. der Vorschlag 48 zum Finanzhaushalt, der eine Aufstockung der „Mittel für die Beschaffung von Spinden und geeigneten Informationssystemen“ um 250.000 € vorsieht. Dies steht in Zusammenhang mit Brandschutzmaßnahmen, in deren Rahmen an etlichen Schulen z.B. Garderoben von den Fluren entfernt werden mussten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Maßnahmen sollen mit diesen Mitteln konkret finanziert werden?
2. Reichen die jetzt veranschlagten Mittel aus, um die Bedarfe an den betroffenen Schulen decken zu können?

Antwort:

Zu 1.:

Auf Basis einer Prioritätenliste und der Erkenntnisse aus den aktuell begangenen Schulen hat FB 65 den Mittelbedarf in Höhe von 250.000 € ermittelt. Die Mittel sind im Wesentlichen für die Beschaffung von Spinden und bei Bedarf für Informationssysteme vorgesehen. Dabei haben die Spinde gegenüber den Informationssystemen aufgrund der Relevanz der Garderobenunterbringung Priorität.

Zu 2.:

Für andere Ausstattungsgegenstände wie Bilderrahmen, Vitrinen, Schaukästen etc. kann der Gesamtaufwand aus Unkenntnis über den Bedarf in den einzelnen Schulen nicht benannt werden. Diese Ausstattungsgegenstände sind aus den Budgets der einzelnen Schulen zu finanzieren.

Dr. Hanke

Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A 004 zum Haushalt 2016 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Text:**

Gospelkirchentag 2016 / Städtischer Zuschuss:

Die Verwaltung wird gebeten, den städtischen Zuschuss für den Gospelkirchentag 2016 in Höhe von 100.000 € näher zu erläutern.

Begründung:

Für das kommende Haushaltsjahr 2016 hat der Fachbereich 41 Kultur und Wissenschaft einen Zuschuss in Höhe von 100.000 € für den Gospelkirchentag 2016 (Produkt 1.25.2620.10) eingeplant. Eine nähere Erläuterung zu dieser Veranstaltung und für die Bezuschussung in der genannten Höhe fehlt bislang.

Angesichts des geplanten Verzichts auf eigene kulturelle Veranstaltungen des Fachbereichs 41 im Haushaltsjahr 2016 (Kulturnacht, Jugend-Literaturfestival) halten wir das allerdings für notwendig.

Antwort:

Im März 2014 hat die Evangelische Landeskirche um finanzielle Unterstützung des Gospelkirchentages (GKT) in Braunschweig 2016 gebeten.

Der GKT findet seit 2002 alle zwei Jahre an wechselnden Orten in Deutschland statt und gilt mit über 5.000 Mitwirkenden als das größte europäische Festival dieser Art. Der GKT fand im Jahr 2014 in Kassel statt. Das Programm des jeweiligen GKT entsteht mit den Chören und musikalischen Gruppierungen vor Ort. Die Geschäftsführung für das Projekt liegt bei der Stiftung Creative Kirche (Witten).

Die Durchführung des Gospelkirchentages 2016 ist in der Zeit vom 9. bis 11. September 2016 in Braunschweig vorgesehen. Die Schirmherrschaft hat Herr Ministerpräsident Weil übernommen. Veranstalter ist die Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Zusammenarbeit mit der Stiftung Creative Kirche; beide Institutionen bringen sich personell, finanziell und organisatorisch in das Projekt ein.

Die Veranstaltung wird in Kooperation mit der Stadt Braunschweig und der EKD umgesetzt. Partner, auch mit Blick auf die Finanzierung, sind ferner das Land Niedersachsen, die Braunschweigische Landessparkasse, die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz u.a. Förderer. Mit den verantwortlichen Trägern des GKT wurde vereinbart, dass die Förderung einem speziell für Braunschweig entwickelten Projekt mit der Schwerpunktsetzung „Begegnung und Bildung“ zugutekommt.

Aus dem Budget des Fachbereichs Kultur kommen 50.000 Euro; 50.000 Euro sind in den Haushalt 2016 eingestellt worden.



Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A 005 zum Haushalt 2016 der Fraktion Die Linke**Text:**

Gospelkirchentag 2016|

Begründung:

Im Vorbericht wird als neues Projekt "Gospelkirchentag 2016" aufgeführt. Dieses Projekt soll mit 100.000 Euro bezuschusst werden. Veranstalter soll die ev. Landeskirche Braunschweig sein. Neben der Stadt als Kooperationspartner tritt auch das Stadtmarketing als weiterer Kooperationspartner auf.

Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Was genau soll mit den 100.000 Euro bezuschusst werden?
2. Mit welchen Mitteln beteiligt sich das Stadtmarketing?
3. Auf welcher rechtlichen Grundlage wird die Veranstaltung einer Kirche gefördert?

Antwort:**Zu 1.**

Im März 2014 hat die Evangelische Landeskirche um finanzielle Unterstützung des Gospelkirchentages (GKT) in Braunschweig 2016 gebeten.

Der GKT findet seit 2002 alle zwei Jahre an wechselnden Orten in Deutschland statt und gilt mit über 5.000 Mitwirkenden als das größte europäische Festival dieser Art. Der GKT fand im Jahr 2014 in Kassel statt. Das Programm des jeweiligen GKT entsteht mit den Chören und musikalischen Gruppierungen vor Ort. Die Geschäftsführung für das Projekt liegt bei der Stiftung Creative Kirche (Witten).

Die Durchführung des Gospelkirchentages 2016 ist in der Zeit vom 9. bis 11. September 2016 in Braunschweig vorgesehen. Die Schirmherrschaft hat Herr Ministerpräsident Weil übernommen. Veranstalter ist die Evangelisch-lutherische Landeskirche in Zusammenarbeit mit der Stiftung Creative Kirche Witten; beide Institutionen bringen sich personell, finanziell und organisatorisch in das Projekt ein.

Die Veranstaltung wird in Kooperation mit der Stadt Braunschweig und der EKD umgesetzt. Partner, auch mit Blick auf die Finanzierung, sind ferner das Land Niedersachsen, die Braunschweigische Landessparkasse, die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz u.a. Förderer. Mit den verantwortlichen Trägern des GKT wurde vereinbart, dass die Förderung einem speziell für Braunschweig entwickelten Projekt mit der Schwerpunktsetzung „Begegnung und Bildung“ zugutekommt. Die Mittel sollen anteilig vor allem für die Bildungsformate der Musikvermittlung des GKTs verwendet werden.

Nach Aussage der für die inhaltliche Konzeption verantwortlichen Stelle werden die Mass-Choirproben in der VW-Halle und die Workshops des Sonnabendnachmittags unterstützt. Bei ersterem handelt es sich um das Einstudieren neuer Gospelkompositionen, die dann in den jeweiligen Chören zur Repertoireerweiterung dienen. Die Workshops erweitern die musikalischen Kompetenzen von Chorleitern und -sängern. Die Kosten für diese Angebote setzen sich aus anteiliger Teilnehmerverwaltung, der Hallen- und Raummiete, Referentenhonoraren etc. zusammen.

Zu 2.

Die Stadtmarketing GmbH (BSM) wird im Rahmen des Gospelkirchentages – vergleichbar mit anderen Veranstaltungen – als Partner auftreten, da sie Sach-, Kommunikations- und Beratungsleistungen erbringt. Sie beteiligt sich nicht mit zusätzlichen finanziellen Mitteln an der Durchführung des Gospelkirchentages.

Die Veranstalterin des Gospelkirchentages erhält aktuell diejenigen Leistungen, die jeder andere Veranstalter in Braunschweig auch erhält. Im Wesentlichen sind dies die Berücksichtigung in generellen Kommunikationsmedien der BSM, touristische Beratung sowie die Beratung zur Sondernutzung im öffentlichen Raum. Zusätzlich hat der Veranstalter kostenpflichtige Dienstleistungen bei der Stadtmarketing GmbH gebucht. Bei der Vermittlung von Zimmern fallen die üblichen Provisionssätze an; zusätzlich hat der Veranstalter Medialeistungen gebucht. Derzeit erfolgt keine Teilnahme der BSM an Vorbereitungssitzungen. Es fanden jedoch bereits Einzeltermine mit dem Bereich Kommunikation und Bereich Sondernutzung und der Stiftung Creative Kirche statt.

Zu 3.

Grundlage der Förderung ist die gemeindliche Selbstverwaltung in Verbindung mit einer haushaltrechtlichen Ermächtigung. Bei der Gewährung wird die aktuell geltende Kulturförderrichtlinie des Fachbereichs Kultur zugrunde gelegt. Eine konkrete gesetzliche Grundlage zur Gewährung derartiger Zuwendungen gibt es nicht.

 01.02.
Dr. Hesse

**Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A 006 zum Haushalt 2016 der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Text:

Kulturzentrum am Westbahnhof / Planungsmittel:

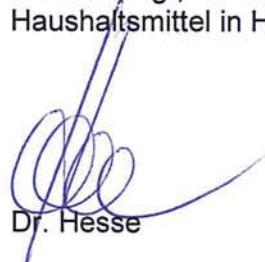
Was verbirgt sich genau hinter der Neuveranschlagung der Planungsmittel für die Einrichtung eines Kulturzentrums in Höhe von 180.000 €?

Begründung:

In der Anlage 2.2 "Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes..." (Einzelprojekte, Großprojekte und Programme") findet sich im Teilhaushalt 41 Kultur unter der Nr. 51 für das Haushaltsjahr 2016 die Neuveranschlagung der Planungsmittel für die Einrichtung eines Kulturzentrums in Höhe von 180.000 €. Wir gehen davon aus, dass es sich dabei um das neue Kulturzentrum am Westbahnhof handelt. Angesichts dessen hätten wir gerne eine Erläuterung, wieso und für was neben dem eingeplanten Investitionszuschuss an den künftigen Investor noch städtische Planungsmittel in dem genannten Umfang benötigt werden.

Antwort:

Bereits zum Haushalt 2013 sind Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 € für die Planung eines Veranstaltungszentrums beim Teilhaushalt Finanzen (3E.210003) bereitgestellt worden. Davon verfügbar waren Ende 2015 noch rd. 180.000 €. Bei Einstellung der Mittel wurde davon ausgegangen, dass es sich um ein städtisches Bauvorhaben handelt, so dass die Planungsmittel zuständigkeitsshalber dem Fachbereich Finanzen zugeordnet waren. Nach derzeitigem Verhandlungsstand wird sich die Stadt mit einem Baukostenzuschuss an einem Veranstaltungszentrum eines Dritten beteiligen und in dem neu zu errichtenden Gebäude Räumlichkeiten für den Betrieb eines soziokulturellen Zentrums anmieten. Mögliche Planungskosten fallen daher nicht mehr im Teilhaushalt Finanzen (Liegenschaftsverwaltung) sondern im Teilhaushalt Kultur an. Die noch verbliebenen Haushaltsmittel in Höhe von 180.000 € sind in der Konsequenz im Teilhaushalt Kultur neu veranschlagt, während die unter dem Projekt des Teilhaushaltes Finanzen noch verfügbaren Haushaltsmittel in Höhe von 180.000 € entfallen.



Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A007 zum Haushalt 2016 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Text:**

Soziokulturelles Zentrum Nexus / Frankfurter Str. 253:

Kann der vom Verein zur Förderung unabhängiger Kultur e. V. beantragte Zuschuss der Stadt Braunschweig zur Beschaffung von Baumaterialien in Höhe von 10.000 € aus bestehenden Haushaltsansätzen der zuständigen Fachverwaltung finanziert werden?

Begründung:

Seit über 10 Jahren betreibt der Verein zur Förderung unabhängiger Kultur e. V. nun schon im Westlichen Ringgebiet erfolgreich ein Soziokulturelles Zentrum.

Im Juli 2015 hat der Trägerverein angekündigt, im Oktober 2015 für die Renovierung des 1. Obergeschosses und die Schaffung von Seminar- und Mehrzweckräumen beim Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) des Landes Niedersachsen einen Förderantrag zur Beschaffung von Baumaterialien im Umfang von 40.500 € - der inzwischen positiv beschieden worden ist - einzureichen.

Voraussetzung für die endgültige Bewilligung ist allerdings ein finanzieller Anteil der Stadt Braunschweig in Höhe von 10.000 €. Um die Fördermittel des Landes nicht zu gefährden, ist es zwingend notwendig, dass die Stadt sich mit diesem kleinen Beitrag an dem letzten Bauabschnitt beteiligt.

Antwort:

Der Verein zur Förderung unabhängiger Kultur e.V. hat im April 2015 einen Antrag auf Förderung des Ausbaus des soziokulturellen Zentrums Nexus gestellt.

Als Ergebnis der geführten Gespräche wurde dem Verein mitgeteilt, dass der Erhalt des Zentrums und der Umbau seitens der Verwaltung befürwortet werden.

Die Stadt Braunschweig als Vermieter des Gebäudes hat der beabsichtigten Baumaßnahme bereits zugestimmt. Gleichzeitig wurden in den Förderansätzen des Fachbereichs Kultur für die Jahre 2016 und 2017 jeweils 5.000,- € zur Unterstützung des Projekts reserviert.



Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A 008 zum Haushalt 2016 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Text:**

Schlossmuseum / Städtischer Zuschuss:

1. Wie viele Besucher/innen hat das Schlossmuseum im ECE-Center pro Jahr und durchschnittlich pro Öffnungstag?
2. Wie hoch sind die Kosten, die seitens der Stadt Braunschweig 2016 für das Schlossmuseum im ECE-Center aufgebracht werden sollen?

Bitte die Gesamtsumme und die Teilsummen der Personal-, Bewachungs-, Betreuungs-, Miet- und Betriebskosten etc. auflisten!

3. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die städtische Bezuschussung des Museumsbetriebs im ECE-Center zumindest deutlich zu reduzieren?

Begründung:

Das 2010 eingerichtete Schlossmuseum im ECE-Center stößt nach unserer Kenntnis beim Publikum auf eher geringes Interesse. Die Stadt Braunschweig überweist der Trägerstiftung und der Centerbetreiberin Jahr um Jahr einen hohen (sechsstelligen) Betrag, um die Museumskosten zu decken.

Antwort:

Zu 1:

Die Besucherzahlen im Schlossmuseum haben sich wie folgt entwickelt:

	2011 ab Apr.	2012	2013	2014	2015	Schnitt 2011-2015
Pro Jahr	14.477	10.099	12.063	7.371	5.876	9.977
Pro Tag (durchschn.)	61	33	39	24	19	35

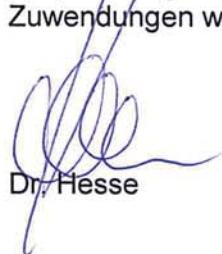
Zu 2:

Insgesamt entstehen der Stadt Aufwendungen in Höhe von rd. 270.000 €.

Die finanziellen Mittel verteilen sich wie folgt: Beteiligung an den Personalkosten (35.000 €), an den Bewachungskosten (75.000 €), an den Ausstellungskosten (25.000 €) sowie die Übernahme der Miet- (82.700 €) und Mietnebenkosten (ca. 53.000 €). Die beiden letztgenannten Beträge sind in den Mietzahlungen an die ECE enthalten.

Zu 3:

Grundlage des städtischen Engagements ist das Stiftungsgeschäft über die Errichtung der Stiftung Residenzschloss Braunschweig aus dem Jahre 2010. Dort sind die finanziellen Verpflichtungen der Stadt vertraglich fixiert. Möglichkeiten zu einer deutlichen Reduzierung der Zuwendungen werden nicht gesehen.



Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A 009 zum Haushalt 2016 der BIBS-Fraktion**Text:**

Zuschüsse an die Stiftung Residenzschloss Braunschweig (Produkt 1.25.2521.09):

1. Wofür sollen die geplanten städtischen Zuschüsse in Höhe von 135.000 Euro in 2016 verwendet werden? Wofür wurden sie in 2015 verwendet?
2. Handelt es sich bei dieser Förderung um freiwillige Leistungen?
3. Hat die Stiftung Residenzschloss Braunschweig einen Förderantrag gestellt und wenn ja, wann und mit welchem Inhalt?

Begründung:

erfolgt mündlich

Antwort:**Zu 1:**

Der Ansatz für die Gewährung von Zuwendungen an die Stiftung Residenzschloss Braunschweig in Höhe von 135.000 € wird im Haushaltsjahr 2016 zur Finanzierung der Personalkosten (35.000 €), der Bewachungskosten (75.000 €) und der Ausstellungskosten (25.000 €) des Schlossmuseums verwendet. Die gleiche Gewichtung galt auch für das Jahr 2015.

Zu 2:

Grundlage des städtischen Engagements ist das Stiftungsgeschäft über die Errichtung der Stiftung Residenzschloss Braunschweig aus dem Jahre 2010. Die vom Rat beschlossene Förderung ist eine freiwillige Leistung, eine gesetzliche Verpflichtung zur Gewährung einer Zuwendung besteht nicht.

Zu 3:

Grundlage des städtischen Engagements ist das Stiftungsgeschäft über die Errichtung der Stiftung Residenzschloss Braunschweig aus dem Jahre 2010. Dort sind die finanziellen Verpflichtungen der Stadt vertraglich fixiert. Eines gesonderten Förderantrages bedarf es daher nicht.



Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A 010 zum Haushalt 2016 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Text:**

Fachbereich 41 / Eigene kulturelle Veranstaltungen:

Welche Veranstaltungen des Fachbereichs 41 Kultur sind von dem Konsolidierungsvorschlag "Reduzierung des Veranstaltungsangebots" konkret betroffen?

Bitte um Auflistung der einzelnen Veranstaltungen bzw. Veranstaltungsreihen!

Begründung:

In der Anlage 1.1 "Ansatzveränderungen der Verwaltung" der Listen zum Ergebnishaushalt 2016 findet sich im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft unter den Nr. 70 sowie 76 bis 79 der Konsolidierungsvorschlag "Reduzierung des Veranstaltungsangebots". Für das Haushaltsjahr 2016 beträgt die Einsparsumme (ohne die Berücksichtigung der Mindererträge) insgesamt 171.000 €. Laut einem Bericht in der Braunschweiger Zeitung soll 2016 die traditionelle Kulturnacht ausfallen, zudem solle das geplante Jugend-Literaturfestival auf das Folgejahr 2017 verschoben werden. Vor diesem Hintergrund möchten wir wissen, ob noch andere Eigenveranstaltungen des Fachbereichs Kultur gestrichen werden sollen oder ob es bei den von der BZ benannten Maßnahmen bleiben soll.

Antwort:

Im Rahmen der erforderlichen Einsparungen werden im Haushaltsjahr 2016 folgende ursprünglich vorgesehene Projekte nicht umgesetzt (Kürzung der Ausgabeansätze in Klammern):

Die Kulturnacht (120.000 €), das Jugendliteratur-Festival (30.000 €), ein Workshop zur kommunalen Gedenkstättenarbeit (11.000 €) sowie Kürzung der Mittel für das Angebot von „Literatur im Roten Saal“ (10.000 €). Gleichzeitig wurden die zur Finanzierung der Kulturnacht eingeplanten Erträge im Umfang von 70.000 € wieder herausgenommen.



Dr. Hesse

**Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 011 der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen**

Text:

In den letzten Jahren wurden an die DWB für den Tagestreff IGLU konstante Zuschüsse in Höhe von jeweils 75.500 € aus den Mitteln des Fachbereiches 50 – Soziales und Gesundheit gezahlt. Das bedeutet, dass der Tagestreff IGLU bislang nicht von der vom Rat beschlossenen Dynamisierung der Zuschüsse in diesem Bereich profitiert. Zum Haushalt 2016 hat die DWB einen Antrag auf Erhöhung der Zuschüsse gestellt, der aus unserer Sicht finanziell im Rahmen der für andere Zuschussempfänger geltenden Dynamisierung liegt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Aus welchem Grund wurde die DWB bei den Zuschüssen zum Tagestreff IGLU bislang aus der Dynamisierung ausgeschlossen?
2. Gibt es formale, rechtliche oder vertragliche Gründe, die gegen eine Aufnahme des Tagestreff IGLU in die Dynamisierung sprechen?
3. Plant die Verwaltung, den Tagestreff IGLU in Zukunft ebenfalls bei Dynamisierung zu berücksichtigen?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

Die Zuschüsse für den Tagestreff IGLU werden aufgrund einer Vereinbarung aus dem Jahr 2008 gezahlt. Die Vereinbarung wurde zwischen der Stiftung Wohnen und Beraten, dem Land Niedersachsen und der Stadt Braunschweig geschlossen. Eine Dynamisierung ist in der Vereinbarung nicht vorgesehen. Unter Punkt 6 der Vereinbarung wurde die Finanzierung mit einem festen Budget festgelegt. Eine Dynamisierung ist daher ausgeschlossen.

Die Laufzeit der Vereinbarung wurde unter Punkt 7 auf 3 Jahre festgelegt und das sich die Laufzeit um jeweils ein Jahr automatisch verlängert soweit keine Kündigung erfolgt. Die Kündigung ist mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende der Laufzeit möglich.

gez.
Dr. Hanke

**Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 012 der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen**

Text:

In den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung zum Ergebnishaushalt (Anlage 1.1) findet sich für den Fachbereich 51 – Kinder, Jugend und Familie der Vorschlag, die Dynamisierung der Kita-Sachkostenförderung auszusetzen, womit Einsparungen in Höhe von 85.000 € erzielt werden sollen (Nummer 125). Da dieser Vorschlag nicht näher erläutert wird, bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Handelt es sich hierbei um Mittel, die den freien Träger im Zusammenhang mit dem sog. Pauschalisierten Aufwandsmodell zur Verfügung gestellt werden?
2. Für welchen Zeitraum soll die Dynamisierung dieser Mittel ausgesetzt werden?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

1. Ja, es handelt sich um Mittel, die den Trägern nach der PAM-Förderung zur Verfügung gestellt werden.
2. Die Dynamisierung der Förderung der Sachkosten soll für die Jahre 2016 bis 2019 ausgesetzt werden.



Unterschrift (Dez./FBL)

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 013 der Fraktion Die Linke

Text:

Kürzung Baby-Besuchsdienst

Welche Auswirkungen hat die Halbierung der Mittel für den Baby-Besuchsdienst?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

Die vorgesehene Kürzung des Budgets für den Baby-Besuchsdienst wird im lfd. Haushaltsjahr 2016 voraussichtlich keine Auswirkungen haben, da die Besuchsintensität auf Grund fehlender personeller Ressourcen im Zusammenhang mit befristeten Personalumsetzungen zur Sicherstellung der Betreuungssituation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in städt. Notaufnahmeeinrichtungen und eines Beschäftigungsverbots nach dem Muttersehaftsgesetz einer Sozialpädagogin reduziert worden ist (Umstellung des Einladungswesens; vom „festen Besuchstermin“ auf das „Angebot eines Besuchs nach entsprechender Rückmeldung der Familie“).

Folgewirkungen sind ab Haushaltsjahr 2017 zu erwarten in der Gestalt, dass der Umfang/Inhalt des Willkommenspräsents „bescheidener“ ausfallen wird (z. B. Entfall des Futterlöffels, Bilderbuches pp.).

Unterschrift (Dez./FBL)



Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 014 der Fraktion Die Linke

Text:

Kürzung Beratungsstellen FB 51

Warum wird der Zuschuss in diesem Bereich von 171.400 € auf 161.200 € gekürzt?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

In der Version der Zuschussliste, die im Dezember als Zwischenstand an den Rat versandt wurde, ist an dieser Stelle eine Angabe enthalten, die korrigiert werden muss. Hier sollte keine Kürzung dargestellt werden. Selbst für den Fall, dass die Dynamisierung der Institutionellen Förderung in 2016 ausgesetzt wird, würde der Zuschussbetrag, genau wie in 2015, 171.400 € lauten.

Unterschrift (Dez./FBL)



Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 015 der Fraktion Die Linke

Text:

Kürzung Jugend- und Internetcafé

Warum wird der Zuschuss in diesem Bereich von 28.200 € auf 25.200 € gekürzt?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

In der Version der Zuschussliste, die im Dezember als Zwischenstand an den Rat versandt wurde, ist an dieser Stelle eine Angabe enthalten, die korrigiert werden muss.

Hier sollte keine Kürzung dargestellt werden. Selbst für den Fall, dass die Dynamisierung der Institutionellen Förderung in 2016 ausgesetzt wird, würde der Zuschussbetrag, genau wie in 2015, 28.200 € lauten.

Unterschrift (Dez./FBL)

Wolfgang Müller

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A 016 der Fraktion Die Linke

Text:

Kürzung sonstige Jugendarbeit Nachbarschaftsladen

Warum wird der Zuschuss in diesem Bereich von 50.500 € auf 45.600 € gekürzt?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

In der Version der Zuschussliste, die im Dezember als Zwischenstand an den Rat versandt wurde, ist an dieser Stelle eine Angabe enthalten, die korrigiert werden muss.

Hier sollte keine Kürzung dargestellt werden. Selbst für den Fall, dass die Dynamisierung der Institutionellen Förderung in 2016 ausgesetzt wird, würde der Zuschussbetrag, genau wie in 2015, 50.500 € lauten.

Unterschrift (Dez./FBL)

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Lührer".

**Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2016 Nr. A017 der Fraktion
Bündnis 90/ Die Grünen**

Text:

In welcher Höhe werden Mittel zur Förderung regenerativer Energien aus dem Haushaltsjahr 2015 in das Jahr 2016 übertragen?

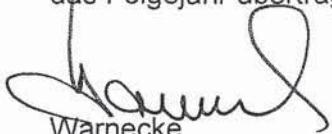
Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

Auf dem Projekt 4S.610032 standen für das Jahr 2015 Finanzmittel zur Förderung regenerativer Energien i.H.v insgesamt 193.591,90 € zur Verfügung. Dieser Betrag setzt sich aus 93.000 € Haushaltsplanansatz 2015 und 100.591,90 € Haushaltsrest 2014 zusammen.

Im Jahr 2015 wurden 83.232,50 € verausgabt, so dass 110.359,40 € nicht verbraucht wurden. Da die Budgetmittel auf dem Projekt zum Ergebnishaushalt, bei dem nur eine einmalige Übertragung von Haushaltsmitteln zulässig ist, gehören, dürfen nur die verbleibenden Haushaltsmittel des Planansatzes 2015 i.H.v 93.000 € als Haushaltsrest in das Folgejahr übertragen werden.



Warnecke

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2016 Nr. A 018 der BIBS-Fraktion

Text:

Verkehrszählung im Braunschweiger Norden

Bereits im Herbst 2014 wurde in Waggum eine erneute Verkehrszählung durchgeführt.

Nachdem 2010 die Grasseler Straße widerrechtlich gekappt wurde, war seitdem weder die Flughafen GmbH noch die Verwaltung in der Lage, dem Bezirksrat 112 diese Fragen zu beantworten.

Daher wird an dieser Stelle erneut gefragt:

1. Zu welchem Ergebnis ist das beauftragte Büro WVI gekommen?
2. Wenn noch kein Ergebnis vorliegt: Wann wird das Ergebnis den politischen Gremien vorgestellt?
3. Wann reicht die Flughafen GmbH das Fehlerbehebungsverfahren zum Abschluss des Planfeststellungsverfahrens ein?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

Die gleichlautende Anfrage aus dem Stadtbezirksrat 112 wurde am 11. Nov. 2015 dem Stadtbezirksrat wie folgt beantwortet.

Zu 1.: Die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH hat bisher lediglich mitgeteilt, dass das Büro WVI die Verkehrsdaten an den Verkehrslärmgutachter gegeben hat. Der Stadt liegen diese Daten oder ein Ergebnis bis jetzt nicht vor.

Zu 2.: Da der Stadt diese Daten oder ein Ergebnis bis jetzt nicht vorliegen, kann ein Termin nicht genannt werden.

Zu 3.: Ein Datum für die Einleitung eines Verfahrens oder einen Zeitplan hat die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH der Stadt bis jetzt nicht vorgelegt. Ich habe die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH aufgefordert, mir einen Zeitplan vorzulegen. Sobald dieser vorliegt, werde ich den Stadtbezirksrat darüber informieren

gez.

Unterschrift (Benscheidt)

**Beantwortung der Anfrage/Anregung Nr. A 156 zum Haushalt 2016 der
BIBS-Fraktion****Text:**

In einer Mitteilung (15-01251) zum aktuellen Sachstand des Kulturprojektes "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)" wurde mitgeteilt, dass sich der Kostenrahmen des Gesamtprojektes auf etwa 500.000 Euro beziffern lässt. Wir bitten um den Sachstand der Planungen und fragen:

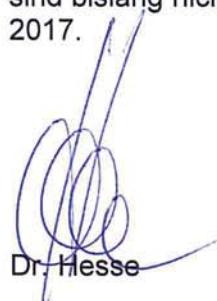
1. Wieviel Geld wird im Haushaltsentwurf diesem Projekt (in 2016 und in den kommenden Jahren) zur Verfügung gestellt werden?

Begründung:

erfolgt mündlich

Antwort:

Der derzeitige Sachstand zum Projekt „Vom Herzogtum zum Freistaat – Braunschweigs Weg in die Demokratie“ ist in der Mitteilung (15-01251) ausführlich dargelegt. Das weitere Vorgehen ist abhängig von den Entscheidungen des Ausschusses bzw. des Rates. Finanzmittel zur Umsetzung des Projektes im Haushaltsjahr 2016 oder in den Folgejahren sind bislang nicht berücksichtigt. Dies erfolgt nach Beschlussfassung für das Haushaltsjahr 2017.



Dr. Hesse

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. 037 der Fraktion
DIE LINKE.**

Text:

Kulturförderabgabe einführen

Es soll eine Kulturförderabgabe nach dem Vorbild der Stadt Köln - örtliche Aufwandssteuer bei entgeltlicher Übernachtung in einem Beherbergungsbetrieb in Höhe von 5% des vom Gast aufgewendeten Betrages - erhoben werden.

Stellungnahme:

Im Antrag ist ein Betrag von 2 Mio. € pro Jahr angegeben. Nach gängiger Rechtsprechung darf eine solche Steuer jedoch nicht auf beruflich bedingte Übernachtungen erhoben werden. In 2014 erfolgten rd. 110.000 touristisch motivierte Übernachtungen. Bei einem Durchschnittspreis von ca. 85 € pro Nacht sind bei einer 5%igen Besteuerung ca. 467.500 € Erträge pro Jahr zu erwarten.

Der Antrag hat auch Auswirkungen auf den Stellenplan. Für die Erhebung der Steuer in Braunschweig wäre zur Einführung ein Personalbedarf von zwei Dienstkräften erforderlich. Die laufende Erhebung der Steuer könnte durch eine Dienstkraft der Besoldungsgruppe A 9 m. D., analog der Erhebung der Vergnügungssteuer, erfolgen. Für die Einführungsphase müsste zusätzlich für ein Jahr eine Dienstkraft der Besoldungsgruppe A 10 eingesetzt werden. Die durchschnittlichen Personalkosten einschließlich eines Büroarbeitsplatzes mit IT-Ausstattung für einen Dienstposten A 10 betragen rd. 82.000 € und für A 9 LG 1, 2. Einstiegsamt. rd. 77.000 € Für die Erweiterung der Software zur Erhebung der Steuer wären rund 6.000,- € einzuplanen. Die Einführung einer Bettensteuer würde in 2016 zu einem Aufwand von rund 85.500,- € führen. Für 2017 wäre ein Aufwand von rd. 118.000 € in den Folgejahren wäre mit jährlichen Kosten in Höhe von rund rd. 77.000,- € für den neu zu schaffenden Dienstposten der Besoldungsgruppe A9 LG 1, 2. Einstiegsamt zu rechnen. Diese Kosten sind in der listenmäßigen Zusammenstellung bereits abgezogen.

Für 2016 ist nur eine anteilige Verbesserung für 3 Monate enthalten, da die Einführung der Steuer eine gewisse Vorbereitungszeit erfordert. Die Personalkosten würden voraussichtlich zur Mitte des Jahres entstehen.

Gez.
Geiger

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 – FWE 047 -
der BIBS-Fraktion**

Defizit des Braunschweiger Stadtmarketings verringern

Der Defizitausgleich durch die Stadt Braunschweig für die Braunschweiger Stadtmarketing GmbH für 2016 darf maximal die Summe des Verlustausgleiches aus dem Jahr 2014 betragen.

Stellungnahme:

In Abstimmung mit dem Wirtschaftsdezernenten der Stadt Braunschweig und Geschäftsführer der Braunschweig Stadtmarketing GmbH, Herrn Leppa, nehme ich wie folgt Stellung:

Eine Begrenzung des Zuschusses der Braunschweig Stadtmarketing GmbH von derzeit für 2016 geplanten 1.336.500 EUR auf den Wert des Jahres 2014 von 1.181.500 EUR bedeutet eine Kürzung um 155.000 EUR. Dies wären 11,6 % des Gesamtetats der Gesellschaft. Eine Kürzung des Aufwands aus den Sachbudgets hat unmittelbare Auswirkungen auf die Erlössituation des Unternehmens, da den Aufwendungen in nahezu allen Bereichen Erlöse gegenüberstehen. Eine Kürzung der Mittel würde unmittelbar zu betriebsbedingten Kündigungen führen.

Die Herausforderungen in der Kommunikation werden durch den technologischen Wandel der Medien immer vielfältiger. Insbesondere die neuen Aktivitäten im Internet binden Kapazitäten, führen aber nicht automatisch zu entsprechenden Entlastungen in den klassischen gedruckten Medien, es entstehen Mehrkosten. Die sozialen Netzwerke müssen zusätzlich zu den klassischen Kommunikationswegen, die in der Vergangenheit ausschließlich betreut wurden, bearbeitet werden. Mit den Projekten „Lichtparcours 2016“ und der Neueröffnung des Herzog Anton Ulrich Museums und den damit verbundenen hohen Besucherzahlen wird im touristischen Bereich des Unternehmens wieder eine sehr hohe Auslastung erreicht werden. Unter anderem hierfür wurden im Plan 2016 personelle Ressourcen abgebildet, die dringend erforderlich sind, um die Herausforderungen leisten zu können.

Im reinen Marketingbereich, der sich unter der Position „Marketingmaßnahmen“ wiederfindet, führen Kürzungen dazu, dass die Maßnahmen zur Neueröffnung des Herzog Anton Ulrich Museums nicht umgesetzt werden. Damit würden die aktuell mit der Wiedereröffnung gegebenen sehr guten Chancen zur Positionierung Braunschweigs als bedeutendes kultur- und städtetouristisches Ziel nicht genutzt. Ebenso müssten die Maßnahmen im Fachkräftemarketing und im Congressmarketing/Convention Bureau gestrichen werden.

Im Ergebnis würde dies zu Wahrnehmungsverlusten und Buchungsrückgängen, damit zu geringerer Wertschöpfung am Standort, Umsatrzrückgängen und weniger Beschäftigung führen.

Eine Kürzung ist in der Konsolidierungsrounde bereits erfolgt, sie kann in der genannten Größenordnung weder über das Personalbudget noch über das Sachbudget ohne tiefgreifende Auswirkungen dargestellt werden.

gez.
Geiger

FB 32
32.0

15. Februar 2016
SB: Herr Hohndorf
Tel.: 5723
Fax: 5799

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. FWE 053
der Piraten-Fraktion**

Text:

Gewerbeanmeldung (Kostenart 331110 – Verwaltungsgebühren – + 20.000 €)

Begründung: (Originaltext)

Dieser Antrag entspricht 5 € mehr pro Gewerbeanmeldung. Dieser Betrag fällt bei der Gründung eines Betriebes nicht ins Gewicht.

Stellungnahme:

Das Produkt beinhaltet alle Gewerbemeldungen, also auch Ab- und Ummeldungen. Die Höhe der Gebühren ist landesrechtlich in dem Niedersächsischen Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) und der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung – AllGO) verbindlich geregelt. Die zu erhebenden Gebühren für die Bearbeitung einer Gewerbemeldung sind in der Anlage zur AllGO in Tarif-Nr. 40.1.2.1 geregelt. Danach sind die Gebühren ausschließlich nach dem Zeitaufwand zu berechnen, dürfen aber höchstens 43 € betragen. Im Regelfall beträgt die Bearbeitungsduer für eine Gewerbeanmeldung drei angefangene Viertelstunden, für eine Gewerbeab- oder -ummeldung zwei angefangene Viertelstunden. Die Höhe des Viertelstundensatzes ist mit 12,50 € ebenfalls verbindlich festgelegt.

Eine Gebührenerhöhung wäre nur zulässig, wenn sich die Bearbeitungszeit tatsächlich verlängert, eine pauschale Erhöhung der Gebühren um den vorgeschlagenen Betrag von 5 € je Gewerbeanmeldung ist rechtlich nicht zulässig, eine Umsetzung des Antrages somit aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Ergänzend teile ich mit, dass die Viertelstundensätze durch eine Änderung der Allgemeinen Gebührenordnung in zwei Schritten zum 1. Januar 2016 erhöht wurden, so dass sich die Gebühren je Gewerbeanmeldung von 34,50 € auf 37,50 € und für die Gewerbeum- oder -abmeldung von 23 € auf 25 € erhöht haben. Unter Zugrundelegung der Planzahl ist für 2016 von einer Mehreinnahme in Höhe von rund 11.000 € auszugehen.

Gez. Paschen

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. FWE 054
der Piraten-Fraktion**

Text:

Gewerberegisterauskunft (Kostenart 331110 – Verwaltungsgebühren – + 20.000 €)

Begründung: (Originaltext)

Dieser Antrag entspricht 5 € mehr pro Gewerberegisterauskunft

Stellungnahme:

Die Höhe der Gebühren ist landesrechtlich in dem Niedersächsischen Verwaltungskosten gesetz (NVwKostG) und der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung – AllGO) verbindlich geregelt. Die zu erhebenden Gebühren für die Bearbeitung einer Gewerberegisterauskunft sind in der Anlage zur AllGO in Tarif-Nr. 40.1.4.1 (Auskunft über Daten nach § 14 Abs. 5 Satz 1 GewO) und 40.1.4.2 (Auskunft nach § 14 Abs. 7 über Daten nach § 14 Abs. 5 Satz 2 GewO) geregelt. Danach sind die Gebühren ausschließlich nach dem Zeitaufwand zu berechnen, dürfen aber höchstens 15 € bzw. 40 € betragen. Im Regelfall beträgt die Bearbeitungsdauer für beide Auskunftsarten eine angefangene Viertelstunde. Die Höhe des Viertelstundensatzes ist mit 12,50 € ebenfalls verbindlich festgelegt.

Eine Gebührenerhöhung wäre nur zulässig, wenn sich die Bearbeitungszeit tatsächlich verlängert, eine pauschale Erhöhung der Gebühren um den vorgeschlagenen Betrag von 5 € je Gewerberegisterauskunft ist nicht zulässig und würde auch die zulässige Gebührenobergrenze überschreiten. Eine Umsetzung des Antrages ist somit aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Ergänzend teile ich mit, dass die Viertelstundensätze durch eine Änderung der Allgemeinen Gebührenordnung in zwei Schritten zum 1. Januar 2016 erhöht wurden, so dass sich die Gebühren je Gewerberegisterauskunft von 11,50 € auf 12,50 € erhöht haben. Da die Mehrzahl der Auskünfte gebührenfrei an öffentliche Stellen erteilt werden muss und diese Zahl nicht gesondert erfasst wird, ist eine konkrete Mehreinnahme nur schwer zu prognostizieren, dürfte aber lediglich bei rund 1.000 € liegen.

Gez. Paschen

Dez. II

5. Feb. 2016

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. FWE 055 der Fraktion der Piratenpartei

Text:

Einsparung durch Nachverhandlungen bei 1.12.1260.14 Service "Feuerwehrleistungen für Dritte" - oder Einstellung dieses Produkts.

Stellungnahme:

Das o.g. Produkt umfasst die Leistungen Flughafenbrandschutz und Feuerwehrservicezentrum sowie in geringerem Umfang Rettungsdienstunterstützung und Ausbildung, Werkstattleistungen und Dienstleistungen für Dritte. Der Ansatz 2016 weist ein Saldo von -435.850 € gegenüber einem Saldo von -275.079 € im Jahr 2015 aus.

Der Saldo dieses Produktes errechnet sich aus den erwarteten Erträgen einerseits sowie den zu erwartenden Personal-, Sach- und übrigen Aufwendungen andererseits, bezogen auf die o. g. einzelnen Leistungen.

Die Erhöhung des Saldos um rd. -160.000 € im Jahr 2016 ist in erster Linie durch eine Steigerung der diesem Produkt zugeordneten Personalaufwendungen und eine Minderung der Einnahmeerwartung begründet. Die Sachaufwendungen wie auch die übrigen Aufwendungen sind gegenüber den Vorjahren nahezu unverändert geblieben.

Hierzu im Einzelnen:

Bei der Ansatzplanung 2016 ist davon ausgegangen worden, dass die Personalaufwendungen für den gesamten Fachbereich steigen. Der Betrag für die Produktgruppe Brandschutz liegt dann bei 20.849.731 € und ist damit um rd. 1.457 Mio. € höher als im Vorjahr. Auf das Produkt „Service“ mit den o. g. Leistungen entfällt eine Steigerung um rd. 110.000 €.

Die Planung der Personalaufwendungen erfolgt im Umlageverfahren. Dies bedeutet, dass die Personalaufwendungen auf Kostenstellen zusammengefasst werden und auf die einzelnen Produkte umgelegt werden. Die Personalkostenumlage basiert auf einem festen Umlageschlüssel, der mit Beginn der Doppik erstellt wurde. Eine direkte Zuordnung wäre aufgrund der verschiedenen Einsatzmöglichkeiten der Mitarbeiter zu aufwendig und nicht praktikabel.

Der Ansatz 2016 geht davon aus, dass die Erträge für das Produkt „Service“ um rd. 55.000 € niedriger ausfallen werden. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass insbesondere das Feuerwehrservicezentrum (FSZ) als einzelne Leistung des Produktes zunehmend unwirtschaftlich arbeitet. Die Erträge des FSZ haben sich um rd. 43.000 € von rd. 63.500 € in 2013 auf rd. 20.500 € im Jahr 2014 extrem reduziert. Diese Werte liegen der Ansatzplanung 2015 und 2016 zu Grunde. Die Reduzierung der Erträge ist in erster Linie auf eine extreme Verschlechterung der Auftragslage des FSZ zurückzuführen. Verwaltungsseitige Versuche, die Firma Dräger als Vertragspartner zu einer Steigerung der Auftragsakquirierung zu bewegen und dadurch die Erträge zu steigern, verliefen erfolglos. Eine Beendigung der Verträge zum FSZ ist frühestens 2019 möglich und wird von der Verwaltung verfolgt. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass im FSZ insbesondere Mitarbeiter eingesetzt werden, die nicht mehr einsatzdiensttauglich sind. Sollte also die Leistung eingestellt werden, fallen die Personalkosten für die dort eingesetzten Mitarbeiter weiterhin an und würden andere Leistungen des Produktes „Brandschutz“ entsprechend belasten. Erträge - wenn auch im geringen Umfang -

würden überhaupt nicht mehr generiert. Die Verwaltung sieht bei dieser Leistung derzeit keine geeigneten Möglichkeiten, der Erhöhung des Fehlbetrages 2016 entgegen zu wirken.

Weiterhin wird beim Ansatz 2016 davon ausgegangen, dass sich die Erträge bei der Leistung „Ausbildung für Dritte“ als Teil des Produktes „Service“ verringern. Bei der Ansatzplanung wurde berücksichtigt, dass sich die Erträge um rd. 12.000 € von rd. 14.000 € im Jahr 2013 auf rd. 2.000 € im Jahr 2014 reduziert haben. Diese Werte liegen ebenfalls der Ansatzplanung 2015 und 2016 zu Grunde. Zurückführen lässt sich dieser Rückgang auf ein geringeres Interesse Dritter am Brandschutztraining, an Atemschutzgeräteträgerlehrgängen und an Erste-Hilfe-Lehrgängen. Diese Leistung wird von der Feuerwehr nur auf Nachfrage angeboten. Gleichwohl wird es von der Berufsfeuerwehr Braunschweig als selbstverständlich angesehen, dass derartige Leistungen weiterhin von einer Berufsfeuerwehr vorgehalten und im Bedarfsfall angeboten werden können. Daher besteht auch hier keine Möglichkeit, das Saldo zu beeinflussen.

Aus den genannten Gründen empfiehlt die Verwaltung dem Antrag nicht zu folgen.

gez.

Ruppert

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. 112 der Fraktion der Piratenpartei

Text:

Graffitibeseitigung -50%

Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.

Stellungnahme:

Im Rahmen der kommunalen Beschäftigungsförderung werden von der VHS Arbeit und Beruf GmbH mit dem Jobcenter Braunschweig unterschiedliche Projekte geplant und beantragt, um für langzeitarbeitslose Menschen sinnstiftende Beschäftigungsmöglichkeiten zu initiieren. Eines dieser Angebote ist die Beseitigung von Graffiti. Der FB 66 und die VHS Arbeit und Beruf GmbH schließen für die Durchführung jeweils Kooperationsvereinbarungen. Dabei übernimmt der FB 66 die fachliche Steuerung und Einbindung in das Gesamtprojekt „Unser sauberes Braunschweig“ und beteiligt sich an den nicht unerheblichen Sachkosten (Fahrzeuge, Material) sowie der Fachanleitung. Im Rahmen dieser Kooperation wurden in den vergangenen Jahren gemeinsam zwei wesentliche Ziele verwirklicht. Das Erscheinungsbild der Stadt Braunschweig konnte erheblich aufgewertet werden und langzeitarbeitslosen Bürgern konnte eine sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit geboten werden, welche sowohl in der allgemeinen Öffentlichkeit wie auch in der direkten Ansprache beim realen Arbeitseinsatz durchweg positiv beurteilt wurde. Die VHS klärt am Ende eines Jahres mit ihren Kooperationspartnern die Bedarfe für die einzelnen Projekte ab. Anschließend wird diese Planung mit dem Jobcenter und dessen Bedarfen abgeglichen. Wird eine Übereinstimmung erzielt, werden von der VHS entsprechende Projektanträge gestellt und anschließend vom Jobcenter beschieden. Die AGH-Bescheide (Arbeitsgelegenheiten) haben immer eine festgeschriebene Laufzeit. Das Graffiti-Projekt läuft vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2016. Daraus resultiert der erneute Abschluss einer Kooperationsvereinbarung. Sollte der Antrag der Piratenpartei zum Tragen kommen, stünden für eine Kooperationsvereinbarung nicht mehr ausreichend Mittel zur Verfügung - insbesondere, da für 2016 ursprünglich 30.000,- Euro mehr erforderlich gewesen wären, die bereits eingespart wurden. Von einem Nichtzustandekommen einer Kooperationsvereinbarung wären neben den negativen Auswirkungen für das Stadtbild (schnell und nachhaltig mehr illegale Graffiti) auch 8 Arbeitsgelegenheiten und 2 Personen im Rahmen einer Förderung von Arbeitsverhältnissen betroffen. Ein Verzicht auf die Mittel ist daher ohne erhebliche Nachteile für die Beschäftigungsförderung und das Stadtbild nicht möglich.

gez.

Leuer

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. FWE 118 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Überschrift: Transferaufwendungen 0800 an Ergebnis 2014 anpassen

Beantragter Veränderungsbetrag: - 290.000 €

Begründung: Auch weil in einzelnen Bereichen die zur Verfügung gestellten Zuschüsse gar nicht benötigt wurden, sollen die Transferaufwendungen des Wirtschaftsdezernates auf den Rechnungsbetrag 2014 abgesenkt werden. Dass der Betrag mehr als verdoppelt werden soll, passt auch nicht ansatzweise zur derzeitigen Situation.

Stellungnahme:

Im Haushaltsjahr 2014 waren im Teilhaushalt 0800 folgende Ansätze (Transferaufwendungen) veranschlagt, auf die sich Ratsfraktion DIE LINKE bezieht.

	2014 - Ansatz	2014 Rechnung/ gebunden	2016
2014: Förderung von Unternehmen in Braunschweig (KMU) 2016: Neuer Titel: Kofinanzierung von Projekten der Wirtschaftsförderung und Fachkräfteentwicklung	190.000 €	50.000 € gebunden für Projekt „Studienabbrücher“ gem. VA-Beschluss 17.3.14 (DS 17416/15)	178.000 € (gekürzter Veraltungsvorschlag)
Regionales Investorenkonzept Freizeit und Lebensqualität (RIK)	0 €	0 €	45.000 € (gekürzter Veraltungsvorschlag)
WLAN / Smart City	0 €	0 €	50.000 €
Förderung aus dem Existenzgründerfonds	100.000 €	85.372,69 € 100.372,69 € *	94.000 € (gekürzter Veraltungsvorschlag)
Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft	100.000 €	63.117,08 € 57.117,085 € *	94.000 € (gekürzter Veraltungsvorschlag)
Summe	390.000 €	198.489,77 € * 207.489,77 €	461.000 €

* Aufgrund einer fehlerhaften Darstellung der Zuschussbeträge in der Zuschussliste (2.2.3.1) des Haushaltplanes 2016 sind die o. a. gestrichenen Beträge fälschlicherweise in die Stellungnahme vom 29. Januar 2016 übernommen wurden. In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 5. Februar 2016 wurde darauf hingewiesen, die korrekten Zahlen (s. o.) benannt und die Stellungnahme angepasst. Eine Korrektur der Zuschussliste erfolgt durch den Fachbereich Finanzen.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Veranschlagung der Mittel für den Haushalt 2016 hat sich im Vergleich zum Haushaltsjahr 2014 nicht verdoppelt, sondern liegt um 71.000 €

für zusätzliche Aufgaben, u. a. zu den vom Rat beschlossenen Anträge zu WLAN und Smart City, höher.

Zu den einzelnen Maßnahmen wird wie folgt ausgeführt:

1. Kofinanzierung von Projekten der Wirtschaftsförderung und Fachkräfteentwicklung

Braunschweig gehört zu den innovativsten Standorten Europas. Das übergreifende Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft durch eine bessere Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale zu erhalten bzw. zu steigern wird unter anderem durch innovative Wirtschaftsförderungsprojekte und Projekte und Maßnahmen im Bereich der Fachkräfteentwicklung unterstützt.

Die Diversifizierung der Braunschweiger Unternehmenslandschaft und die Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen ist nach wie vor ein elementares Ziel städtischer Wirtschaftsförderung, insbesondere in der aktuellen Situation. Auch hierzu ist es zwingend erforderlich, die von Universität und wissenschaftlichen Einrichtungen gebildeten Zentren mit interdisziplinärer, anwendungsnaher Forschung im Interesse der Schaffung neuer Unternehmen am Standort intensiv zu begleiten. Hierzu stehen entsprechende Innovationsförderbudgets aus verschiedenen Förderkulissen zur Verfügung, zu deren Kofinanzierung Mittel eingeplant wurden.

Das im vergangenen Jahr gegründete Fachkräftebündnis SüdOstNiedersachsen hat das Ziel, auf regionaler Ebene die Fachkräfteversorgung zu sichern und die dafür notwendigen Strukturen zu verbessern. Es ist eines von acht regionalen Bündnissen aus der „Fachkräfteinitiative Niedersachsen“ des Landes. Ein wichtiges strategisches Ziel des Fachkräftebündnisses SüdOstNiedersachsen ist die Stärkung der Willkommenskultur und die Vernetzung von Beratungsangeboten. Weitere Ziele sind es, die Standortattraktivität zu erhöhen und die nachhaltige Integration und Bindung von (potenziellen) Fach- und Führungskräften an die Region zu verbessern. Als erstes Projekt ist bereits das Welcome Center an den Standorten Braunschweig und Wolfsburg in der Umsetzung, welches zukünftig eine umfassende Beratung für ausländische Fachkräfte und ihre Familien bietet.

Im Fachkräftebündnis erarbeiten die 27 gleichberechtigten Kooperationspartner gemeinsam Lösungsvorschläge zu den Themen Fachkräftesicherung und Qualifizierung von Beschäftigten und Arbeitssuchenden. Hierzu ist neben der aktiven Mitarbeit im Bündnis auch eine finanzielle Beteiligung der Stadt Braunschweig für zukünftige Projekte notwendig.

Neben dem wichtigen Thema Fachkräfteentwicklung sind zudem nachhaltige, kontinuierliche und breit angelegte Innovationsaktivitäten Voraussetzungen für eine gesunde, langfristig orientierte Entwicklung einer Region bzw. Stadt und der ansässigen Unternehmen. Mit diesem gemeinsamen Verständnis, wollen die Städte Braunschweig und Salzgitter sowie der Landkreis Peine, vertreten durch die jeweiligen Wirtschaftsfördergesellschaften, gemeinsam ab dem Frühjahr 2016 ein Projekt zu Beratung im Wissens- und Technologie-transfer für 4 Jahre durchführen.

Ziel des Vorhabens ist, die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen KMU durch Innovation zu sichern bzw. aufzubauen und zu erhalten um zu einer nachhaltigen Entwicklung der Region beizutragen. Dazu sollen - gemäß Förderrichtlinie - KMU verstärkt in das Innovationsgeschehen einbezogen und insbesondere der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit den regionalen wissenschaftlichen Einrichtungen unterstützt werden. Die Stadt Braunschweig soll hierbei einen Eigenanteil von ca. 140.000 € (ca. 35.000 €/Jahr) einbringen.

Ein weiteres geplantes aus dieser Haushaltsstelle zu förderndes Projekt ist der sogenannte „Innovationsflügel“. Hier sollen in neuer Form Büro- und Laborflächen sowie Meeting-

Bereiche Gründern, jungen Unternehmen und Projektpartnern temporär zur Verfügung gestellt werden

Aktuell ergibt sich am Forschungsflughafen eine einzigartige Chance, neben der Realisierung des Lilienthalhauses über einen privaten Investor, einen Innovationsflügel zu errichten, ohne hohe Investitionskosten wie bei einem klassischen Technologiepark. Für die vorgesehene Projektlaufzeit von ca. 3,5 Jahren ist eine geplante Beteiligung der Stadt Braunschweig von ca. 215.000 € vorgesehen.

Des Weiteren ist geplant, aus dem Mittelansatz die Etablierung eines High-Tech Accelerators in Braunschweig mit 50.000 € zu fördern. Es ist vorgesehen, diese Fördersumme auch im zweiten und dritten Projektjahr zur Verfügung zu stellen.

Innovationen entstehen in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Auch die erste Stufe der Technologieverwertung erfolgt an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Form von Firmenneugründungen aus den Instituten. Bis zur ersten Unternehmensphase nach der Gründung werden die Jungunternehmen von der Hochschule unterstützt. Danach sind die jungen Hochtechnologie-Gründerinnen und -gründer auf sich allein gestellt. Für ein nachhaltiges Wachstum der Jungunternehmen und somit die Etablierung hochtechnologischer Produkte und Dienstleistungen auf nationalen und internationalen Märkten sind neben einem hohen monetären Aufwand in Form von Wagniskapital, ein strategisches Zielsystem sowie eine branchenübergreifende Vernetzung unabdingbar. Das Fehlen dieser fundamentalen Rahmenbedingungen für Hochtechnologiegründungen im Wirtschaftsraum Braunschweig hat eine reale Verwertungslücke im Wertschöpfungsprozess von jungen Hochtechnologieunternehmen zur Folge.

Aus diesem Grunde haben die TU Braunschweig und die Ostfalia Hochschule in Kooperation mit der BRAUNSCHWEIG Zukunft GmbH das Konzept für einen High-Tech Accelerators, der in 2016 in Braunschweig verortet werden soll, erarbeitet. Das oberste Ziel des High-Tech Accelerators soll die Zusammenführung von Wissenschaft und Wirtschaft sein. Dabei wird ein klarer Fokus auf Unternehmen aus dem Bereich Hochtechnologie gelegt. Der High-Tech Accelerator soll eine zentrale Rolle übernehmen und junge Unternehmen dabei unterstützen, Innovationen zu entwickeln, die einen nachhaltigen Wert für heutige und zukünftige Generationen generieren. Nur so ist es möglich, eine wettbewerbsfähige und beschäftigungsstarke Wirtschaft zu erhalten, die in der Lage ist, durch die Entwicklung zukunftsfähiger Produkte und Dienstleistungen internationalen und innovativen Wettbewerbern erfolgreich gegenüberzustehen.

Es ist geplant, dass die Projektträgerschaft des High-Tech Accelerators vom Lehrstuhl für Entrepreneurship der TU Braunschweig übernommen wird. Der High-Tech Accelerator soll ein weiterführendes Bindeglied im Anschluss an die bereits bestehenden Förderinstrumente sein und nicht als ein weiteres Förderinstrument neben den bestehenden Einrichtungen fungieren.

Zurzeit werden weitere Fördermöglichkeiten aus Landesmitteln geprüft.

Letztendlich befinden sich die o. g. Projekte noch in der Planung. Exakte Kostenschätzungen sind daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Bei diesen wichtigen Themen sollen allerdings der Stadt Braunschweig ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, damit Handlungsoptionen genutzt werden können. Absehbar ist ebenfalls, dass im Jahr 2016 weitere Projekte - insbesondere bei der Fachkräfteentwicklung im Fachkräftebündnis – initiiert werden.

Eine Kürzung der Haushaltsmittel kann daher aus Sicht der Verwaltung nicht befürwortet werden.

2. Regionales Investorenkonzept Freizeit und Lebensqualität (RIK)

Aufbauend auf dem Projekt „Masterplan Radtourismus“, das Anfang 2014 von der Allianz für die Region initiiert wurde, soll das Thema auch stärker in Braunschweig verankert werden. Ziel ist es, vor allem die Unterkunftsangebote für das Thema zu sensibilisieren, um attraktive Angebote und Serviceleistungen zu schaffen. Gemeinsam mit der Allianz für die Region soll ein Konzept erstellt werden, das neben Analysen zu den Bedürfnissen der Zielgruppe vor allem auch konkrete Maßnahmen beinhaltet, die in einem weiteren Schritt umgesetzt werden sollen. Schon geringe Investitionen reichen aus, um sich nachhaltig als fahrradfreundlicher Betrieb zu positionieren. Die Unterkunftsangebote werden dabei in der Umsetzungsphase intensiv beraten und begleitet.

Da Radtouristen auch Ferienwohnungen bevorzugen, wird dieser Unterkunftsart eine besondere Rolle zuteil. Ferienwohnungen und Privatunterkünfte sind in Braunschweig noch nicht vollständig erfasst, so dass hier die Chance besteht den Markt in Braunschweig entsprechend zu beleuchten.

Hintergrund: Der Deutsche Tourismusverband e.V. (DTV) bescheinigt in seiner Grundlagenstudie zum Radtourismus, dass für über 70 % der Radurlauber das Buchen von fahrradfreundlichen Serviceleistungen der Unterkünfte eine herausragende Rolle spielt. Um diesen Anforderungen Rechnung zu tragen und wettbewerbsfähig zu bleiben, ist es erforderlich, die aus dem RIK Prozess zur Verfügung stehenden Mittel entsprechend für ein Braunschweiger Konzept einzusetzen.

3. WLAN / Smart City

Grundlage zu einer Weiterentwicklung der Stadt Braunschweig zu einer Smart City sind die Anträge der CDU-Fraktion (15-00013), der SPD-Fraktion (15-00344) und der Fraktion der Piraten (15-00309), die im Rat der Stadt Braunschweig am 21. Juli 2015 beschlossen wurden. Korrespondierend dazu wurden weitere Anträge, wie die Bereitstellung eines kostenlosen WLAN in der Braunschweiger Innenstadt und die Einführung eines mobilen Bezahlsystems in Braunschweig durch den Rat beschlossen.

In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 11. Dezember 2015 wurde zuletzt über den Sachstand zur Einführung eines kostenlosen WLAN (DS 15-01209) sowie über den aktuellen Sachstand zu Smart City (DS 15-01210) ausführlich berichtet. Es wurde mitgeteilt, dass die Thematik Smart City keinen klar umrissenen Charakter hat und eine sich über Innovationsprozesse verändernde Stadt ist. Hierbei soll sich das Oberziel „Lebensqualität erhöhen“ wie ein roter Faden durch die Projekte ziehen.

Teilweise sind einzelne smarte Lösungen in Braunschweig bereits realisiert. So ist beispielsweise das Kaufen und Bezahlen von Fahrscheinen über einen Ticketshop der Braunschweiger Verkehrs GmbH online möglich. Die Nutzung eines kostenlosen WLAN im Umfeld des Kohlmarktes sowie dem Schlossplatz / Bohlweg wird ebenfalls kurzfristig ermöglicht und kann eine Basis für künftige smarte Applikationen werden.

Ziel einer Smart City ist es jedoch, keine Einzellösungen zu schaffen, sondern vorhandene Technologien zu neuen Lösungen zu vernetzen und neue innovative und integrierbare Serviceangebote für Bürger und Besucher zu schaffen. Um dieses Ziel zu realisieren ist es notwendig, wissenschaftlichen Sachverstand hinzuzuziehen, der einerseits die Einführung und die Vernetzung der Technologien begleitet und andererseits deren Portierbarkeit auf die Braunschweiger Verhältnisse untersucht. Im Kern ist das Ziel, eine gemeinsame Plattform zum Datenaustausch, die wettbewerbsneutral für smarte Anwendungen genutzt werden kann, zu schaffen.

Der hierfür erforderliche wissenschaftliche Sachverstand steht aktuell verwaltungsintern nicht zur Verfügung, auch eine entsprechende Dateninfrastruktur muss geschaffen werden. Um dies zu gewährleisten, hat die Verwaltung 50.000 € im Haushaltsplanentwurf zur Realisierung des Projektes veranschlagt.

gez.
Leppa

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. FWE 119 der Piraten-Fraktion

Text:

Überschrift: Existenzgründerfonds auf 50% reduzieren.

Beantragter Veränderungsbetrag: - 50.000 €

Begründung: In 2015 wurde mindestens eine Gründung gefördert, die sachlich wenig zu rechtfertigen war. Eine stärkere Fokussierung auf Projekte, die tatsächlich Förderung benötigen (und nicht nur gebrauchen können) ist möglich. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.

Stellungnahme:

Das Institut für Mittelstandsforschung – IfM Bonn hat in seinem „Selbstständigenmonitor 2014“, erschienen im Dezember 2015, festgestellt, dass zwischen 2011 und 2014 die Gesamtzahl der Selbstständigen bundesweit rückläufig war.

Diese Entwicklung ist aus volkswirtschaftlicher Sicht problematisch, da Gründerinnen und Gründer innovative Ideen verwirklichen und für Fortschritt, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit entscheidend sind. Darüber hinaus schaffen Gründungen zahlreiche nachhaltige Arbeitsplätze.

Braunschweig gehört zu den innovativsten Standorten Europas. Das übergreifende Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft durch eine bessere Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale zu erhalten bzw. zu steigern wird unter anderem durch die Beratung, Begleitung und Förderung von Existenzgründerinnen und Gründern unterstützt. Durch diese Angebote ist es gelungen, in Braunschweig ein ausgezeichnetes Gründerklima zu schaffen.

Der Gründerfonds stellt in diesem Zusammenhang ein wichtiges Instrument der Gründerförderung dar. Er trägt dazu bei, neue Geschäftsideen in Dienstleistungs- und Produktangebote umzusetzen und unterstützt damit die Dynamik der lokalen Wirtschaft sowie die Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Im Jahr 2015 konnten Zuschussbewilligungen nur in Höhe von insgesamt rund 56.000 € erteilt werden, da in mehreren Fällen Konzept- bzw. Finanzierungsdetails nicht mehr abschließend geklärt werden konnten und erst in 2016 über die Zuwendungsanträge abschließend entschieden wird.

In Jahr 2014 wurden Zuschüsse in Höhe von 85.372 €, in 2013 sogar in Höhe von 102.136 € (hier stand noch eine Mittelübertragung aus 2012 zur Verfügung) bewilligt.

Darüber hinaus ist beabsichtigt, die Richtlinie in 2016 anzupassen, um weitere Möglichkeiten zur Förderung von Gründerinnen, Gründern und jungen Unternehmen sowie zur Unterstützung von Vernetzung und Zusammenarbeit von Startups zu schaffen.

Gründungen tragen auch zukünftig zu einer positiven Gewerbesteuerentwicklung bei und stellen eine Bereicherung der Unternehmenslandschaft unseres Wirtschaftsstandortes Braunschweig dar. Infolgedessen sind heutige Gründerförderungen eine Investition für die Zukunft.

Insbesondere mit Blick auf die aktuell noch nicht absehbaren Folgen der Volkswagen-Krise auf den Arbeitsmarkt der Stadt Braunschweig, sollte der Gründerfonds nicht verringert werden. Andernfalls wäre die Chance vergeben, etwaige von Arbeitslosigkeit Betroffene, die ihre berufliche Zukunft im Rahmen einer Existenzgründung suchen, entsprechend zu unterstützen.

Eine Kürzung des Existenzgründerfonds 2016 kann daher aus Sicht der Verwaltung nicht befürwortet werden.

gez.
Leppa

FB 32
32.0

16. Februar 2016
SB: Herr Hohndorf
Tel.: 5723
Fax: 5799

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2016 Nr. FWE 159
der Piraten-Fraktion**

Text:

Sachkostenantrag: Kostenübernahme für 90 Min/wöchentl. Kampfsporttraining sowie mobiles Endgerät mit Notruf- oder Schnellwahlfunktion am Headset für alle ZOD-Bediensteten im Außendienst (Kostenart 426120 – Aufwendungen für Aus- u. Fortbildung, Umschulung – + 10.000 €)

Begründung: (Originaltext)

Sofern eine Teilnahme an Kampfsporttraining erfolgt, soll die Trainingszeit zu mindestens 50 % als Dienstzeit angerechnet werden. Der ZOD sollte in der Lage sein, nicht nur für das subjektive Sicherheitsempfinden der Einwohner und Gäste dieser Stadt zu sorgen, sondern auch sich selbst schützen zu können und Hilfe herbei zu holen. Dazu dient dieser Antrag.

Stellungnahme:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZOD werden in Deeskalationstrainings geschult, um in Konfliktsituationen angemessen reagieren zu können. Diese Trainings finden in Kooperation mit Polizei und Feuerwehr statt, ein entsprechendes mehrtägiges Inhouse-Seminar kostet rund 800 € und wird aus den allgemeinen Fortbildungsansätzen des Fachbereichs bestritten. Für das zentrale Fortbildungsprogramm 2016 des FB 10 ist eine zweitägige Schulung „Gewaltprävention“ vorgesehen. Auch hier werden Kräfte des ZOD geschult werden. Ein Kampfsporttraining ist somit nicht erforderlich und würde sich zudem mit der Aufgabenstellung des ZOD nicht vertragen.

Der ZOD ist im Übrigen bereits mit Mobiltelefonen ausgestattet, deren Nummern bei der Einsatzleitstelle der Polizei hinterlegt sind, so dass im Notfall schnelle Unterstützung gewährleistet ist. Eine Ausstattung mit Smartphones musste wegen der Haushaltsslage zurückgestellt werden.

Die Verwaltung bittet, den Antrag abzulehnen.

Gez. Paschen

Anlage 2

Finanzunwirksame Anträge
der Fraktionen und Stadtbezirksräte
zum Haushalt 2016

Stand: 17. Februar 2016

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 20

Teilhaushalt: FB 10
Produkt: 1.11.1155.02

S. 338 Änderung Strategische Ziele FB 10

„Das strategischen Ziel 2 des FB 10 wird wie folgt geändert:
* In Ziel 2 wird "Qualitätssicherung" durch "Qualitätssteigerung" ersetzt.“

Begründung:

Folgt zwingend aus Stellungnahme DS 10665/14 zur Frage der Umsetzung der IT-Strategie.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016					

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit den im Haushaltsplanentwurf 2016 eingeplanten Haushaltsmitteln kann die Qualität der städt. Informationstechnik zwar gesichert, jedoch nicht gesteigert werden.

Für die Zukunft wird eine Qualitätssteigerung angestrebt, dies setzt jedoch voraus, dass die dafür notwendigen Haushaltsmittel künftig bereitgestellt werden.

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 21

Teilhaushalt: FB 10
Produkt: 1.11.1155.02

Newe Kennzahlen S. 358 IT-Leistungen

„Betreffend das Produkt 1.11.1155.02 IT-Leistungen werden als neue Kennzahlen ergänzt:

- + "Durchschnittliche Zeit bis zur Fehlerbehebung"
- + "Gedruckte Seiten (Ziel: niedrig)"

Begründung:

Die bisherigen Kennzahlen erlauben nicht ausreichend Rückschlüsse auf den Erfolg dieses Produktes

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016					

Stellungnahme der Verwaltung:

1. Eine Kennzahl "Durchschnittliche Zeit bis zur Fehlerbehebung" zu bestimmen erfordert erheblichen zusätzlichen Personalaufwand für die Erfassung und Klassifizierung von Daten. So wird bislang nur erfasst, wann eine Störung gemeldet wird und zu welchem Zeitpunkt die Hotline mittels Rückfrage festgestellt hat, dass die Störung nicht mehr vorhanden ist. Es wird bislang bis auf Ausnahmen weder zentral noch dezentral ein Aufwand darauf verwendet zu dokumentieren, ob überhaupt ein Fehler vorlag, seit wann dieser vorlag und wann er behoben wurde. Daher wurde die Einführung dieser Kennzahl in der Vergangenheit als unwirtschaftlich verworfen.
2. Eine Kennzahl "Gedruckte Seiten (Ziel: niedrig)" ist nur sehr aufwendig ermittelbar, da erhebliche Teile der Druck-Infrastruktur keine automatisierten Seitenzahlen liefern können.

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 22

Teilhaushalt: FB 20
Produkt: 1.11.1160.01

S. 368 Änderung Strategische Ziele FB 20

„Das Strategische Ziel 1 des FB 20 wird wie folgt geändert:
"Erreichen eines ausgeglichenen Ergebnis- und Finanzhaushalts zur Vermeidung einer Neuverschuldung““

Begründung:

Die derzeitige Finanzplanung ist nicht ausgeglichen, die Neuverschuldung nur im Planungszeitraum noch nicht sichtbar. Je früher hier gegengesteuert wird, desto besser insbesondere für die zukünftige Handlungsfähigkeit der Stadt Braunschweig.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016					

Stellungnahme der Verwaltung:

Gemäß § 110 Abs. 4 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) soll der Haushalt in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Dies ist nach § 110 Abs. 4 S.2 der Fall, wenn der Gesamtbeträge der ordentlichen und außerordentlichen Erträge den jeweiligen Aufwendungen entsprechen. Somit ist in Bezug auf den Haushaltausgleich auf den Ergebnishaushalt abzustellen, was in der derzeitigen Formulierung des obengenannten Ziels geschehen ist.

Der Ausgleich des Finanzhaushaltes ist dagegen gesetzlich nicht definiert und gibt auch nicht zwangsläufig Aufschluss über die finanzielle Leistungs- und Handlungsfähigkeit einer Kommune. Wenn z.B. der positive Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ausreicht, um einen negativen Saldo aus Investitionstätigkeit auszugleichen, könnte eine Tilgung alter Kredite bei der Finanzierungstätigkeit insgesamt zu einem negativen Saldo im Finanzhaushalt führen.

Dagegen könnte ein Finanzmittelfehlbetrag aus den Salden von Verwaltungs- und Investitionstätigkeit bei gleichzeitiger Kreditaufnahme zur Finanzierung der Investitionen insgesamt zu einem Finanzmittelüberschuss im Finanzhaushalt führen. Somit wäre der Finanzhaushalt quasi „ausgeglichen“, obwohl die finanzielle Lage sich hier wesentlich ungünstiger darstellt als im ersten Beispiel.

Die derzeitige Formulierung des Strategischen Ziels 1 des Fachbereiches 20 das „Erreichen eines ausgeglichenen Ergebnishaushaltes und Vermeidung einer Neuverschuldung“ ist daher uneingeschränkt geeignet, die Zielsetzung einer ausgeglichenen Haushaltsplanung unter Vermeidung einer Neuverschuldung zum Ausdruck zu bringen.

Antrag der BIBS-Fraktion - Nr. 23

Teilhaushalt: FB 20
Produkt: 1.11.1160.12

Aufwand/Nutzen-Analyse Metropolregion

„Im Rahmen einer Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung auch für die städtischen Beteiligungen wird die Metropolregion einer Aufwand/Nutzen-Analyse unterzogen. Die Ergebnisse werden den politischen Gremien zeitnah vorgestellt.“

Begründung:

Nach außen scheint die Wirksamkeit der Gesellschaft eher begrenzt, innere Wirksamkeiten mögen die nicht unerheblichen Kostenbeteiligungen der Stadt rechtfertigen, diese sind darzustellen und abzuwagen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016					

Antrag der Die Linke.-Fraktion - Nr. 24

Teilhaushalt: FB 20

Produkt: 1.11.1160.12

Konzept Neuausrichtung Braunschweiger Versorgungs AG

„Die Verwaltung wird gebeten, in 2016 ein Konzept zur Neuvergabe der Konzessionen im Energiebereich zu erstellen. Dabei ist der Schwerpunkt auf eine Vergabe der Konzessionen entweder an ein städtisches Unternehmen oder an ein zu gründendes Unternehmen kommunaler Gebietskörperschaften der Braunschweiger Region zu legen.

Dieses Konzept ist dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Begründung:

Der derzeitige Konzessionsvertrag endet am 31.12.2020. Laut § 46 Abs. 3 EnWG müssen Gemeinden spätestens zwei Jahre vor Ablauf der Konzessionsverträge das Vertragsende bekannt machen und anschließend ein Interessenbekundungsverfahren durchführen. Für Braunschweig wäre also der späteste Bekanntmachungstermin der 31.12.2018.

Zur Vorbereitungszeit der Gemeinden äußern sich Städetag, Städte- und Gemeindebund und der Verband kommunaler Unternehmen in der Broschüre "Konzessionsverträge - Handlungsoptionen für Kommunen und Stadtwerke" folgendermaßen: "Die Vorbereitungen für das Verfahren machen es notwendig, dass sich die Gemeinde schon deutlich früher als zwei Jahre vor Ablauf des Vertrages mit der Thematik auseinandersetzt. Nur eine frühzeitige Befassung mit der Thematik gewährleistet auch, dass die verschiedenen Optionen der Gemeinde gründlich geprüft werden können und ein Verfahren durchgeführt werden kann, das später keinen Beanstandungen ausgesetzt ist."

Die Erstellung eines Grundkonzeptes der Verwaltung in 2016 bietet die Möglichkeit, dass in den Jahren 2017 - 2018 auch die mögliche Neugründung eines städtischen oder regionalen Unternehmens durchgeführt werden kann und die Stadt sich tatsächlich alle Optionen offen hält und im Energiebereich wieder handlungsfähig wird.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016					

Stellungnahme der Verwaltung:

Zunächst verweise ich zu dieser Thematik auf meine umfangreiche Mitteilung für den Rat am 15. März 2016 (DS 16-01453). Die Verwaltung hat die Problematik „Konzessionsvergabe“ im Blick und wird im Sommer zu der geplanten Informationsveranstaltung einladen.

Inhaltlich ist zum Antrag aber darauf hinzuweisen, dass eine Neuvergabe diskriminierungsfrei bezüglich der Anforderungen an die Zuschlagskriterien wie sicherer, preisgünstiger, verbraucherfreundlicher, effizienter und umweltverträglicher (erneuerbare Energien berücksichtigender) Netzbetrieb oder fiskalischer Interessen vorzunehmen ist. Eine „Schwerpunktsetzung“ der Vergabe an ein städtisches Unternehmen bzw. an ein zu gründendes Unternehmen kommunaler Gebietskörperschaften der Braunschweiger Region ist daher nach heutiger Gesetzgebung und Rechtsprechung rechtlich nicht zulässig.

Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Nr. 25

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft
Produkt: 1.25.2610.08

Klage gegen Staatstheatervertrag von 1956

„Die Verwaltung wird gebeten, bis August diesen Jahres zu prüfen, welche Erfolgsaussichten eine Klage gegen den derzeitigen Staatstheatervertrag hat. Die Klage soll darauf abzielen, dass bei der Landesförderung zumindest eine Gleichstellung mit Oldenburg erfolgt. Das Ergebnis ist nach Abschluss der Prüfung dem Rat mitzuteilen.“

Begründung:

Die Ungleichbehandlung Braunschweigs durch das Land Niedersachsen im Hinblick auf die finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Hannover (keine Beteiligung an den Betriebskosten) und der Stadt Oldenburg (Beteiligung der Stadt zu 25 % an den nicht durch Betriebseinnahmen gedeckten lfd. Betriebsausgaben) an den dortigen Staatstheatern ist durch den Staatstheatervertrag von 1956 begründet.

Bereits 2013 hat der Rat einstimmig einen Antrag der Linkenfraktion beschlossen, der vorsah, dass die Verwaltung Initiativen zur Gleichbehandlung ergreift. Als einzige wahrnehmbare Initiative kam es dann zu einem Schreiben der Stadt, das von der zuständigen Ministerin abschlägig beschieden wurde.

Da dies nicht ausreichend war, soll nun eine Klage geprüft werden, damit sich endlich etwas an der Ungleichbehandlung Braunschweigs ändert. Sollte Braunschweig wenigstens mit Oldenburg gleichgestellt werden, ergeben sich Haushaltsentlastungen von rund 2,5 Mio. Euro pro Jahr. Eine Gleichstellung mit Hannover würde zu Haushaltsverbesserungen von rund 10 Mio. Euro pro Jahr führen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW am 03.02.2016				Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.	
FPA am 25.02.2016					

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 19. Feb. 2013 beschlossen: „*Die Verwaltung wird gebeten, Verhandlungen mit der Landesregierung aufzunehmen, um eine Gleichstellung zumindest mit dem Theater Oldenburg zu erreichen. ...*“.

In Ausführung des Ratsbeschlusses hat der damalige Oberbürgermeister mit Schreiben vom 14. März 2013 das Nds. Ministerium für Kultur und Wissenschaft entsprechend angeschrieben. Mit Antwortschreiben vom 25. Juni 2013 hat Frau Ministerin Dr. Heinen-Kljajic eine Änderung der Drittelpartizipation der Stadt Braunschweig am Staatstheater abgelehnt.

Eine Klage gegen das Land Niedersachsen zur Erreichung einer Gleichbehandlung der Stadt Braunschweig mit Oldenburg wäre nicht zielführend. Die Stadt Braunschweig hat den Vertrag von 1956 mit dem Land freiwillig abgeschlossen und ist nicht zur Fortsetzung des Vertrages verpflichtet. Vielmehr verlängert sich der Vertrag von 1956 („Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Braunschweig über den Betrieb des Staatstheater Braunschweig“) jeweils um 5 Jahre, sofern er nicht mit einer Frist von einem Kalenderjahr vor Ablauf gekündigt wird. Die nächste Vertragsverlängerung für 5 Jahre erfolgt zum 31. März 2016, da keine Kündigung vor dem 31. Dez. 2014 ausgesprochen worden ist. Der nächstmögliche Termin zum Aussprechen einer Kündigung wäre der **31. Dez. 2019**. Die Kündigung würde dann zum **31. März 2021** wirksam werden.

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 26

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft
Produkt: 1.25.2514.02

New Kennzahl S. 570 Bereitstellung von Archivalien

„Betreffend das Produkt 1.25.2514.02 Bereitstellung von Archivalien wird als neue Kennzahl ergänzt:

+ "davon digital (Ziel: hoch)"“

Begründung:

Die bisherigen Kennzahlen erlauben nicht ausreichend Rückschlüsse auf den Erfolg dieses Produktes.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW am 03.02.2016	0	8	2		X
FPA am 25.02.2016					

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine Ergänzung der Produktkennzahlen des Produktes 1.25.2514.02 (Bereitstellung von Archivalien) um die Formulierung "davon digital" ist derzeit nicht sinnvoll. Es werden im Stadtarchiv noch keine digitalen Archivalien zur Benutzung vorgelegt. Eine systematische Digitalisierung der analogen Archivbestände findet derzeit nicht statt. Mittelfristig wäre eine solche Ergänzung aber durchaus sinnvoll.

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 27

Teilhaushalt: 0500
Produkt: 1.31.3119.40

S. 592 Aufsplitzung Produkt 1.31.3119.40 "Leistung des Sozialreferats"

„Das Produkt 1.31.3119.40 "Leistung des Sozialreferats" S. 592 soll gesplittet werden in folgende Produkte:

- * Sozialplanung
- * Gesundheitsplanung
- * Büro für Migrationsfragen
- * Koordination Kinderarmut“

Begründung:

Die Aufsplitzung trägt erheblich zur Haushaltstsklarheit bei.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
Afl am 10.02.2016	0	10	1		x
FPA am 25.02.2016					

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 28

Teilhaushalt: FB 51
Produkt: 1.36.3630.04.03

Position 1.36.3630.04.03 "Aussiedlerbetreuung"

„Die Position 1.36.3630.04.03 "Aussiedlerbetreuung" soll die geförderten Projekte oder Träger konkret benennen, nötigenfalls ist sie aufzusplitten.“

Begründung:

Gemäß Antwort der Verwaltung zu einer Anfrage der Linken zum Haushalt 2014 findet hier konkret Arbeit mit Jugendlichen statt. Dies ist aus dem Haushalt derzeit nicht ersichtlich.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
JHA am 04.02.2016	4	3	5	x	
FPA am 25.02.2016					

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 29

Teilhaushalt: FB 51
Produkt: 1.36.3630.06.05

Konkretisierung von „Beratungsstellen“

„Die Position 1.36.3630.06.05 "Beratungsstellen" soll alle geförderten Projekte oder Träger konkret benennen.“

Begründung:

Es gibt viele Beratungsstellen in dieser Stadt. Der Haushalt ist an dieser Stelle nicht eindeutig verständlich.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
JHA am 04.02.2016	4	3	5	x	
FPA am 25.02.2016					

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Nr. 30

Teilhaushalt: FB 61 / FB 65

Photovoltaik auf Dächern städtischer Gebäude

„Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept für die Planung und Errichtung von Photovoltaikanlagen auf allen städtischen Gebäuden, die aufgrund ihrer Ausrichtung zur Sonne einen wirtschaftlichen Betrieb solcher Anlagen erwarten lassen, vorzulegen.“

Begründung:

Seit Jahren ist es erklärte Absicht der Stadt Braunschweig, als Beitrag zum Klimaschutz auch auf den Dächern städtischer Gebäude Photovoltaikanlagen zu errichten. Leider ist die Umsetzung dieser Absicht in der Vergangenheit nur sehr partiell und zögerlich erfolgt. Das vorzulegende Konzept soll für Rat und Öffentlichkeit erkennbar machen, wie die Stadt hier vorgeht und damit für die Ratsgremien eine Steuerungsmöglichkeit schaffen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit angenommen	
	dafür	dagegen	Enth.		abgelehnt
BA am 09.02.2016	10	0	0	x	
PIUA am 10.02.2016	9	0	0	x	
FPA am 25.02.2016					

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 31

Teilhaushalt: FB 66
Produkt: 1.54.5400.05

Neue Kennzahl S. 804 Betrieb u. Unterhaltung v. Verkehrsfl.

„Betreffend das Produkt 1.54.5400.05 Betrieb u. Unterhaltung v. Verkehrsfl. wird als neue Kennzahl ergänzt:
+ "Beschwerden über Zustand von Verkehrsflächen (Ziel: niedrig)"“

Begründung:

Die bisherigen Kennzahlen erlauben nicht ausreichend Rückschlüsse auf den Erfolg dieses Produktes.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 09.02.2016	0	8	1		x
FPA am 25.02.2016					

Stellungnahme der Verwaltung:

Für eine zentrale Erfassung der Beschwerden, die auf vielen verschiedenen Wegen eingingen, fehlt ein entsprechendes Instrument (EDV-Lösung).

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 32

Teilhaushalt: FB 20

Vorberichtsergänzung zum Rest Überschussrücklage

„Auf S.72 wird der Vorbericht unter 1.1.3 ergänzt um einen Absatz zum Rest der Überschussrücklage, der sich ergäbe, wenn das Basisreinvermögen seit Beginn der doppelten Buchführung mit den jeweils jährlichen erreichbaren Kapitalzinsen verzinst worden wäre.“

Begründung:

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen legen fest, wie die Überschussrücklage zu berechnen ist. Sie verheimlichen jedoch einen inflationsbegründeten Bestandsschwund am städtischen Vermögen, der durch diesen Antrag zumindest nachrichtlich im Haushalt vorbericht dargestellt wäre.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016					

Antrag der Piraten-Fraktion - Nr. 33

Teilhaushalt: alle

Kennzahlenangabe mit 3 Ist-Werten

„Die Angabe von Kennzahlen wird ab dem Haushalt 2017 mit drei Ist-Werten erfolgen -- sofern diese vorhanden sind.“

Begründung:

Andernfalls lassen sich Trends nicht sinnvoll erkennen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW am 03.02.2016	0	8	2		X
JHA am 04.02.2016	Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.				
PIUA am 10.02.2016	Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.				
Afl am 10.02.2016	Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.				
FPA am 25.02.2016					

Antrag des Stadtbezirksrates 213 – Südstadt, Rautheim, Mascherode

Teilhaushalt: FB 10

Entwicklung eines Konzeptes für ein Bürgerzentrum auf dem Gelände der ehemaligen Heinrich-der-Löwe-Kaserne als Grundlage für eine spätere Umsetzung

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Bedarfe für ein Bürgerzentrum unter Einbindung vorliegender Erfahrungswerte und unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner der Gebiete sowie der Bürgergemeinschaft Lindenbergs und des Rautheimer Vereins- und Bürgerkreises mit dem Ziel der Entwicklung eines inhaltlichen Konzeptes und der Prüfung der vorhandenen Baulichkeiten der ehemaligen Kaserne zur künftigen Nutzung für ein solches Zentrum zu erheben.“

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 25.02.2016					

Anlage 3

Wesentliche Produkte und Maßnahmen

Stand: 18. Februar 2016

Wesentliches Produkt***Produktkennzahl(en)*****Ist 2014****Plan 2015****Plan 2016****1.11.1160.12 - Beteiligungsmanagement**

Betreute Gesellschaften einschl. Töchter

Anzahl

25

25

27

Erläuterung:

Aufgrund aktueller Entwicklungen wird die Planzahl 2016 angepasst.

Wesentliches Produkt

1.31.31XX.X0 - Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen

Produktbeschreibung:	
- Leistungen für Asylbewerber / Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	
- Unterbringung von Asylbewerbern / Flüchtlingen	
- Soziale Betreuung und Beratung von Asylbewerbern / Flüchtlingen	
- Integration der Asylbewerber / Flüchtlinge u. a. durch Spracherwerb, Beschäftigung und soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben	
Produktziele:	
- Rechtmäßige, bedarfsgerechte und zeitnahe Antragsbearbeitung	
- Bereitstellung von Unterkünften	
- Bereitstellung von Mietwohnungen für besonders Schutzwürdige	
- Integration der Asylbewerber / Flüchtlinge, u. a. durch Spracherwerb, Beschäftigung und soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben	

Zum Produkt gehörende Leistungen:

- 1.31.3130.10.01 AsylbLG-Hilfe zum Lebensunterhalt
- 1.31.3130.10.02 AsylbLG-Grundleistungen
- 1.31.3130.10.03 AsylbLG-Hilfe zur Gesundheit
- 1.31.3130.10.04 AsylbLG-Hilfe analog 5.-9. Kap. SGB XII
- 1.31.3130.10.05 AsylbLG-sonst. Leistungen öT -Sachleistg
- 1.31.3130.10.06 AsylbLG-sonst. Leistungen öT -Geldleistg
- 1.31.3130.10.07 AsylbLG-Grundleistung.öT -Sachleistungen
- 1.31.3130.10.08 AsylbLG-Grundleistung. öT-Wertgutscheine
- 1.31.3130.10.09 AsylbLG-Grundleist. öT-pers.Bedürf./Barb
- 1.31.3130.10.10 AsylbLG-Grundleistung. öT-Geldleistungen
- 1.31.3130.10.11 AsylbLG -Arbeitsgelegenheiten
- 1.31.3130.10.12 Bildungs- u. Teilhabepaket - § 2 AsylbLG
- 1.31.3130.10.13 Bildungs- u. Teilhabepaket - § 3 AsylbLG
- 1.31.3130.10.14 AsylbLG-Grundleist. öT-KDU Wohnungen § 3
- 1.31.3130.10.15 AsylbLG-Grundleist. öT-KDU Gem.-UK § 3
- 1.31.3155.20.01 Unterbringung
- 1.31.3155.20.02 Beratung und Betreuung
- 1.31.3119.10.04 Verwaltung v. Flüchtlingsangelegenheiten

Produktkennzahl(en):

		Ist 2014	Plan 2015	Plan 2016
Zugewiesene Flüchtlinge im Leistungsbezug	Jahresdurchschnitt	47	50	800
Zugänge in den Leistungsbezug	Anzahl			1.000
Abgänge aus dem Leistungsbezug	Anzahl			-
Erstattungsfähige Personen	Jahresdurchschnitt	43	45	553

In den Planwerten 2016 sind in den "Zugewiesenen Flüchtlingen im Leistungsbezug" 750 und in den "Erstattungsfähigen Personen" 500 erwartete durchschnittliche Neuzugänge enthalten. Die übrigen rd. 50 Personen haben sich aus humanitären, gesundheitlichen oder familiären Gründen bereits zuvor in Braunschweig aufgehalten.

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2014 -Euro-	Ansatz 2015 -Euro-	Ansatz 2016 *) -Euro-
Ordentliche Erträge			
Entgelte	0	0	0
Übrige ordentliche Erträge	243.612	276.100	5.248.700
12 Summe ordentliche Erträge	243.612	276.100	5.248.700
Ordentliche Aufwendungen			
13 Aufw. für aktives Personal	51.921	41.259	36.128
14 Aufw. für Versorgung		In Zeile 13 enthalten	
15 Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	595	801	0
16 Abschreibungen	188	205	0
17 Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	0
18 Transferaufw.	316.284	381.700	9.897.700
19 Sonstige ordentliche Aufw.	4.398	3.272	0
20 Summe ordentliche Aufwendungen	373.385	427.237	9.933.828
21 Ordentl. Ergebnis	-129.773	-151.137	-4.685.128
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
22 Außerordentliche Erträge	0	0	0
23 Außerordentliche Aufw.	3	0	0
24 Außerordentl. Ergebnis	-3	0	0
25 Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24)	-129.776	-151.137	-4.685.128
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)			
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			
26 Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
27 Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	4.787	5.163	0
28 Saldo aus int. Leistungsbezieh.	-4.787	-5.163	0
29 Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28)	-134.563	-156.300	-4.685.128
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)			

*) In den dargestellten Planzahlen 2016 sind keine Verteilungen und Umlagen enthalten

Wesentliches Produkt**1.36.3630.XX.0X - Unbegleitete minderj. Flüchtlinge - umF****Produktbeschreibung:**

Vorläufige Inobhutnahme von ausländischen Kindern und Jugendlichen nach unbegleiteter Einreise (§42 SGB VIII), Klärung der materiellen Voraussetzungen für Folgemaßnahmen (Zuständigkeit, Anmeldung zur Verteilung, Inobhutnahme in städtischer Regie) bzw. Inobhutnahme nach §42 SGB VIII durch Unterbringung bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder sonstigen Wohnform einschließlich Situationsklärung, Gefährdungseinschätzung und Clearing; Unterbreitung/Einleitung von Hilfs- und Unterstützungsangeboten

Produktziele:

Sicherstellung des Kinder- und Jugendschutzes, Sicherstellung des Verteilverfahrens, Gewährung von Hilfen nach dem SGB VIII

Produktkennzahl(en):

Inobhutnahmetage inkl. vorläufige Inobhutnahmen

Fälle Inobhutnahmen

Fälle vorläufige Inobhutnahmen

Fälle stationär

Fälle ambulant

Zum Produkt gehörende Leistungen:

- 1.36.3630.11.02 Inobhutnahme unbegl. minderj. Flüchtl.
- 1.36.3630.11.03 Vorläufige Inobhutnahme umF
- 1.36.3630.09.03 Stationäre Betreuung umF
- 1.36.3630.07.09 Ambulante Betreuung umF

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2014 -Euro-	Ansatz 2015 -Euro-	Ansatz 2016 *) -Euro-
Ordentliche Erträge			
Entgelte	0	0	0
Übrige ordentliche Erträge	1.012.807	2.001.000	23.701.000
12 Summe ordentliche Erträge	1.012.807	2.001.000	23.701.000
Ordentliche Aufwendungen			
13 Aufw. für aktives Personal	175	0	0
14 Aufw. für Versorgung		In Zeile 13 enthalten	
15 Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0
16 Abschreibungen	262.068	0	0
17 Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	0
18 Transferaufw.	1.439.444	2.000.000	23.200.000
19 Sonstige ordentliche Aufw.	-45	0	63.000
20 Summe ordentliche Aufwendungen	1.701.642	2.000.000	23.263.000
21 Ordentl. Ergebnis	-688.835	+1.000	+438.000
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
22 Außerordentliche Erträge	0	0	0
23 Außerordentliche Aufw.	0	0	0
24 Außerordentl. Ergebnis	0	0	0
25 Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24)	-688.835	+1.000	+438.000
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			
26 Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
27 Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
28 Saldo aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
29 Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28)	-688.835	+1.000	+438.000

Ist 2014	Plan 2015	Plan 2016
		51.000
		250
		240
		156
		1

*) In den dargestellten Planzahlen 2016 sind keine Gemeinkostenverteilungen und -umlagen enthalten.

Wesentliches Produkt**1.36.3630.11.01 - Inobhutnahme / Notaufnahme (ohne UmF)**

Produktbeschreibung:
Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII) durch kurzfristige Unterbringung bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder sonstigen Wohnform bzw. im Zusammenhang mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern; Dies schließt die Situationsklärung einschließlich Gefährdungseinschätzung und die Unterbreitung von Hilfs- und Unterstützungsangeboten ein.

Produktziele:
Sicherstellung des Kinder- und Jugendschutzes, Rückführung an die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten bzw. Gewährung von Hilfen nach dem SGB VIII

Produktkennzahl(en):	Ist 2014	Plan 2015	Plan 2016
Unterbringungstage Inobhutn./Notaufn. (ohne UmF)	11.537	8.600	11.500
Fälle Inobhutnahme/Notaufnahme (ohne UmF)	272	400	275

Zum Produkt gehörende Leistungen :

1.36.3630.11.01 Inobhutnahme / Notaufnahme

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2014 -Euro-	Ansatz 2015 -Euro-	Ansatz 2016 *) -Euro-
Ordentliche Erträge			
Entgelte	52	0	0
Übrige ordentliche Erträge	139.629	165.001	180.000
12 Summe ordentliche Erträge	139.682	165.001	180.000
Ordentliche Aufwendungen			
13 Aufw. für aktives Personal	85.152	86.605	67.203
14 Aufw. für Versorgung		In Zeile 13 enthalten	
15 Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	765	1.092	0
16 Abschreibungen	10.873	874	0
17 Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	0
18 Transferaufw.	1.491.527	1.593.642	1.568.000
19 Sonstige ordentliche Aufw.	65.868	47.167	40.000
20 Summe ordentliche Aufwendungen	1.654.185	1.729.379	1.675.203
21 Ordentl. Ergebnis	-1.514.504	-1.564.377	-1.495.203
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
22 Außerordentliche Erträge	0	0	0
23 Außerordentliche Aufw.	26	0	0
24 Außerordentl. Ergebnis	-26	0	0
25 Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24)	-1.514.530	-1.564.377	-1.495.203
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			
26 Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
27 Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	8.704	7.880	0
28 Saldo aus int. Leistungsbezieh.	-8.704	-7.880	0
29 Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28)	-1.523.234	-1.572.258	-1.495.203
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)			

*) In den dargestellten Planzahlen 2016 sind keine Gemeinkostenverteilungen und -umlagen enthalten.

Erläuterung:

Das Wesentliche Produkt 1.36.3630.XX.0X - Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - umF wurde aus dem bisherigen Wesentlichen Produkt 1.36.3630.11 - Inobhutnahmen / Notaufnahme herausgelöst. Daher ändert sich auch dieses Wesentliche Produkt.

Wesentliches Produkt**Produktkennzahl(en)****1.12.1223.03.01 - Genehmigungen nach StVO**

Genehmigungen

Ist 2014**Plan 2015****Plan 2016**

6.281

5.500

6.300

1.51.5115.01 - Verkehrsplanung

Aufgewendete Zeit

Std.

8.857

10.900

6.300

1.54.5400.01 - Bearbeitung von Straßenbauprojekten

Projekte

46

45

48

1.54.5400.05 - Betrieb u. Unterhaltung v. Verkehrsfl.

Erhaltungskosten je km Str.

€

4.508

5.500

5.500

Kosten Straßenunterh. eig. Kolonnen/Std.

€

58

48

62

1.54.5400.06 - Betrieb u. Unterhaltung v. Ing-Bauwerken

Erhaltungskosten je Bauwerk

€

1.182

1.500

1.370

Erläuterung:

Zum Entwurf konnten aus personellen Gründen die Kennzahlen für die Zeiträume Ist 2014 und Plan 2016 noch nicht ermittelt werden.

Wesentliches Produkt**1.42.4241.02 - Sportstättenverwaltung**Maßnahmen zur Zielerreichung:Maßnahme:

Nr.:

3

Umbau des ehemaligen Nordbades zu einer dreiteiligen GymnastikhalleWirkung:

Abbau des Defizits an Gymnastikräumen, Ausweitung des Sportangebotes für die Bevölkerung

Betrifft Strat. Ziel Nr.:

3

Zielerreichung:
(Kennzahl, Planwert)

Fertigstellung 2017

<u>Finanzbedarf</u>	
Einz. / Ausz. f. Investitionen	Jährlicher Folgeaufwand
Gesamt: 1.275.000 €	Gesamt: *) 0 €
Personal-auszahlungen.: 0 €	Personal-aufwendungen.: 0 €
Sach-auszahlungen.: 1.275.000 €	Abschreibungen: 0 €
	Übrige Sach-aufwendungen: *) 0 €
	Erträge: 0 €
Einzahlungen: 0 €	

Maßnahmzeitraum: 2015 - 2017

*) Die Kosten für den laufenden Betrieb der Gymnastikhalle stehen zurzeit noch nicht fest.

Wesentliches Produkt**1.55.5510.11 - Fuhrparkmanagement/Beschaffung**

Produktbeschreibung:
<ul style="list-style-type: none"> - Flottenmanagement für alle städt. Dienstfahrzeuge u. langsam fahrenden Arbeitsmaschinen und Anhängegeräte - Neu- und Ersatzbeschaffung, Kauf - Leasing - Mieten - Reparatursteuerung und Reparaturmanagement - Abschluss von Rahmenliefer-, Service- und Wartungsverträgen sowie Vertragsverwaltung - Bearbeitung von Kfz-Steuer- und Kfz-Versicherungsangelegenheiten; An- und Abmeldung von Fahrzeugen

Produktziele:
<ul style="list-style-type: none"> - Bedarfs- und termingerechte Beschaffung von Neu- und Ersatzfahrzeugen für die verschiedenen kommunalen Aufgabenstellungen - Mitwirkung beim wirtschaftlichen Einsatz der städt. Fahrzeugflotte, z. B. durch Reparaturkostensteuerung und die möglichst kostengünstige Gestaltung von Service- und Wartungsverträgen

Produktkennzahl(en):

Fahrzeug- /Arbeitsmaschinenbeschaffungen (Luftreinhaltung)

Ist 2014

Plan 2015

Plan 2016

27

9

-

Zum Produkt gehörende Leistungen:

1.55.5510.11.01 Fuhrparkmanagement

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis	Ansatz	Ansatz
		2014 -Euro-	2015 -Euro-	2016 -Euro-
Ordentliche Erträge				
12	Entgelte Übrige ordentliche Erträge	560 14	0 13	0 14
12	Summe ordentliche Erträge	574	13	14
Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufw. für aktives Personal	165.534	121.106	139.486
14	Aufw. für Versorgung		In Zeile 13 enthalten	
15	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	10.852	14.071	15.720
16	Abschreibungen	1.353	3.052	9.812
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	0
18	Transferaufw.	0	0	0
19	Sonstige ordentliche Aufw.	13.735	14.178	15.499
20	Summe ordentliche Aufwendungen	191.474	152.407	180.516
21	Ordentl. Ergebnis	-190.901	-152.394	-180.503
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen				
22	Außerordentliche Erträge	77	0	0
23	Außerordentliche Aufw.	61	0	0
24	Außerordentl. Ergebnis	16	0	0
25	Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	-190.885	-152.394	-180.503
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen				
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	18.378	15.250	8.541
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	-18.378	-15.250	-8.541
29	Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	-209.263	-167.643	-189.044

Erläuterung:

Dieses Wesentliche Produkt war im Haushaltsentwurf 2016 nicht mehr enthalten. Im Hinblick auf die nachfolgende Maßnahme hat es erneut an Bedeutung gewonnen.

Wesentliches Produkt**1.55.5510.11 - Fuhrparkmanagement/Beschaffung**Maßnahmen zur Zielerreichung:Maßnahme:

Aufstellung eines Mobilitätskonzeptes für die Stadtverwaltung unter Berücksichtigung von Elektromobilität und Carsharing

Nr.:

7

Wirkung:

Verringerung von Umweltbelastungen und Kohlendioxidemissionen sowie von Fahrzeugkosten (Reparaturen, Kfz-Steuer und -Versicherung)

Betrifft Strat. Ziel Nr.:
6

FinanzbedarfGesamt: 18.000 €

Personalaufwend.: 0 €

Sachaufwendungen: 18.000 €

Erträge: 0 €

Zielerreichung:
(Kennzahl, Planwert)

Erstellung eines stadtweiten Konzeptes (inkl. der Ermittlung der notwendigen Finanzraten) im Jahr 2016

Maßnahmezeitraum: 2016

Anlage 4

Ergebnishaushalt

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		Veränderungen in €		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft

	1	Schulden und ähnliche Abgaben		327.712.000													
034	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen	Piraten	Erhöhung der Grundsteuer B um ein weiteres % Jedes Prozent, dass die grundsteuer B angehoben wird, erhöht den Ertrag um 500.000 €.												dauerh.	301210 Grundsteuer B Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung schlägt in den Ansatzveränderungen vor, den Hebesatz der Grundsteuer B ab dem Jahr 2016 von 450 auf 500 Punkte zu erhöhen, was für 2016 zu einer Veranschlagung von 50,8 Mio. € führt. Die Erhöhung der Grundsteuer um ein weiteres Prozent bedeutet eine weitere Erhöhung des Hebesatzes von 500 auf 505 Punkte, die Veranschlagung für 2016 würde auf 51,3 Mio. € ansteigen. Für die Folgejahre 2017 bis 2019 würden sich Erträge von 51,7 Mio. €, 52,1 Mio. € bzw. 52,5 Mio. € ergeben.
035	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen	DIE LINKE.	Anhebung Gewerbesteuer Der Hebesatz der Gewerbesteuer soll auf 460 angehoben werden. Unter Beachtung von Gewerbesteuerumlage und Finanzausgleich ergibt sich der genannte Betrag. Die reinen Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer belaufen sich für 2016 auf ca. 3,1 Mio. Euro.			+ 500.000		+ 500.000		+ 500.000		+ 500.000			dauerh.	301310 Gewerbesteuer Anmerkung der Verwaltung: Bei der Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer von 450 auf 460 Punkte ab 2016 ergeben sich direkt bei der Gewerbesteuer Mehrerträge von 3,0 Mio. €, die Veranschlagung würde dementsprechend 138,0 Mio. € betragen. Für die Folgejahre 2017 bis 2019 würden sich Erträge von 148,2 Mio. €, 161,5 Mio. € bzw. 163,5 Mio. € ergeben. Dem gegenüber stünde ein entsprechender Mehraufwand bei der Gewerbesteuerumlage. Mit einer Verzögerung von zwei Jahren würden sich darüber hinaus in einem geringen Umfang Mindererträge beim kommunalen Finanzausgleich ergeben.
036	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen	Piraten	0,5% mehr Gewerbesteuer Es kann nicht sein, dass für die Haushaltskonsolidierung durch Steuern nur die Grundsteuer B genutzt wird - und letztlich Wohnungen und großflächige Gewerbe- und Industriebetriebe belastet werden. Oft geringflächige Dienstleistungsgewerbe sollten genauso zur Finanzierung der Stadt beitragen. Da die Gewerbesteuer - anders als die Grundsteuer - außerdem gewinnabhängig erhoben wird, trägt sie in geringerem Maße die Gefahr, weniger leistungsfähige Betriebe zu gefährden.			+ 700.000		+ 750.000		+ 800.000		+ 800.000			dauerh.	301310 Gewerbesteuer Anmerkung der Verwaltung: Der Hebesatz für die Gewerbesteuer beträgt bei der Stadt Braunschweig 450 von Hundert. Die Veranschlagung der Verwaltung für 2016 beträgt auf dieser Basis 135,0 Mio. €. Für Mehrerträge in Höhe von rd. 700.000 € müsste der Hebesatz um 2,34 Punkte auf 452,34 Punkte erhöht werden. Für die Folgejahre 2017 bis 2019 würden sich Erträge von 145,75 Mio. €, 158,8 Mio. € bzw. 160,8 Mio. € ergeben. Dem gegenüber stünde ein entsprechender Mehraufwand bei der Gewerbesteuerumlage sowie mit einer Verzögerung von zwei Jahren geringfügige Mindererträge beim kommunalen Finanzausgleich.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
					2016		2017		2018		2019				
bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
037	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen	DIE LINKE.	Kulturförderabgabe einführen Es soll eine Kulturförderabgabe nach dem Vorbild der Stadt Köln - örtliche Aufwandssteuer bei entgeltlicher Übernachtung in einem Beherbergungsbetrieb in Höhe von 5% des vom Gast aufgewendeten Betrages - erhoben werden.		+ 31.300		+ 349.500		+ 349.500		+ 349.500		dauerh.	303910 Sonstige örtliche Steuern Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 1

Teilhaushalt Politische Gremien

	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		1.758.600											
038	1.11.1110.01	Politische Gremien	SPD	Haushaltskonsolidierung - Bürgerhaushalt Das Bürgerhaushaltsverfahren wird ein weiteres, drittes Jahr fortgesetzt und dabei ausgewertet. Die bezirklichen Mittel sind in der mittelfristigen Finanzplanung für 2017 bis 2019 weiter zu berücksichtigen. Das Bürgerhaushaltsverfahren wurde erst einmal vollständig durchlaufen. Beim zweiten, noch laufenden Durchgang konnten bereits einige Anlaufschwierigkeiten überwunden werden. Die vorgenommenen Änderungen am Verfahren haben sich bewährt. Eine Einstellung des Bürgerhaushaltsverfahrens zum jetzigen Zeitpunkt wäre verkehrt. Erst im Laufe des Jahres 2016 wird sich zeigen, wie die Stadtbezirksräte mit den Bürgervorschlägen und den bezirklichen Mitteln des Bürgerhaushalts umgehen werden.					+ 126.856		+ 126.856		+ 126.856	dauerh.	449130 Aufwendungen Bürgerhaushalt Anmerkung der Verwaltung: Im Zusammenhang mit dem vorgeschlagenen Aussetzen des Bürgerhaushalts (BHH) war beabsichtigt, die für den BHH eingerichtete Sachbearbeiterstelle für Mehrarbeit im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik zu verwenden. Bei einer Fortführung des BHH müsste eine zusätzliche Stelle geschaffen werden (jährliche Kosten A10: rd. 60.000 €).
039	1.11.1110.01	Politische Gremien	DIE LINKE.	Keine Abschaffung des Bürgerhaushaltes, keine Abschaffung der bezirklichen Mittel! Der Bürgerhaushalt soll weiter geführt und die Mittel für die Bezirksräte zur Verfügung gestellt werden.				+ 126.856		+ 126.856		+ 126.856		dauerh.	449130 Aufwendungen Bürgerhaushalt Anmerkung der Verwaltung: siehe Vorschlag Nr. 038
SBR	1.11.1110.01	Politische Gremien	SBR 132	Der Stadtbezirksrat bittet, die Fortsetzung des Bürgerhaushaltsverfahrens beizubehalten.				+ 126.856		+ 126.856		+ 126.856		dauerh.	449130 Aufwendungen Bürgerhaushalt Anmerkung der Verwaltung: siehe Vorschlag Nr. 038
040	1.11.1110.01	Politische Gremien	Piraten	Reduktion der Rats-Entschädigungen um 25% Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.				- 75.000		- 75.000		- 75.000		dauerh.	442110 Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit
SBR	000-2114	Stadtbezirksrat 114	SBR 114	Erhöhung des Bezirksratsbudgets um 50% Der Stadtbezirksrat 114 beantragt das ihm zur Verfügung stehende Bezirksratsbudget in Höhe von 15.400 € um 50% zu erhöhen, d. h. in Summe auf 23.100 €.				+ 7.700		+ 7.700		+ 7.700		dauerh.	449140 Aufwendungen Stadtbezirksräte
SBR	000-2332	Stadtbezirksrat 332	SBR 332	Der Stadtbezirksrat 332 Schunteraeu beantragt, bei der Bemessung der bezirklichen Mittel für den Stadtbezirksrat 332 die in der LAB untergebrachten Flüchtlinge angemessen zu berücksichtigen. Idealerweise sollten die bezirklichen Mittel auf 20.000 € aufgestockt werden.				+ 12.300		+ 12.300		+ 12.300		dauerh.	449140 Aufwendungen Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		Veränderungen in €		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 01 - Zentrale Steuerung

	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		16.400												
041	1.11.1116.04	Repräsentationen	Piraten	Mehreinnahmen durch Schloß Richmond; Trauungen für 250 EUR Diese Anhebung der Gebühren für Trauungen im Schloß um 20 EUR fällt im Vergleich zu üblichen Traukosten nicht ins Gewicht.										dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren	
						+ 720		+ 720		+ 720		+ 720				
	6	Privatrechtliche Entgelte		18.800												
042	1.11.1116.04	Repräsentationen	Piraten	Veranstaltungen in der Dornse im Altstadtrathaus Es soll für Vereine, die formal nicht gemeinnützig sind, eine gesonderte Tarifbehandlung (mittlere Kosten zwischen der normalen Gebühr und der für Vereine mit anerkannter Gemeinnützigkeit) geben, wenn sie Verdienste im Sinne der Stadt Braunschweig geleistet haben.										dauerh.	341110 Mieten und Pachten	
						+ 825		+ 825		+ 825		+ 825				

Teilhaushalt Ref 0120 - Stadtentwicklung und Statistik

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		795.000												
043	1.51.5114.03	Europaangelegenheiten	DIE LINKE. AfSG	Keine Beteiligung an "eHealth.Metropolregion" Da dieses Projekt keine Vorteile für die Stadt Braunschweig und den öffentlichen Gesundheitsbereich in Braunschweig erkennen lässt, sollte darauf verzichtet werden. Außerdem beteiligt sich innerhalb der Metropolregion, mit Ausnahme der Stadt Göttingen, keine andere Gebietskörperschaft an diesem zweifelhaften Projekt.										dauerh.	427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen ohne Beschlussempfehlung passieren lassen	
						- 65.000		- 65.000		- 65.000		- 65.000		- 65.000		

Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		3.660.100												
SBR	1.57.5732.01	Dorfgemeinschaftshäuser	SBR 212	Einrichtung einer Bürgerbegegnungsstätte/Stadtteiltreffs im Heidberg Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird gebeten in den Haushalt 2016 ausreichende finanzielle Mittel in Höhe von mindestens 50.000 € zur Errichtung eines Stadtteiltreffs/Bürgerbegegnungszentrums einzustellen, um die Anmietung geeigneter Räumlichkeiten sicherzustellen.										einmalig	423110 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	
						+ 50.000										

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		Veränderungen in €		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 20 - Finanzen

	18	Transferaufwendungen		32.649.600													
044	1.42.4242.02	Stadtbad Braunschweig GmbH	BIBS	Plansch- und Kinderbereich im Freibad Waggum Zur Steigerung der Attraktivität des Bades für Familien mit kleinen Kindern wird der Bau eines Wasserspielplatzes / Kleinkinderbereichs ähnlich wie im Raffteichbad beantragt. Im letzten Jahr wurde das Freibad Waggum nach erfolgter Sanierung wiedereröffnet. Der aus Kostengründen nicht realisierte Ausbau eines Kleinkinderbereichs wurde von den Besuchern verstärkt nachgefragt. In Anbetracht der Tatsache, dass in unmittelbarer Nähe 110 neue Wohneinheiten entstehen, wird sich diese Nachfrage noch verstärken.												einmalig	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
SBR	1.42.4242.02	Stadtbad Braunschweig GmbH	SBR 112	Kinderbecken im Sommerbad Waggum Der Stadtbezirksrat 112 beantragt, die Kosten für den Bau eines Wasserspielplatzes / Kleinkinderbereichs oder eines Kinderbeckens für das Sommerbad Waggum im kommenden Haushalt einzuplanen. Die Möglichkeit der Anrechnung von Fremdmitteln (z. B. Förderverein) ist zu prüfen. Das Sommerbad Waggum verfügt bisher nicht über ein entsprechendes Angebot. Nach Kenntnis des Stadtbezirksrates besteht eine Bereitschaft des Fördervereins, sich an den Kosten dieser Baumaßnahme zu beteiligen. Darüber hinaus wäre auch der Einsatz bezirklicher Mittel aus dem Budget 2016 möglich.												einmalig	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
045	1.54.5480.01	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	BIBS	Defizit des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg verringern 1. Der Defizitausgleich durch die Stadt Braunschweig für den Flughafen Braunschweig-Wolfsburg wird für das Jahr 2016 auf maximal 1.500.000 Euro gedeckelt. 2. Die Verwaltung erarbeitet in Abstimmung mit der Flughafengesellschaft die Vorlage eines Maßnahmenkonzeptes, wie der Flughafen BS-WOB eine mittelfristige Defizit reduzierung auf 0 erreichen und dann ab 2024 ohne Beihilfen auskommen kann. Bereits 2014 hat die EU-Kommission beschlossen, die staatlichen Beihilfen für Flughäfen in der EU zu kappen. Demnach sind für regionale Flughäfen Betriebsbeihilfen nur noch höchstens zehn Jahre lang, also bis 2024, erlaubt. Danach müssen sich die Standorte selber tragen. Diese Vorgabe der EU trifft den höchst defizitären arbeitenden Flughafen BS-WOB besonders, und in Zeiten der nötigen Haushaltssolidarisierung muss die Stadt bestrebt sein, diese Millionenverluste zu reduzieren.													431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
046	1.54.5480.01	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	DIE LINKE.	Defizitausgleich Flughafen beenden Die kommunale Aufgabe besteht in der Organisation der Daseinsvorsorge. Die Finanzierung eines defizitären Flughafens gehört nicht zur Daseinsvorsorge.				- 1.331.800			- 1.331.800			- 1.331.800		dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
047	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	BIBS	Defizit des Braunschweiger Stadtmarketings verringern Der Defizitausgleich durch die Stadt Braunschweig für die Braunschweiger Stadtmarketing GmbH für 2016 darf maximal die Summe des Verlustausgleiches aus dem Jahr 2014 betragen. In Zeiten der notwendigen Haushaltssolidarisierung muss die Stadt bestrebt sein, die jährlichen Millionenverluste ihrer städtischen Tochter zu reduzieren.				- 155.000								einmalig	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
048	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	DIE LINKE.	Austritt Allianz für die Region GmbH Auch weil hier nicht unbedingt die Interessen der Stadt Braunschweig vertreten werden, soll die Mitgliedschaft in der Allianz für die Region beendet werden.				- 180.000			- 180.000			- 180.000		dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
					bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
							Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
158	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	Piraten	Struktur-Förderung Braunschweig GmbH – Auflösung, Liquidation, Löschung Die Stadt braucht diese GmbH nicht.			- 25.000		- 25.000		- 25.000		- 25.000		dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
049	1.57.5731.08	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	BIBS AfSG BA	Braunschweiger Mobiliticket ausweiten Die Benutzung des BS Mobilitickets soll künftig ganztägig möglich sein und nicht erst ab 9 Uhr.			+ 350.000		+ 700.000		+ 700.000		+ 700.000		dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 1; die Kostenschätzung lag zu den Beratungen in den Fachausschüssen noch nicht vor. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
050	1.57.5731.08	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	BIBS	Verzicht auf die "Gewinn"-Entnahme aus der NiWo-Baugesellschaft auch für 2016 Die Stadt verzichtet auch für das Haushaltsjahr 2016 auf die "Gewinn"-Entnahme aus der Nibelungen-Wohnbau GmbH und Stärkung des Eigenkapitals zur Schaffung merklich größerer Kontingente preisgünstigen Wohnraums Diese Maßnahme erfolgt zur Stärkung des Eigenkapitals der städtischen Gesellschaft zur Schaffung merklich größerer Kontingente preisgünstigen Wohnraums.			+ 1.000.000								einmalig	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		8.157.300												
051	1.25.2910.01	Unterhaltung von Kirchenbauwerken	Piraten	Unterhaltung von Kirchenbauwerken Aufgrund der Veräußerung einer Kirche reduziert sich der Gesamtbedarf. Auch wenn im Haushalt 2016 aufgrund fehlender Baumaßnahmen dieser Posten gestrichen wurde, ist dieser Antrag weiterhin notwendig, da er sich generell mit der Höhe des potentiellen Posten beschäftigt.			- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000		dauerh.	445810 Erstattung an übrige Bereiche
052	1.57.5731.06	Gaststätten -BgA-	Piraten	Gaststätten -BgA- Da dieses seit Jahren verlustbringend ist, ist es in der aktuellen Situation sinnvoll, solche Posten abzustößen. Es ist auch nicht Aufgabe der Stadt, einen Gaststättenbetrieb zu sichern.			- 23.000		- 23.000		- 23.000		- 23.000		dauerh.	445517/18 Erstattungen an Gebäudemanagement Betriebskosten warm/kalt

Teilhaushalt FB 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		6.441.400													
053	1.12.1221.12	Gewerbe	Piraten	Gewerbeanmeldung Dieser Antrag entspricht 5 EUR mehr pro Gewerbeanmeldung. Dieser Betrag fällt bei der Gründung eines Betriebes nicht ins Gewicht.			+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 1

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		Veränderungen in €		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
054	1.12.1221.12	Gewerbe	Piraten	Gewerberegisterauskunft Dieser Antrag entspricht 5 EUR mehr pro Gewerberegisterauskunft.		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 1
159	1.12.1221.14	Zentraler Ordnungsdienst	Piraten	Kostenübernahme für 90 min/wöchl. Kampfsporttraining sowie mobiles Endgerät mit Notruf- oder Schnellwahlfunktion am Headset für alle ZOD-Bediensteten im Aussendienst		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		dauerh.	426120 Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Umschulung Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 1

Teilhaushalt FB 37 - Feuerwehr

	Diverse																
055	1.12.1260.14	Service	Piraten	Feuerwehrleistungen für Dritte Einsparung durch Nachverhandlungen bei 1.12.1260.14 Service "Feuerwehrleistungen für Dritte" - oder Einstellung dieses Produkts.		- 200.000		- 200.000		- 200.000		- 200.000		- 200.000		dauerh.	diverse abgelehnt 0 / 8 / 1

Teilhaushalt FB 40 - Schule

	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		126.000													
056	1.21.2430.14	Schulraumvergabe	Piraten	Nutzung von Schulräumen für schulfremde Zwecke Die Tarife wurden seit 2002 nicht geändert. Wir beantragen daher eine Inflationsanpassung der Tarife um 2%/Jahr für die Nutzung von Schulräumen für schulfremde Zwecke.		+ 300.000		+ 300.000		+ 300.000		+ 300.000		+ 300.000		dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte Anmerkung der Verwaltung: Der Entgelttarif der Stadt Braunschweig für die Überlassung städtischer Schulräume und Schulplätze für schulfremde Zwecke soll überarbeitet werden. In diesem Zusammenhang Mehreinnahmen von 300.000 €/Jahr zu erzielen ist unrealistisch. Der derzeitige Haushaltansatz für 2016 liegt bei einer Einnahmeerwartung von 126.000 €. Darin ist ein pauschales Entgelt der Volkshochschule Braunschweig GmbH für die Nutzung von Schulräumen enthalten, das rund zwei Drittel der Einnahmeerwartung ausmacht. abgelehnt 0 / 17 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
					bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
							Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		3.816.800												
057	400-1099	Sammelkostenstelle Schulen	Piraten SchA	Schuletat (Schulgirokonten) nicht kürzen Die Beschaffung von Lehrmaterialien erfolgt schon zu oft aus der Privattasche engagierter Lehrer.			+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000		dauerh. angenommen 11 / 7 / 0	427160 Lehrmittelbedarf
	18	Transferaufwendungen		192.000												
155 neu	1.21.2170.11	Schulentwicklung und -organisation	CDU SchA	Gerechte Mittagessenpreise für die Gymnasien Ricarda-Huch und Neue Oberschule Mit der Umsetzung dieses Antrages sollen endlich gerechte Mittagessenpreise für die Gymnasien Ricarda-Huch und Neue Oberschule realisiert werden. Grundlage ist das in der Mitteilung 15-00534 beschriebene Konzept, welches am 2. Oktober 2015 im Schulausschuss diskutiert wurde. Der Schulausschuss hat über die Anträge 155 neu, 058 und 059 gemeinsam abgestimmt.			+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500		dauerh. angenommen 16 / 0 / 0	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
058	1.21.2170.11	Schulentwicklung und -organisation	SPD SchA	Mittagessenversorgung der Schülerinnen und Schüler der Gymnasien Neue Oberschule und Ricarda-Huch-Schule in der Mensa der TU Braunschweig Für die Mittagessenversorgung der Schülerinnen und Schüler der Gymnasien Neue Oberschule und Ricarda-Huch-Schule in der Mensa der TU Braunschweig werden 34.500 € in den Haushalt eingestellt. Auf die Mitteilung der Verwaltung zur Schulausschusssitzung am 02.10.2015 (Vorlage 15-00534) wird Bezug genommen. Der Schulausschuss hat über die Anträge 155 neu, 058 und 059 gemeinsam abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 155 neu.			+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500		dauerh. angenommen 16 / 0 / 0	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
059	1.21.2170.11	Schulentwicklung und -organisation	DIE LINKE. SchA	Zuschuss Mittagessen Ricarda-Huch-Schule und NO Die Preise des Mittagessens für die Schülerinnen und Schüler der Neuen Oberschule und der Richarda-Huch-Schule sollen an die Preise der anderen Schulen angeglichen werden. Dabei soll das in Mitteilung 15-00534 beschriebene Konzept umgesetzt werden. Der Schulausschuss hat über die Anträge 155 neu, 058 und 059 gemeinsam abgestimmt. Zuvor wurde der Antrag beträchtlich angepasst. Ergebnis siehe Antrag Nr. 155 neu.			+ 27.500		+ 27.500		+ 27.500		+ 27.500		dauerh. angenommen 16 / 0 / 0	431810 Zuschuss an übrige Bereiche

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
					2016		2017		2018		2019				
bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
060	1.25.2732.02	Zuwendungen im Bildungsbereich	BIBS	Zuschuss für die Linksjugend Braunschweig Die Linksjugend Braunschweig beantragt finanzielle Unterstützung zum Zwecke der politischen Jugendbildung. Das Geld soll zur Gegenfinanzierung politischer Jugendbildungsveranstaltungen, wie auch von Bildungsmaterialien verwendet werden.		+ 1.975								einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Eine Förderung von Maßnahmen der politischen Jugendbildung außerhalb des Arbeitskreises Politische Jugend (APJ) ist bisher nicht vorgesehen. abgelehnt 1 / 10 / 4
			SchA	Vor der Abstimmung im Schulausschuss wurde der Antrag betraglich angepasst (von ursprünglich 1.975 € auf 800 €).											
061	1.25.2732.02	Zuwendungen im Bildungsbereich	Piraten	Arbeitskreis politische Jugend Die Förderung des Arbeitskreises Politische Jugend wird ab 2016 nicht fortgesetzt. Die Förderung ist effektiv eine Unterstützung der politischen Arbeit von Parteien. Sie hat daher nicht durch Steuergelder zu erfolgen. Die politische Neutralität der Stadt gegenüber den Parteien ist streng geboten und wird hier verletzt.		- 7.900		- 7.900		- 7.900		- 7.900		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Bei dem Zuschuss an den Arbeitskreis Politische Jugend handelt es sich um eine Projektförderung von Veranstaltungen politischer Bildung, so dass er einer Begrenzung staatlicher Parteienfinanzierung nicht unterliegt (§ 24 Abs. 12 Parteiengesetz). abgelehnt 2 / 13 / 1
			SchA			0		0		0		0			
	1.25.2732.02	Zuwendungen im Bildungsbereich	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Arbeitskreis politische Jugend (APJ) Der Zuschuss für den APJ (7.900 € p. a.) wird mit einem Sperrvermerk versehen. Über die Freigabe soll nach Vorstellung des Arbeitskreises Politische Jugend im Schulausschuss entschieden werden.		0		0		0		0		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 13 / 0 / 3
			SchA			0		0		0		0			
062	diverse		SPD	Seniorpartner in School Dem Verein SiS-Seniorpartner in School e. V. wird ab 2016 eine dauerhafte institutionelle Förderung in Höhe von 1500 € p. a. gewährt. SiS-Seniorpartner in School e. V. ist eine Gemeinschaft von Senioren, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, ihre Zeit, Erfahrungen und Fähigkeiten zum Wohle von Kindern und Jugendlichen in Schulen einzubringen. SiS hat in Niedersachsen über 250 Mitglieder, in Braunschweig über 100. Sie sind regelmäßig ehrenamtlich als Schulmediatoren in SiS-Partnerschulen tätig, um Schülerinnen und Schülern bei der Konfliktklärung zu unterstützen. Die betroffenen Schülerinnen und Schüler sollen lernen, ihre Konflikte gewaltfrei und eigenverantwortlich zu lösen. Dazu dient die Methode der Mediation. In Braunschweig sind die SiS-Mediatoren an zehn Schulen tätig. Sie haben von SiS eine zweijährige Weiterbildung erfahren. - Die o. g. Fördermittel dienen der notwendigen jährlichen Supervision und Fortbildung von 100 Braunschweiger Mediatoren. Die Kosten für die Supervision einer 10-köpfigen Gruppe betragen 120 € zuzüglich Nebenkosten.		+ 1.500		+ 1.500		+ 1.500		+ 1.500		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 10 / 1 / 5
			SchA			+ 1.500		+ 1.500		+ 1.500		+ 1.500			

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		Veränderungen in €		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	19	sonstige ordentliche Aufwendungen		49.165.300													
063	1.21.2410.13	Schülerbeförderung	SPD SchA	Kostengünstige Schülerfahrkarten In den Haushalt 2016 werden 10.000 € eingestellt für ein Gutachten zur Begutachtung und Weiterentwicklung der Ergebnisse der AG SchülerInnenfahrkarten, die aus der Jugendkonferenz im September 2013 hervorgegangen ist. Die AG SchülerInnenfahrkarten hat nach mehrjähriger Arbeit am 15. Juli 2015 das letzte Mal getagt. Die Ergebnisse wurden anschließend den Fraktionen vorgestellt. Eine direkte Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge ist nicht möglich bzw. finanziell nicht darstellbar. Durch ein Gutachten soll geprüft werden, welche Angebotsformen für kostengünstige Schülerfahrten aufbauend auf den Vorschlägen der AG realisierbar wären.				+ 10.000								einmalig angenommen 14 / 0 / 2	443140 Prüfungs- und Beratungskosten

Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft

	Diverse																
064	1.25.2514.06	Öffentlichkeitsarbeit Archiv	Piraten AfKW	Öffentlichkeitsarbeit Archiv Sachkosten aus 1.25.2514.06 Öffentlichkeitsarbeit Archiv sollen entfallen (freiwerdende Personalbestandteile sollen in 1.25.2514.11 mitarbeiten). Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.				- 30.000			- 30.000		- 30.000		- 30.000	dauerh. abgelehnt 0 / 9 / 1	diverse Anmerkung der Verwaltung: Auf dem Produkt sind lediglich 18.300 € an direkten Einzelkosten geplant, u.a. für die Pfingsttagung des Hansischen Geschichtsvereins im Mai und für die allg. Stärkung des Wissenschaftstandorts Braunschweig. Die restlichen Kosten auf diesem Produkt sind fast ausschließlich Folge der anteiligen Verteilung der Miet- und Mietnebenkosten für das Schloss auf das Stadtarchiv. Dieses Produkt wird dabei anteilig mit 53 T€ belastet. Eine Kürzung von Sachkosten in beantragter Höhe ist deshalb nicht möglich.
065	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltung sonstiger Kulturpflege	BIBS AfKW	Durchführung der Braunschweiger Kulturnacht auch 2016 Die Braunschweiger Kulturnacht wird auch 2016 durchgeführt. Die dafür erforderlichen städtischen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.				+ 70.000	+ 120.000							einmalig abgelehnt 1 / 8 / 1	diverse Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthält keine Beträge. Bei den hier eingesetzten Werten handelt es sich um die Beträge, die vor der Konsolidierung im Haushaltplanentwurf berücksichtigt waren.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		Veränderungen in €		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	18	Transferaufwendungen		12.229.200													
066	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	Piraten AfKW	Bund Bildender Künstler Bei dem Bund Bildender Künstler handelt es sich um einen Berufsverband. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.			- 58.600		- 58.600		- 58.600		- 58.600		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Die vollständige Kürzung des Zuschusses würde zur Schließung der Einrichtung führen. abgelehnt 0 / 10 / 0	
067	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	Piraten AfKW	Kunstverein Braunschweig Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.		- 176.000		- 176.000		- 176.000		- 176.000		- 176.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Die vollständige Kürzung des Zuschusses würde zur Schließung der Einrichtung führen. abgelehnt 0 / 10 / 0
068	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	Piraten AfKW	Museum für Photographie Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.		- 140.000		- 140.000		- 140.000		- 140.000		- 140.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Die vollständige Kürzung des Zuschusses würde zur Schließung der Einrichtung führen. abgelehnt 0 / 10 / 0
069	1.25.2620.10	Projekt- u. Konzept.- Förderung Musik	Piraten AfKW	Gospelkirchentag 2016 Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.		- 100.000										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 0 / 9 / 1
070	1.25.2811.09	Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	DIE LINKE. AfKW	Zuschuss für Radio Okerwelle		+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 1 / 7 / 2

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		Veränderungen in €		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Ref. 0500 - Sozialreferat

	Diverse																	
071	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SPD	Integrationskonzept: Interkulturelle Kompetenzentwicklung in der öffentlichen Verwaltung Für die interkulturelle Kompetenzentwicklung in der öffentlichen Verwaltung erfolgt eine Ansatzerhöhung um 20.000 € im Haushalt. Zu diesem Zeitpunkt der verstärkten Flüchtlingsintegration stellt sich die Frage nach interkultureller Kompetenz besonders gegenüber dieser Klientel in verschärftem Maße. Eine Erhöhung des Etats der Koordinierungsstelle würde diese befähigen, ihre Aufgaben auf diesen Sektor zu erweitern, um so den Bedürfnissen des Personals in der Verwaltung und anderen Institutionen gerecht zu werden.											einmalig	diverse	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen	

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		Veränderungen in €		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	18	Transferaufwendungen		230.500													
072	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SPD	Heidberg AKTIV Seit 2011 fördert das integrative Stadtteilprojekt Heidberg AKTIV das friedliche Miteinander aller Bewohnergruppen im Heidberg. Es hat den Stadtteil aufgewertet u. attraktiver gemacht. Durch Beratungs-, Kurs- und Freizeitangebote fördert die Koordinatorin, unterstützt durch Honorarkräfte, Praktikanten und Ehrenamtliche, Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe, ein soziales, stabiles Umfeld sowie den interkulturellen Austausch. Die kooperativen Angebote werden von der Bewohnerschaft, den örtlichen Gremien, den Institutionen, der Lokalpolitik, den Kirchengemeinden und den Wohnungsunternehmen positiv angenommen und gestützt.				+ 35.000								einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 7 / 4 / 0
073	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	AWO Migrationsberatung - Heidberg AKTIV Der Stadtteil Heidberg weist spezifische Problemlagen (hoher Altersdurchschnitt der Bevölkerung, hoher Anteil von Migrantinnen und Migranten) auf. In diesem Kontext hat das Stadtteilprojekt Heidberg AKTIV in den letzten Jahren eine erfolgreiche Arbeit geleistet und hat mit dazu beigetragen, das friedliche Miteinander aller Bevölkerungsgruppen im Stadtteil zu fördern. Aufgrund der erfolgreichen Arbeit der letzten Jahre beantragen wir deshalb für die kommenden Jahre einen dauerhaften Zuschuss in oben genannter Höhe.				+ 35.000			+ 35.000		+ 35.000		+ 35.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 4 / 4 / 3
074	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BIBS	Förderung des Projektes "Heidberg Aktiv" Das integrative Stadtteilprojekt "Heidberg aktiv" erbittet für 2016 die Bereitstellung städtischer Mittel für Personalkosten, um die Fortsetzung der bewährten und immer wieder neu zu planenden Angebotsstruktur, die Anschaffung der notwendigen Sachmittel sowie die Verbesserung der Vernetzungsarbeit im Stadtteil zu gewährleisten. Die Angebote des Stadtteilprojekts werden von der Bewohnerschaft, den örtlichen Gremien, den Institutionen und vielen weiteren Akteuren begrüßt, positiv angenommen und unterstützt.				+ 43.000			+ 43.000		+ 43.000		+ 43.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 3 / 4 / 4
075	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	DIE LINKE.	Förderung des Projektes "Heidberg Aktiv" Heidberg Aktiv weiterführen.				+ 35.000			+ 35.000		+ 35.000		+ 35.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Die Anträge Nrn. 073 sowie 075 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 073.
SBR	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SBR 212	Förderung des Integrativen Stadtteilprojekts "Heidberg Aktiv" Es wird darum gebeten, das Integrative Stadtteilprojekt Heidberg Aktiv im Jahr 2016 mit dem Betrag in Höhe von 43.204,09 € zu fördern und entsprechende Haushaltssmittel in dieser Höhe bereitzustellen.				+ 43.300								einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 4 / 4 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
					bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
							Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
076	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SPD	Nähwerk statt Flickwerk Die Nähwerkstatt Flickwerk ist ein gelungenes Projekt der Integration. Sie ist ein positives, niederschwelliges Angebot für den Bereich der Sozialen Stadt im westlichen Ringgebiet. Sie ist ein Treffpunkt für Frauen mit Migrationshintergrund, arbeitslose Menschen und bietet auch einen Schuttraum für Menschen mit sozialen und psychischen Problemen. Neben dem handwerklichen Angebot finden Beratung und Unterstützung für das tägliche Leben statt. Die Nähwerkstatt hat sich 2015 positiv weiterentwickelt.			+ 38.000								einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl	Der Antrag Nr. 076 sowie der Antrag des Stadtbezirksrates 310 wurden zusammen abgestimmt.			+ 38.000									angenommen 7 / 4 / 0
077	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BUNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Nähwerk statt Flickwerk Das Projekt „Nähwerk statt Flickwerk“ bietet seit 2008 erfolgreich ein niederschwelliges Angebot gerade für Frauen mit Migrationshintergrund im Westlichen Ringgebiet. In den letzten Jahren hat die Nähwerkstatt zweifelsfrei unter Beweis gestellt, dass sie wichtige Arbeit im Bereich der Integration und Beratung leistet. Wir beantragen deshalb, dieser Einrichtung vom Jahr 2016 an einen dauerhaften Zuschuss in der oben genannten Höhe zu gewähren.			+ 38.000		+ 38.000		+ 38.000		+ 38.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl	Die Anträge Nrn. 077 sowie 079 wurden zusammen abgestimmt.												abgelehnt 4 / 4 / 3
078	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BIBS	Nähwerk statt Flickwerk Die Förderung für das Modellvorhaben "Nähwerk statt Flickwerk" im Sanierungsgebiet Soziale Stadt ist Ende 2012 ausgelaufen. Um das sowohl bei den BesucherInnen als auch im sozialen Netzwerk des Stadtteils fest verankerte Angebot weiterführen zu können, sollen städtische Mittel zur Fortsetzung des Projekts bereitgestellt werden. Seit dem Auslaufen der Förderung durch die Soziale Stadt konnten die Angebote erweitert werden. Zur weiteren Entwicklung will die Nähwerkstatt das Angebot um Projekte wie z.B. zu Themen der "politischen Bildung", "Stadteroberung" sowie den Aufbau integrativer Jugendarbeit erweitern.			+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl													abgelehnt 3 / 4 / 4
079	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	DIE LINKE.	Nähwerkstatt Jahnstr. Nähwerkstatt Jahnstr. wie im vergangenen Jahr fördern.			+ 38.000		+ 38.000		+ 38.000		+ 38.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl	Die Anträge Nrn. 077 sowie 079 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 077.												
SBR	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SBR 310	Zuschuss Nähwerkstatt "Flickwerk" Die Nähwerkstatt "Flickwerk" erhält einen Zuschuss von 38.000 €.			+ 38.000								einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl	Der Antrag Nr. 076 sowie der Antrag des Stadtbezirksrates 310 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 076.												

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
					2016		2017		2018		2019				
bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
080	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SPD	Haus der Kulturen Das Haus der Kulturen ist inzwischen eine voll etablierte Einrichtung und wird sehr gut angenommen. Zum vierten Mal ist ein umfangreiches Programm mit ca. 70 Veranstaltungen je Halbjahr erstellt worden. So hat sich das Haus der Kulturen in kurzer Zeit zu einem „Gesicht der Vielfalt in Braunschweig“ mit überregionaler Ausstrahlung entwickelt. Durch die Zuschusserhöhung um 30.000 Euro im Jahr 2015 konnten Überstunden reduziert und eine Person für den Bistrobereich fest eingestellt werden. So wurden dauerhafte Öffnungszeiten gewährleistet. Für 2016 ist daher erneut die Zuschusshöhe des Vorjahres anzusetzen.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 7 / 4 / 0
081	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BUNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Haus der Kulturen Der städtische Zuschuss für das Haus der Kulturen wurde im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2015 einmalig auf 130.000 € aufgestockt. Um die städtischen Zuschüsse an das Niveau anzupassen, dass die Rahmenplanung als Minimum für einen erfolgreichen Betrieb des Hauses der Kulturen vorgesehen hat, beantragen wir, den städtischen Zuschuss ab dem Jahr 2016 dauerhaft um 30.000 € pro Jahr zu erhöhen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 4 / 4 / 3
082	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BIBS	Haus der Kulturen Auch 2015 wurde die Arbeit des Hauses der Kulturen gut angenommen. Im Mittelpunkt der Arbeit, die das Zusammenleben fördert, stehen die Aktivitäten der Migrantinnen-Communities. Insbesondere institutionelle Nutzer finden immer mehr den Weg in das Haus und tragen damit dazu bei, Berührungspunkte mit Migrantinnen zu erschließen. Mit einer dauerhaften städtischen Förderung auf gleichem Niveau soll die effektive Ausgestaltung des Konzeptes ermöglicht werden.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
083	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	DIE LINKE.	Haus der Kulturen Haus der Kulturen wie im vergangenen Jahr fördern.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			Afl	Die Anträge Nrn. 081, 082 sowie 083 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 081.											

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
					bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
084	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Piraten AfL	Lebenschancen durch Sport Das Projekt Lebenschancen durch Sport soll aufgrund seiner hohen Reichweite weiterhin finanziert werden. Der Antrag Nr. 084 sowie der Antrag des Stadtbezirksrates 310 wurden zusammen abgestimmt.			+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
SBR	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	SBR 310 AfL	Zuschuss Lebenschancen durch Sport In den Haushaltplan 2016 wird ein Zuschuss für das Projekt 1.31.3119.40 (betrifft: Lebenschancen durch Sport) in Höhe von 50.000 € eingestellt. Der Antrag Nr. 084 sowie der Antrag des Stadtbezirksrates 310 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 084.			+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche

Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit

	18	Transferaufwendungen		121.068.900												
SBR	1.31.3151.40	Altenhilfeplanung	SBR 321 AfSG	Forum Älter werden im Stadtbezirk Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Haushaltsmittel zur Begleitung des Forums "Älter werden im Stadtbezirk Lehndorf-Watenbüttel" weiterhin in die Haushalte der Folgejahre einzustellen. Der Antrag wird nach mündlicher Stellungnahme der Verwaltung als erledigt betrachtet.			*		*		*		*		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
085	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS AfSG	Mütterzentrum e.V. - Netzwerk Gemeinsam Wohnen Das Mütterzentrum hat für das Netzwerk Gemeinsam Wohnen städtische Förderung beantragt, damit die Vernetzungsarbeit ausgebaut werden kann. Gemeinschaftliches Wohnen kann Vereinsamung und den damit verbundenen psychischen Störungen entgegen wirken. Die Arbeit des Netzwerkes ist damit vorrangig Sozialarbeit, die für den Einzelnen Prävention und soziale und stabile Nachbarschaft bietet. Mittelfristig leisten Wohnprojekte einen Beitrag zur Bewältigung der Probleme des demografischen Wandels und damit zur Integration alter und behinderter Menschen. +	3.000		+ 3.000		+ 3.000		+ 3.000		+ 3.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 4 / 7 / 0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
					2016		2017		2018		2019				
bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
086	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS AfSG	Erhöhter Zuschuss für das Mütterzentrum Das Mütterzentrum verfolgt das Konzept, vielen Menschen mit ganz unterschiedlichen Beeinträchtigungen und aus diversen Altersschichten und Kulturen einen Platz in ihrem Haus einzuräumen. Da es keine öffentlich geförderte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose und wenig geeignete Maßnahmen vom Jobcenter gibt, realisiert das Mütterzentrum dies über Bundesfreiwillige und Wiedereingliederungsmaßnahmen für Schwerbehinderte. Dabei fallen jedoch Kosten an. Um in diesem Rahmen einer schwerbehinderten Frau eine Anstellung zu ermöglichen, soll der städtische Zuschuss deshalb erhöht werden.	+ 24.000	+ 24.000	+ 24.000	+ 24.000					dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 2 / 9 / 0	
087	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE. AfSG	Mütterzentrum Anhebung Zuschuss Mütterzentrum.	+ 27.900	+ 27.900	+ 27.900	+ 27.900					dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 2 / 9 / 0	
SBR	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310 AfSG	Zuschuss Mütterzentrum Das Mütterzentrum erhält zur Finanzierung einer weiteren Stelle einen um 27.850 € höheren Zuschuss als im Haushaltplanentwurf vorgesehen.	+ 27.900								einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 2 / 9 / 0	

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
							Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
088	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SPD AfSG	Förderverein Westliches Ringgebiet Nord e. V. - Stadtteilladen Neustadtring Der Förderverein leistet seit zwölf Jahren ehrenamtlich wertvolle Arbeit und ist für viele Stadtteilbewohner ein kompetenter Ansprechpartner vor Ort. Er betreibt mit Unterstützung der Stadt Braunschweig (Mietzuschuss) ehrenamtlich den Stadtteilladen am Neustadtring 16 a als erste Anlaufstelle. Dort bietet er u. a. Hausaufgabenhilfe an, gibt Hilfestellung bei Arbeitslosigkeit, organisiert Ferienangebote für Kinder und den Ringgleisflohmarkt. Damit das Angebot weiterhin bestehen kann, muss es verstetigt werden.			+ 2.600								einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 7 / 4 / 0
089	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS AfSG	Stadtteil-Laden Neustadtring Seit zwölf Jahren leistet der Stadtteil-Laden des Fördervereins Westliches Ringgebiet mit seinen Angeboten ehrenamtlich wertvolle Arbeit und ist für viele Stadtteilbewohner ein kompetenter Ansprechpartner vor Ort. Da auch dieses Jahr das Nordwestliche Ringgebiet/Eichtal nicht in das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt aufgenommen wurde, ist es dringend notwendig, verschiedene Akteure zu vernetzen. Dafür ist eine verstärkte Außendarstellung nötig, die durch die erhöhte städtische Förderung finanziert werden soll.			+ 2.600		+ 2.600		+ 2.600		+ 2.600		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 4 / 4 / 0
SBR	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310 AfSG	Zuschuss Stadtteilladen Neustadtring In den Haushaltplan 2016 wird für den Verein "Westliches Ringgebiet NORD e. V. - Stadtteilladen Neustadtring (Produkt 1.31.3517.10) ein Zuschuss von 8.000 € statt 5.500 € eingestellt. Erledigt durch Beschlussfassung über Antrag 088.			+ 2.500								einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
090	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE. AfSG	Frauenberatungsstelle Anhebung des Zuschusses Frauenberatungsstelle.			+ 5.000		+ 5.000		+ 5.000		+ 5.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 2 / 9 / 0
091	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE. AfSG	Obdachlose IGLU Anhebung Zuschuss Tagestreff Obdachlose IGLU			+ 3.800		+ 3.800		+ 3.800		+ 3.800		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 4 / 7 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
					2016		2017		2018		2019				
bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
092	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS AfSG	Netzwerk Nächstenliebe Das Netzwerk Nächstenliebe benötigt finanzielle Unterstützung durch die Stadt, weil durch die Fusion des Diakonischen Werkes der Landeskirche Braunschweig mit dem Diakonischen Werk in Niedersachsen dem Verein bisher gewährte Fördermittel nicht mehr zur Verfügung stehen. Das gefährdet den Fortbestand der Arbeit.		+ 21.000		+ 21.000		+ 21.000		+ 21.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 1 / 10 / 0
093	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	SPD AfSG	Lukas-Werk (Einrichtungen für Suchtkranke) Das Lukas-Werk ist mit jährlich über 1200 Klienten erste Anlaufstelle in Braunschweig für Menschen mit Suchtproblemen mit den Schwerpunkten Alkohol, Medikamente und Glücksspiel. Das Land fordert für eine Suchtberatungsstelle eine Mindestausstattung von zwei Vollzeitstellen im Rahmen der institutionellen Förderung. Die Landesförderung in Höhe von rund 90.000 € reicht nicht für die Personalkosten, die Sachkosten sind ebenfalls nicht gedeckt. Ohne die Erhöhung der Förderung durch die Stadt Braunschweig für die Suchtberatung und Prävention sind damit auch die Landesmittel für die geforderte Mindestausstattung gefährdet. Im Ausschuss für Soziales und Gesundheit wurde der Antrag zeitlich angepasst und durch Beschlussfassung über die Anträge 94 und 95 als erledigt angesehen.		+ 45.100			+ 45.100		+ 45.100			eimalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
094	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN AfSG	Lukas-Werk Das Lukas-Werk bietet wichtige und in dieser Form für Braunschweig einmalige Angebote für Menschen mit Alkoholproblemen. Die Zuschüsse für diese Einrichtung, die zum Haushalt 2015 einmalig erhöht wurden, sollten dauerhaft in dieser Höhe gewährt werden. Außerdem wird beantragt, die Zuschüsse für das Lukas-Werk in die übliche Dynamisierung aufzunehmen. Im Ausschuss für Soziales und Gesundheit wurde der Antrag betragsmäßig angepasst. Die Anträge Nrn. 094 sowie 095 wurden zusammen abgestimmt.		+ 45.000		+ 45.000		+ 45.000		+ 45.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 4 / 0 / 7
095	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	BIBS AfSG	Erhöhter Zuschuss für das Lukas-Werk Das Lukas-Werk in Braunschweig ist mit jährlich mehr als 1.200 Klienten erste Anlaufstelle in der Stadt Braunschweig für Menschen mit Suchtproblemen mit den Schwerpunkten Alkohol, Medikamenten und Glücksspiel. Das Land fordert für eine Suchtberatungsstelle eine Mindestausstattung von zwei Vollzeitstellen im Rahmen der institutionellen Förderung. Die dafür gewährte Landesförderung reicht nicht für die Personalkosten, die Sachkosten sind nicht gedeckt. Zur Fortführung der Suchtberatung und -prävention im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge benötigt das Lukas-Werk daher dringend institutionelle Förderung. Die Anträge Nrn. 094 sowie 095 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 094.		+ 45.100		+ 45.100		+ 45.100		+ 45.100		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2016		2017		2018		2019			
bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
096	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	SPD AfSG	Pro Familia Projekt Teens plus Babys Das Projekt "Teens plus Babys" ist eine Gruppe für junge Schwangere und Mütter bis 21 Jahre. Die Gruppe findet einmal wöchentlich statt und ist eine wichtige Orientierungshilfe für die jungen Frauen und ihre Familien: Förderung einer positiven Mutter-Kind-Interaktion, Stärkung der Erziehungskompetenz, Vermitteln gesundheitlicher Informationen und praktische Unterstützung bei der Lebensplanung. Die Förderung umfasst anteilig die Personalkosten für 15 Std. (Dipl./BA Sozialpäd.). Im Ausschuss für Soziales und Gesundheit wurde der Antrag zeitlich angepasst und abgestimmt.	+ 10.000								einmalig angenommen 7 / 4 / 0	
					+ 10.000	+ 10.000	+ 10.000							
097	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN AfSG	Pro familia – (Projekt "Teens plus Babies") Die Zuschüsse für dieses sinnvolle und in dieser Form in Braunschweig einmalige Beratungsangebot wurden in den letzten Jahren jeweils nur einmalig bewilligt. In Zukunft sollten die Zuschüsse dauerhaft gezahlt und in die Dynamisierung aufgenommen werden.	+ 10.000	+ 10.000	+ 10.000	+ 10.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 4 / 4 / 3			
098	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BIBS AfSG	Pro Familia (Projekt "Teens plus Babies") Seit einigen Jahren bietet die pro familia Beratungsstelle das Angebot "Teens plus babies - eine Gruppe für junge Schwangere und Mütter bis 21 Jahre" an. Um dieses sehr erfolgreiche Angebot erhalten zu können und Planungssicherheit zu erhalten, soll das Projekt dauerhafte städtische Förderung erhalten.	+ 10.000	+ 10.000	+ 10.000	+ 10.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 4 / 4 / 3			
099	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BIBS AfSG	Verein für sexuelle Emanzipation e.V. (VSE) Der VSE ist die Interessenvertretung für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Trans, Intersexuelle und queere Menschen in Braunschweig und ist Dach für verschiedene Gruppen und Aktivitäten sowie Träger des queeren Zentrums "Onkel Emma". Nun erhöht sich der Bedarf für weitere Betätigungsfelder, in denen der Verein noch nicht ausreichend aktiv ist.	+ 5.700	+ 5.700	+ 5.700	+ 5.700		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 2 / 9 / 0			

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		Veränderungen in €		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie

	Diverse																
100	1.36.3630.15	Sonstige Hilfen	Piraten	Elternbriefe nur beim 1. Kind verschicken Wer schon ein Kind (und die Elternbrief dazu) hat, braucht die Informationen nicht erneut. Die Einsparung ergibt sich unter der Annahme, dass 500 Kinder nicht-erste Kinder sind, das Porto 30 Cent kostet und 12 Briefe verschickt werden.												dauerh.	diverse
			JHA	Der Antrag wurde zurückgezogen.													
101	1.36.3650.02.01	Kindergartenbetreuung städtisch	DIE LINKE.	Kostenfreie Bildung - Keine Kita-Entgelte! Die beiden Kindergartenjahre sollen auch zukünftig entgeltfrei sein.												dauerh.	diverse
			JHA	Über den Antrag erfolgte keine Abstimmung. Diese soll in einer Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses herbeigeführt werden.													
102	1.36.3650.02.01	Kindergartenbetreuung städtisch	Piraten	Kindergartenentgelte nicht einführen Wir Piraten halten kostenlose Bildung für eine gesamtgesellschaftliche Pflicht, daher haben wir die Befreiung von Kita-Gebühren im Jahre 2011 als langfristige Investition in Bildung sehr begrüßt. Dies jetzt rückgängig zu machen, ist kurzsichtige Politik auf Kosten der nächsten Generationen - und damit auch der langfristigen Entwicklung der Stadt.												dauerh.	diverse
			JHA	Über den Antrag erfolgte keine Abstimmung. Diese soll in einer Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses herbeigeführt werden.													
	18	Transferaufwendungen		105.714.300													
103	1.36.3660.02	Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit	Piraten	0,5-Stelle Medienkoordination AWO Kinder- und Jugendzentrum Schiene Medienbildung in Braunschweig gemäß Antrag Kinder- und Jugendzentrum Schiene. Die medienpädagogische Arbeit ist seit Jahren verbesserungsfähig. Es besteht die Möglichkeit durch AWO als freien Träger mit qualifiziertem Personal zu einer Verbesserung beizutragen.												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			JHA	abgelehnt 2 / 10 / 0													

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
					bisher	neu	2016		2017		2018		2019			
							Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
104	510-3200	Einr. freier Träger	SPD	Weiterer Ausbau von Familienzentren Der Ausbau einer flächendeckenden und bedarfsoorientierten Versorgung mit Familienzentren wird 2016 fortgesetzt. Zum Kindergartenjahr 2016/2017 werden zunächst vier Kindertagesstätten zu Familienzentren umgewandelt und in die Förderung entsprechend dem vom Rat beschlossenen Konzeptrahmen und den Kriterien für Familienzentren aufgenommen. Die erforderlichen Haushaltssmittel für zusätzliche Personal- und Sachkosten in Höhe von zurzeit 40.000 € jährlich pro Familienzentrum sind einzustellen. Seit Beginn des Kindergartenjahres 2012/2013 wird in den Stadtteilen mit Förderbedarf der Ausbau von Regelkindertagesstätten zu Familienzentren gefördert. Sie zeichnen sich durch ein umfassendes, deutlich über das Regelangebot von Kindertagesstätten hinausgehendes Angebotspektrum für alle Kinder und Eltern im Umfeld der Einrichtungen aus. Zurzeit erhalten zehn Familienzentren einen jährlichen Förderbetrag von rd. 400.000 € für Personal- und Sachkosten. Die Verwaltung hat in der Vorlage 15-00509 Kriterien für die Standorte weiterer Familienzentren genannt, die beim o. g. Ausbau berücksichtigt werden sollten.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			JHA	Die Anträge Nrn. 104 sowie 105 wurden zusammen abgestimmt.			+ 70.000		+ 160.000		+ 160.000		+ 160.000			angenommen 9 / 4 / 0
105	510-3200	Einr. freier Träger	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umwandlung von Kindertagesstätten zu Familienzentren zum Ausbau einer flächendeckenden und bedarfsoorientierten Versorgung fortzusetzen. Hierzu wird der Ausbau von stadtweit 15 weiteren Familienzentren entsprechend der Mitteilung Drucksache Nr. 15-00244 beschlossen. 2. Ab dem Kindergartenjahr 2016/2017 werden im zweijährigen Rhythmus jeweils bis zu vier Kindertagesstätten in die Förderung entsprechend des vom Rat der Stadt Braunschweig beschlossenen Konzeptrahmens und der Kriterien für Familienzentren aufgenommen. Zum Kindergartenjahr 2016/2017 soll mit vier Familienzentren begonnen werden. 3. Die erforderlichen Haushaltssmittel für zusätzliche Personal- und Sachkosten sind ab dem Jahr 2016 einzustellen. Sie betragen zurzeit je Familienzentrum 40.000 € p.a. und werden ab 2016 entsprechend der Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-Kind-Gruppen dynamisiert. In den Haushaltsplan 2016 sind für vier neue Familienzentren anteilige Haushaltssmittel von 70.000 € einzustellen. Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 2. Juli 2015 die Verwaltung gebeten, den weiteren Ausbau der Familienzentren gemäß der Mitteilung DS 15-00244 „Familienzentren in Braunschweig“ aktiv zu verfolgen und zusätzliche Mittel für die Fortsetzung des Ausbauprogramms in den Haushaltsentwurf 2016 aufzunehmen. Der hier vorgelegte Antrag unterstützt den Beschluss des Jugendhilfeausschusses auf der Basis der Analyse der Verwaltung. Aus unserer Sicht sollte dabei der Förderung des bereits bestehenden Familienzentrums Lamme eine hohe Priorität eingeräumt werden.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			JHA	Die Anträge Nrn. 104 sowie 105 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 104.			+ 70.000		+ 160.000		+ 160.000		+ 160.000			
SBR	510-3200	Einr. freier Träger	SBR 321	Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren Die Landeskirche hat erklärt den Betrieb bis zu einer möglichen Weiterführung durch die Stadt ab Beginn Betriebsjahr 2016/2017 im Sommer 2016 den Bestand des Familienzentrums Lamme sicherzustellen. Die Verwaltung wird gebeten, die erforderlichen Haushaltssmittel zum Fortbestand des Familienzentrums in Lamme in den Haushalt 2016 einzustellen.			+ 16.700		+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			JHA				+ 16.700		+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000			ohne Beschlussempfehlung passieren lassen

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		Veränderungen in €		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		9.002.000													
106	1.36.3630.16.03	Baby-Begrüßungsdienst	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Baby-Begrüßungsdienst Den von der Verwaltung vorgeschlagenen Einsparungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wird nicht gefolgt. Stattdessen soll der Baby-Begrüßungsdienst, der einen wichtigen Baustein im Rahmen der Frühen Hilfen darstellt, im bisherigen Umfang fortgeführt werden.				+ 51.000		+ 51.000		+ 51.000		+ 51.000		dauerh.	443175 sonstige Geschäftsaufwendungen
			JHA	Der Antrag wird an dieser Stelle als erledigt angesehen - s. Liste der Ansatzveränderungen der Verwaltung lfd. Nr. 126													
107	1.36.3630.16.03	Baby-Begrüßungsdienst	Piraten	Keine Reduzierung beim Baby-Begrüßungsdienst um 50% Ansatzveränderungen Ergebnishaushalt S. 19 Nr. 126 nicht kürzen. Der auf der Grundlage von § 2 KKG sowie § 16 Abs. 3 SGB VIII im Sinne von Prävention und Information/ Rat und Tat für Eltern rund ums Kind für ab 1. Januar 2013 geborene Kinder eingeführte Baby-Besuchsdienst/ Familienbesuch ist nach wie vor ein Erfolgsmödell (aus DS 14405/15). Ein erfolgreiches und so niedrigschwelliges Präventionsangebot um 50% zu kürzen ist kurzsichtig.				+ 51.000		+ 51.000		+ 51.000		+ 51.000		dauerh.	443175 sonstige Geschäftsaufwendungen
			JHA	Der Antrag wird an dieser Stelle als erledigt angesehen - s. Liste der Ansatzveränderungen der Verwaltung lfd. Nr. 126													

Teilhaushalt Ref. 0630 - Bauordnung

	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		1.755.000														
157 neu	1.52.5210.04	Baugenehmigungsverfahren	BIBS	Die Stadt Braunschweig übernimmt die Kosten für eine Akteneinsicht der Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS) in Höhe von 413,70 Euro. Die BISS hatte eine Akteneinsicht in die Bauunterlagen der Firmen am Gieselweg und Harxbütteler Straße in Braunschweig beantragt. Damit sollte - letztlich auch im Sinne der Stadt Braunschweig - mehr Transparenz geschaffen werden. Leider erhielt die BISS trotz ihrer Bitte, die Kosten im Vorfeld genannt zu bekommen, nur umfangreich geschwärzte Unterlagen und eine Rechnung in Höhe von 413,70 €. Daher bittet die BISS die Stadt um die Kostenerstattung, da sie zur Einhaltung der Zahlungsfristen den Betrag bereits an die Stadtverwaltung überwiesen haben. Die BISS merkt in diesem Zusammenhang auch an, dass sie der Stadt BS ihre Informationen immer kostenfrei zur Verfügung gestellt hat, insbesondere das Rechtsgutachten (Kostenpunkt 6006 Euro), das die Stadt in die Lage versetzte, die Ansiedlung von mit radioaktiven Materialien umgehenden Firmen auf dem Gelände zukünftig auszuschließen.				- 414									dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren Anmerkung der Verwaltung: Es handelt sich um eine Absetzung vom Ertrag nach § 27 GemHKVO. abgelehnt 2 / 6 / 2

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		Veränderungen in €		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

	Diverse															
108	1.51.5119.02	Öffentlichkeitsarbeit	Piraten	Öffentlichkeitsarbeit Öffentlichkeitsarbeit soll beim Ansatz von 2015 bleiben (der auch schon ganz schön hoch war).				- 150.000		- 150.000		- 150.000		- 150.000	dauerh.	Diverse Sachkonten Anmerkung der Verwaltung: In dem genannten Betrag sind auch Personalkosten enthalten. Eine Annahme des Antrags hätte somit Auswirkungen auf den Stellenplan. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
		PIUA						<u>- 150.000</u>		<u>- 150.000</u>		<u>- 150.000</u>		<u>- 150.000</u>		

	6	Privatrechtliche Entgelte		10.000												
109	1.51.5112.04	Geodatenservice	Piraten	Geodatenservice In den vergangenen Jahren war das Ergebnis immer wesentlich besser als der Ansatz.				+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000	dauerh.	342110 Erträge aus Verkauf angenommen 5 / 3 / 0
		PIUA						<u>+ 10.000</u>		<u>+ 10.000</u>		<u>+ 10.000</u>		<u>+ 10.000</u>		

Teilhaushalt FB 66 - Tiefbau und Verkehr

	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		17.208.200												
SBR	1.12.1223.02	Überwachung des fließenden Verkehrs	SBR 112	Geschwindigkeitsmesstafeln Der Stadtbezirksrat 112 stellt den Antrag, die Kosten für die Anschaffung und den Betrieb von zwei mobilen Geschwindigkeitsmesstafeln in Höhe von ca. 5.200 € für die Ortsdurchfahrt im Stadtbezirk im Haushalt einzustellen. Die Möglichkeit der Anrechnung von Fremdmitteln (z. B. Sponsoring) ist zu prüfen.				+ 2.000		+ 2.000		+ 2.000		+ 2.000	dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Personal zum Betrieb steht nicht zur Verfügung. Der Antrag enthält keinen Betrag. Nach einer ersten groben Schätzung betragen die Aufwendungen ca. 2.000 € pro Jahr. Hier sind nur die anteiligen Mittel für den Betrieb berücksichtigt, bez. der Anschaffung s.a. Liste "Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzaushalt (inkl. IP 2015-2019)" abgelehnt 1 / 9 / 0
		BA														

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
					2016		2017		2018		2019					
bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
SBR	1.12.1223.02	Überwachung des fließenden Verkehrs	SBR 321	Mobiles Geschwindigkeitsmessdisplay Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Haushaltsmittel, die zur Beschaffung und zum Betrieb eines mobilen Geschwindigkeitsmessdisplays vornehmlich im Stadtbezirk 321 notwendig sind, in den Haushalt 2016 einzustellen.				+ 1.000		+ 1.000		+ 1.000		+ 1.000	dauerh. diverse	Anmerkung der Verwaltung: Personal zum Betrieb steht nicht zur Verfügung. Der Antrag enthält keinen Betrag. Nach einer ersten groben Schätzung betragen die Aufwendungen ca. 1.000 € pro Jahr. Hier sind nur die anteiligen Mittel für den Betrieb berücksichtigt, bez. der Anschaffung s.a. Liste "Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzaushalt (inkl. IP 2015-2019)" abgelehnt 1 / 9 / 0
110	1.51.5115.01	Verkehrsplanung	BIBS	Verkehrszählung im Bezirk Schunteraue Die Stadt führt eine Verkehrszählung im Abschnitt Kreuzung Forststraße/Steinriedendamm - Kreuzung Brucknerstraße/Rebenring durch. Die Ergebnisse werden den politischen Gremien zeitnah vorgestellt. Dieser Abschnitt soll zur Kreisstraße aufgestuft werden, um nach Ansicht der Verwaltung seine "heutige Bedeutung für den Verkehr zu würdigen". Die heutige Bedeutung für den Verkehr ist aber erst durch die Kappung der Grasseler Straße und den Ausbau der Bienroder Spange zustande gekommen. Mit der Aufstufung zur Kreisstraße würden diese Vorgänge manifestiert. Eine aktuelle Verkehrszählung für verschiedene Bereiche des in Rede stehenden Abschnitts liegt jedoch nicht vor. Der Bezirksrat 332 Schunteraue hat am 14.01.2016 die Aufstufung des Abschnitts zur Kreisstraße (Vorlage 15-01332) abgelehnt.				+ 1.000						einmalig	427115 Planungskosten Anmerkung der Verwaltung: Im Antrag war kein Betrag angegeben. Nach einer ersten groben Schätzung wird ein Betrag von ca. 1.000 € benötigt. Für den Verkehr im Umfeld des Flughafen steht noch ein abschließendes planungsrechtliches Verfahren aus. In diesem Zusammenhang hat die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH Verkehrsdaten ermitteln lassen, die der Stadt im Zuge des Verfahrens noch vorgelegt werden. Die vorgesehene Einstufung des genannten Straßenzuges wäre auch für die Verkehrssituation vor dem Flughafenausbau schon richtig gewesen. abgelehnt 1 / 9 / 0	
111	1.51.5115.01	Verkehrsplanung	BIBS	Machbarkeitsstudie "Tunnel am Flughafen BS-WOB" Die Verwaltung gibt eine Machbarkeitsstudie für eine nachhaltige verkehrliche Lösung im Norden der Stadt unter besonderer Prüfung einer Untertunnelung der Start- und Landebahn des Flughafens als Ersatz für die rechtswidrige Sperrung der Grasseler Straße in Auftrag. Die Studie soll die Realisierbarkeit mit Kostenabschätzung auch unter möglicher Beteiligung von Volkswagen enthalten. Die erforderlichen Mittel zur Durchführung der Studie werden in den Haushalt eingestellt. Die Ergebnisse sind den politischen Gremien anschließend zeitnah zu präsentieren.				+ 1.000						einmalig	443140 Prüfungs- und Beratungskosten Anmerkung der Verwaltung: Eine Machbarkeitsstudie für einen Tunnel durch die Stadt ist nicht erforderlich, da diese Frage im Zuge des Fehlerbehebungsverfahrens für die Flughafen-Umfahrung durch die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH abgehandelt wird. abgelehnt 1 / 9 / 0	
112	1.54.5400.11	Beseitigung illegaler Graffiti	Piraten	Graffitibeseitigung -50% Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.				- 45.000		- 45.000		- 45.000		- 45.000	dauerh. 445610 Erstattung an sonstige öffentliche Sonderrechnungen Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 1 abgelehnt 3 / 7 / 0	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		Veränderungen in €		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport

	Diverse																
113	1.55.5530.08	Pflege/Unterhaltung der Infrastruktur	Piraten	"Pflege der (Friedhofs-)Infrastruktur" Kostensteigerung nur um 2% Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.	GA			- 40.000		- 40.000		- 40.000		- 40.000		dauerh.	Diverse Sachkonten Anmerkung der Verwaltung: In dem genannten Betrag sind auch Personalkosten enthalten. Eine Annahme des Antrags hätte somit Auswirkungen auf den Stellenplan. abgelehnt 0 / 10 / 0
114	1.55.5510.09	Revierreinigung	Piraten	"Revierreinigung" bleibt auf dem Ergebnis 2014 Ggf. auf Kosten der Sauberkeit des Straßenbegleitgrüns. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.	GA			- 80.000		- 80.000		- 80.000		- 80.000		dauerh.	Diverse Sachkonten Anmerkung der Verwaltung: In dem genannten Betrag sind auch Personalkosten enthalten. Eine Annahme des Antrags hätte somit Auswirkungen auf den Stellenplan. abgelehnt 0 / 10 / 0
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		1.733.200													
115	1.42.4241.03	Sportstättenvergabe	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Gebühren für die Nutzung von Sportstätten Die Gebührensätze für die Nutzung von städtischen Sporthallen und Sportanlagen bleiben unverändert. Die Verwaltung hat vorgeschlagen, die Gebühren für die Nutzung von Sporthallen und Sportanlagen zum Zweck des Haushaltausgleichs anzuheben. Diese Maßnahme würde zwar für den städtischen Haushalt nur eine verschwindend kleine Verbesserung (68.000€) bringen, würde jedoch die Sportvereine, die die Hallen nutzen, in durchaus nennenswerter Höhe belasten. Dies wäre gerade angesichts der ungemein hohen Wertes der Integrationswirkung des Sports und der ehrenamtlichen Trainings- und Betreuungstätigkeiten der Sportvereine ein kontraproduktiver Schritt. Vielmehr sollte darüber nachgedacht werden, wie die ehrenamtliche Tätigkeit in den Sportvereinen besser unterstützt und tatsächlich gewürdigt werden kann.	SpA			- 50.700		- 67.600		- 67.600		- 67.600		dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte abgelehnt 2 / 8 / 0
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		4.379.600													
116	1.42.4210.02	Repräsentation	Piraten	"Repräsentationen" (im Sportbereich) Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.	SpA			- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		dauerh.	427140 Veranstaltungen

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		Veränderungen in €		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	18	Transferaufwendungen		1.970.200													
117	1.42.4210.01	Sportförderung	DIE LINKE. SpA	Anhebung Zuschüsse lizenzierte Übungsleiterinnen und Übungsleiter Die Stadt Braunschweig könnte Vereine für die Beschäftigung von lizenzierten Übungsleiterinnen und Übungsleitern mit bis zu 30% der realen Kosten bezuschussen. Eine Bezuschussung in dieser Höhe erfolgt derzeit nicht. Deshalb sollen diese Mittel in den Haushalt eingestellt werden.		+ 180.000		+ 180.000		+ 180.000		+ 180.000		+ 180.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 1 / 7 / 1

Teilhaushalt Stst. 0800 - Wirtschaftsdezernat

	18	Transferaufwendungen		461.000													
118	1.57.5711.01	Steuerungsunterstützung Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing	DIE LINKE. WA	Transferaufwendungen 0800 an Ergebnis 2014 anpassen Auch weil in einzelnen Bereichen die zur Verfügung gestellten Zuschüsse gar nicht benötigt wurden, sollen die Transferaufwendungen des Wirtschaftsdezernates auf den Rechnungsbetrag 2014 abgesenkt werden. Dass der Betrag mehr als verdoppelt werden soll, passt auch nicht ansatzweise zur derzeitigen Situation.		- 290.000		- 290.000		- 290.000		- 290.000		- 290.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 1 abgelehnt 0 / 9 / 1
119	1.57.5711.01	Steuerungsunterstützung Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing	Piraten WA	Existenzgründerfond auf 50% reduzieren In 2015 wurde mindestens eine Gründung gefördert, die sachlich wenig zu rechtfertigen war. Eine stärkere Fokussierung auf Projekte, die tatsächlich Förderung benötigen (und nicht nur gebrauchen können) ist möglich. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.		- 50.000		- 50.000		- 50.000		- 50.000		- 50.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe separate Stellungnahme am Ende der Anlage 1 abgelehnt 1 / 8 / 1

Gesamtstädtisch

	Diverse																
120	Diverse		Piraten AfKW	Reduktion "Repräsentationsaufwendungen" Kto. 427130 Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.		- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		dauerh.	427130 Repräsentationsaufwendungen abgelehnt 0 / 9 / 1

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		Veränderungen in €		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
121	Diverse		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Weiterführung der Dynamisierung im Sozial-, Kultur-, und Jugendhilfebereich Anders als von der Verwaltung vorgeschlagen (Ansatzveränderungen 86, 108 und 123 in der Anlage 1 zum Ergebnishaushalt), wird die Dynamisierung der Zuschüsse für die Fachbereiche 41 – Kultur, 50 – Soziales und Gesundheit und 51 – Kinder, Jugend und Familie nicht ausgesetzt sondern wie vom Rat beschlossen auch in den Folgejahren weitergeführt. Die dafür notwendig Mittel in Höhe von ca. 160.000 € im Jahr 2016 werden weiterhin in den Haushaltsplan eingestellt. Die Haushaltsansätze für die Folgejahre werden entsprechend angepasst. Die freien Träger, die mit diesen städtischen Zuschüssen unterstützt werden, leisten in der Stadt Braunschweig in den unterschiedlichen Bereichen wichtige Arbeit. Das Personal, das bei diesen Trägern beschäftigt ist, hat das gleiche Recht auf Tariferhöhungen wie alle anderen Arbeitnehmer auch. Einige Träger erfüllen sogar städtische Pflichtaufgaben, die im direkten Auftrag der Stadt Braunschweig übernommen wurden. Angesichts der großen Bedeutung der Arbeit, die in diesem Bereich geleistet wird, auf der einen und der im Vergleich relativ geringen Einsparpotenziale auf der anderen Seite ist eine Weiterführung der Dynamisierung zwingend geboten.														dauerh. 431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfKW			+ 158.700			+ 341.700			+ 433.200			+ 433.200			abgelehnt 3 / 7 / 0
			JHA	Die Anträge Nrn. 121 sowie 122 wurden zusammen abgestimmt.														abgelehnt 5 / 7 / 0
			AfSG															abgelehnt 4 / 5 / 0
122	Diverse		BIBS	Keine Kürzungen bei den sozialen und kulturellen Verbänden und Einrichtungen Die so genannte "Dynamisierung" im Bereich der Kontinuitätsförderung wird nicht ausgesetzt, sondern wie vom Rat für den Haushalt 2015 beschlossen weiter fortgesetzt. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt 2016 eingestellt.														dauerh. 431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfKW			+ 158.700			+ 341.700			+ 433.200			+ 433.200			abgelehnt 3 / 7 / 0
			JHA	Die Anträge Nrn. 121 sowie 122 wurden zusammen abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 121.														abgelehnt 4 / 5 / 0
	Diverse		SPD	Dynamisierung im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich Die Dynamisierung im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich wird für den Haushalt 2016 ausgesetzt. Für die folgenden Haushaltjahre 2017 und 2018 wird unter der Berücksichtigung der neuen Haushaltssituation die Dynamisierung neu bewertet.														dauerh. 431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG			0			+ 341.700			+ 433.200			+ 433.200			Anmerkung der Verwaltung: Der Änderungsantrag wurde mündlich im Ausschuss für Soziales und Gesundheit gestellt.
						0		+ 341.700			+ 433.200			+ 433.200			angenommen 5 / 4 / 2	

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		Veränderungen in €		2017		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Nachrichtlich: Anträge zum Stellenplan

(Die Behandlung dieser Anträge erfolgt im Rahmen der Vorlage "Haushalt 2016 - Stellenplan!")

	diverse																
--	---------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Teilhaushalt FB 01 - Zentrale Steuerung

138	1.11.1116.02	Allgemeine Steuerungsunterstützung	Piraten	Weniger Personal in 1.11.1116.02 Der Personaleinsatz erscheint gegenüber der Produktbeschreibung unverhältnismäßig hoch.				- 60.000		- 60.000		- 60.000		- 60.000		dauerh.	
139	1.11.1116.09	Reden / Grußworte	Piraten	Eine Stelle weniger Personalaufwand für Redeentwürfe in 1.11.1116.09 Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.				- 60.000		- 60.000		- 60.000		- 60.000		dauerh.	
140	1.11.1125.01	Führen von Rechtsstreitigkeiten	Piraten	Externe Anwälte (Kostenerstattungen durch Gegenseite) statt Personal Kosten für externe Anwälte werden bei positivem Ausgang der Rechtsstreitigkeiten von der Gegenseite erstattet. Dieses geschieht bei Personalkosten nicht.				- 80.000		- 80.000		- 80.000		- 80.000		dauerh.	
141	1.11.1125.04	Sonstige Leistungen	Piraten	"Verwaltungsbücherei" im FB 01 auflösen Die meisten Informationen gibt es nötigenfalls auch digital. Soweit die Aufbewahrung von Büchern unabdingbar ist, kann notfalls die Stadtbücherei (mit viel Erfahrung + Infrastruktur) diese Aufgabe mit erledigen.				- 60.000		- 60.000		- 60.000		- 60.000		dauerh.	
142	1.11.1130.01	Medienarbeit	Piraten	Stellenplan S. 2 Fachbereich 01 – Keine Stelle im Bereich Pressestelle zum Aufbau einer Betreuungsstruktur in den digitalen Medien (z.B. FB, Twitter) Es wird keine Stelle im Bereich Pressestelle zum Aufbau einer Betreuungsstruktur in den digitalen Medien (z.B. FB, Twitter) bei der Stadt Braunschweig eingerichtet. Braunschweig Stadtmarketing hat bereits eine Betreuungsstruktur in den digitalen Medien und ist aktiv bei FB und Twitter. Hier sollen Synergien genutzt und nicht zusätzliche Stellen geschaffen werden.				- 113.000		- 113.000		- 113.000		- 113.000		dauerh.	Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthält keinen Betrag. Nach einer ersten groben Schätzung durch die Verwaltung würden die Personalkosten rd. 113.000€ / jährlich betragen.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €								Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
					bisher	neu	2016		2017		2018		2019		
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	

Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste

143	1.11.1145.04	Bürgerangelegenheiten	Piraten	Bürgerservice in den Bezirksgeschäftsstellen Die Ersparnis kann durch eine Kürzung der Öffnungszeichen des Bürgerservices in den Bezirksgeschäftsstellen um 50% erzielt werden. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.			- 150.000		- 150.000		- 150.000		- 150.000	dauerh.	
-----	--------------	-----------------------	---------	--	--	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	---------	--

Teilhaushalt FB 20 - Finanzen

144	1.11.1160.12	Beteiligungsmanagement	Piraten	Reduktion des Beteiligungsmanagements Insgesamt werden 6 Stellen damit beschäftigt die Beteiligungen zu steuern, die alle ohnehin eigene Geschäftsführer haben. Das erscheint unverhältnismäßig.			- 33.000		- 33.000		- 33.000		- 33.000	dauerh.	
-----	--------------	------------------------	---------	--	--	--	----------	--	----------	--	----------	--	----------	---------	--

Teilhaushalt FB 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

145	1.12.1221.14	Zentraler Ordnungsdienst	Piraten	Zentraler Ordnungsdienst (-10%) Dieser Antrag beinhaltet eine Einsparungen um 10%. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.			- 80.000		- 80.000		- 80.000		- 80.000	dauerh.	
-----	--------------	--------------------------	---------	---	--	--	----------	--	----------	--	----------	--	----------	---------	--

146	1.12.1221.23	Sonstige Ordnungswidrigkeiten	Piraten	Personalkosten bei 1.12.1221.23 "Sonstige Ordnungswidrigkeiten" Kürzen kann man hier vor allem aus dem Bereich Owi-Verfahren Saubere Stadt (-25%). Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.			- 150.000		- 150.000		- 150.000		- 150.000	dauerh.	
-----	--------------	----------------------------------	---------	---	--	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	---------	--

147	1.12.1221.32	Register- und Sonderaufgaben	Piraten	Personalkosten bei 1.12.1221.32 "Register- und Sonderaufgaben" Der Umfang des Tätigkeitsfeldes, der hauptsächlich daraus besteht, Auszüge aus dem KfZ-Register an die Polizei weiterzuleiten, sowie Hilfsleistungen für den Verfassungsschutz zu geben, erklärt den Personalbedarf nicht. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.			- 150.000		- 150.000		- 150.000		- 150.000	dauerh.	
-----	--------------	---------------------------------	---------	--	--	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	---------	--

148	1.12.1221.61	Beurkundung von Geburten u. Sterbefällen	Piraten	1 Stelle weniger bei 1.12.1221.61 Bei einer Erwartung von 13.000 Vorgängen pro Jahr erscheint die Existenz von bisher 9 Stellen überproportioniert, das wären pro Stelle 7,4 Vorgänge am Tag. Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.			- 30.000		- 30.000		- 30.000		- 30.000	dauerh.	
-----	--------------	---	---------	--	--	--	----------	--	----------	--	----------	--	----------	---------	--

149	1.12.1221.64	Besondere Beurkundungen	Piraten	1 Stelle weniger bei 1.12.1221.64 Folgende Annahmen: 250.000 Braunschweiger, davon 60% Religiöse, die Hälfte tritt ein Mal im Leben (75 Jahre) aus, 200 Arbeitstage; Macht 5 Fälle pro Tag. Das geht auch mit einer Stelle. Nötigenfalls scheinen auch in anderen Bereichen des Standesamtes Personalreserven zu existieren, so ist z.B. die Personalausstattung des Produktes 1.12.1221.65 unplausibel hoch.			- 50.000		- 50.000		- 50.000		- 50.000	dauerh.	
-----	--------------	-------------------------	---------	---	--	--	----------	--	----------	--	----------	--	----------	---------	--

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	Veränderungen in €								Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
					bisher	neu	2016		2017		2018		2019	
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Dauer	

Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit

150	1.31.3154.10	Unterbringung	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN AfSG	Schaffung einer zentralen Stelle für Wohnraumhilfe Gemäß eines Vorschages, den das Bündnis für Wohnen in seinem Abschlussbericht unterbreitet hat, soll in Braunschweig eine zentrale Stelle für Wohnraumhilfe eingerichtet werden, in der alle Aufgaben der Wohnungsermittlung gebündelt werden, mit denen gerade Menschen mit einem erschweren Zugang zum Wohnungsmarkt aktiv unterstützt werden können (z.B. das sog. Probewohnen). Hierfür ist zum einen eine Personalstelle erforderlich, deren Aufgabe im Wesentlichen in der Akquise geeigneter Wohnungen liegt. Zum anderen ist diese Stelle mit entsprechenden Sachmitteln auszustatten, um Vermieterzuschüsse zahlen zu können und Marketingmaßnahmen durchführen zu können. Insgesamt sind hierfür pro Jahr 200.000 € in den Haushaltsplan einzustellen. Da diese Stelle aller Voraussicht nach frühestens gegen Ende des ersten Halbjahres 2016 besetzt werden kann, reduzieren sich die notwendigen Mittel für das Jahr 2016 auf einen Betrag von 100.000 €. Nach wie vor bekommen besonders Menschen mit einem erschweren Zugang zum Wohnungsmarkt die angespannte Situation auf dem Braunschweiger Wohnungsmarkt besonders deutlich zu spüren. Das Bündnis für Wohnen hat dies erkannt und in seinem Abschlussbericht mit der Forderung nach einer zentralen Stelle für Wohnraumhilfe eine Möglichkeit aufgezeigt, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann.	+ 100.000	+ 200.000	+ 200.000	+ 200.000	+ 200.000	+ 200.000	+ 200.000	+ 200.000	dauerh.	Anmerkung der Verwaltung: Eine Aufteilung der im Antrag genannten Sach- bzw. Personalkosten erfolgt im Laufe der Haushaltsberatungen. angenommen 7 / 4 / 0
-----	--------------	---------------	---------------------------------------	---	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	---------	---

Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild- und Denkmalpflege

151	1.52.5231.07	Sonderaufgaben	Piraten PIUA	Peter Joseph Krahe Preis Die Produktbeschreibung erklärt den vorgeschlagenen Personalbedarf nicht.	- 20.000	- 20.000	- 20.000	- 20.000	- 20.000	- 20.000	- 20.000	- 20.000	dauerh.	 abgelehnt 1 / 9 / 1
-----	--------------	----------------	---------------------	--	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	---------	------------------------------------

Teilhaushalt Ref. 0630 - Bauordnung

152	1.52.5210.08	Grundstücksgenehmigungserfahren	Piraten PIUA	Grundstücksgenehmigungsverfahren Eine Überprüfung, ob auf einem Grundstück ein städtisches Vorkaufsrecht besteht, kann so lange nicht dauern. Der Personalaufwand von 3 Stellen erscheint unzulässig.	- 40.000	- 40.000	- 40.000	- 40.000	- 40.000	- 40.000	- 40.000	- 40.000	dauerh.	 abgelehnt 1 / 9 / 0
-----	--------------	---------------------------------	---------------------	---	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	---------	------------------------------------

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2016		2017		2018		2019		Dauer
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

154	1.51.5112.03	Straßennamen und Hausnummern	Piraten	Weniger Stellen für Verwaltung der Hausnummern In BS werden höchstens 1000 Häuser pro Jahr gebaut, das heißt, es werden 5(!) neue Zahlen pro Arbeitstag vergeben. Auch die Vergabe der Straßennamen ist nicht besonders aufwendig. Ein Personalbedarf von mehr als 1 Stelle erscheint unplausibel.		dauerh.			
			PIUA		- 60.000	- 60.000	- 60.000	- 60.000	abgelehnt 0 / 8 / 3

160 neu	156.5610.06	Artenschutz	BIBS	Personelle Aufstockung FB 61 Für den Fachbereich 61 Stadtplanung und Umweltschutz wird eine zusätzliche Stelle eines Biologen mit vertiefter zoologischer und/oder botanischer Artenkenntnis geschaffen. Aufgrund vieler Bauvorhaben wurde die Bauverwaltung in der letzten Zeit personell erheblich aufgestockt. Der durch intensive Bautätigkeit ebenso geforderte Bereich Umwelt- und Naturschutz wurde jedoch nicht personell verstärkt. Das Umweltamt muss weiterhin mit einem halben Biologen auskommen. Es fehlen Fachleute z.B. für die naturschutzfachliche Beurteilung von Eingriffen im Rahmen baulicher Maßnahmen. Die erforderlichen naturschutzfachlichen Erhebungen beschränken sich oft auf das allernotigste und werden oft nicht im fachlich sinnvollen Umfang sowie vielfach nicht in der richtigen Jahreszeit durchgeführt. Dieser Qualitätsverzicht wird mit Zeit- und Personalmangel begründet. Der Landschaftsrahmenplan für Braunschweig stammt von 1999 und ist damit völlig überholt. Des Weiteren ist die Stadt Braunschweig mittlerweile Vollmitglied im "Bündnis Kommunen für Biologische Vielfalt" das ebenfalls im Hinblick auf die praktische Umsetzung mit Inhalten gefüllt werden muss. Es wird daher für erforderlich gehalten das Umweltamt zunächst mit einem/ einer Biologe/ in mit vertiefter zoologischer und/ oder botanischer Artenkenntnis zu verstärken. Längerfristig ist eine ausgewogene Balance (konstantes Verhältnis) zwischen Personalbestand der Bauverwaltung und der Umwelt- und Naturschutzverwaltung herzustellen. In diesem Zusammenhang soll auch darauf hingewiesen werden, dass benachbarte Kommunen bzgl. naturschutzfachlich versierter BiologInnen wesentlich besser ausgestattet sind (z.B. im Kreis Helmstedt mindestens zwei Dipl. BiologInnen).								
			PIUA	+ 41.000	+ 83.000	+ 83.000	+ 83.000	+ 41.000	+ 83.000	+ 83.000	+ 83.000	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen

Sonderrechnung FB 65 - Hochbau und Gebäudemanagement

126-2	diverse	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Schnellere Schulsanierung 2. Zur Sicherstellung des termingerechten Beginns der für 2017 und 2018 im Investitionsprogramm vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen werden in der Bauverwaltung zwei zusätzliche Stellen für Hochbauingenieure eingerichtet. (für die übrigen Antragspunkte siehe Liste des Investitionsmanagements)	dauerh.
		SchA))
		BA))

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019		Dauer		
Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	

Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft

1	Steuern und ähnliche Abgaben			366.512.000	327.712.000	- 38.800.000	0	- 35.900.000	0	- 25.900.000	0	- 27.200.000	0		
1	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen		Haushaltskonsolidierung Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B auf 500 v. H.										dauerh.	301210 Grundsteuer B
2	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen		Anpassung der Gewerbesteuererträge an aktuelle Einschätzungen unter Berücksichtigung der November-Steuerschätzung (es handelt sich um kumulierte Effekte erwarteter Voraus- und Nachzahlungen verschiedener Gewerbesteuerzahler)										dauerh.	301310 Gewerbesteuer
3	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen		Anpassung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer an aktuelle Einschätzungen unter Berücksichtigung der November-Steuerschätzung										dauerh.	302110 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
4	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen		Anpassung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer an aktuelle Einschätzungen unter Berücksichtigung der November-Steuerschätzung										dauerh.	302210 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer
2	Zuwendungen und allgemein Umlagen			110.511.000	129.952.000	19.441.000	0	15.500.000	0	12.500.000	0	6.000.000	0		
5	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen		Veränderungen bei den Schlüsselzuweisungen vom Land (FAG) aufgrund neuer Berechnungsgrundlagen (im Wesentlichen aufgrund vorläufiger Werte des Landesamtes für Statistik für 2016 sowie verändelter Steuerkraftentwicklung)										dauerh.	311110 Schlüsselzuweisungen vom Land
6	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen		Veränderungen bei der allgemeinen Zuweisung vom Land für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises aufgrund vorläufiger Werte des Landesamtes für Statistik für 2016										dauerh.	313110 Allgemeine Zuweisungen vom Land
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge			3.230.000	7.230.000	4.000.000	0	3.700.000	0	0	0	0	0		
7	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen		Mehrerträge bei der Verzinsung von Gewerbesteuernachzahlungen										dauerh.	369110 Verzinsung Gewerbesteuernachforderungen nach § 233 AO

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen		
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		- 1.141.800	- 1.190.500	0	- 48.700		0	- 48.700		0	- 48.700		0	- 48.700		
8	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft															dauerh.	423130 Leibrenten
	17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		4.799.400	7.016.800	0	2.217.400		0	418.400		0	396.500		0	374.700		
9	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft																459210 Verzinsung von Steuererstattungen
10	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft																451710 Zinsaufwand an Kreditinstitute
	18	Transferaufwendungen		29.000.000	22.100.000	0	- 6.900.000		0	- 6.440.000		0	- 4.840.000		0	- 4.990.000		
11	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen															dauerh.	434110 Gewerbesteuerumlage

Teilhaushalt Politische Gremien

	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		1.768.800	1.758.800	0	- 10.000		0	- 136.856		0	- 138.125		0	- 139.406		
12	1.11.1110.01	Politische Gremien															dauerh.	442110 Aufwand für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten
13	Diverse																dauerh.	449130 Aufwendungen Bürgerhaushalt

Teilhaushalt Verwaltungsführung

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		87.200	84.700	0	-	2.500		0	-	2.500		0	-	2.500	
14	1.11.1115.01	Verwaltungsführung							Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets							dauerh.	427130 Repräsentationsaufwendungen

Teilhaushalt Personalvertretung

	Diverse					0	-	500	0	-	500	0	-	500	0	-	500		
15	Diverse				Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Einsparung erfolgt prozentual bei sämtlichen Ansätzen des Teilhaushaltes										dauerh.	div. Sachkonten			

Teilhaushalt Ref. 0120 - Stadtentwicklung und Statistik

Teilhaushalt Ref. 0140 - Rechnungsprüfungsamt

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		17.300	17.100	0 - 200	0 - 200	0 - 200	0 - 200		
17	014-0000	Rechnungsprüfungsamt		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets						dauerh.	424100 Reinigung
18	014-0000	Rechnungsprüfungsamt		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets						dauerh.	427145 EDV-Kosten

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Dauer	Art des Ertrages/Aufwands

Teilhaushalt Ref. 0150 - Gleichstellungsreferat

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		7.700	7.600	0	-	100	0	-	100	0	-	100	0	-	100	
19	1.11.1135.01	Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit															dauerh.	427180 Veröffentlichungen

Teilhaushalt FB 01 - Zentrale Steuerung

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		243.700	233.300	0	-	10.400	0	-	10.400	0	-	10.400	0	-	10.400	
20	1.11.1130.02	Öffentlichkeitsarbeit															dauerh.	427180 Veröffentlichungen
21	030-1000	Rechtswesen															dauerh.	427145 EDV-Kosten
22	1.11.1116.10	Städtepartnerschaften															dauerh.	427140 Veranstaltungen
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		852.700	843.100	0	-	9.600	0	-	9.600	0	-	9.600	0	-	9.600	
23	1.11.1116.07	Kontakte zu kommunalen Spitzenverbänden															dauerh.	442930 Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen
24	1.11.1125.01	Führen von Rechtsstreitigkeiten															dauerh.	443142 Gerichts- und Anwaltskosten

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				

Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste

	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		41.000	-	86.000	3.000	-	130.000	4.000	-	130.000	4.000	-	130.000	4.000	-	130.000
25	1.57.5732.01	Dorfgemeinschaftshäuser		Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Erhöhung der Entgelte für die Überlassung der Dorfgemeinschaftshäuser ab April 2016										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte			
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		3.634.100	3.664.100	0	30.000	0	30.000	0	30.000	0	30.000	0	30.000			
26	100-0000	Fachbereichsleitung		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung des dezentralen Ansatzes des FB 10										dauerh.	426120 Aufw. für Aus-und Fortbildung, Umschulung			
27	100-2118	Fachbereichsleitung		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung des zentralen Ansatzes des FB 10										dauerh.	426120 Aufw. für Aus-und Fortbildung, Umschulung			
28	1.11.1155.02	luK-Leistungen		Mehrbedarf für Farbkopien (Druckkonzept) Die Deckung erfolgt aus über den ursprünglich geforderten Konsolidierungsbeitrag hinausgehenden Einsparungen										dauerh.	423120 Inventarmieten			

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		3.737.100	3.577.100	0	- 160.000	0	- 160.000	0	- 160.000	0	- 160.000	0	- 160.000		
29	1.11.1150.03	Personalbetreuung, Geldleistungen und Ausbildung		Haushaltkskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Minderbedarf bei Maßnahmen der Arbeitssicherheit												dauerh.	441110 Sonstige Personalaufwendungen
30	1.11.1153.01	Personalwirtschaft-/entwicklung, Organisation		Haushaltkskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung des Ansatzes für Stellenausschreibungen												dauerh.	441110 Sonstige Personalaufwendungen
31	1.11.1155.02	IuK-Leistungen		Haushaltkskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Minderbedarf nach Festnetzausschreibung												dauerh.	443120 Fernsprech-, Internetaufwendungen
32	1.11.1145.01	Allgemeine Service-/Steuerungsunterstützung		Haushaltkskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung des Ansatzes für Porto												dauerh.	443135 Bankgebühren, Porto
33	100-0000	Fachbereichsleitung		Haushaltkskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung bei den Ansätzen für Dienstreisen aufgrund der Kürzungen von Fortbildungsansätzen (siehe oben)												dauerh.	443180 Dienstreisen, Fahrkostenersatz
	22	Außerordentliche Erträge		0	250.000	250.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
34	1.11.1151.01	Zentrale Aufgaben Personal		Zinsen für die Erstattung von Sanierungsgeld von der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)												einmalig	502910 Sonstige periodenfremde Erträge Anmerkung der Verwaltung: In den ursprünglich versandten Listen war dieser Betrag der Zeile 8 (Zinsen und ähnliche Finanzerträge) als ordentlicher Ertrag zugeordnet. Zwischenzeitlich hat das Land in einem Rundschreiben zur Haushaltssystematik die nun angegebene Kontierung festgelegt.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €						Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 20 - Finanzen

	6	Privatechtliche Entgelte		6.871.900	6.892.800	20.900	0	322.900	0	322.900	0	322.900	0	
35	1.57.5731.07.02	Städtisches Messegelände		Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Anpassung der Entgelte für die Nutzung des städtischen Messegeländes										dauerh. 341110 Mieten und Pachten
								+ 22.000		+ 22.000		+ 22.000		
36	1.54.5461.01.01	Parkhäuser (Verpachtung) BgA		Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Erhöhung der Pachterträge in Folge der Anhebung der Parkgebühren um 20% ab Mitte 2016.										dauerh. 341110 Mieten und Pachten
						+ 280.000		+ 560.000		+ 560.000		+ 560.000		
37	1.11.1165.21	Verw. städt. Grundvermögen, Fremdanmietung		Erbbauzinsen ArtMax-Gelände Aufgrund des Verkaufs des städtischen Erbbaugrundstücks ArtMax-Gelände, Frankfurter Str. 2-5, zum 01.08.2015 entfallen die bisher für die Gebäude zu leistenden Erbbauzinsen in Höhe von 119.000 €. Pacht Domäne Wipshausen Daneben werden aufgrund eines neu abgeschlossenen Pachtvertrages mit dem Abwasserverband Braunschweig ab 01.01.2016 für die Domäne Wipshausen nur noch geringere Pachtzahlungen fällig. Dies hat eine aktuelle Bewertung des FB 61 ergeben. Gegenüber der bisherigen Veranschlagung führt dies zu einem Minderertrag von 150.600 €.										dauerh. 341110 Mieten und Pachten
						- 269.600		- 269.600		- 269.600		- 269.600		
38	1.57.5731.02	Obst- und Gemüsegroßmarkt BgA		Anpassung der Erträge aufgrund von Vorjahresergebnissen										dauerh. 341110 Mieten und Pachten
						+ 10.500		+ 10.500		+ 10.500		+ 10.500		
	7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		20.974.500	21.179.500	205.000	0	205.000	0	205.000	0	205.000	0	
neu	1.11.1165.21	Verwaltung städt. Grundvermögen, Fremdanmietung	BA	Anpassung der Pacht der Sonderrechnung Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement (Anpassung an den Haushaltsplan der Sonderrechnung)										348510 Erstattung an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
						+ 206.000		+ 206.000		+ 206.000		+ 206.000		
						+ 206.000		+ 206.000		+ 206.000		+ 206.000		angenommen 8 / 0 / 2
39	1.11.1165.21	Verwaltung städt. Grundvermögen, Fremdanmietung		Der Erstattungsbetrag der Braunschweig Stadtmarketing GmbH für die Nutzung des Weihnachtsmarktes ist ab 2016 anzupassen.										dauerh. 348710 Erstattung von privaten Unternehmen
						- 1.000		- 1.000		- 1.000		- 1.000		

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €				2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen			
	18	Transferaufwendungen		30.995.700	32.824.600	0	1.828.900	0	2.096.300	0	- 8.427.600	0	720.100	
40	1.11.1166.01	Sonst. Grundstücks- / Gebäudemanagement		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH			- 816.100		- 824.300		- 52.900		- 51.300	dauerh. 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
41	1.25.2710.01	Volkshochschulen		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Volkshochschule Braunschweig GmbH			- 88.000		- 96.000		0		0	dauerh. 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
42	1.25.2710.01	Volkshochschulen		Umsetzung der Mittel für das Kombi-Projekt psychosoziale Betreuung SGB II zum Teilhaushalt FB 20 (Zuschuss an VHS)			+ 45.000		+ 45.000		+ 45.000		+ 45.000	dauerh. 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
43	1.42.4242.01	Stadion		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH			0		+ 6.400		+ 2.400		+ 2.400	dauerh. 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
44	1.42.4242.02	Stadtbad Braunschweig GmbH		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH			+ 128.200		+ 113.600		+ 106.800		+ 108.800	dauerh. 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
45	1.54.5480.01	Sonstiger Personen- und Güterverkehr		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH			+ 97.800		+ 97.800		+ 97.800		+ 97.800	dauerh. 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
46	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderung - Gesellschaften		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Braunschweig Stadtmarketing GmbH			+ 15.000		+ 79.200		+ 81.400		+ 114.400	dauerh. 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
47	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderung - Gesellschaften		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Braunschweig Zukunft GmbH			- 72.000		- 4.400		- 32.800		- 13.700	dauerh. 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
48	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderung - Gesellschaften		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Strukturförderung Braunschweig GmbH			- 1.900		- 1.900		- 1.900		- 1.900	dauerh. 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
neu	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderung - Gesellschaften		Mittel für die geplanten zusätzlichen Aufgabenbereiche der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH im Bereich der städtebaulichen und infrastrukturellen Weiterentwicklung des Forschungsflughafens Braunschweig GmbH (Gründung einer Tochtergesellschaft, Flächenbevorratung sowie ähnliche Vorhaben zur Sicherung, zur Entwicklung und zum Ausbau der regionalen Forschungs- und Wirtschaftsinfrastruktur sowie damit im Zusammenhang stehende Geschäfte)			+ 25.000		+ 25.000		+ 25.000		+ 25.000	dauerh. 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €						Dauer	Art des Ertrages/Aufwands				
				bisher	neu	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen			
49	1.57.5731.05	Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH				- 14.100		- 12.100		- 12.400		- 3.400	dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	
50	1.57.5731.08	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen		Anpassung an den Wirtschaftsplan der Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft mbH (neu berücksichtigt sind 150.000 € Mehrbedarf in 2016 aufgrund der Anpassung des Wirtschaftsplans der Verkehrs GmbH nach der Beratung im Aufsichtsrat)			+ 2.510.000		+ 2.668.000		- 8.686.000		+ 397.000		dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		8.741.700	8.248.300	0	- 493.400		0	- 61.300		0	26.700	0	206.700		
51	1.11.1160.11	Haushaltplanung, Controlling, Systembetreuung		Haushaltkonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets			- 48.600		- 48.600		- 48.600		- 48.600		dauerh.	443140 Prüfungs- und Beratungskosten	
52	1.11.1160.12	Beteiligungsmanagement		Haushaltkonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets			- 31.700		- 31.700		- 31.700		- 31.700		dauerh.	443140 Prüfungs- und Beratungskosten	
neu	1.11.1165.21	Verwaltung städt. Grundvermögen, Fremdanmietung	BA	Mehrbedarf für Betriebkostenvorauszahlungen an die Sonderrechnung Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement (Anpassung an den Haushaltplan der Sonderrechnung)			0		+ 277.000		+ 365.000		+ 545.000		dauerh.	445518 Erstattung an Gebäudemanagement - Betriebskosten kalt	
							0		+ 277.000		+ 365.000		+ 545.000			angenommen 8 / 0 / 2	
53	1.11.1165.21	Verwaltung städt. Grundvermögen, Fremdanmietung	BA	Haushaltkonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets			- 259.000		- 259.000		- 259.000		- 259.000		dauerh.	445527 Erstattung an Gebäudemanagement - Sonstige Servicekosten	
							- 259.000		- 259.000		- 259.000		- 259.000			angenommen 8 / 0 / 2	
54	1.11.1165.22	Allgem. Bewirtschaftungsangelegenheiten	BA	Aufgrund der allgemeinen Kostenentwicklung ist eine Aufstockung des Ansatzes um 1.000 € auf 12.500 € für die Reinigung der Rathauskolonnaden erforderlich.			+ 1.000		+ 1.000		+ 1.000		+ 1.000		dauerh.	445711 Erstattung an private Unternehmen	
							+ 1.000		+ 1.000		+ 1.000		+ 1.000			angenommen 8 / 0 / 2	
55	1.25.2910.01	Unterhaltung von Kirchenbauwerken		Der im Haushaltplanentwurf 2016 vorgesehene Ansatz kann entfallen, da seitens der Kirchen bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Baumaßnahmen angekündigt wurden.			- 29.600		0		0		0		einmalig	445810 Erstattung an übrige Bereiche	

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen

56	1.54.5461.01	Parkhäuser (Verpachtung) BgA						- 38.500		0		0		0	
----	--------------	---------------------------------	--	--	--	--	--	----------	--	---	--	---	--	---	--

57	1.54.5461.01	Parkhäuser (Verpachtung) BgA						- 87.000		0		0		0	
----	--------------	---------------------------------	--	--	--	--	--	----------	--	---	--	---	--	---	--

Teilhaushalt FB 32 - Bürgerservice, öffentliche Sicherheit

	Diverse					0	- 76.300		0	- 76.300		0	- 76.300		0	- 76.300	
--	---------	--	--	--	--	---	----------	--	---	----------	--	---	----------	--	---	----------	--

58	Diverse							- 76.300		- 76.300		- 76.300		- 76.300		dauerh.	diverse Sachkonten
----	---------	--	--	--	--	--	--	----------	--	----------	--	----------	--	----------	--	---------	--------------------

	18	Transferaufwendungen		431.200	278.200	0	- 153.000		0	- 153.000		0	- 153.000		0	- 153.000	
--	----	----------------------	--	---------	---------	---	-----------	--	---	-----------	--	---	-----------	--	---	-----------	--

59	1.12.1221.41	Meldewesen						- 153.000		- 153.000		- 153.000		- 153.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
----	--------------	------------	--	--	--	--	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	---------	------------------------------------

Teilhaushalt FB 37 - Feuerwehr

	Diverse					0	- 35.200		0	- 35.200		0	- 35.200		0	- 35.200	
--	---------	--	--	--	--	---	----------	--	---	----------	--	---	----------	--	---	----------	--

60	Diverse															dauerh.	diverse Sachkonten
			FwA					- 35.200		- 35.200		- 35.200		- 35.200		- 35.200	angenommen 8 / 0 / 1

	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		15.186.300	15.186.300	0	0	55.000		0	55.000		0	55.000		0	
--	---	-----------------------------------	--	------------	------------	---	---	--------	--	---	--------	--	---	--------	--	---	--

61	1.12.1260.12	Gefahrenvorbeugung Berufsfeuerwehr														dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
			FwA														angenommen 9 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen		
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.523.800	1.503.800	0	- 20.000		0	0	0	0	0	0	0	0		
62	370-1010	Integrierte Regionalleitstelle	FwA	Für die Schulung von Mitarbeitern im Rahmen der Migration der Leitstellensoftware auf Cobra 4 wurde das Budget des FB 37 zum Haushaltsplanentwurf 2016 einmalig um 35.000 € aufgestockt. Ein Betrag von 20.000 € wurde nunmehr bereits im Haushaltsjahr 2015 überplanmäßig bereit gestellt, so dass für das Jahr 2016 eine entsprechende Reduzierung erfolgen kann.												dauerh.	426120 Aufw. für Aus- und Fortbildung, Umschulung	

Teilhaushalt FB 40 - Schule

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		3.892.100	3.813.100	0	- 79.000		0	- 79.000		0	- 79.000		0	- 79.000		
63	1.21.2110.10	Schule	SchA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Miete für Sanitär-Container wird nicht mehr benötigt.												dauerh.	423110 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	
			BA				- 3.100		- 3.100		- 3.100		- 3.100		- 3.100			angenommen 15 / 0 / 2
							- 3.100		- 3.100		- 3.100		- 3.100		- 3.100			angenommen 8 / 0 / 2
64	400-1099	Sammelkostenstelle Schulen	SchA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Nach erfolgter Klärung werden die Kosten für Sonderreinigungen an PPP-Schulen zunächst an die Sonderrechnung FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement erstattet (aus Betriebskosten kalt).												dauerh.	424100 Reinigung	
			BA				- 15.000		- 15.000		- 15.000		- 15.000		- 15.000			angenommen 15 / 0 / 2
							- 15.000		- 15.000		- 15.000		- 15.000		- 15.000			angenommen 8 / 0 / 2
65	400-1099	Sammelkostenstelle Schulen	SchA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Möglichkeiten für Fortbildung werden reduziert.												dauerh.	426120 Aufw. für Aus- und Fortbildung, Umschulung	
							- 5.000		- 5.000		- 5.000		- 5.000		- 5.000			angenommen 15 / 0 / 2
66	400-1099	Sammelkostenstelle Schulen	SchA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Reduzierung von Transporten zwischen Schulen												dauerh.	427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	
							- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000			angenommen 15 / 0 / 2

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €								Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
67	1.21.2430.22	Medienzentrum	SchA				- 3.900		- 3.900		- 3.900		- 3.900		- 3.900	dauerh.	427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen angenommen 15 / 0 / 2
68	400-1099	Sammelkostenstelle Schulen	SchA				- 32.000		- 32.000		- 32.000		- 32.000		- 32.000	dauerh.	427160 Lehrmittelbedarf
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		49.241.200	49.235.000	0	- 6.200	0	- 6.200	0	- 6.200	0	- 6.200	0	- 6.200		
69	400-1099	Sammelkostenstelle Schulen	SchA				- 6.200		- 6.200		- 6.200		- 6.200		- 6.200	dauerh.	443120 Fernsprech-, Internetaufwendungen angenommen 17 / 1 / 0
Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft																	
	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen		745.000	725.000	- 20.000	0	- 20.000	0	- 20.000	0	- 20.000	0	- 20.000	0		
70	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltungen sonst. Kulturpflege	AfKW				- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000	dauerh.	314810 Zuschüsse von übrigen Bereichen angenommen 10 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €						Dauer	Art des Ertrages/Aufwands			
				bisher	neu	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen		
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		1.072.500	1.134.900	62.400	0	164.500	0	164.500	0	164.500	0	164.500		
71	1.25.2630.10	Musikalische Ausbildung	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen (FB 41) Anpassung der Musikschulgebühren anhand der Inflationsraten der letzten Jahre; Eine Anpassung wäre zum Beginn des 2. Schulhalbjahres 2016 der Musikschule (1. Oktober) möglich.						+ 20.000	+ 80.000	+ 80.000	+ 80.000	+ 80.000	dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte angenommen 10 / 0 / 0
72	1.25.2720.03.02	Ausleihe/Beratung/Service	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen (Ref. 0412) Bereits vorgesehene Anhebung der Benutzungsgebühren für die Stadtbibliothek um 3 € auf 15 € pro Benutzer und Jahr; Es wird von einer Anpassung zur Jahresmitte 2016 ausgegangen.						+ 25.000	+ 50.000	+ 50.000	+ 50.000	+ 50.000	dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte angenommen 10 / 0 / 0
73	1.25.2521.01	Museen, Sammlungen, Ausstell. (Museum)	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen (Ref. 0413) Anhebung der Gebühren für Leihgaben; Es wird von einer Anpassung zur Jahresmitte 2016 ausgegangen.						+ 700	+ 1.500	+ 1.500	+ 1.500	+ 1.500	dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte angenommen 10 / 0 / 0
74	1.25.2521.04	Museen, Sammlungen, Ausstell. (Museum)	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen (Ref. 0413) Erhebung von Eintrittsgeldern im Haus am Löwenwall (5 € pro Erwachsenem, insgesamt 32.500 €); Es wird von einer Anpassung zur Jahresmitte 2016 ausgegangen.						+ 16.200	+ 32.500	+ 32.500	+ 32.500	+ 32.500	dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
75	1.25.2514.01.02	Stadtarchiv / Sonstige Dienstleistungen intern	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen (Ref. 0414) Anhebung der Gebühren für die Direktbenutzung um 0,50 € auf 3,00 €						+ 500	+ 500	+ 500	+ 500	+ 500	dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte angenommen 10 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen		
	6	Privatrechtliche Entgelte		146.000	96.000	- 50.000	0	- 50.000	0	- 50.000	0	- 50.000	0	- 50.000	0	- 50.000		
76	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltungen sonst. Kulturpflege	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Mindererträge aufgrund der Reduzierung des Veranstaltungsangebots (siehe auch lfd. Nr. 70, 77 - 79)												dauerh.	342110 Erträge aus Verkauf angenommen 10 / 0 / 0	
77	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltungen sonst. Kulturpflege	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Mindererträge aufgrund der Reduzierung des Veranstaltungsangebots (siehe auch lfd. Nr. 70, 76, 78 - 79)												dauerh.	346110 Sonstige private Leistungsentgelte angenommen 10 / 0 / 0	
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		3.111.300	2.884.100	0	- 227.200	0	- 227.200	0	- 227.200	0	- 227.200	0	- 227.200			
78	1.25.2811.04	Eigene kulturelle Veranstaltungen sonst. Kulturpflege	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Einsparung aufgrund der Reduzierung des Veranstaltungsangebots (siehe auch lfd. Nr. 70, 76 - 77, 79)												dauerh.	427140 Veranstaltungen angenommen 10 / 0 / 0	
79	1.25.2512.04	Kulturelle Veranstaltungen Literatur	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (FB 41) Einsparung aufgrund der Reduzierung des Veranstaltungsangebots (siehe auch lfd. Nr. 70, 76 - 78)												dauerh.	427140 Veranstaltungen angenommen 10 / 0 / 0	
80	1.25.2720.03	Ausleihe und Nutzung Stadtbibliothek	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0412) Zurückstellung der geplanten Erweiterungen an den vorhandenen Bücherregalen mit Einlegeböden, Zubehör sowie Beschilderungen												dauerh.	427190 Sonstige Sachaufwendungen angenommen 10 / 0 / 0	
81	1.25.2521.04	Präsentieren/Ausstellen	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0413) Einsparung aufgrund der Neu- bzw. Umorganisation der Bewachung im Städtischen Museum												dauerh.	424190 Sonstige Bewirtschaftungskosten angenommen 10 / 0 / 0	

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
82	1.25.2521.04	Präsentieren/Ausstellen	AfKW					- 14.000		- 14.000		- 14.000		- 14.000		- 14.000	dauerh.	427140 Veranstaltungen angenommen 10 / 0 / 0
83	410-3000	Leitung Städtisches Museum	AfKW					- 14.000		- 14.000		- 14.000		- 14.000		- 14.000	dauerh.	427190 Sonstige Sachaufwendungen angenommen 10 / 0 / 0
84	1.25.2514.11	Forschung und Dokumentation Stadtarchiv	AfKW					- 2.500		- 2.500		- 2.500		- 2.500		- 2.500	dauerh.	427180 Veröffentlichungen angenommen 10 / 0 / 0
85	410-4100	Betrieb Stadtarchiv	AfKW					- 1.500		- 1.500		- 1.500		- 1.500		- 1.500	dauerh.	426120 Aufw. für Aus- und Fortbildung, Umschulung angenommen 10 / 0 / 0
	18	Transferaufwendungen		12.257.200	12.147.200	0	- 110.000	0	- 49.000	0	- 68.500	0	- 68.500					
86	Diverse		AfKW					- 39.000		- 78.000		- 97.500		- 97.500		- 97.500	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 4 / 2 / 4
87	1.25.2811.09	Kontinuitätsförderung sonst. Kulturflege	AfKW					- 100.000		0		0		0		0	einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 10 / 0 / 0
88	1.25.2610.08	Staatstheater	AfKW					+ 29.000		+ 29.000		+ 29.000		+ 29.000		+ 29.000	dauerh.	431110 Zuweisung an das Land angenommen 10 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €						Dauer	Art des Ertrages/Aufwands				
				bisher	neu	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen	2019		
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		4.191.000	4.190.300	0	-	700	0	-	700	0	-	700	0	-	700
89	1.25.2514.02	Bereitstellung von Archivalien	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0414) Einschränkungen im Service										dauerh.	443175 Sonstige Geschäftsaufwendungen		
							-	200		-	200		-	200		-	200
							-	200		-	200		-	200		-	200
90	410-4100	Betrieb Stadtarchiv	AfKW	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets (Ref. 0414) Einschränkungen bei der Öffentlichkeits- und Gremienarbeit										dauerh.	443180 Dienstreisen, Fahrkostenersatz		
							-	500		-	500		-	500		-	500
							-	500		-	500		-	500		-	500
							-	500		-	500		-	500		-	500

Teilhaushalt Ref. 0500 - Sozialreferat

	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen		0	127.100	127.100	0	127.400	0	92.300	0	55.000	0				
91	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Projekt ELKO - Elternkompetenzen stärken - Förderung eines Teils der Aufwendungen durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (Eigenanteil siehe auch Aufwendungen - lfd. Nrn. 93, 95, 99)										3 Jahre	314710 Zusch.priv.Unternehm		
					+ 72.100			+ 72.400		+ 37.300		+ 37.300				angenommen 11 / 0 / 0	
92	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Projekt Demokratie leben! - Förderung durch Bundesmittel (Eigenanteil siehe auch Aufwendungen - lfd. Nrn. 94, 98, 100)										dauerh.	314010 Zuweisung Bund		
					+ 55.000			+ 55.000		+ 55.000		+ 55.000				angenommen 11 / 0 / 0	
					+ 55.000			+ 55.000		+ 55.000		+ 55.000					

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €				2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen			
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		33.800	46.800	0	13.000		0	16.600	0	14.000	0	5.000
93	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Projekt ELKO - Elternkompetenzen stärken - Die Aufwendungen des Projektes werden zum Teil durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds gefördert. Ein geringer Anteil der Aufwendungen muss aus Eigenmitteln der Projektträger bereitgestellt werden. Ohne die Eigenmittel seitens der Stadt Braunschweig kann eine Förderung durch den Bund nicht erfolgen. (siehe auch Erträge - lfd. Nr. 91)				+ 10.500	+ 11.100	+ 8.500	+ 11.100	+ 8.500	3 Jahre	427140 Veranstaltungen angenommen 11 / 0 / 0
94	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Projekt Demokratie leben! - Eigenanteil für die Förderung des Bundes in Höhe von 5.000 € (Nettobetrachtung) für 2016 und 2017 sowie in Höhe von 10.000 € (Nettobetrachtung) für 2018 und 2019 ist vorgeschrieben (siehe auch Erträge - lfd. Nr. 92)				+ 5.000	+ 5.000	+ 5.000	+ 5.000	+ 5.000	dauerh.	427140 Veranstaltungen angenommen 11 / 0 / 0
95	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Projekt ELKO - Elternkompetenzen stärken - Die Aufwendungen des Projektes werden zum Teil durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds gefördert. Ein geringer Anteil der Aufwendungen muss aus Eigenmitteln der Projektträger bereitgestellt werden. Ohne die Eigenmittel seitens der Stadt Braunschweig kann eine Förderung durch den Bund nicht erfolgen. (siehe auch Erträge - lfd. Nr. 91)				+ 2.900	+ 500	+ 500	+ 500	+ 500	3 Jahre	427180 Veröffentlichungen angenommen 11 / 0 / 0
96	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Rücknahme der prozentualen Kürzung aus der Erhöhung der Aufwandsbudgets				- 2.300					einmalig	427140 Veranstaltungen angenommen 11 / 0 / 0
97	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Prozentuale Kürzung über das Budget des Teilhaushaltes				- 3.100					einmalig	427190 Sonst. Sachaufwendungen angenommen 11 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €				2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen			
	18	Transferaufwendungen		200.500	230.500	0	30.000		0	30.000	0	35.000	0	35.000
98	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Projekt Demokratie leben! - Eigenanteil für die Förderung des Bundes in Höhe von 5.000 € (Nettobetrachtung) für 2016 und 2017 sowie in Höhe von 10.000 € (Nettobetrachtung) für 2018 und 2019 ist vorgeschrieben (siehe auch Erträge - lfd. Nr. 92)									dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 11 / 0 / 0
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		170.700	254.100	0	83.400		0	86.500	0	54.100	0	25.000
99	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Projekt ELKO - Elternkompetenzen stärken - Die Aufwendungen des Projektes werden zum Teil durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds gefördert. Ein geringer Anteil der Aufwendungen muss aus Eigenmitteln der Projektträger bereitgestellt werden. Ohne die Eigenmittel seitens der Stadt Braunschweig kann eine Förderung durch den Bund nicht erfolgen. (siehe auch Erträge - lfd. Nr. 91)									3 Jahre	443175 sonstige Geschäftsaufwendungen angenommen 11 / 0 / 0
100	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Projekt Demokratie leben! - Eigenanteil für die Förderung des Bundes in Höhe von 5.000 € (Nettobetrachtung) für 2016 und 2017 sowie in Höhe von 10.000 € (Nettobetrachtung) für 2018 und 2019 ist vorgeschrieben (siehe auch Erträge - lfd. Nr. 92)									dauerh.	443175 sonstige Geschäftsaufwendungen angenommen 11 / 0 / 0
101	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	Afl	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Prozentuale Kürzung über das Budget des Teilhaushaltes									einmalig	443180 Dienstreisen, Fahrkostenersatz angenommen 11 / 0 / 0
Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit														
	diverse			- 1.617.400	- 1.935.000	0	0		0	0	0	0		
102	diverse	Sozialetat	AfSG	Beim Sozial-Etat SGB XII zeichnet sich anhand der aktuellen Verläufe saldiert ein Minderbedarf gegenüber den Annahmen zum Zeitpunkt der Entwurfsaufstellung ab.									einmalig	diverse Sachkonten angenommen 11 / 0 / 0
103	diverse		AfSG	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets prozentuale Reduzierung über diverse PSP-Elemente									einmalig	diverse Sachkonten angenommen 10 / 1 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019		Dauer				
	1	Steuern und ähnliche Abgaben		5.861.200	4.917.300	- 943.900	0	- 943.900	0	- 943.900	0	- 943.900	0					
104	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung	AfSG	Kürzung Landeszuschuss nach dem Nds. Ausführungsgesetz zum SGB II aufgrund der aus der Wohngeldreform zu erwartenden kommunalen Entlastungen (aufgrund neuer Erkenntnisse erhöht sich der Minderertrag um weitere 764.600 €)		- 943.900		- 943.900		- 943.900		- 943.900		dauerh.	305210 Ausgleichsleistungen des Landes /Grundsicherung			
						<u>- 943.900</u>		<u>- 943.900</u>		<u>- 943.900</u>		<u>- 943.900</u>				angenommen 10 / 0 / 0		
	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen		18.290.000	18.219.600	- 70.400	0	50.000	0	50.000	0	50.000	0					
105	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung	AfSG	Minderertrag SGB II Kosten der Unterkunft/ Heizung - Mindererträge aufgrund von Fallzahnrückgang (ohne Betrachtung der Flüchtlingsthematik) auf 11.300 (Korrespondierender Minderaufwand siehe Nr. 112)		- 120.400								dauerh.	319110 Leistungsbet. für Unterk.+Heiz. Arbeitssuchende			
						<u>- 120.400</u>										angenommen 10 / 0 / 0		
106	1.31.3126.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung	AfSG	Mehrertrag SGB II Kosten der Unterkunft/ Heizung - Anpassung der BuT-Leistungen (Korrespondierender Mehraufwand siehe lfd. Nr. 115)		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		dauerh.	319110 Leistungsbet. für Unterk.+Heiz. Arbeitssuchende			
						<u>+ 50.000</u>		<u>+ 50.000</u>		<u>+ 50.000</u>		<u>+ 50.000</u>				angenommen 10 / 0 / 0		
	7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		92.612.100	92.813.500	201.400	0	227.700	0	227.700	0	227.700	0					
107	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz	AfSG	Ertragsverbesserung AsylbLG/ Aufnahmegesetz für die im Jahresschnitt 2014 in Braunschweig lebenden Flüchtlinge durch Anhebung der Pauschale		+ 201.400		+ 227.700		+ 227.700		+ 227.700		dauerh.	348110 Erstattung v. Land			
						<u>+ 201.400</u>		<u>+ 227.700</u>		<u>+ 227.700</u>		<u>+ 227.700</u>				angenommen 10 / 0 / 0		

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €				2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands															
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen																	
	18	Transferaufwendungen		113.514.500	113.465.300	0	- 49.200	0	- 87.400	0	- 121.900	0	- 121.900															
108	Diverse		AfSG	Haushaltksolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Zuschussdynamisierung wird in den Jahren 2016 und 2017 ausgesetzt. Für das Jahr 2018 ist eine anteilige Dynamisierung der Zuschüsse in halber Höhe vorgesehen (34.500 €). Ab 2019 kommt die Zuschussdynamisierung wieder in voller Höhe zur Anwendung (69.000 €). <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"><tr><td></td><td></td><td></td><td></td><td>- 44.700</td><td></td><td></td><td>- 113.700</td><td></td><td></td><td>- 148.200</td><td></td><td>- 148.200</td></tr></table>														- 44.700			- 113.700			- 148.200		- 148.200	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
				- 44.700			- 113.700			- 148.200		- 148.200																
109	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz	AfSG	Aufwandsveränderung AsylbLG/ Aufnahmegesetz für die im Jahresschnitt 2014 in Braunschweig lebenden Flüchtlinge										dauerh. 433940 Sonstige soziale Leistungen AG angenommen 11 / 0 / 0														
110	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	AfSG	Haushaltksolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Überhang Zuschussdynamisierung 2014 und 2015 Ursprünglich wurde hier ein Einsparbetrag in Höhe von 19.400 Euro ausgewiesen. Die Verwaltung hat diesen auf 4.500 Euro korrigiert und den Ausschuss für Soziales und Gesundheit hierüber mündlich informiert. Erledigt durch die Beschlussfassung über den Änderungsantrag der SPD zur Zuschussdynamisierung - s. Liste der Fraktionen und Stadtbezirksräte										einmalig 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Im Ausschuss für Soziales und Gesundheit wurde der Antrag unter Hinweis auf den Änderungsantrag der SPD zur Zuschussdynamisierung als erledigt angesehen. Er ist jedoch unabhängig vom Aussetzen der Zuschussdynamisierung zu bewerten und muss daher einzeln betrachtet und gesondert abgestimmt werden.														
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		64.606.400	64.531.200	0	- 75.200	0	324.800	0	324.800	0	324.800															
111	1.21.2431.01	Sonstige schulische Aufgaben FB 50	AfSG	Die Höhe der Zahlungen an den Gemeinde-Unfall-Versicherungsverband richtet sich nach von dort festgelegten Messzahlen. Die von der Stadt Braunschweig zu zahlenden Beiträge werden gegenüber 2015 um durchschnittlich 14,521% steigen; siehe hierzu auch lfd. Nrn. 117 und 118.										dauerh. 444130 Unfallversicherung angenommen 11 / 0 / 0														
112	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung	AfSG	Entlastung SGB II Kosten der Unterkunft/ Heizung - Minderaufwand aufgrund von Fallzahlrückgang (ohne Betrachtung der Flüchtlingsthematik) auf 11.300 (Korrespondierende Mindererträge siehe lfd. Nr. 105)										dauerh. 446110 Leistungsbet. f. Unterk.+Heiz. Arbeitss. angenommen 11 / 0 / 0														
113	1.31.3122.10	Eingliederungsleistungen	AfSG	Umsetzung der Mittel für das Kombi-Projekt psychosoziale Betreuung SGB II zum Teilhaushalt FB 20 (Projektdurchführung durch die VHS Arbeit und Beruf)										dauerh. 446120 Beteil.Lei.z.Eingl.Arbeits.+Berat. angenommen 11 / 0 / 0														

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands		
				bisher	neu	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen		
114	1.31.3123.10	Einmalige Leistungen	AfSG	Mehrbelastung SGB II Kosten der Unterkunft/ Heizung - Anpassung der Beihilfen/ Darlehen		+ 30.000			+ 30.000		+ 30.000		dauerh. 446130 Beteiligung bei 1x-Leist. an Arbeitssu. angenommen 11 / 0 / 0
						+ 30.000			+ 30.000		+ 30.000		
115	1.31.3126.10	Bildungs- und Teilhabepaket SGB II	AfSG	Mehrbelastung SGB II Kosten der Unterkunft/ Heizung - Anpassung der BuT-Leistungen (Korrespondierende Mehrerträge siehe lfd. Nr. 106)		+ 50.000			+ 50.000		+ 50.000		dauerh. 446130 Beteiligung bei 1x-Leist. an Arbeitssu. angenommen 11 / 0 / 0
						+ 50.000			+ 50.000		+ 50.000		
116	1.31.3129.10	Verwalt. d. Grundsich. f. Arb.suchende	AfSG	Mehrbelastung Kommunaler Finanzierungsanteil Jobcenter - Anpassung der Erstattung nach aktuellen Erkenntnissen		+ 100.000			+ 100.000		+ 100.000		dauerh. 445810 Erstattung an übrige Bereiche angenommen 11 / 0 / 0
						+ 100.000			+ 100.000		+ 100.000		
117	1.31.3518.10	Sozialversicherungsangeleg enheiten	AfSG	Die Höhe der Zahlungen an den Gemeinde-Unfall-Versicherungsverband richtet sich nach von dort festgelegten Messzahlen. Die von der Stadt Braunschweig zu zahlenden Beiträge in der Beitragsgruppe "Allgemeine UV" weisen eine leichte Entlastung von ca. 2,89 % auf; siehe hierzu auch lfd. Nr. 111.		- 13.200			- 13.200		- 13.200		dauerh. 444130 Unfallversicherung angenommen 11 / 0 / 0
						- 13.200			- 13.200		- 13.200		

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen		
118	1.36.3651.01	Tageseinrichtungen für Kinder FB 50	AfSG					+ 12.400			+ 12.400			+ 12.400			dauerh.	444130 Unfallversicherung
								+ 12.400			+ 12.400			+ 12.400				angenommen 11 / 0 / 0
Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie																		
	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen		9.797.600	9.847.600	50.000	0	50.000	0	50.000	0	50.000	0	50.000	0	0		
119	1.36.3650.01.06	Kindertagespflege	JHA					+ 50.000			+ 50.000			+ 50.000			dauerh.	314110 Zuweisungen vom Land
								+ 50.000			+ 50.000			+ 50.000				angenommen 13 / 0 / 0
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		3.938.700	4.572.000	633.300	0	1.520.000	0	1.520.000	0	1.520.000	0	1.520.000	0	0		
120	1.36.3650.02.01	Kindergartenbetreuung städtisch	JHA					+ 633.300			+ 1.520.000			+ 1.520.000			dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
								+ 633.300			+ 1.520.000			+ 1.520.000				
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		2.786.250	2.753.250	0	- 33.000		0	- 33.000		0	- 33.000		0	- 33.000		
121	1.36.3630.16.05	Sozialraumarbeit	JHA					- 33.000			- 33.000			- 33.000			dauerh.	427140 Veranstaltungen
								- 33.000			- 33.000			- 33.000				angenommen 12 / 0 / 0
122	510-1000	All. Erziehungshilfe	JHA					- 30.100			- 30.100			- 30.100			dauerh.	426120 Aufw. für Aus- und Fortbildung, Umschulung
								- 30.100			- 30.100			- 30.100				angenommen 12 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €						Dauer	Art des Ertrages/Aufwands			
				bisher	neu	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen		
	18	Transferaufwendungen		87.548.500	86.438.500	0	- 1.110.000		0	- 2.430.000		0	- 2.467.500	0	- 2.467.500	
123	diverse		JHA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Zuschussdynamisierung wird in den Jahren 2016 und 2017 ausgesetzt. Für das Jahr 2018 ist eine anteilige Dynamisierung der Zuschüsse in halber Höhe vorgesehen (37.500 €). Ab 2019 kommt die Zuschussdynamisierung wieder in voller Höhe zur Anwendung (75.000 €).											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 2 / 5 / 4 Anmerkung der Verwaltung: Der JHA hat gleichzeitig Anträge der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und BIBS abgelehnt, die sich gegen diese Ansatzveränderung richten. Im später tagenden AfSG wurde allerdings ein mündlich gestellter SPD-Antrag auf Abwandlung des Verwaltungsvorschlags angenommen (s. Liste der Fraktionsanträge nach Nr. 122).
124	1.36.3650.02.05	KiGa-Betreuung bei übrigen Kita-Trägern	JHA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Minderaufwand Wiedereinführung der Kindergartenentgelte (3,8 Mio. € pro Jahr, für 2016 anteilig) - siehe auch Erträge lfd. Nr. 120 Über den Antrag erfolgte keine Abstimmung. Diese soll in einer Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses herbeigeführt werden.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
125	510-3200	Einr. freier Träger	JHA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Reduzierung der Dynamisierung Kita-Sachkostenförderung Im Jugendhilfeausschuss wurde der Antrag zeitlich angepasst und abgestimmt.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 11 / 0 / 2
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		8.443.900	8.266.900	0	- 177.000		0	0	0	0	0	0		
126	1.36.3630.16.03	Baby-Begrüßungsdienst	JHA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Reduzierung Baby-Begrüßungsdienst um 50% Im Jugendhilfeausschuss wurde der Antrag zeitlich angepasst und abgestimmt.											dauerh.	443175 sonstige Geschäftsaufwendungen angenommen 13 / 0 / 0
126	510-4204	JFE Mühle	JHA BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Aussetzen Jugendzentrumsbetrieb NeustadtMühle in 2016 - 56.000 - 56.000 - 56.000											einmalig	445512 Erstatt. an Gebäudemanagement - Miete angenommen 12 / 0 / 0 angenommen 8 / 0 / 2

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
127	510-4204	JFE Mühle											einmalig	445517 Erstatt. an Gebäudeman.-Betriebsko. Warm angenommen 12 / 0 / 0 angenommen 8 / 0 / 2
			JHA					- 25.000						
			BA					- 25.000						
128	510-4204	JFE Mühle											einmalig	445518 Erstatt. an Gebäudeman.-Betriebsko. Kalt angenommen 12 / 0 / 0 angenommen 8 / 0 / 2
			JHA					- 45.000						
			BA					- 45.000						
129	510-4204	JFE Mühle											einmalig	445528 Erst.an Gebäudeman. - Verwalterpauschale angenommen 12 / 0 / 0 angenommen 8 / 0 / 2
			JHA					- 1.400						
			BA					- 1.400						
								- 1.400						

Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

	Diverse					0	-	600	0	-	600	0	-	600	0	-	600		
130	Diverse			PIUA										dauerh.				diverse Sachkonten	
								- 600			- 600			- 600			- 600		
								- 600			- 600			- 600			- 600		
								- 600			- 600			- 600			- 600		
																		angenommen 10 / 0 / 0	

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Art des Ertrages/Aufwands	
				2016		2017		2018		2019		Dauer			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019		Dauer		
Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			

Teilhaushalt FB 66 - Tiefbau und Verkehr

	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		2.902.000	3.162.000	260.000	0	510.000	0	510.000	0	510.000	0		
134	1.54.5460.01	Parkraumbewirtschaftung	BA	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Anhebung der Parkgebühren und Ausweitung der Benutzungszeiten zum 1. Juli 2016										dauerh.	332120 Benutzungsgebühren Parkautomaten angenommen 8 / 0 / 2
				+ 250.000		+ 500.000		+ 500.000		+ 500.000		+ 500.000			
				<u>+ 250.000</u>		<u>+ 500.000</u>		<u>+ 500.000</u>		<u>+ 500.000</u>		<u>+ 500.000</u>			
135	1.12.1223.03	Verkehrsrechtliche Genehmigungen	BA	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Mehrerträge aufgrund der vorgesehenen Änderung der Sondernutzungsgebührenordnung (vgl. Vorlage 15-01048, die sich derzeit im Gremienlauf befindet)										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte angenommen 8 / 0 / 2
				+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000			
				<u>+ 10.000</u>		<u>+ 10.000</u>		<u>+ 10.000</u>		<u>+ 10.000</u>		<u>+ 10.000</u>			
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		4.967.000	4.947.100	0	- 19.900	0	- 19.900	0	- 19.900	0	- 19.900	0	
136	1.51.5115.01	Verkehrsplanung	BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Es ist eine Absenkung der Planungskosten möglich.										dauerh.	427115 Planungskosten angenommen 8 / 0 / 2
				- 19.900		- 19.900		- 19.900		- 19.900		- 19.900			
				<u>- 19.900</u>		<u>- 19.900</u>		<u>- 19.900</u>		<u>- 19.900</u>		<u>- 19.900</u>			
	18	Transferaufwendungen		87.800	86.400	0	- 1.400	0	- 1.400	0	- 1.400	0	- 1.400	0	
137	1.55.5521.01	Betr./Unterh.öff. Gewässer / Wasserläufe	BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Anpassung an erwartete Rate										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen angenommen 8 / 0 / 2
				- 1.400		- 1.400		- 1.400		- 1.400		- 1.400			
				<u>- 1.400</u>		<u>- 1.400</u>		<u>- 1.400</u>		<u>- 1.400</u>		<u>- 1.400</u>			

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €						Art des Ertrages/Aufwands					
				bisher	neu	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen	2019	Dauer	
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		18.300.200	17.212.800	0	- 1.087.400		0	- 821.900		0	- 351.900	0	- 351.900		
138	1.54.5400.02	Bereitstellung von Straßen/Wegen/Plätzen	BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Infolge einer Angemessenheitsprüfung ist eine Absenkung bei der Erstattung an die Sonderrechnung Abfallwirtschaft für Straßenreinigung und an ALBA für Winterdienst um 351.900 € möglich.										dauerh.	445533 Erstattungen an verbundene Unternehmen - öff. Anteil Straßenreinigung angenommen 8 / 0 / 2		
139	1.54.5400.02	Bereitstellung von Straßen/Wegen/Plätzen	BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Es ist eine einmalige Absenkung des Ansatzes bei den Erstattungen an BELLIS möglich, da die Ansatzerhöhungen in der Vergangenheit über den tatsächlich eingetretenen Entgelterhöhungen lagen.										einmalig	445710 Erstattungen an private Unternehmen angenommen 8 / 0 / 2		
140	1.54.5400.02	Bereitstellung von Straßen/Wegen/Plätzen	BA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Senkung des öffentlichen Anteils Straßenentwässerung										2 Jahre	445716 Erstattungen an private Unternehmen - öff. Anteil Straßenentwässerung angenommen 8 / 0 / 2		

Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport

	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		1.547.500	1.733.200	185.700	0	202.600	0	202.600	0	202.600	0			
141	1.42.4241.03.02	Sportanlagen	SpA	Haushaltskonsolidierung Im Jahr 2014 hatten einige Sportvereine ihre Sportanlagen an die Stadt Braunschweig zurückgegeben. Für die Nutzung dieser Sportanlagen zahlen die Vereine nun eine Benutzungsgebühr. Dies war im Haushaltplanentwurf bislang nicht berücksichtigt.										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren angenommen 9 / 0 / 0	
142	1.55.5530	Friedhofs- und Bestattungswesen	GA	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Anpassung der Friedhofs- und Bestattungsgebühren Für das Jahr 2016 wird von einer Anpassung zur Jahresmitte ausgegangen.										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren angenommen 10 / 0 / 0	
143	1.42.4241.03	Sportstättenvergabe	SpA	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Anpassung der Benutzungsgebühren für die städtischen Sportheinrichtungen Es wird von einer Anpassung im Frühjahr 2016 ausgegangen.										dauerh.	332110 Benutzungsgebühren angenommen 8 / 1 / 0	

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €						Dauer	Art des Ertrages/Aufwands				
				bisher	neu	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen			
	6	Private rechtliche Entgelte		643.100	681.100	38.000	0	33.800	0	33.800	0	33.800	0	33.800			
144	1.42.4241.02.03	Sportstätten (Verpachtung)	SpA			Haushaltskonsolidierung Einplanung von Mehrerträgen aufgrund der bisherigen Istwerte 2015 und der Anpassung des Mietvertrages mit einem Sportverein	+ 29.500	+ 29.500	+ 29.500	+ 29.500	+ 29.500	+ 29.500	+ 29.500	+ 29.500	dauerh.	341110 Mieten und Pachten angenommen 9 / 0 / 0	
145	1.55.5510.12.01	Sanierung/Unterhaltung von Kleingartenanlagen	GA			Haushaltskonsolidierung Aufgrund der Istwerte 2015 zu erwartende Mehrerträge	+ 4.300	+ 4.300	+ 4.300	+ 4.300	+ 4.300	+ 4.300	+ 4.300	+ 4.300	dauerh.	341110 Mieten und Pachten angenommen 10 / 0 / 0	
146	1.55.5530.12.01	Bereitstellung einer Dienstwohnung	GA			Haushaltskonsolidierung Aufgrund der Istwerte 2015 zu erwartende Mehrerträge	+ 4.200	0	0	0	0	0	0	0	einmalig	341110 Mieten und Pachten angenommen 10 / 0 / 0	
	13	Aufwendungen für aktives Personal		11.640.656	11.635.356	0	- 5.300	0	- 5.300	0	- 5.300	0	- 5.300	0			
147	1.55.5540.07.01	Pflege/Entw./Verkehrss.v.Wildgehege	GA			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Das Arbeitsverhältnis mit dem Wildpfleger ist zum 31.03.2016 gekündigt. Die regelmäßige Kontrolle der Tiere auf ihren Gesundheitszustand und die Fütterung wird nun von einem Mitarbeiter aus dem Bereich Natur- und Landschaftsschutz durchgeführt. Dies hat zur Folge, dass andere Instandsetzungs- und Verkehrssicherungsmaßnahmen im Naturschutzgebiet Riddagshausen nicht durchgeführt werden können. Mit der Regulierung des Tierbestands wird ein Jäger beauftragt.	- 5.300	- 5.300	- 5.300	- 5.300	- 5.300	- 5.300	- 5.300	- 5.300	- 5.300	dauerh.	401910 Beschäftigungsentgelte angenommen 9 / 0 / 1

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		4.665.900	4.660.900	0	- 5.000	0	2.500	0	2.500	0	2.500	
148	670-4701	Sportstättenpflege	SpA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Einsparung, da ein spezieller Rasenmäher inkl. Zubehör bereits in 2015 erworben wurde										
						- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000	dauerh.	423210 Leasing angenommen 9 / 0 / 0
						- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		
149	670-2030	LSG/NSG/Stadtwald	GA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Durch die Optimierung des Fahrzeugbestandes wird im Jahr 2016 versucht, auf Fahrzeuge zu verzichten.										einmalig 423210 Leasing angenommen 9 / 0 / 1
						- 1.000		0		0		0		
						- 1.000		0		0		0		
150	670-3139	Sonst. Friedhofsanlagen SFH	GA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Durch die Optimierung des Fahrzeugbestandes wird im Jahr 2016 versucht, auf Fahrzeuge zu verzichten.										einmalig 423210 Leasing angenommen 10 / 0 / 0
						- 4.500		0		0		0		
						- 4.500		0		0		0		
151	670-2200	Sonderbereiche	GA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Durch die Optimierung des Fahrzeugbestandes wird im Jahr 2016 versucht, auf Fahrzeuge zu verzichten.										einmalig 423210 Leasing angenommen 10 / 0 / 0
						- 2.000		0		0		0		
						- 2.000		0		0		0		
152	1.42.4210.02.02	Ehrungen	SpA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Die Aufwendungen für die Sportlehrrehrung werden aufgrund eines neuen Veranstaltungskonzeptes um 10.000 € auf 15.000 € reduziert.										dauerh. 427140 Veranstaltungen angenommen 9 / 0 / 0
						- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		
						- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		
153	1.55.5510.11.01	Fuhrparkmanagement	GA	Die Provision für den Verkauf von Fahrzeugen und Maschinen über die bundeseigene Treuhandgesellschaft Vebeg (9% des Verkaufserlöses) kann aufgrund der Haushaltskonsolidierung nicht wie geplant aus dem Budget finanziert werden.										dauerh. 424190 Sonstige Bewirtschaftungskosten angenommen 10 / 0 / 0
						+ 22.500		+ 22.500		+ 22.500		+ 22.500		
						+ 22.500		+ 22.500		+ 22.500		+ 22.500		

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €						Dauer	Art des Ertrages/Aufwands			
				bisher	neu	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen		
	18	Transferaufwendungen		2.046.400	2.000.000	0	-	46.400	0	0	0	0	0	0		
154	1.55.5510.12.01	Sanierung/Unterhaltung von Kleingartenanlagen	GA												einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 10 / 0 / 0
155	1.42.4210.01.02	Unterhaltung	SpA												einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 8 / 0 / 2
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		2.884.500	2.867.000	0	-	17.500	0	-	2.500	0	-	2.500	0	
156	1.42.4241.03.01	Sporthallen	SpA												dauerh.	445531 Erstattungen an die Sonderrechnung Gebäudemanagement - außerschul. Leist. angenommen 10 / 0 / 0
			BA													
157	1.55.5550.01.01	Pflege/Entw./Verkehrss.v.Wildegehege	GA												einmalig	445110 Erstattung an das Land angenommen 10 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019		Dauer		
Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			

Teilhaushalt Stst. 0800 - Wirtschaftsdezernat

	18	Transferaufwendungen		490.000	491.000	0	1.000	0	1.000	0	1.000	0	1.000		
neu	1.57.5711.01	Steuerungsunterstützung Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing		Zuschuss an die Allianz für die Region GmbH zur Umsetzung des „Entwicklungsplanes Regionalmarketing“ Es soll durch Imagekampagnen (u. a. Aufbau Filmregion, Imagepakete in Form von Broschüren, Hörbüchern, Filmen) eine gezielte Stärkung der Region erfolgen. Die Thematik „Regionalmarketing schafft Image“ wurde von der Geschäftsleitung der Allianz für die Region GmbH in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 5. Februar 2016 ausführlich vorgestellt und positiv aufgenommen.		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
158	1.57.5711.01	Steuerungsunterstützung Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing	WA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung der Mittel für Zuschüsse aus dem Existenzgründerfonds	- 6.000		- 6.000		- 6.000		- 6.000		- 6.000	dauerh.	431710 Zuschuss an private Unternehmen angenommen 9 / 0 / 0
159	1.57.5711.01	Steuerungsunterstützung Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing	WA	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Kürzung der Mittel für die übrigen Zuschüsse	- 23.000		- 23.000		- 23.000		- 23.000		- 23.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 9 / 0 / 0

Alle Teilhaushalte

	Diverse			0	- 1.956.853	0	305.647	0	- 115.424	0	- 184.698			
160	Diverse		AfSG	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Rücknahme der pauschalen Steigerung der Aufwandsbudgets in den Folgejahren (564.500 € p. a.)	- 564.500		- 1.129.000		- 1.693.500		- 1.693.500		dauerh.	diverse Sachkonten angenommen 10 / 1 / 0
			BA		- 564.500		- 1.129.000		- 1.693.500		- 1.693.500			angenommen 8 / 0 / 2
			GA		- 564.500		- 1.129.000		- 1.693.500		- 1.693.500			angenommen 9 / 0 / 1
			PIUA		- 564.500		- 1.129.000		- 1.693.500		- 1.693.500			angenommen 11 / 0 / 0
161	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Personalaufwendungen Der Gesetzgeber beabsichtigt, den Kommunen die Angleichung der LoB-Zahlungen für Beamte an die tariflichen Regelungen zu ermöglichen. Eine rechtliche Verpflichtung soll jedoch nicht bestehen. In der Haushaltspyramide war die Aufstockung des bisherigen Ansatzes um 670.000 € auf insgesamt 950.000 € vorgesehen. Auch vor dem Hintergrund der bislang fehlenden rechtlichen Regelung soll nunmehr nur der ursprüngliche Betrag von 280.000 € verbleiben, um LoB-Zahlungen an die leistungsfähigsten Beamten auch weiterhin zu ermöglichen.	- 670.000		- 670.000		- 670.000		- 670.000		dauerh.	diverse Sachkonten

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie

	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen		9.797.600	9.797.600	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1	1.36.3630.11.02	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	JHA	Haushaltskonsolidierung - Ertragsverbesserungen Erstattung Verwaltungspauschale UmF - Nach ersten Meldungen wird eine Verwaltungspauschale von 2.000 € pro Person gezahlt. Bei aktuell 250 Fällen ergibt sich ein Erstattungspotenzial von 500.000 €.										314110 Zuweisungen vom Land	einmalig	
						+ 500.000										angenommen 13 / 0 / 0
						<u>+ 500.000</u>										
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		3.938.700	5.314.400	1.375.700	0	1.505.700	0	1.505.700	0	1.505.700	0	1.505.700	0	
2	1.36.3670.01.01	Kinder- und Jugendschutzhause Öpfer	JHA	Miete KJSH Hebbelstraße Einnahmen zur Deckung der Aufwendungen beim FB 65										332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	dauerh.	
						+ 11.700		+ 11.700		+ 11.700		+ 11.700		<u>+ 11.700</u>		angenommen 13 / 0 / 0
						<u>+ 11.700</u>		<u>+ 11.700</u>		<u>+ 11.700</u>		<u>+ 11.700</u>		<u>+ 11.700</u>		
3	1.36.3670.01.01	Kinder- und Jugendschutzhause Öpfer	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Wachschutz Öpfer										332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	dauerh.	
						+ 90.000		+ 90.000		+ 90.000		+ 90.000		<u>+ 90.000</u>		angenommen 13 / 0 / 0
						<u>+ 90.000</u>		<u>+ 90.000</u>		<u>+ 90.000</u>		<u>+ 90.000</u>		<u>+ 90.000</u>		
4	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Benutzungsentgelte Flüchtlingsunterkunft Pippelweg										332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	dauerh.	
						+ 130.000		+ 260.000		+ 260.000		+ 260.000		<u>+ 260.000</u>		angenommen 13 / 0 / 0
						<u>+ 130.000</u>		<u>+ 260.000</u>		<u>+ 260.000</u>		<u>+ 260.000</u>		<u>+ 260.000</u>		
5	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Benutzungsentgelte für die Neustadt mühle, u.a. für den Wachschutz										332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	dauerh.	
						+ 860.000		+ 860.000		+ 860.000		+ 860.000		<u>+ 860.000</u>		angenommen 13 / 0 / 0
						<u>+ 860.000</u>		<u>+ 860.000</u>		<u>+ 860.000</u>		<u>+ 860.000</u>		<u>+ 860.000</u>		
6	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Benutzungsentgelte Predigerseminar										332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	dauerh.	
						+ 284.000		+ 284.000		+ 284.000		+ 284.000		<u>+ 284.000</u>		angenommen 13 / 0 / 0
						<u>+ 284.000</u>		<u>+ 284.000</u>		<u>+ 284.000</u>		<u>+ 284.000</u>		<u>+ 284.000</u>		

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands		
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen			
7	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA			+ 3.861.550			+ 4.062.400			+ 4.062.400			+ 4.062.400			dauerh. angenommen 13 / 0 / 0	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
	7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		7.242.000	26.442.000	+ 19.200.000	0	+ 19.200.000	0	+ 19.200.000	0	+ 19.200.000	0	+ 19.200.000	0				
8	1.36.3630.11.02	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Sonderbudget UmF - Aufstockung auf insgesamt 23,2 Mio. €	JHA			+ 19.200.000			+ 19.200.000			+ 19.200.000			+ 19.200.000			dauerh. angenommen 13 / 0 / 0	348110 Erstattungen vom Land
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		2.786.250	3.620.250	0	+ 834.000	0	+ 854.000	0	+ 854.000	0	+ 854.000	0	+ 854.000				
9	1.36.3630.16.05	Sozialraumarbeit	JHA			- 20.000												einmalig angenommen 13 / 0 / 0	427140 Veranstaltungen
10	1.36.3670.01.01	Kinder- und Jugendschutzhause Ölper	JHA			+ 90.000			+ 90.000			+ 90.000			+ 90.000			dauerh. angenommen 13 / 0 / 0	443175 Sonst. Geschäftsaufwendungen
11	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA			+ 148.000			+ 148.000			+ 148.000			+ 148.000			dauerh. angenommen 13 / 0 / 0	427125 Lebensmittel
12	1.36.3670.01.03	Inobhutnahme UmF in sonst städt. Einrichtungen	JHA			+ 124.000			+ 124.000			+ 124.000			+ 124.000			dauerh. angenommen 13 / 0 / 0	427155 Sonstige Verbrauchsmittel

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen		
13	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA					+ 312.000			+ 312.000			+ 312.000			+ 312.000	dauerh. angenommen 13 / 0 / 0
								+ 312.000			+ 312.000			+ 312.000			+ 312.000	
14	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA					+ 180.000			+ 180.000			+ 180.000			+ 180.000	dauerh. angenommen 13 / 0 / 0
								+ 180.000			+ 180.000			+ 180.000			+ 180.000	
15	510-1000	Allgemeine Erziehungshilfe	JHA					- 20.000			- 20.000			- 20.000			- 20.000	einmalig angenommen 13 / 0 / 0
								- 20.000			- 20.000			- 20.000			- 20.000	
	18	Transferaufwendungen			87.548.500	106.836.500	0	+ 19.288.000		0	+ 19.288.000		0	+ 19.288.000		0	+ 19.288.000	
								+ 19.288.000			+ 19.288.000			+ 19.288.000			+ 19.288.000	
16	1.36.3630.11.02	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	JHA					+ 19.200.000			+ 19.200.000			+ 19.200.000			+ 19.200.000	dauerh. angenommen 13 / 0 / 0
								+ 19.200.000			+ 19.200.000			+ 19.200.000			+ 19.200.000	
17	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA					+ 88.000			+ 88.000			+ 88.000			+ 88.000	dauerh. angenommen 13 / 0 / 0
								+ 88.000			+ 88.000			+ 88.000			+ 88.000	
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen			8.443.900	8.928.900	0	+ 485.000		0	+ 615.000		0	+ 615.000		0	+ 615.000	
								+ 485.000			+ 615.000			+ 615.000			+ 615.000	
18	1.36.3630.11.02	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	JHA					+ 43.600			+ 43.600			+ 43.600			+ 43.600	dauerh. angenommen 13 / 0 / 0
								+ 43.600			+ 43.600			+ 43.600			+ 43.600	
			BA					+ 43.600			+ 43.600			+ 43.600			+ 43.600	angenommen 10 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
19	1.36.3630.11.02	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	JHA				+ 19.400		+ 19.400		+ 19.400		dauerh.	445517 Erstattungen an Gebäudemanagement - Betriebskosten warm
			BA				+ 19.400		+ 19.400		+ 19.400			angenommen 13 / 0 / 0
							+ 19.400		+ 19.400		+ 19.400			angenommen 10 / 0 / 0
20	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Neustadt mühle			+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000		dauerh.	443142 Gerichts- und Anwaltskosten
							+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000			angenommen 13 / 0 / 0
21	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Unterbringungskosten Predigerseminar			+ 284.000		+ 284.000		+ 284.000		dauerh.	443175 Sonstige Geschäftsaufwendungen
							+ 284.000		+ 284.000		+ 284.000			angenommen 13 / 0 / 0
22	1.36.3670.01.03	Sonst. Einrichtungen z. Inobhutnahme umF	JHA	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) Miete für die Flüchtlingsunterkunft Pippelweg			+ 130.000		+ 260.000		+ 260.000		dauerh.	445512 Erstattungen an Gebäudemanagement - Miete
			BA				+ 130.000		+ 260.000		+ 260.000			angenommen 13 / 0 / 0
							+ 130.000		+ 260.000		+ 260.000			angenommen 10 / 0 / 0
	diverse					0	+ 4.809.750	0	+ 5.277.800	0	+ 5.277.800	0		
23	diverse		JHA	Mehrbedarfe Personalaufwand Stellenschaffungen für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge; siehe Mehrerträge in lfd. Nr. 7			+ 4.809.750		+ 5.277.800		+ 5.277.800		dauerh.	diverse Sachkonten
							+ 4.809.750		+ 5.277.800		+ 5.277.800			angenommen 13 / 0 / 0
Gesamt (+) mehr/(-) weniger						+ 24.937.250	+ 25.396.750	+ 24.768.100	+ 26.034.800	+ 24.768.100	+ 26.034.800	+ 24.768.100	+ 26.034.800	
(-) Entlastung/(+) Belastung						+ 459.500		+ 1.266.700		+ 1.266.700		+ 1.266.700		

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit

	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen		18.290.000	18.290.000	0	0	2.022.000	0	4.235.000	0	6.231.000	0			
1	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung	AfSG	Mehrertrag SGB II - Kosten der Unterkunft/Heizung aufgrund der Flüchtlingsthematik - korrespondierender Anstieg mit den Aufwendungen (s. auch lfd. Nr. 9)		+ 2.022.000		+ 4.235.000		+ 6.231.000		+ 6.231.000		3 Jahre	319110 Leistungsbet. für Unterk.+Heiz. Arbeitssuchende	angenommen 11 / 0 / 0
	5	Öffentlich-rechtliche Erträge		1.788.200	2.259.200	471.000	0	471.000	0	471.000	0	471.000	0			
2	1.41.4140.10	Amtsärztlicher Dienst	AfSG	Ertragserhöhung im Zusammenhang mit der steigenden Zahl an Asylbewerberuntersuchungen (Mehraufwendungen siehe lfd. Nrn. 5 bis 7)		+ 471.000		+ 471.000		+ 471.000		+ 471.000		dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren	angenommen 11 / 0 / 0
3	1.41.4140.10	Amtsärztlicher Dienst	AfSG	Mehrertrag für 6 neu zu schaffende Stellen für Asylbewerberuntersuchungen (s. auch lfd. Nr. 12)		+ 286.000		+ 286.000		+ 286.000		+ 286.000		dauerh.	331110 Verwaltungsgebühren	angenommen 11 / 0 / 0
	7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		92.612.100	97.362.100	4.750.000	0	10.000.000	0	10.000.000	0	10.000.000	0			
4	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz	AfSG	Landeserstattung für die Aufnahme von ca. 1.000 Asylbewerbern; tatsächliche Erstattungen erfolgen mit 2-jähriger Verzögerung; Einplanung gem. Landesvorgabe im Jahr der Aufnahme; Es ist eine Erstattung auf der Grundlage des Mittelwertes der Asylbewerberzahl am Ende des Jahres der Aufnahme und des Vorjahres zu erwarten, für 2016 daher nur für 500 Asylbewerber. Den Erstattungen stehen erwartete Aufwendungen von jährlich 15 Mio. € (2016 11,25 Mio. €) gegenüber (siehe lfd. Nrn. 8 und 11).		+ 4.750.000		+ 10.000.000		+ 10.000.000		+ 10.000.000		dauerh.	348110 Erstattung v. Land	angenommen 11 / 0 / 0
	13	Aufwendungen für aktives Personal		18.267.343	18.390.343	0	+ 123.000	0	+ 123.000	0	+ 123.000	0	+ 123.000			
5	1.41.4140.10	Amtsärztlicher Dienst	AfSG	Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der steigenden Zahl an Asylbewerberuntersuchungen (Mehrerträge siehe lfd. Nr. 2)		+ 123.000		+ 123.000		+ 123.000		+ 123.000		dauerh.	401910 Beschäftigungsentgelte	angenommen 11 / 0 / 0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
15		Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.077.200	1.425.200	0	+ 348.000	0	+ 348.000	0	+ 348.000	0	+ 348.000				
6	1.41.4140.10	Arztlicher Dienst	AfSG	Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der steigenden Zahl an Asylbewerberuntersuchungen (Mehrerträge siehe lfd. Nr. 2)												424190 Sonst. Bewirtschaftungskosten	
						+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000		dauerh.	angenommen 11 / 0 / 0
						+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000			
7	1.41.4140.10	Arztlicher Dienst	AfSG	Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der steigenden Zahl an Asylbewerberuntersuchungen (Mehrerträge siehe lfd. Nr. 2)												427135 medizinischer Sachbedarf	
						+ 340.000		+ 340.000		+ 340.000		+ 340.000		+ 340.000		dauerh.	angenommen 11 / 0 / 0
						+ 340.000		+ 340.000		+ 340.000		+ 340.000		+ 340.000			
18		Transferaufwendungen		113.514.500	122.961.000	0	9.446.500	0	12.599.300	0	12.599.300	0	12.599.300				
8	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleistungsgesetz	AfSG	Aufnahme und Betreuung von ca. 1.000 Asylbewerbern in Erstaufnahmeeinrichtungen bzw. großen Wohneinheiten; Für 2016 werden Kosten für durchschnittlich 750 Asylbewerber zugrunde gelegt, da Zuweisungen verstärkt am Jahresanfang erwartet werden. Es wird von einem jährlichen Aufwand von 15.000 € je Flüchtling ausgegangen, insgesamt von 15 Mio. € (2016 11,25 Mio. €). Der Betrag setzt sich zusammen aus dieser Position und den erhöhten Personalaufwendungen (siehe lfd. Nr. 11). Zu den im Jahr der Flüchtlingsaufnahme einzuplanenden Landeserstattungen siehe lfd. Nr. 4												433940 Sonstige soziale Leistungen AG	
						+ 9.446.500		+ 12.599.300		+ 12.599.300		+ 12.599.300		+ 12.599.300		dauerh.	angenommen 11 / 0 / 0
						+ 9.446.500		+ 12.599.300		+ 12.599.300		+ 12.599.300		+ 12.599.300			
19		Sonstige ordentliche Aufwendungen		64.606.400	64.606.400	0	0	0	6.717.000	0	14.071.000	0	20.702.000				
9	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung	AfSG	Mehrbelastung SGB II - Kosten der Unterkunft/Heizung - Anstieg der Zahl der Bedarfsgemeinschaften aufgrund der Flüchtlingsthematik; Der Bund beteiligt sich an den Kosten der Unterkunft mit 30,1 % (s. auch lfd. Nr. 1).												446110 Leistungsbet. f. Unterk.+Heiz. Arbeitss.	
						+ 6.717.000		+ 14.071.000		+ 20.702.000		+ 20.702.000		+ 20.702.000		dauerh.	angenommen 11 / 0 / 0
						+ 6.717.000		+ 14.071.000		+ 20.702.000		+ 20.702.000		+ 20.702.000			
10	1.31.3129.10	Verwalt. d. Grundsich. f. Arb.suchende	AfSG	Mehrbelastung Kommunaler Finanzierungsanteil Jobcenter - Anpassung der Erstattung aufgrund der Flüchtlingsthematik												445810 Erstattung an übrige Bereiche	
						+ 200.000		+ 300.000		+ 800.000		+ 1.200.000		+ 1.200.000		dauerh.	angenommen 11 / 0 / 0
						+ 200.000		+ 300.000		+ 800.000		+ 1.200.000		+ 1.200.000			

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €						Dauer	Art des Ertrages/Aufwands			
				bisher	neu	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen	2019	
	diverse					0	0	0	0	0	0	0	0	0		
11	diverse, insbesondere 1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz	AfSG			Mehrbedarfe Personalaufwand Stellenschaffungen für neu zu schaffende Stellen für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen (s. auch lfd. Nr. 8)	+ 1.803.500		+ 2.400.700		+ 2.400.700		+ 2.400.700		dauerh.	diverse Sachkonten
							<u>+ 1.803.500</u>		<u>+ 2.400.700</u>		<u>+ 2.400.700</u>		<u>+ 2.400.700</u>			angenommen 11 / 0 / 0
12	diverse, insbesondere 1.41.4140.10	Amtsärztlicher Dienst	AfSG			Mehrbedarfe Personalaufwand Mehraufwand für 6 neu zu schaffende Stellen für Asylbewerberuntersuchungen (s. auch lfd. Nr. 3)	+ 286.000		+ 286.000		+ 286.000		+ 286.000		dauerh.	diverse Sachkonten
							<u>+ 286.000</u>		<u>+ 286.000</u>		<u>+ 286.000</u>		<u>+ 286.000</u>			angenommen 11 / 0 / 0
Gesamt (+) mehr/(-) weniger				+ 5.507.000	+ 12.207.000	+ 12.779.000	+ 22.774.000	+ 14.992.000	+ 30.628.000	+ 16.988.000	+ 37.659.000					
(-) Entlastung/(+) Belastung					+ 6.700.000		+ 9.995.000		+ 15.636.000		+ 20.671.000					

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €								Art des Ertrages/Aufwands
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen

Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	510-3100	Kitas, städtisch	Verschiebung von 5S.510006.00.511. Haushaltssmittel für das Familienzentrum Schwedenheim werden überwiegend für geringwertige Vermögensgegenstände bis 150 € verwendet.			+ 9.800		+ 9.800		+ 9.800		+ 9.800		+ 9.800	dauerh.	422210 Geringwertige VG ab 100 bis 150 € netto
	5S.510006.00.511	GVG Sammelprojekt Kitas in eigener Verwaltung	Verschiebung auf 422210, KST: 510-3100. Ansatz Familienzentrum Schwedenheim. Verwendung erfolgt überwiegend für Aufwendungen im lfd. Haushalt.		- 9.800		- 9.800		- 9.800		- 9.800		- 9.800		dauerh.	422900 Erwerb Vermögensgegenstände Festwert

Teilhaushalte Politische Gremien, FB 40 - Schule, TH Kultur und Wissenschaft, FB 66 - Tiefbau und Verkehr, FB 67 - Stadtgrün und Sport

	Diverse			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
		Umsetzung der Mittel der Stadtbezirksräte auf ein Sachkonto im Teilhaushalt Politische Gremien zur Vereinfachung der Bewirtschaftung der Bezirksratsmittel. (Hinweis: Die Aufteilung der Mittel auf die jeweiligen Stadtbezirksräte entsprechend der Ziffer 2.2.3.3 des Vorberichts bleibt bestehen. Auch die Aufteilung nach den verschiedenen Verwendungszwecken wird weiter dargestellt. Für die nicht budgetierten Stadtbezirksräte gilt diese Aufteilung nach Verwendungszweck verbindlich, für budgetierte Stadtbezirksräte bleibt sie als Anhaltspunkt bestehen.)													dauerh.	
	5S.400043	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR			- 12.900		- 12.900		- 12.900		- 12.900		- 12.900		- 12.900	422900 Erwerb Vermögensgegenstände Festwert
	5S.410008	FB 41: Ortsbüchereien StBezR			- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000		- 20.000	422900 Erwerb Vermögensgegenstände Festwert
	4S.660015	FB 66: Instandh. Stadtbezirk			- 190.700		- 190.700		- 190.700		- 190.700		- 190.700		- 190.700	421210 Unterhaltung Infrastrukturvermögen
	4S.670041	FB 67: Grüninstandhaltung Stadtbezirk			- 9.500		- 9.500		- 9.500		- 9.500		- 9.500		- 9.500	421270 Infrastrukturvermögen - Unterhaltung von Grünanlagen
	4S.670044	Grünanlagen-/Hochbau- unterhaltung Friedhöfe StBezR			- 27.400		- 27.400		- 27.400		- 27.400		- 27.400		- 27.400	Diverse Sachkonten
	000-2112 bis -2332	Kostenstellen der Stadtbezirksräte			- 33.000		- 33.000		- 33.000		- 33.000		- 33.000		- 33.000	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
	000-2112 bis -2332	Kostenstellen der Stadtbezirksräte			- 11.900		- 11.900		- 11.900		- 11.900		- 11.900		- 11.900	427130 Repräsentationsaufwendungen
	000-2112 bis -2332	Kostenstellen der Stadtbezirksräte			+ 305.400		+ 305.400		+ 305.400		+ 305.400		+ 305.400		+ 305.400	449140 Aufwendungen Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €								Art des Ertrages/Aufwands
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	2016	Erträge	Aufwendungen	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen

Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport

	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen			0	+ 18.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	1.55.5510.11.01	Fuhrparkmanagement	Mittel für die Erstellung eines konzernweit wirksamen Mobilitätskonzeptes (Umsetzung von nicht mehr benötigten Leasingraten des Teilhaushalts Stst. 0800 - Wirtschaftsdezernat)			+ 18.000		0			0			0		443140 Prüfung- und Beratungskosten

Teilhaushalt Stst. 0800 - Wirtschaftsdezernat

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	- 18.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	4E.000001.02.505	Metropolregion - Schaufenster Elektromobilität	Umsetzung von Mitteln zum Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport für die Erstellung eines konzernweit wirksamen Mobilitätskonzeptes (hier: nicht mehr benötigte Leasingraten)			- 18.000		0			0			0		421210 Unterhaltung des Infrastrukturvermögens
Gesamt					0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Belastung					0		0		0		0		0		0	

Anlage 5

Finanzhaushalt (inkl. IP)

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	
123	5E.20 NEU	NiWo / Kapitalerhöhung	BIBS	bisher neu Veränderung	2.500.000 0 -2.500.000	0 0 *)	0 *) *)	0 *) *)	2.500.000 *) *)	0 *) *)	<p>zusätzliche Haushaltssmittel zur Kapitalerhöhung der NiWo (Hintergrund: Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch die NiWo); es soll zeitnah ein Vorschlag zur Umsetzung der Kapitalerhöhung mit konkreten Zahlen zum Umfang sowie einen Zeitplan vorgelegt werden; ein gleichlautender Antrag der BIBS-Fraktion wurde in der Ratssitzung am 2. Juni 2015 zurückgestellt</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen (Nr. 4) der Verwaltung ist für das Jahr 2018 eine Kapitalerhöhung in Höhe von 2,5 Mio. € geplant.</p> <p>abgelehnt 1/7/2</p>
			BA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
Projekte die durch den FB 65 umgesetzt werden												
Teilhaushalt 20 - Finanzen												
Erweiterung BBS V												
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit												
17		(Veränderungen)		0	0	320.000	418.400	95.000	0	-833.400		
124	4E.210116	BBS V/ Erweiterung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher neu	913.400 913.400	80.000 80.000	0 320.000	0 418.400	0 95.000	0 0	833.400 0	keine Verschiebung der Maßnahmen zur Erweiterung und Sanierung der BBS V, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (11a und 11b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll gemäß Fraktion im Jugendhilfeausschuss, Schulausschuss und Bauausschuss beraten werden.
			Veränderung		0		320.000	418.400	95.000	0	-833.400	Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist das Projekt auf 2020 ff verschoben worden.
			JHA	0		320.000	418.400	95.000	0	-833.400	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen	
			SchA	0		<u>320.000</u>	<u>418.400</u>	<u>95.000</u>	0	<u>-833.400</u>	angenommen 14/4/0	
			BA								abgelehnt 2/7/1	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	1.280.000	1.673.600	380.000	0	-3.333.600	
124	4E.210116	BBS V/ Erweiterung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher neu	3.653.600 3.653.600	320.000 320.000	0 1.280.000	0 1.673.600	0 380.000	0 0	3.333.600 0
			Veränderung		0	1.280.000	1.673.600	380.000	0	-3.333.600	
						VE 2017: 0	VE 2017 neu: 1.673.600	VE 2017 Veränderung: 1.673.600			
						VE 2018: 0	VE 2018 neu: 380.000	VE 2018 Veränderung: 380.000			
			JHA		0	1.280.000	1.673.600	380.000	0	-3.333.600	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			SchA		0	1.280.000	1.673.600	380.000	0	-3.333.600	angenommen 14/4/0
			BA								abgelehnt 2/7/1

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ausbau OGSe											
Planung Ganztagsbetrieb GS Lehndorf											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17		(Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
3E.21 NEU	GS Lehndorf /Planung Ganztagsbetrieb	SB 321	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Planung eines Ganztagsbetriebes an der GS Lehndorf; es soll in Zusammenarbeit mit den Gremien der Schule geprüft werden, inwieweit auch ohne Neubau der Mensa unter Kooperation mit z.B. dem Seniorenzentrum In den Rosenäckern ein Ganztagsbetrieb der GS Lehndorf umgesetzt werden kann
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	
			JHA	0	0	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Bündnis 90 / Die Grünen hat neben der Planung des Ganztagsbetriebes GS Lehndorf auch dessen Umsetzung für 2016 beantragt. Für die Planung von OGSe stehen unter dem Projekt 3S.200001 jährlich 50 TEUR zur Verfügung.
			SchA								
			BA								

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ausbau und Einrichtung Ganztagsbetrieb GS Stöckheim											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17		(Veränderungen)		500.000	0	0	500.000	0	0	0	
	4E.21 NEU	GS Stöckheim / Ausbau und Einr. Ganztagsbetrieb	SB 211								
				bisher neu	0 500.000	0 0	0 500.000	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Erweiterung der GS Stöckheim (Grund: Wachstum des Stadtbezirks) und der Einrichtung eines Ganztagsbetriebes in der GS Stöckheim - siehe auch Zeile 26
				Veränderung	500.000	0	500.000	0	0	0	
				JHA SchA BA	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/9/5 abgelehnt 1/9/0
											NEU Anmerkung der Verwaltung: Ohne Planung ist eine verlässliche Kostenschätzung nicht möglich; nach grober Annahme könnte mit einem max. Kostenrahmen von 2,5 Mio. € (+/- 30 %) gerechnet werden (Anteil Aufwand: 0,5 Mio. € ; Anteil Investition: 2 Mio. €); die Umsetzung der Maßnahme wäre erst ab 2017 realistisch
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		2.000.000	0	0	2.000.000	0	0	0	
	4E.21 NEU	GS Stöckheim / Ausbau und Einr. Ganztagsbetrieb	SB 211								
				bisher neu	0 2.000.000	0 0	0 2.000.000	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Erweiterung der GS Stöckheim (Grund: Wachstum des Stadtbezirks) und der Einrichtung eines Ganztagsbetriebes in der GS Stöckheim - siehe auch Zeile 17
				Veränderung	2.000.000	0	2.000.000	0	0	0	
				JHA SchA BA	<u>2.000.000</u>	<u>0</u>	<u>2.000.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/9/5 abgelehnt 1/9/0
											NEU Anmerkung der Verwaltung: Ohne Planung ist eine verlässliche Kostenschätzung nicht möglich; nach grober Annahme könnte mit einem max. Kostenrahmen von 2,5 Mio. € (+/- 30 %) gerechnet werden (Anteil Aufwand: 0,5 Mio. € ; Anteil Investition: 2 Mio. €); die Umsetzung der Maßnahme wäre erst ab 2017 realistisch

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ausbau von zwei weiteren OGS'en (vorrangig GS Lehndorf)											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17		(Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
125	4E.21 NEU	OGSen /Ausbau	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Umwandlung weiterer Grundschulen in OGSEN für das Haushaltsjahr 2016, um einen bedarfsgerechten Ausbau der Schulkindbetreuungsplätze auf 60% zeitnah zu erreichen; in 2016 soll mit den Planungen und Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen - vorrangig GS Lehndorf - begonnen werden - siehe hierzu auch Zeile 26;
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	Der Antrag soll gemäß Fraktion im Jugendhilfeausschuss und im Schulausschuss beraten werden.
			Veränderung	0	0	*)	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Eine Kostenschätzung zu den Baukosten als auch den lfd. Kosten liegt noch nicht vor.
											SB 321 hat zur GS Lehndorf einen vergleichbaren Antrag gestellt.
			JHA	0		*)	0	0	0	0	angenommen 7/3/2
			BA	0		*)	0	0	0	0	angenommen 6/4/0
			SchA								erledigt siehe neuen Antrag Nr. 125 NEU
											Anmerkung der Verwaltung zum Schulausschuss: Der in dem Beschlussvorschlag vorgesehene Beginn von Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen zur Herrichtung Ganztagsinfrastruktur in 2016 ist nicht möglich, da es hierzu noch keine entsprechenden Planungen gibt. Daher sind im Entwurf des Haushalte 2016 auch keine Haushaltssmittel für die bauliche Umsetzung zur Herrichtung der Ganztagsinfrastruktur an weiteren Grundschulen über die Grundschule Lamme hinaus enthalten. Dieses gilt auch für die Grundschule Lehndorf, für die ggf. aus dem Projekt "Planung weiterer Ganztagsklassen-3S.200001" (jährlich 50 TEUR) entsprechende Planungen angestossen werden könnten.

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
125	4E.21 NEU	OGSen /Ausbau	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Umwandlung weiterer Grundschulen in OGSen für das Haushaltsjahr 2016, um einen bedarfsgerechten Ausbau der Schulkindbetreuungsplätze auf 60% zeitnah zu erreichen; in 2016 soll mit den Planungen und Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen - vorrangig GS Lehndorf - begonnen werden - siehe hierzu auch Zeile 17;
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	Der Antrag soll gemäß Fraktion im Jugendhilfeausschuss und im Schulausschuss beraten werden.
			Veränderung	0	*)	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Eine Kostenschätzung zu den Baukosten als auch den lfd. Kosten liegt noch nicht vor.
											SB 321 hat zur GS Lehndorf einen vergleichbaren Antrag gestellt.
			JHA	0	*)	0	0	0	0	0	angenommen 7/3/2
			BA	0	*)	0	0	0	0	0	angenommen 6/4/0
			SchA								erledigt siehe neuen Antrag Nr. 125 NEU
											Anmerkung der Verwaltung zum Schulausschuss: Der in dem Beschlussvorschlag vorgesehene Beginn von Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen zur Herrichtung Ganztagsinfrastruktur in 2016 ist nicht möglich, da es hierzu noch keine entsprechenden Planungen gibt. Daher sind im Entwurf des Haushalts 2016 auch keine Haushaltssmittel für die bauliche Umsetzung zur Herrichtung der Ganztagsinfrastruktur an weiteren Grundschulen über die Grundschule Lamme hinaus enthalten. Dieses gilt auch für die Grundschule Lehndorf, für die ggf. aus dem Projekt "Planung weiterer Ganztagschulen-3S.200001" (jährlich 50 TEUR) entsprechende Planungen angestossen werden könnten.

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ausbau von zwei weiteren OGS'en											
	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		1.000.000	0	0	400.000	600.000	0	0	
125 NEU	4E.21 NEU	OGSen /Ausbau	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher neu	0 1.000.000	0 0	0 400.000	0 600.000	0 0	0 0	<p>Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ändert den eigenen Antrag 125 im Schulausschuss wie folgt:</p> <p>zusätzliche Haushaltssmittel für die Umwandlung weiterer Grundschulen in OGSen für das Haushaltsjahr 2016, um einen bedarfsgerechten Ausbau der Schulkindbetreuungsplätze auf 60% zeitnah zu erreichen; in 2016 soll mit den Planungen und Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen - vorrangig GS-Lehndorf- begonnen werden; als Beträge sollen für 2017 Mittel in Höhe von 400 TEUR und für 2018 in Höhe von 600 TEUR für bauliche Maßnahmen an 2 Schulen für den OGS-Ausbau eingeplant werden - siehe hierzu auch Zeile 26;</p> <p>Anmerkung der Verwaltung zum Schulausschuss:</p> <p>Der in dem Beschlussvorschlag vorgesehene Beginn von Baumaßnahmen an zwei weiteren Grundschulen zur Herrichtung Ganztagsinfrastruktur in 2016 ist nicht möglich, da es hierzu noch keine entsprechenden Planungen gibt. Daher sind im Entwurf des Haushalts 2016 auch keine Haushaltssmittel für die bauliche Umsetzung zur Herrichtung der Ganztagsinfrastruktur an weiteren Grundschulen über die Grundschule Lamme hinaus enthalten. Dieses gilt auch für die Grundschule Lehndorf, für die ggf. aus dem Projekt "Planung weiterer Ganztagschulen-3S.200001" (jährlich 50 TEUR) entsprechende Planungen angestossen werden könnten.</p>
			SchA	0	0	400.000	600.000	0	0	0	angenommen 14/3/0
											NEU: Anmerkung der Verwaltung zum FPA:
											Ohne konkrete Schulvorschläge ist eine realistische Kostenschätzung kaum möglich. Unabhängig davon könnte im ersten Schritt mit einer groben Kostenschätzung von max. 2,5 Mio. € je Schule (+/- 30 %) gerechnet werden (Anteil Aufwand: 1 Mio. € ; Anteil Investition: 4 Mio. €). Für die lfd. Kosten liegt uns noch keine Kostenschätzung vor. Die im Fraktionsantrag genannten Baukosten in Höhe von 1 Mio. € für 2 Schulen erscheinen nicht auskömmlich.

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Schulsanierungsprogramm											
Sanierung Grundschule Mascheroder Holz											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17		(Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
	4E.21 NEU	GS Mascheroder Holz / Sanierung Sanitäranlagen	SB 213		bisher 0 neu 0	0 0 *) 0	0 0 *) 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	<p>zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung der sanitären Anlagen in der Grundschule Mascheroder Holz für das Haushaltsjahr 2016</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor.</p> <p>abgelehnt 0/8/6 abgelehnt 0/7/3</p>
Sanierung GS Melverode											
17		(Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
	4E.210134	GS Melverode / Sanierung	SB 212	bisher 794.000 neu 794.000	8.000 8.000	0 27.000	60.000 180.000	280.000 360.000	329.400 219.000	116.600 0	<p>keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Melverode von 2016 auf 2017, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (29a und 29b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde der Beginn des Projekts von 2016 auf 2017 verschoben.</p> <p>abgelehnt 0/7/10 abgelehnt 3/7/0</p>

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
	4E.210134	GS Melverode / Sanierung	SB 212	bisher neu	3.516.200 3.516.200	372.000 372.000	0 108.000	240.000 720.000	1.120.000 1.440.000	1.317.600 876.200	466.600 0
				Veränderung			0	108.000	480.000	320.000	-441.400
										-466.600	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Melverode von 2016 auf 2017, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (29a und 29b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 17
											Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde der Beginn des Projekts von 2016 auf 2017 verschoben.
											abgelehnt 0/7/10 abgelehnt 3/7/0
Sanierung Grundschule Waggum											
	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	24.000	174.000	-198.000	
	4E.210135	GS Waggum/ Sanierung	SB 112	bisher neu	644.400 644.400	0 0	0 0	0 24.000	50.000 224.000	594.400 396.400	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Waggum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (30a und 30b) vorgeschlagen hat, da nebenan eine Flüchtlingsunterkunft gebaut werden soll - siehe hierzu auch Zeile 26;
				Veränderung			0	0	24.000	174.000	-198.000
											Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben.
											Es liegt ein gleichlautender Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vor.
											angenommen 8/7/3 abgelehnt 3/7/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
126- 1	4E.210135	GS Waggum/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	644.400	0	0	0	0	50.000	594.400	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Waggum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (30a und 30b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden
			neu	644.400	0	0	0	24.000	224.000	396.400	
			Veränderung	0	0	0	24.000	174.000	-198.000		
			SchA BA	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>24.000</u>	<u>174.000</u>	<u>-198.000</u>		<u>angenommen 8/7/3 abgelehnt 3/7/0</u>
<hr/>											
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>96.000</u>	<u>696.000</u>	<u>-792.000</u>	
<hr/>											
	4E.210135	GS Waggum/ Sanierung	SB 112								
			bisher	2.577.600	0	0	0	0	200.000	2.377.600	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Waggum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (30a und 30b) vorgeschlagen hat, da nebenan eine Flüchtlingsunterkunft gebaut werden soll - siehe hierzu auch Zeile 17;
			neu	2.577.600	0	0	0	96.000	896.000	1.585.600	
			Veränderung	0	0	0	96.000	696.000	-792.000		
			SchA BA	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>96.000</u>	<u>696.000</u>	<u>-792.000</u>		<u>angenommen 8/7/3 abgelehnt 3/7/0</u>

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
126- 1	4E.210135	GS Waggum/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher neu	2.577.600 2.577.600	0 0	0 0	0 96.000	200.000 896.000	2.377.600 1.585.600	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Waggum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (30a und 30b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag des SB 112 vor. SchA BA

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung Grundschule Büttenweg											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17		(Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
126-1	4E.210146	GS Büttenweg / Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	706.000	0	0	0	60.000	646.000		keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Büttenweg von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (35a und 35b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden
			neu	706.000	0	0	0	30.000	230.000	446.000	
			Veränderung	0	0	0	30.000	170.000	-200.000		
			SchA								
			BA								
Anmerkung der Verwaltung:											
Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben.											
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
126-1	4E.210146	GS Büttenweg / Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen								
			bisher	2.824.000	0	0	0	240.000	2.584.000		keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Büttenweg von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (35a und 35b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 17; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden
			neu	2.824.000	0	0	0	120.000	920.000	1.784.000	
			Veränderung	0	0	0	120.000	680.000	-800.000		
			SchA								
			BA								
Anmerkung der Verwaltung:											
Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben.											

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung Grundschule Querum											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17		(Veränderungen)		0	0	0	0	24.000	174.000	-198.000	
	4E.210147	GS Querum/ Sanierung	SB 112		bisher 502.000 neu 502.000 Veränderung 0	0 0 0	0 0 0	0 24.000 24.000	50.000 224.000 174.000	452.000 254.000 -198.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Querum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (36a und 36b) vorgeschlagen hat, da entsprechende Kapazitäten bei erhöhten Schülerzahlen erforderlich sind - siehe hierzu auch Zeile 26 Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vor. SchA BA 0 0 0 24.000 174.000 -198.000 angenommen 8/7/2 abgelehnt 3/7/0
126-1	4E.210147	GS Querum/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen		bisher 502.000 neu 502.000 Veränderung 0	0 0 0	0 0 0	0 24.000 24.000	50.000 224.000 174.000	452.000 254.000 -198.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Querum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (36a und 36b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag des SB 112 vor. SchA BA 0 0 0 24.000 174.000 -198.000 angenommen 8/7/2 abgelehnt 3/7/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	96.000	696.000	-792.000	
	4E.210147	GS Querum/ Sanierung	SB 112		bisher 2.008.000 neu 2.008.000 Veränderung 0	0 0 0	0 0 0	96.000 96.000 96.000	696.000 696.000 696.000	1.808.000 1.016.000 -792.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Querum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (36a und 36b) vorgeschlagen hat, da entsprechende Kapazitäten bei erhöhten Schülerzahlen erforderlich sind - siehe hierzu auch Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vor. SchA BA 0 0 0 96.000 696.000 -792.000 angenommen 8/7/2 abgelehnt 3/7/0
126- 1	4E.210147	GS Querum/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen		bisher 2.008.000 neu 2.008.000 Veränderung 0	0 0 0	0 0 0	96.000 96.000 96.000	696.000 696.000 696.000	1.808.000 1.016.000 -792.000	keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme GS Querum von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (36a und 36b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 17; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. Es liegt ein gleichlautender Antrag des SB 112 vor. SchA BA 0 0 0 96.000 696.000 -792.000 angenommen 8/7/2 abgelehnt 3/7/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung BBS V Abt. Leohnhardstraße											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17		(Veränderungen)		0	0	0	0	24.000	184.000	-208.000	
126-1	4E.210151	BBS V Abt. Leonardstraße/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen		bisher 340.000 neu 340.000 Veränderung 0	0 0 0	0 24.000 24.000	40.000 224.000 184.000	300.000 92.000 -208.000		keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme BBS V Abt. Leonhardstraße von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (40a und 40b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden
			SchA BA			0	0	24.000	184.000	-208.000	Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. angenommen 9/7/2 abgelehnt 3/7/0
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	96.000	736.000	-832.000	
126-1	4E.210151	BBS V Abt. Leonardstraße/ Sanierung	Bündnis 90 / Die Grünen		bisher 1.360.000 neu 1.360.000 Veränderung 0	0 0 0	0 96.000 96.000	160.000 896.000 736.000	1.200.000 368.000 -832.000		keine Verschiebung der Schulsanierungsmaßnahme BBS V Abt. Leonhardstraße von 2018 auf die Jahre 2019 ff, wie es die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen (40a und 40b) vorgeschlagen hat - siehe hierzu auch Zeile 26; der Antrag soll im Schulausschuss, Bauausschuss und dem FPA beraten werden
			SchA BA			0	0	96.000	736.000	-832.000	Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde dieses Projekt von 2018 auf 2019 verschoben. angenommen 9/7/2 abgelehnt 3/7/0

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Neubau Feuerwehrgerätehaus Timmerlah											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17	(Veränderungen)				0	0	0	0	0	0	
					bisher 100.000	0	0	100.000	0	0	keine Verschiebung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses Timmerlah auf 2020 - siehe auch Zeile 26
					neu 0	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Die von der Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen eingeplanten Planungsmittel für 2017 können entfallen, da gemäß Antrag des SB 222 die gesamte Baumaßnahme ab 2016 wieder neu eingeplant werden soll.
					Veränderung 100.000	0	-100.000	0	0	0	abgelehnt 0/7/2 abgelehnt 1/8/1
					FwA						
					BA						
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)				0	0	0	0	0	0	
					bisher 700.000	0	0	0	0	700.000	keine Verschiebung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses Timmerlah auf 2020 - siehe auch Zeile 17
					neu 800.000	0	160.000	600.000	40.000	0	Anmerkung der Verwaltung: Die von der Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen eingeplanten Planungsmittel unter dem Projekt 3E.21004 für 2017 können entfallen
					Veränderung 100.000	160.000	600.000	40.000	0	-700.000	abgelehnt 0/6/3 abgelehnt 1/8/1
					FwA						
					BA						

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Einrichtung 6. IGS											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17		(Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
127	4E.21 NEU	6. IGS / Einrichtung	Die Linke	bisher neu	0 0	0 *)	0 *)	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Einrichtung einer weiteren integrierten Gesamtschule gemäß dem niedersächsischen Schulgesetz zum Schuljahr 2017/2018
			Veränderung		0	*)	*)	0	0	0	abgelehnt 1/7/6 abgelehnt 1/9/0
SchA											
BA											
26 Baumaßnahmen											
127	4E.21 NEU	6. IGS / Einrichtung	Die Linke	bisher neu	0 0	0 *)	0 *)	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Einrichtung einer weiteren integrierten Gesamtschule gemäß dem niedersächsischen Schulgesetz zum Schuljahr 2017/2018
			Veränderung		0	*)	*)	0	0	0	abgelehnt 1/7/6 abgelehnt 1/9/0
SchA											
BA											

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
sonstige Maßnahmen											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17	(Veränderungen)			365.000	0	365.000	0	0	0	0	
3E.21 NEU Jugendzentrum im Osten BS / Planung				SB 114							
				bisher	0	0	0	0	0	0	
				neu	15.000	0	15.000	0	0	0	
				Veränderung	15.000		15.000	0	0	0	
				JHA	<u>15.000</u>		<u>15.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 0/7/3
				BA							
3E.21 NEU Familienzentrum / Schaffung				SB 120							
				bisher	0	0	0	0	0	0	
				neu	40.000	0	40.000	0	0	0	
				Veränderung	40.000		40.000	0	0	0	
				JHA	<u>40.000</u>		<u>40.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 3/7/0
				BA							
3E.21 NEU Integrations- und Begegnungsstätte Südstadt-Rautheim-Mascherode / Planung				SB 213							
				bisher	0	0	0	0	0	0	
				neu	30.000	0	30.000	0	0	0	
				Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	
				BA							

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
126- 3	3E.21 NEU	Abläufe Bauplanung / Prozessanalyse	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher neu Veränderung	0 0 0	0 0 *)	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beteiligung externer Sachverständiger an der Analyse der Bauplanungsabläufe NEU: Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung plant bereits die Durchführung einer externen Organisationsuntersuchung der gesamten Grundstücks- und Gebäudewirtschaft, siehe auch Mitteilung v. 14.01.2016 "Überörtliche Prüfung - Nds. Landesrechnungshof, Strukturen und Organisation des kommunalen Gebäude- und Liegenschaftsmanagements", Drucksache 16-01408. Es soll eine Überprüfung der Schnittstellen und Aufgabenabgrenzungen einschließlich der Prozesse und Strukturen erfolgen.
			SchA BA								abgelehnt 4/4/7 abgelehnt 3/7/0
	4E.21 NEU	Gemeinschaftshaus Geitelde / Energetische Sanierung	SB 222	bisher neu Veränderung	0 260.000 260.000	0 0 260.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die energetische Sanierung des Gemeinschaftshauses Geitelde für das Haushaltsjahr 2016 (260.000 €); es soll dabei auch in Betracht gezogen werden, diese Sanierung ggf. in zwei Bauabschnitten durchzuführen BA abgelehnt 0/7/3

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	4S.210036	ev. Kindergarten "Sternschnuppe" / Erneuerung Flachdach	SB 323	bisher 0 neu 270.000	0 270.000	0 270.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Erneuerung des Flachdaches des ev. Kindergartens "Sternschnuppe" in Wenden für das Haushaltsjahr 2016
<hr/>											
			JHA BA	0	270.000	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung liegt noch nicht vor. ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 0/8/1
<hr/>											
	4S.21 NEU	Freiwillige Feuerwehr / Global-Instandhaltungen	SB 321	bisher 0 neu 37.300	0 37.300	0 37.300	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für den Einbau von Rolltoren für beide Remisen mit der dazugehörigen Anpassung der Innenbeleuchtung in den Fahrzeughallen im Feuerwehrhaus Watenbüttel für das Haushaltsjahr 2016
<hr/>											
			FwA BA								Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung der Verwaltung: 37.300 € abgelehnt 0/8/1 abgelehnt 0/6/4

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 211		bisher neu	4.247.800 4.347.800	3.203.800 3.203.800	234.000 334.000	270.000 270.000	270.000 270.000	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel zur Herrichtung des alten Feuerwehrhauses im OT Leiferde für infrastrukturelle Maßnahmen (Sport- und Vereinstreffpunkte, etc.) für das Haushaltsjahr 2016 (100.000 €) siehe auch Konzept des "Verbandes Wohneigentum" und des "VFL Leiferde" Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist der Ansatz dieses Projektes jährlich reduziert worden. abgelehnt 0/6/4
		BA		Veränderung	100.000		100.000	0	0	0	
4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 310		bisher neu	4.247.800 4.257.800	3.203.800 3.203.800	234.000 244.000	270.000 270.000	270.000 270.000	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Aus- und Umbau des Wohn- und Kulturprojektes Nexus im westlichen Ringgebiet (10.000 €) Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist der Ansatz dieses Projektes jährlich reduziert worden. Es handelt sich um ein städtisches Gebäude. Von der Partei "Bündnis 90 / Die Grünen" wurde hierzu eine Anfrage gestellt. abgelehnt 2/7/1
		BA		Veränderung	10.000		10.000	0	0	0	

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	4S.210062	FB 20: Global-Instandh. Jugendzentren	SB 112	bisher neu	223.900 263.900	223.900 223.900	0 40.000	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erneuerung der Sanitäranlagen und des Eingangsbereiches des Jugendzentrums Querum für das Haushaltsjahr 2016 (40.000 €)
			Veränderung		40.000		40.000	0	0	0	
			JHA		<u>40.000</u>		<u>40.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	ohne Beschlussfassung passieren lassen Der JHA erwartet eine schriftl. Mitteilung darüber, dass die Verwaltung den Sanierungsbedarf bei den sanitären Anlagen im Jugendzentrum Querum als nicht notwendig erachtet.
			BA								abgelehnt 0/8/1
	4S.210065	FB 20:Global Instandhaltung Schulen	SB 323	bisher neu	7.260.000 6.225.000	3.120.000 3.120.000	1.035.000 *)	1.035.000 1.035.000	1.035.000 1.035.000	1.035.000 1.035.000	zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung des Lessinggymnasiums aufgrund von Vandalismusschäden für das Haushaltsjahr 2016 , sofern die Mittel nicht durch Instandhaltungsmittel abgesichert sind.
			Veränderung				*)	0	0	0	
			SchA								Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist der Ansatz dieses Projektes jährlich um 115.000 € gekürzt worden. Von der Verwaltung ist darstellen, ob die Umsetzung noch mit den vorhandenen Mitteln möglich ist.
			BA								abgelehnt 0/15/0 abgelehnt 0/8/1

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
128	4S.210081	Städt. Stadion / Global-Instandhaltungen	Bündnis 90 / Die Grünen	bisher neu Veränderung	205.000 64.000 -141.000	0 0 -141.000	141.000 0 0	0 64.000 0	0 0 0	0 0 0	Wegfall der Haushaltssmittel für das Wegeleitsystem und für die beleuchteten Flucht- und Rettungswegkennzeichen für das Städtische Stadion für das Jahr 2016 (141.000 €) Es soll mit den Nutzern des Eintracht-Stadions darüber in Verhandlungen eingetreten werden, dass bauliche und infrastrukturelle Änderungen des Stadions, die in der Folge von Veränderungen der jeweiligen Vorgaben der Sportfachverbände notwendig werden, durch die Nutzer finanziert werden Der Antrag soll im Bauausschuss und im FPA behandelt werden BA -141.000 0 -141.000 0 0 0 0 ohne Beschlussfassung passieren lassen
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	
	4E.210091	Lessinggymnasium Wenden/San.	SB 323	bisher neu Veränderung	8.862.260 8.920.460 58.200	8.629.460 8.629.460 58.200	232.800 291.000 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Schaffung des ursprünglich geplanten behindertengerechten Zuganges (Treppenlift) innerhalb der Ortsbücherei Wenden für das Haushaltsjahr 2016 (58.200 €) Anmerkung der Verwaltung: Die Ortsbücherei befindet sich im Gebäude des Gymnasiums. Es handelt sich um eine investive Maßnahme. BA abgelehnt 0/9/1
	5E.21 NEU	IGS Querum /Neubau 3-Feldsporthalle	SB 112	bisher neu Veränderung	0 0 0	0 0 *)	0 *) *)	0 *) *)	0 *) *)	0 *) *)	zusätzliche Haushaltssmittel für den Neubau einer 3-Feldsporthalle an der IGS Querum als Ersatz für die vorhandene 1-Feldsporthalle; die IGS Querum verfügt nur über eine kleine 1-Feld-Sporthalle, die überwiegend von der ansässigen GS genutzt wird abgelehnt 0/8/7 abgelehnt 0/9/1

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	5E.210145	Sportanlage Lamme / Erweiterung Funktionsgebäude	SB 321								
<hr/>											
				bisher neu	300.000 300.000	0 0	0 300.000	300.000 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Erweiterung des Funktionsgebäudes auf der Sportanlage Lamme für das Haushaltsjahr 2016
				Veränderung	0		300.000	-300.000	0	0	
<hr/>											
				SpA BA							Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes bereits von 2019 ins Jahr 2017 vorgezogen und auf einen Betrag von 300.000 € angepasst worden. Kostenschätzung der Verwaltung: 300.000 €.
											abgelehnt 0/10/0 abgelehnt 0/9/1
<hr/>											
129	5E.210147	Sporthalle Lehndorf/ Ersatzbau	SPD								
				bisher neu	4.100.000 *)	0 0	2.100.000 *)	2.000.000 *)	0 *)	0 *)	zusätzliche Haushaltssmittel für die Schaffung einer Tribüne in der neu zu bauenden Sporthalle in Lehndorf, die für Zuschauer die Möglichkeit bietet, dem Sportgeschehen in der Halle zu folgen, ohne sich direkt im Bereich der Sportfläche aufzuhalten zu müssen; bei der Größe der Tribüne ist von einer maximalen Zuschauerzahl auszugehen, die keine besonderen baulichen Erweiterungen zur Einhaltung der Nds. Versammlungsstättenverordnung nach sich zieht
				Veränderung	*)		*)	*)	*)	*)	
<hr/>											
				SpA SchA BA							Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist dieses Projekt erst neu aufgenommen worden. Es wird auf die Vorlage der Verwaltung zur Beschlussfassung über das Raumprogramm für den Neubau der Sporthalle St.-Ingbert-Straße (DS 15-01299) verwiesen. Der Kostenrahmen für die Tribüne beläuft sich auf 1 Mio. € .
											ohne Beschlussfassung passieren lassen Antrag wird von der SPD zurückgezogen ohne Beschlussfassung passieren lassen

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 41 Kultur und Wissenschaft											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17		(Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
130	5S.410002	FB 41: Bücher der Bibliotheken (FW)	Piratenpartei	bisher	5.187.100	3.469.900	429.300	429.300	429.300	429.300	0 Reduzierung der Sachaufwendungen der Stadtbibliothek (20.000 € jährlich); es sollen etwas weniger neue Medien beschafft werden, bzw. ältere Medien minimal länger gehalten werden
				neu	5.107.100	3.469.900	409.300	409.300	409.300	409.300	0
				Veränderung	-80.000		-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	0
											Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist der Ansatz dieses Projektes bereits jährlich um rd. 48 T€ reduziert worden.
											abgelehnt 0/9/1
											AfKW

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 0600 - Baureferat											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
131	4S.000011	Ref. 0600: Instandhalt. Brunnen/Denkmal.	Piratenpartei	bisher neu	1.553.400 1.513.400	1.013.400 1.013.400	135.000 125.000	135.000 125.000	135.000 125.000	0 0	Reduzierung der Aufwendungen für die Bereitstellung von Brunnen und Denkmälern (jährlich 10.000 €); im Zweifel können einige Brunnen (ggf. eine Zeitlang) ausgeschaltet bleiben
				Veränderung	-40.000		-10.000	-10.000	-10.000	0	
											Anmerkung der Verwaltung: Die Kürzung soll dann bei der größten Sachkostenposition "Instandhaltung der Brunnen und Denkmäler" erfolgen.
											Das Budget für Brunnen und Denkmäler war im Jahr 2015 gerade auskömmlich, um die derzeit 26 städtischen Brunnenanlagen zu betreiben. Hieraus werden die Wartungen, Instandhaltungen und kleinere Sanierungsmaßnahmen an den städtischen Brunnen und Denkmäler finanziert. Insbesondere die innerstädtischen Brunnen sind zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt unverzichtbar. Eine Reduzierung des Budgets zöge in der Konsequenz folgende Maßnahmen nach sich: - Reduzierung der Brunnenlaufzeiten (derzeit von Anfang April bis Ende Oktober) oder - ggf. auch dauerhafte Außerbetriebnahme einzelner Brunnen in den Außenbezirken (z.B. Weststadt, Querum). Von einer Verlängerung der Wartungsintervalle zur Reduzierung der Kosten wird abgeraten.
											abgelehnt 0/9/1

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege											
Zuschüsse für private Denkmäler											
Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
10 (Veränderungen) 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0											
132	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	DIE LINKE		bisher 184.200 neu 51.000 Veränderung -133.200	51.000 51.000 -33.300	33.300 0 -33.300	33.300 0 -33.300	33.300 0 -33.300	0 0 0	Wegfall der Zuschüsse für private Denkmäler (Ausgaben jährlich: 100.000 €); Einnahmen jährlich: 33.300 €)-siehe auch Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Piratenpartei vor. Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltssmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 3.000 - 5.000 € - stehen in allen Fällen größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme: private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. abgelehnt 0/9/2
PIUA											

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
133	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	Piratenpartei		bisher neu	184.200 117.400	51.000 51.000	33.300 16.600	33.300 16.600	33.300 16.600	0 0
				Veränderung		-66.800		-16.700	-16.700	-16.700	0
											Reduzierung der Zuschüsse für private Denkmäler (jährlich 50.000 €) - siehe auch Zeile 17
											Anmerkung der Verwaltung: Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden (jährlich: 16.600 €).
											Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei Die LINKE vor.
											Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltssmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 3.000 - 5.000 € - stehen in allen Fällen größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme: private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.
											abgelehnt 1/9/1
											PIUA

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
132	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	DIE LINKE	bisher neu	553.000 153.000	153.000 153.000	100.000 0	100.000 0	100.000 0	100.000 0	Wegfall der Zuschüsse für private Denkmäler (Ausgaben jährlich: 100.000 €); Einnahmen jährlich: 33.300 €) - siehe auch Zeile 10
			Veränderung		-400.000		-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	
											Anmerkung der Verwaltung: Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Piratenpartei vor. Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltssmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 3.000 - 5.000 € - stehen in allen Fällen größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme: private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.
											abgelehnt 0/9/2
			PIUA								

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
133	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	Piratenpartei		bisher neu	553.000 353.000	153.000 153.000	100.000 50.000	100.000 50.000	100.000 50.000	0 0
				Veränderung		-200.000		-50.000	-50.000	-50.000	0
											<p>Reduzierung der Zuschüsse für private Denkmäler (jährlich 50.000 €) - siehe auch Zeile 10</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden (jährlich: 16.600 €).</p> <p>Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei Die LINKE vor.</p> <p>Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltssumme verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 3.000 - 5.000 € - stehen in allen Fällen größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme: private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.</p> <p>abgelehnt 1/9/1</p>
											PIUA

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz											
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			210.000	0	210.000	0	0	0	0	
5S.610033	FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abt.61.7	SB 321		bisher neu	368.000 458.000	260.000 260.000	27.000 117.000	27.000 27.000	27.000 27.000	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Errichtung eines Bolzplatzes am Hartriegelweg in Völkenrode auf der Grundlage der in 2015 seitens der Verwaltung erfolgten Planung unter Beteiligung der Jugendlichen aus Völkenrode und der ebenfalls den Platz am Hartriegelweg nutzenden Vereine und Gruppen für das Haushaltsjahr 2016 (90.000 €)
			Veränderung		90.000		90.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Kürzung des Ansatzes im Rahmen der Ansatzveränderungen um jährlich 3.000 €
			PIUA		<u>90.000</u>		<u>90.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	ohne Beschlussfassung passieren lassen Der PLUA hat darum gebeten, dass bis zum FPA die Verwaltung eine konkrete Umsetzungsperspektive aufzeigt.
											Stellungnahme der Verwaltung: Eine haushaltsneutrale Bereitstellung der benötigten Mittel ist nicht möglich. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zum Haushaltplanentwurf der Verwaltung für das Jahr 2016 ff. wurden bereits Budgetkürzungen im Teilhaushalt 61 vorgenommen. Eine weitere Kürzung kann seitens der Verwaltung nicht mehr vorgeschlagen werden.

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
5S.610033	FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abt.61.7	SB 321		bisher neu	368.000 488.000	260.000 260.000	27.000 147.000	27.000 27.000	27.000 27.000	27.000 27.000	
			Veränderung		120.000		120.000	0	0	0	0
			PIUA		<u>120.000</u>		<u>120.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
											ohne Beschlussfassung passieren lassen Der PLUA hat darum gebeten, dass bis zum FPA die Verwaltung eine konkrete Umsetzungsperspektive aufzeigt.
											Stellungnahme der Verwaltung: Eine haushaltsneutrale Bereitstellung der benötigten Mittel ist nicht möglich. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zum Haushaltplanentwurf der Verwaltung für das Jahr 2016 ff. wurden bereits Budgetkürzungen im Teilhaushalt 61 vorgenommen. Eine weitere Kürzung kann seitens der Verwaltung nicht mehr vorgeschlagen werden. Ergänzend ist bei dieser Maßnahme darauf hinzuweisen, dass hier anders als bei der Projektmaßnahme Hartriegelweg noch keine Vorplanung erfolgt ist.

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr											
Oberirdische Anbindung des Okeraltarms in Stöckheim mit einer Brücke											
Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
10	(Veränderungen)			50.000		50.000		0	0	0	
4S.61 NEU	Okeraltarm in Stöckheim/ Anbindung mittels Brücke	SB 211		bisher neu Veränderung	0 50.000 <hr/> 50.000	0 0 <hr/> 50.000	0 0 <hr/> 0	0 0 <hr/> 0	0 0 <hr/> 0	0 0 <hr/> 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die oberirdische Anbindung des Okeraltarms in Stöckheim mit einer Brücke an die Oker (Gesamtkosten 75.000 €; Gesamteinnahmen: 50.000 €) - siehe hierzu auch Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Nach aktuellen Schätzungen belaufen sich die Kosten für eine solche Brücke auf 90.000 € bis 130.000 €. Es ist nicht nachvollziehbar welche Art von Förderung in dem Antrag gemeint ist.
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17	(Veränderungen)			75.000		75.000		0	0	0	
4S.61 NEU	Okeraltarm in Stöckheim/ Anbindung mittels Brücke	SB 211		bisher neu Veränderung	0 75.000 <hr/> 75.000	0 0 <hr/> 75.000	0 0 <hr/> 0	0 0 <hr/> 0	0 0 <hr/> 0	0 0 <hr/> 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die oberirdische Anbindung des Okeraltarms in Stöckheim mit einer Brücke an die Oker (Gesamtkosten 75.000 €; Gesamteinnahmen: 50.000 €) - siehe hierzu auch Zeile 10 Anmerkung der Verwaltung: Nach aktuellen Schätzungen belaufen sich die Kosten für eine solche Brücke auf 90.000 € bis 130.000 €. Es ist nicht nachvollziehbar welche Art von Förderung in dem Antrag gemeint ist.

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	0	
	5E.66 NEU Geh- und Wanderweg Wiesental / Neubau	SB 322		bisher 0 neu 400.000	0 0	0 400.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für den Bau eines Geh- und Wanderweges in der Straße Wiesental für das Haushaltsjahr 2016 (400.000 €)
			Veränderung	400.000		400.000	0	0	0	0	Zur Deckung sollen die Projekte 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" (Sachkosten 160.000 €; Personalkosten: 12.800 €) und 45.660006 "FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen" (227.200 €) herangezogen werden - siehe hierzu auch Zeile 17
											Anmerkung der Verwaltung: Die Verbindung wäre nur während eines Teils des Jahres nutzbar, da die Straße schon bei geringen Hochwasserständen überschwemmt und daher gesperrt werden muss. Ein stark wasserführender Graben unmittelbar östlich der Celler Heerstraße erfordert den Bau eines Brückenbauwerks. Die Maßnahme hat verkehrlich keine Priorität.
											Das Projekt 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" ist im Rahmen der Ansatzveränderungen (Nr. 101) nicht mehr zur Umsetzung vorgesehen. Deckungsmittel stehen daher in Höhe von 160.000 € zzgl. Personalkosten nicht mehr zur Verfügung.
											abgelehnt 0/9/0
				BA							

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	5E.660102 Radweg Sandanger - Hansestraße /Bau	SB 322		bisher neu	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für den Bau eines Geh- und Wanderweges in der Straße Wiesental für das Haushaltsjahr 2016 (400.000 €) Zur Deckung sollen die Projekte 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" (Sachkosten 160.000 €; Personalkosten:12.800 €) und 4S.660006 "FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen" (227.200 €) herangezogen werden - siehe hierzu auch Zeile 17 Anmerkung der Verwaltung: Die Verbindung wäre nur während eines Teils des Jahres nutzbar, da die Straße schon bei geringen Hochwasserständen überschwemmt und daher gesperrt werden muss. Ein stark wasserführender Graben unmittelbar östlich der Celler Heerstraße erfordert den Bau eines Brückenbauwerks. Die Maßnahme hat verkehrlich keine Priorität. Das Projekt 5E.660102 "Radweg Sandanger - Hansestraße" ist im Rahmen der Ansatzveränderungen nicht mehr zur Umsetzung vorgesehen. Deckungsmittel stehen daher in Höhe von 160.000 € zzgl. Personalkosten nicht mehr zur Verfügung. abgelehnt 0/9/0

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung Querumer Straße											
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0	0	0	0	0	0	
5E.660013	Querumer Str./Straßenenerneuerung	SB 112		bisher neu	1.300.000 1.300.000	0 0	0 1.300.000	0 0	0 0	1.300.000 0	Vorziehen der Straßenenerneuerung Querumer Straße von 2019/2020 auf 2016 (Gesamteinnahmen: 1,3 Mio. €; Gesamtausgaben: 3,8 Mio. €) - siehe auch Zeile 26
			Veränderung		0		0	1.300.000	0	0	-1.300.000
BA											
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)				0	0	0	0	0	0	
5E.660013	Querumer Str./Straßenenerneuerung	SB 112		bisher neu	3.800.000 3.800.000	0 0	0 100.000	0 3.700.000	0 0	100.000 0	Vorziehen der Straßenenerneuerung Querumer Straße von 2019/2020 auf 2016 (Gesamteinnahmen: 1,3 Mio. €; Gesamtausgaben: 3,8 Mio. €) - siehe auch Zeile 20
			Veränderung		0		100.000	3.700.000	0	-100.000	-3.700.000
BA											
Neubau Parkdeck Stadthalle											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0	0	0	0	0	0	
134	4E.660013	Parkdeck Stadthalle / Neubau	DIE LINKE	bisher neu	250.000 0	0 0	0 0	250.000 0	0 0	0 0	Verzicht auf den Neubau des Parkdecks der Stadthalle - siehe auch Zeile 26
			Veränderung		-250.000		0	-250.000	0	0	
BA											
Anmerkung der Verwaltung:											
Im Rahmen der Ansatzveränderungen (91a und 91b) ist der Neubau des Parkdecks von 2016 auf das Haushaltsjahr 2018 verschoben worden.											
abgelehnt 3/6/0											

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	0	
134	4E.660013	Parkdeck Stadthalle / Neubau	DIE LINKE	bisher neu	3.750.000 0	0 0	0 0	3.750.000 0	0 0	0 0	Verzicht auf den Neubau des Parkdecks der Stadthalle - siehe Zeile 17
				Veränderung	-3.750.000		0	-3.750.000	0	0	
			BA								Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen (91a und 91b) ist der Neubau des Parkdecks von 2016 auf das Haushaltsjahr 2018 verschoben worden. abgelehnt 3/6/0
Neubau Fuß- und Radweg in Bevenrode											
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	0	
	5E.660066	Geh/Radweg Bevenr/Sportpl.Hondel/K31	SB 112	bisher neu	97.140 97.140	77.140 77.140	20.000 20.000	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für den Bau eines ca. 50 Meter langen Fuß- und Radweg von der Einmündung Schulweg bis zum Feuerwehrgerätehaus in Bevenrode; Deckungsmittel sollen aus dem Projekt 5E.660066 "Geh/Radweg Bevenr/Sportpl.Hondel/K31" verwendet werden.
				Veränderung	0	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung sind diese 20.000 € beim Projekt 5E.660066 zu dem vom SB 112 gewünschten Zweck aufgestockt worden. abgelehnt 3/6/0
			BA								

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Neubau Zwei-Richtungsradweg Wendebrück											
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	0	
5E.660077	Zwei-Richtungsradweg Wendebrück/Neubau	SB 323		bisher neu	0 190.000	0 0	0 190.000	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für den Neubau des Zwei-Richtungsradwegs Wendebrück für das Haushaltsjahr 2016 (Gesamtausgaben: 316.000 €, Gesamteinnahmen: 190.000 €).
			Veränderung		190.000		190.000	0	0	0	
											Anmerkung der Verwaltung: Für diese Maßnahme besteht eisenbahnrechtlich kein Planungsrecht. Die Maßnahme wäre bis auf weiteres nicht umsetzbar.
											abgelehnt 0/9/0
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	0	
5E.660077	Zwei-Richtungsradweg Wendebrück/Neubau	SB 323		bisher neu	19.886 335.886	19.886 19.886	0 316.000	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für den Neubau des Zwei-Richtungsradwegs Wendebrück für das Haushaltsjahr 2016 (Gesamtausgaben: 316.000 €, Gesamteinnahmen: 190.000 €).
			Veränderung		316.000		316.000	0	0	0	
											Anmerkung der Verwaltung: Für diese Maßnahme besteht eisenbahnrechtlich kein Planungsrecht. Die Maßnahme wäre bis auf weiteres nicht umsetzbar.
											abgelehnt 0/9/0

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sonstige Maßnahmen											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17	(Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	0	
	3E.66 NEU	Rad- und Fußwegsituation nördl. v. Hondelage /Vorplanung	SB 113		bisher neu	0 50.000	0 0	0 50.000	0 0	0 0	
				Veränderung		50.000		50.000	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erstellung eines Konzeptes zur Rad- und Fußwegesituation nördl. v. Hondelage in Zusammenarbeit mit den Hondelager Bürgern für das Haushaltsjahr 2016 (50.000 €);
											Anmerkung der Verwaltung: Die Tiefe Straße ist hier freie Strecke der Landesstraße L635. Zuständig ist die Landesbehörde NLStBV.
											abgelehnt 1/7/1
	3E.66 NEU	Bushaltestelle IGS Volkmarode / Vorplanung Umbau	SB 114		bisher neu	0 15.000	0 0	0 15.000	0 0	0 0	
				Veränderung		15.000		15.000	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Planung des Umbaus der Bushaltestelle inkl. der Zu- und Abfahrten an der IGS Volkmarode für das Haushaltsjahr 2106 (15.000 €)
											abgelehnt 0/8/1
	3E.66 NEU	Kreuzungsbereich in Mascherode "Görge-Kreuzung" / Vorplanung Umgestaltung	SB 213		bisher neu	0 20.000	0 0	0 20.000	0 0	0 0	
				Veränderung		20.000		20.000	0	0	zusätzliche Planungsmittel für die Umgestaltung des Kreuzungsbereichs von Möncheweg, Alte Kirchstraße, Hinter den Hainen und Am kleinen Schafkamp für das Haushaltsjahr 2016 (20.000 €)
											abgelehnt 0/6/3

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
<hr/>												
4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 113		bisher neu	16.420.300 16.430.300	11.306.900 11.306.900	1.233.100 1.243.100	1.222.100 1.222.100	1.329.100 1.329.100	1.329.100 1.329.100	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Ausbesserung des Fußweges im Bereich des Waldes zwischen Ackerweg und Tiefe Straße für das Haushaltsjahr 2016 (10.000 €); es wird beantragt, hier Splitt auftragen zu lassen
<hr/>												
Veränderung												
BA												
Anmerkung der Verwaltung:												
Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltjahre 2016 und 2017 reduziert worden.												
Der angesprochene Abschnitt des Fußweges im Bereich des Waldes zwischen Ackerweg und Tiefe Straße befindet sich nicht im Eigentum der Stadt Braunschweig und stellt auch keine gewidmete Wegefläche dar.												
abgelehnt 0/8/1												
<hr/>												
4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 114		bisher neu	16.420.300 16.448.300	11.306.900 11.306.900	1.233.100 1.261.100	1.222.100 1.222.100	1.329.100 1.329.100	1.329.100 1.329.100	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Umsetzung einer Querungshilfe der Schapenstraße in Höhe Seikenkamp für das Haushaltsjahr 2016 (28.000 €); es fallen Gesamtkosten von 38.000 € an, von denen 10.000 € aus dem Stadtbezirksratsbudget 114 getragen werden sollen
<hr/>												
Veränderung												
BA												
Anmerkung der Verwaltung:												
Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltjahre 2016 und 2017 reduziert worden.												
abgelehnt 0/10/0												
<hr/>												
4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 114		bisher neu	16.420.300 16.447.300	11.306.900 11.306.900	1.233.100 1.260.100	1.222.100 1.222.100	1.329.100 1.329.100	1.329.100 1.329.100	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Umsetzung einer Querungshilfe der Hordorfer Straße am östlichen Ortsrand von Schapen für das Haushaltsjahr 2016 (27.000 €)
<hr/>												
Veränderung												
BA												
Anmerkung der Verwaltung:												
Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltjahre 2016 und 2017 reduziert worden.												
abgelehnt 2/7/1												

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
<hr/>												
4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 224		bisher neu	16.420.300 16.445.300	11.306.900 11.306.900	1.233.100 1.258.100	1.222.100 1.222.100	1.329.100 1.329.100	1.329.100 1.329.100	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel zur Herstellung einer geeigneten Verkehrsberuhigung der Thiedestraße / Ortsdurchfahrt Rüningen (ehemalige Bundesstraße 248) für das Haushaltsjahr 2016 (25.000 €); eventuelle Kostenveränderungen durch Material- und Durchführungskostensteigerungen oder ähnlichem sind wirksam zu berücksichtigen
<hr/>												
			BA								Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltjahre 2016 und 2017 reduziert worden. abgelehnt 0/9/1	
4S.660008	FB 66: Instandhaltungen Kreisstraßen	SB 112		bisher neu	2.027.700 2.045.700	1.067.100 1.067.100	230.400 248.400	228.400 228.400	250.900 250.900	250.900 250.900	0 0	Mittel für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt Wagum hier: Umbau des Ortseingangs am Friedhof Bienroder Straße einschl. Querung für Radfahrer und Fußgänger - kein Baumtor (18.000 €) Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag des Stadtbezirksrates beinhaltet diverse verkehrsberuhigende Maßnahmen (siehe hierzu auch Zeile 26 - Baumaßnahmen) Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltjahre 2016 und 2017 reduziert worden. abgelehnt 1/9/0
<hr/>												

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
4S.660008	FB 66: Instandhaltungen Kreisstraßen	SB 112		bisher neu	2.027.700 2.037.700	1.067.100 1.067.100	230.400 240.400	228.400 228.400	250.900 250.900	250.900 250.900	0 0
			Veränderung		10.000		10.000	0	0	0	0
											Mittel für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt Waggum
											Hier: Die Kosten für die Errichtung einer Wartehalle an der Bushaltestelle Bechtsbütteler Weg in Fahrtrichtung Bevenrode in Abstimmung mit der Verkehrs-GmbH sind zu ermitteln und einzustellen. Alternativ sind für die dort dringend benötigte Sitzbank 3.000 € vorzusehen.
											Anmerkung der Verwaltung: Die Wartehalle kostet ca. 10.000 €.
											Der Antrag des Stadtbezirksrates beinhaltet diverse verkehrsberuhigende Maßnahmen (siehe hierzu auch Zeile 26 - Baumaßnahmen)
											Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltjahre 2016 und 2017 reduziert worden.
											abgelehnt 1/9/0
<hr/>											
4S.660008	FB 66: Instandhaltungen Kreisstraßen	SB 112		bisher neu	2.027.700 2.034.700	1.067.100 1.067.100	230.400 237.400	228.400 228.400	250.900 250.900	250.900 250.900	0 0
			Veränderung		7.000		7.000	0	0	0	0
											Mittel für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt Waggum
											Hier: Ortseingang Rabenrodestraße - Einstellen der Kosten von 7.000 € für Querungsnasen (Höhe Bushaltestelle) "Am Oberstiege" in Richtung Bevenrode (zuerst) und an der Einmündung "In den Grashöfen"
											Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag des Stadtbezirksrates beinhaltet diverse verkehrsberuhigende Maßnahmen (siehe hierzu auch Zeile 26 - Baumaßnahmen)
											Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes für die Haushaltjahre 2016 und 2017 reduziert worden.
											abgelehnt 1/9/0

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	0	
135	4S.660012	FB 66- Programm Radwege/Neubau	Bündnis 90 / Die Grünen		bisher 1.500.466 neu 1.700.466 Veränderung 200.000	1.100.466 1.100.466 50.000	100.000 150.000 50.000	100.000 150.000 50.000	100.000 150.000 50.000	0 0 0	Ablehnung des Einsparvorschages der Verwaltung (siehe Ansatzveränderungen), die Haushaltsmittel für den Radwege-Neubau dauerhaft um jährlich 50.000 € zu reduzieren; es wird gebeten, dem Rat konkrete Neubaumaßnahmen zur Sitzung des Bauausschusses am 09.03.2016 vorzuschlagen; Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen (Nr. 95) ist der Ansatz dieses Projektes jährlich um 50.000 € gekürzt worden. BA abgelehnt 2/7/1
	5E.66 NEU	Kreisstraße K 31 Bevenrode-Hondelage / Sanierung	SB 112		bisher 0 neu 0 Veränderung 0	0 0 *)	0 *) *)	0 *) *)	0 *) *)	0 *) *)	zusätzliche Haushaltsmittel für die Grundsanierung der Kreisstraße K31 von Bevenrode nach Hondelage einschließlich dem Einbau von drei Amphibientunneln für das Haushaltsjahr 2016; durch den Einbau von Amphibientunneln soll der Kostenaufwand der jährlichen Abspermmaßnahmen und der Sammelaktion gespart werden, Es wird weiterhin gebeten, die Kosten für einen Fuß- und Radweg für diese Straße zu benennen. BA abgelehnt 1/9/0
	5E.66 NEU	Schapenstr/Hordorfer Str / Neubau Kreiverkehr	SB 114		bisher 0 neu 500.000 Veränderung 500.000	0 0 500.000	0 0 500.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Schapenstraße/Hordorfer Straße für das Haushaltsjahr 2016 (500.000 €) BA abgelehnt 0/9/1

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	5E.66 NEU	Mascheroder Weg - Kreuzung Senefelder Straße / Neubau Kreisel	SB 211		bisher 0 neu 750.000	0 750.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Errichtung eines Kreisels auf dem Mascheroder Weg/Kreuzung Senefelderstraße für das Haushaltsjahr 2016 (Kostenangabe vom Vorjahr: 750.000 €); es soll eine möglichst kostengünstige Variante erarbeitet und die entsprechenden Kosten hierfür ermittelt werden
				Veränderung	750.000	750.000	0	0	0	0	
					BA						abgelehnt 1/7/2
	5E.660021	Okerbrücke Leiferde/Neubau	SB 211		bisher 2.050.000 neu 0	0 0	250.000 *)	0 0	1.800.000 *)	0 0	Umsetzung des Neubaus der Okerbrücke in Leiferde an der gleichen Stelle wie die bisherige Brücke, die Brücke soll auch in Zukunft für landwirtschaftlichen Verkehr, Schulbusse, Feuerwehr- und Rettungsdienst geeignet sein.
				Veränderung			*)	0	*)	0	
					BA						Anmerkung der Verwaltung: Inwieweit die vom SB beantragte Bauvariante zu anderen Kosten führt, ist noch zu ermitteln.
											abgelehnt 1/7/2
	5E.660050	Hauptstraße Wenden / Verbesserung	SB 323		bisher 150.000 neu 300.000	0 0	150.000 0	0 0	0 0	0 0	Ablehnung des Einsparvorschlags der Verwaltung (siehe Ansatzveränderungen), die Finanzraten zur Verbesserung der Hauptstraße Wenden um 150.000 € zu kürzen
				Veränderung	150.000	150.000	0	0	0	0	
					BA						Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen (Nr. 98) ist der Ansatz dieses Projektes für 2016 um 150.000 € gekürzt worden.
											abgelehnt 0/10/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5E.660088	Okerbrücke Biberweg/ Neubau	SB 321	bisher neu	630.000 630.000	0 0	0 80.000	80.000 550.000	550.000 0	0 0	Vorziehen von Haushaltssmitteln für die Planung und Ausschreibung sowie für den Ersatz der Fußgängerbrücke über die Oker in Ölper (Biberweg) auf das Haushaltsjahr 2016; mit der Planung und Ausschreibung soll in diesem Jahr begonnen werden Anmerkung der Verwaltung: Wenn im Jahr 2016 bereits mit der Ausschreibung begonnen werden soll, wird eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2017 in Höhe der Gesamtkosten benötigt. Diese war im Antrag des Stadtbezirksrates jedoch nicht benannt.
				Veränderung	0		80.000	470.000	-550.000	0	
						VE 2017: 0	VE 2017 neu: 550.000	VE 2017 Veränderung: 550.000			
			BA								abgelehnt 0/9/1
	5S.660003	FB 66: Global-Sachanl. Gemeindestr.	SB 112	bisher neu	887.200 892.400	687.200 687.200	50.000 55.200	50.000 50.000	50.000 50.000	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Anschaffung und den Betrieb von zwei mobilen Geschwindigkeitsmesstafeln für die Ortsdurchfahrt im Stadtbezirk 112 für das Haushaltsjahr 2016 (5.200 €); die Möglichkeit der Anrechnung von Fremdmitteln (z. B. Sponsoring) ist zu prüfen Anmerkung der Verwaltung: Die Messtafeln stellen eine präventive Verkehrssicherungsmaßnahme dar und sollen zur Reduzierung der durchschnittlichen Geschwindigkeit in der Ortsdurchfahrt beitragen. Die Betriebskosten könnten durch ein Solarmodul minimiert werden. Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes jährlich um 7.000 € gekürzt worden. Die Kosten für die Beschaffung und Errichtung von zwei mobilen Geschwindigkeitsmesstafeln werden auf 12.000 € zuzüglich notwendiger Kosten für den Betrieb, die Wartung, Störungsbeseitigung und Ersatzbeschaffung, z. B. infolge von Vandalismus, geschätzt.
				Veränderung	5.200		5.200	0	0	0	
			BA								abgelehnt 1/9/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
5S.66003	FB 66: Global-Sachanl. Gemeindestr.	SB 321		bisher neu	887.200 898.500	687.200 687.200	50.000 61.300	50.000 50.000	50.000 50.000	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beschaffung und den Betrieb eines mobilen Geschwindigkeitsmessdisplays vornehmlich im Stadtbezirk 321 für das Haushaltsjahr 2016,
				Veränderung	11.300		11.300	0	0	0	
											Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes jährlich um 7.000 € gekürzt worden. alt: Kostenschätzung der Verwaltung für das mobile Geschwindigkeitsdisplay: 11.300 €; die Kostenschätzung für den lfd. Betrieb des mobilen Geschwindigkeitsdisplays steht noch aus. neu: Die Kosten für die Beschaffung und Errichtung eines mobilen Geschwindigkeitsdisplays werden auf 6.000 € zuzüglich notwendiger Kosten für den Betrieb, die Wartung, Störungsbeseitigung und Ersatzbeschaffung, z. B. infolge von Vandalismus, geschätzt.
											abgelehnt 0/9/1
<hr/>											
5S.660039	FB 66: Global-Baumaßnahmen	SB 112		bisher neu	440.200 500.200	240.200 240.200	50.000 110.000	50.000 50.000	50.000 50.000	0	Mittel für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt Wagum hier: Die Kosten für die Befestigung eines dort dringend benötigten begehbareren Seitenstreifens von dieser Haltestelle zum Edeka-Markt sind festzustellen und einzustellen. Für den Investitionshaushalt sind die Kosten eines Gehweges zu ermitteln.
				Veränderung	60.000		60.000	0	0	0	
											Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten belaufen sich auf rund 60.000 €. Der Antrag des Stadtbezirksrates beinhaltet diverse verkehrsberuhigende Maßnahmen (siehe hierzu auch Zeile 17 - lfd. Verwaltungstätigkeit)
											abgelehnt 1/9/0

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	5S.660050	FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis)	SB 114	bisher neu	1.763.400 1.858.400	1.433.400 1.433.400	82.500 177.500	82.500 82.500	82.500 82.500	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Beleuchtung des neuen Radwegs von Volkmarode nach Schapen für das Haushaltsjahr 2016 (95.000 €)
<hr/>											
				Veränderung	95.000	95.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes um 60.000 € bereits jährlich erhöht worden.
											abgelehnt 0/9/1
<hr/>											
	5S.660050	FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis)	SB 114	bisher neu	1.763.400 1.828.400	1.433.400 1.433.400	82.500 147.500	82.500 82.500	82.500 82.500	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Beleuchtung des Radwegs von Volkmarode nach Dibbesdorf (entlang der alten B248) für das Haushaltsjahr 2016 (65.000 €)
				Veränderung	65.000	65.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes um 60.000 € bereits jährlich erhöht worden.
											Zwischen Dibbesdorf und Volkmarode verläuft der Weg entlang der freien Strecke der Landesstraße L295. Zuständig ist die Landesbehörde NLSIBV. Sie beabsichtigt nicht, diesen Abschnitt zu beleuchten.
											abgelehnt 0/9/1
<hr/>											

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport											
Rekonstruktion historischer Park- und Grünanlagen											
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	0	
136	5S.670012 Rekonstruktion hist. Park-u.Grünanlagen	Piratenpartei		bisher 288.049 neu 213.049 Veränderung -75.000	213.049 213.049 0	0 0 0	25.000 0 -25.000	25.000 0 -25.000	25.000 0 -25.000	0 0 0	dauerhafter Wegfall der Haushaltssmittel für Rekonstruktionen historischer Park- und Grünanlagen (Gesamtausgabe jährlich: 100.000 €; Gesamteinnahme jährlich: 25.000 €); siehe auch Zeile 26 Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes bereits für 2016 gekürzt worden. Bei Kürzung der Haushaltssmittel für die historischen Grün- und Parkanlagen müssen auch die damit zusammenhängenden Einzahlungen gekürzt werden. abgelehnt 1/8/1
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	0	
136	5S.670012 Rekonstruktion hist. Park-u.Grünanlagen	Piratenpartei		bisher 1.066.582 neu 766.582 Veränderung -300.000	766.582 766.582 0	0 0 0	100.000 0 -100.000	100.000 0 -100.000	100.000 0 -100.000	0 0 0	dauerhafter Wegfall der Haushaltssmittel für Rekonstruktionen historischer Park- und Grünanlagen (Gesamtausgabe jährlich: 100.000 €; Gesamteinnahme jährlich: 25.000 €); siehe auch Zeile 19 Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes bereits für 2016 gekürzt worden. Bei Kürzung der Haushaltssmittel für die historischen Grün- und Parkanlagen müssen auch die damit zusammenhängenden Einzahlungen gekürzt werden. abgelehnt 1/8/1

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sonstige Maßnahmen											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17	(Veränderungen)			10.000		10.000		0	0	0	
				bisher 13.052.810	8.077.010	1.218.600	1.252.400	1.252.400	1.252.400	1.252.400	
				neu 13.062.810	8.077.010	1.228.600	1.252.400	1.252.400	1.252.400	1.252.400	
				Veränderung	10.000		10.000	0	0	0	0
				GA	10.000		10.000	0	0	0	0
											ohne Beschlussfassung passieren lassen
Baumaßnahmen											
26	(Veränderungen)			16.500	0	16.500	0	0	0	0	
				bisher 550.000	0	0	250.000	300.000	0	0	
				neu 550.000	0	550.000	0	0	0	0	
				Veränderung	0	550.000	-250.000	-300.000	0	0	
				VE 2017:	250.000	VE 2017 neu:	0	VE 2017 Veränderung:	-250.000		
				VE 2018:	300.000	VE 2018 neu:	0	VE 2018 Veränderung:	-300.000		
				SpA							abgelehnt 0/10/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
	5E.670053	SpA Lamme /Umw Natur-in Kunstrasenpl.	SB 321		bisher 550.000 neu 550.000 Veränderung 0	0 0 0	0 550.000 0 550.000 0 550.000	550.000 0 -550.000	0 0 0	0 0 0	Vorziehen der Haushaltssmittel für die vorgesehene Umwandlung des C-Platzes in einen Kunstrasenplatz von 2018 auf 2017
			SpA								Anmerkung der Verwaltung: Dies ist im Finanzplanungszeitraum nicht möglich. abgelehnt 0/10/0
	5S.670009	FB 67: Global-Baumaßnahmen Sportbereich	SB 321		bisher 70.000 neu 85.000 Veränderung 15.000	70.000 70.000 0	0 15.000 0 15.000 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Realisierung einer zusätzlichen Beleuchtung auf der Mitte der Zuwegung zwischen Parkplatz und Zau zum Sportplatz Lehndorf (Bereich zwischen Parkplatz und Zugang zum Sportheim) für das Haushaltsjahr 2016
			SpA								Anmerkung der Verwaltung: Aus fachlicher und vereinsseitiger Sicht wird keine zusätzliche Beleuchtung auf der Sportanlage benötigt. Kostenschätzung des FB 67: 15.000 € abgelehnt 0/10/0
	5S.670048	FB 67: Global-Baum.Grünflächen-Abt.67.2	SB 211		bisher 1.965.400 neu 1.974.400 Veränderung 9.000	1.122.400 186.000 225.000 1.122.400 195.000 225.000 9.000 9.000 0	207.000 225.000 207.000 225.000 0 0 0	225.000 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Errichtung eines Bootsanlegers an der Oker in Stöckheim im Bereich der neu errichteten Brücke Berkenbuschstraße; Vorbild könnte die entsprechenden Bootsanleger in Melverode sein.
			GA	9.000	9.000	0	0	0	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	5S.670049	FB 67: Global-Baum.Kinderspielplätze	SB 114	bisher neu	3.911.700 3.916.200	2.359.500 2.359.500	550.800 555.300	357.800 357.800	285.800 285.800	357.800 357.800	
<hr/>											
				Veränderung	4.500		4.500	0	0	0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Beschaffung und Errichtung eines Trampolins auf dem Spielplatz am Volkmaroder Sportplatz (Seikenkamp) für das Haushaltsjahr 2016 (4.500 €)
<hr/>											
				GA	<u>4.500</u>		<u>4.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes jährlich gekürzt worden.
<hr/>											
	5S.670049	FB 67: Global-Baum.Kinderspielplätze	SB 114	bisher neu	3.911.700 3.914.700	2.359.500 2.359.500	550.800 553.800	357.800 357.800	285.800 285.800	357.800 357.800	
<hr/>											
				Veränderung	3.000		3.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltssmittel für die Beschaffung und Anbringung einer Nestschaukel auf dem Spielplatz an der Spandauer Straße in Dibbesdorf für das Haushaltsjahr 2016 (3.000 €)
<hr/>											
				GA	<u>3.000</u>		<u>3.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>Anmerkung der Verwaltung:</u> Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieses Projektes jährlich gekürzt worden.
<hr/>											
											<u>ohne Beschlussfassung passieren lassen</u>

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Gesamtstädtisch - teilhaushaltübergreifend											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
17		(Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
137	diverse		Piratenpartei	bisher neu	10.269.100 8.669.100	7.167.300 7.167.300	786.300 386.300	768.300 368.300	772.900 372.900	774.300 374.300	Reduzierung der Haushaltssmittel für Schönheitsreparaturen stadtweit auf etwa 50% (jährliche Kürzung 400.000 €)
				Veränderung	-1.600.000		-400.000	-400.000	-400.000	-400.000	Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieser Projekte bereits um ca. jährlich 10 % gekürzt worden. Eine über die o.g. Kürzung hinausgehende Verringerung der Ansätze für Schönheitsreparaturen wird seitens der Verwaltung kritisch gesehen, da zum Teil mietvertragrechtliche Regelungen zur Durchführung von Schönheitsreparaturen bestehen. Außerdem ergänzen Schönheitsreparaturen die laufende Instandhaltung und erhalten so die Funktionstüchtigkeit der betroffenen Liegenschaften.
				SpA							abgelehnt 0/10/0
				JHA							abgelehnt 0/13/0
				SchA							abgelehnt 0/12/2
				BA							abgelehnt 0/8/2
				GA							abgelehnt 0/10/0
				PIUA							abgelehnt 0/10/1
				AfSG							abgelehnt 0/11/0
				AfKW							abgelehnt 0/9/1
				FwA							abgelehnt 0/8/1

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
		Veränderungen Erträge (Zeile 10)		50.000	0	0	0	0	0	0	
		Veränderungen Aufwendungen (Zeile 17)		770.000	1.318.400	767.000	532.000	-1.437.400			
		Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		720.000	1.318.400	767.000	532.000	-1.437.400			
		Veränderungen Investitionseinzahlungen (Zeilen 19 - 23)		0	0	0	0	0	0	0	
		Veränderungen Investitionsauszahlungen (Zeilen 25-30)		1.506.500	3.673.600	668.000	2.128.000	-5.749.600			
		Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		1.506.500	3.673.600	668.000	2.128.000	-5.749.600			
		Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		2.226.500	4.992.000	1.435.000	2.660.000	-7.187.000			
		nachrichtlich:									
		Verpflichtungsermächtigungen:									
				2017	1.673.600						
				2018	380.000						
				2019	0						

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt Politische Gremien											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-800		-200	-200	-200	-200	0	
Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
1	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu	10.800 10.000	2.700 2.500	2.700 2.500	2.700 2.500	2.700 2.500	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
			Veränderung	-800	-200	-200	-200	-200	0		
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)			-800	0	-200	-200	-200	-200	0	
2	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu	8.000 7.200	2.000 1.800	2.000 1.800	2.000 1.800	2.000 1.800	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
			Veränderung	-800	-200	-200	-200	-200	0		
Teilhaushalt Verwaltungsführung											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-1.600		-400	-400	-400	-400	0	
3	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu	16.000 14.400	4.000 3.600	4.000 3.600	4.000 3.600	4.000 3.600	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
			Veränderung	-1.600	-400	-400	-400	-400	0		
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)			-2.400	0	-600	-600	-600	-600	0	
4	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu	24.000 21.600	6.000 5.400	6.000 5.400	6.000 5.400	6.000 5.400	0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
			Veränderung	-2.400	-600	-600	-600	-600	0		

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt FB 01 - Zentrale Steuerung											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-9.600		-2.400	-2.400	-2.400	-2.400	0	
5	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	274.000 264.400 -9.600	122.500 120.100 -2.400	50.500 48.100 -2.400	50.500 48.100 -2.400	50.500 48.100 -2.400	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
27		Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)			-4.400	0	-1.100	-1.100	-1.100	-1.100	0
6	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	46.400 42.000 -4.400	11.600 10.500 -1.100	11.600 10.500 -1.100	11.600 10.500 -1.100	11.600 10.500 -1.100	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
Teilhaushalt Ref. 0120 - Stadtentwicklung und Statistik											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-12.400	0	-4.600	-2.600	-2.600	-2.600	0
7	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung PIUA	129.200 116.800 -12.400 -12.400	47.300 42.700 -4.600	27.300 24.700 -2.600	27.300 24.700 -2.600	27.300 24.700 -2.600	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung angenomme 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
27				-1.600	0	-700	-300	-300	-300	0	
8	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	21.600 20.000 -1.600	8.400 7.700 -700	4.400 4.100 -300	4.400 4.100 -300	4.400 4.100 -300	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
		PIUA		<u>-1.600</u>	<u>-700</u>	<u>-300</u>	<u>-300</u>	<u>-300</u>	<u>0</u>	angenommen 11/0/0	
Teilhaushalt Ref. 0140 - Rechnungsprüfungsamt											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-3.600		-900	-900	-900	-900	0	
9	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	43.600 40.000 -3.600	10.900 10.000 -900	10.900 10.000 -900	10.900 10.000 -900	10.900 10.000 -900	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
27		Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-400	0	-100	-100	-100	-100	0	
10	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	6.000 5.600 -400	1.500 1.400 -100	1.500 1.400 -100	1.500 1.400 -100	1.500 1.400 -100	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
Teilhaushalt Personalvertretung											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-800		-200	-200	-200	-200	0	
11	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	8.800 8.000 -800	2.200 2.000 -200	2.200 2.000 -200	2.200 2.000 -200	2.200 2.000 -200	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	

17.02.2016

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-38.000		-9.500	-9.500	-9.500	-9.500	0	
12	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	3.390.800 3.352.800 -38.000	847.700 838.200 -9.500	847.700 838.200 -9.500	847.700 838.200 -9.500	847.700 838.200 -9.500	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
27		Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-16.000	0	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	0	
13	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	163.200 147.200 -16.000	40.800 36.800 -4.000	40.800 36.800 -4.000	40.800 36.800 -4.000	40.800 36.800 -4.000	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
Teilhaushalt FB 20 - Finanzen											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-943.100		-236.100	-239.000	-234.000	-234.000	0	
14	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	9.512.000 8.568.900 -943.100	2.366.400 2.130.300 -236.100	2.395.200 2.156.200 -239.000	2.345.200 2.111.200 -234.000	2.345.200 2.111.200 -234.000	60.000 60.000 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
25		Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Veränderungen)		-974.800	0	-348.700	-226.200	-205.900	-194.000	0	
15	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	9.749.700 8.774.900 -974.800	3.487.400 3.138.700 -348.700	2.262.500 2.036.300 -226.200	2.059.800 1.853.900 -205.900	1.940.000 1.746.000 -194.000	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
27				-69.600	0	-30.900	-12.900	-12.900	-12.900	0	
16	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	710.000 640.400 -69.600	312.500 281.600 -30.900	132.500 119.600 -12.900	132.500 119.600 -12.900	132.500 119.600 -12.900	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
28		Erwerb von Finanzvermögensanlagen (Veränderungen)		-4.700	0	-4.700	0	0	0	0	
17	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	47.000 42.300 -4.700	47.000 42.300 -4.700	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
29		Aktivierbare Zuwendungen (Veränderungen)		-12.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	0	
18	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	120.000 108.000 -12.000	30.000 27.000 -3.000	30.000 27.000 -3.000	30.000 27.000 -3.000	30.000 27.000 -3.000	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
Teilhaushalt FB 20 - Projekte , die von FB 65 bewirtschaftet werden											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-795.800	0	-232.300	-194.500	-184.500	-184.500	0	
19	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu BA	7.958.800 7.163.000 -795.800	2.323.800 2.091.500 -232.300	1.945.000 1.750.500 -194.500	1.845.000 1.660.500 -184.500	1.845.000 1.660.500 -184.500	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung angenommen 8/0/2	

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			-51.700	0	-27.800	-7.800	-1.800	-14.300	0	
20	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu	517.000 465.300	278.000 250.200	78.000 70.200	18.000 16.200	143.000 128.700	0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			Veränderung		-51.700		-27.800	-7.800	-1.800	-14.300	0
			BA		-51.700		-27.800	-7.800	-1.800	-14.300	0
Teilhaushalt FB 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0	0	0	0	0	0	
21	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu	1.162.800 1.162.800	290.700 290.700	290.700 290.700	290.700 290.700	290.700 290.700	0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			Veränderung		0		0	0	0	0	
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)				0	0	0	0	0	0	
22	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu	128.300 128.300	59.300 59.300	23.000 23.000	23.000 23.000	23.000 23.000	0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			Veränderung		0		0	0	0	0	

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
Teilhaushalt FB 37 - Feuerwehr												
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-170.700	0	-46.800	-41.300	-41.300	-41.300	0		
23	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	1.737.800 1.567.100 -170.700	475.700 428.900 -46.800	420.700 379.400 -41.300	420.700 379.400 -41.300	420.700 379.400 -41.300	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
			FwA		-170.700	0	-46.800	-41.300	-41.300	-41.300	0	angenommen 9/0/0
27		Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)			-211.200	0	-268.100	31.300	-66.200	-23.700	115.500	
24	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	2.116.000 1.904.800 -211.200	667.000 398.900 -268.100	548.000 579.300 31.300	663.000 596.800 -66.200	238.000 214.300 -23.700	0 115.500 115.500	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
			FwA		-211.200	0	-268.100	31.300	-66.200	-23.700	115.500	angenommen 9/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt FB 40 - Schule											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-1.136.500	0	-282.200	-295.500	-281.500	-277.300	0	
25 diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte											
		bisher	11.259.800		2.843.700	2.798.700	2.793.700	2.808.700	15.000		Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		neu	10.123.300		2.561.500	2.503.200	2.512.200	2.531.400	15.000		
		Veränderung	-1.136.500		-282.200	-295.500	-281.500	-277.300	0		
		SchA	-1.136.500		-282.200	-295.500	-281.500	-277.300	0		angenommen 12/2/4
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
26		diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		-24.400	0	-6.100	-6.100	-6.100	-6.100	0	
		bisher	245.600		61.400	61.400	61.400	61.400	0		Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		neu	221.200		55.300	55.300	55.300	55.300	0		
		Veränderung	-24.400		-6.100	-6.100	-6.100	-6.100	0		
		SchA	-24.400		-6.100	-6.100	-6.100	-6.100	0		angenommen 12/2/4
Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-260.400	0	-65.100	-65.100	-65.100	-65.100	0	
27		diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		-260.400	0	-65.100	-65.100	-65.100	-65.100	0	
		bisher	2.702.800		675.700	675.700	675.700	675.700	0		Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		neu	2.442.400		610.600	610.600	610.600	610.600	0		
		Veränderung	-260.400		-65.100	-65.100	-65.100	-65.100	0		
		AfKW	-260.400		-65.100	-65.100	-65.100	-65.100	0		angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
27				-44.400	0	-9.100	-13.100	-9.100	-13.100	0	
28	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	458.000 413.600 -44.400	94.500 85.400 -9.100	134.500 121.400 -13.100	94.500 85.400 -9.100	134.500 121.400 -13.100	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
			AfKW	-44.400	-9.100	-13.100	-9.100	-13.100	0	angenommen 8/0/2	
Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	-112.400	-28.100	-28.100	-28.100	-28.100	0	
29	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	1.164.000 1.051.600 -112.400	291.000 262.900 -28.100	291.000 262.900 -28.100	291.000 262.900 -28.100	291.000 262.900 -28.100	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
27				Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)	-36.000	0	-9.000	-9.000	-9.000	0	
30	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	369.600 333.600 -36.000	92.400 83.400 -9.000	92.400 83.400 -9.000	92.400 83.400 -9.000	92.400 83.400 -9.000	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-321.800	0	-85.700	-78.700	-78.700	-78.700	0	
31	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	3.268.800 2.947.000 -321.800	869.700 784.000 -85.700	799.700 721.000 -78.700	799.700 721.000 -78.700	799.700 721.000 -78.700	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
		JHA		-321.800	-85.700	-78.700	-78.700	-78.700	0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen	
27		Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-25.200	0	-6.300	-6.300	-6.300	-6.300	0	
32	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	254.000 228.800 -25.200	63.500 57.200 -6.300	63.500 57.200 -6.300	63.500 57.200 -6.300	63.500 57.200 -6.300	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
		JHA		-25.200	-6.300	-6.300	-6.300	-6.300	0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen	

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
29	Aktivierbare Zuwendungen (Veränderungen)			-14.000	0	-3.500	-3.500	-3.500	-3.500	0	
33	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	140.000 126.000 -14.000	35.000 31.500 -3.500	35.000 31.500 -3.500	35.000 31.500 -3.500	35.000 31.500 -3.500	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			JHA	-14.000		-3.500	-3.500	-3.500	-3.500	0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
Teilhaushalt Ref. 0600 - Baureferat											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
34	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	540.000 540.000 0	135.000 135.000 0	135.000 135.000 0	135.000 135.000 0	135.000 135.000 0	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	0	
35	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	40.000 40.000 0	10.000 10.000 0	10.000 10.000 0	10.000 10.000 0	10.000 10.000 0	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-2.400	0	-600	-600	-600	-600	0	
36	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	24.000 21.600 -2.400	6.000 5.400 -600	6.000 5.400 -600	6.000 5.400 -600	6.000 5.400 -600	6.000 5.400 -600	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		PIUA		-2.400	-600	-600	-600	-600	-600	0	angenommen 11/0/0
27		Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-400	0	-100	-100	-100	-100	0	
37	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	6.000 5.600 -400	1.500 1.400 -100	1.500 1.400 -100	1.500 1.400 -100	1.500 1.400 -100	1.500 1.400 -100	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		PIUA		-400	-100	-100	-100	-100	-100	0	angenommen 11/0/0
Teilhaushalt Ref. 0630 - Bauordnung											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
38	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	215.600 215.600 0	53.900 53.900 0	53.900 53.900 0	53.900 53.900 0	53.900 53.900 0	53.900 53.900 0	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
		PIUA		0	0	0	0	0	0	0	angenommen 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
27				0	0	0	0	0	0	0	
39	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu	13.200 13.200	3.300 3.300	3.300 3.300	3.300 3.300	3.300 3.300	0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	0	0	0	0	0	0	
				PIUA	0	0	0	0	0	0	angenommen 11/0/0
Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz											
10				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	0	0	0	0	0	0	
40	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu	255.000 255.000	0 0	0 0	0 0	0 0	255.000 255.000	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	0	0	0	0	0	0	
				PIUA	0	0	0	0	0	0	angenommen 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				-52.400	0	-15.900	-11.400	-13.900	-11.200	0	
41	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	1.082.300 1.029.900 -52.400	245.900 230.000 -15.900	200.900 189.500 -11.400	225.900 212.000 -13.900	199.600 188.400 -11.200	210.000 210.000 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
				PIUA	-52.400	-15.900	-11.400	-13.900	-11.200	0	angenommen 11/0/0
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)				-20.000	0	-3.000	-3.000	-11.000	-3.000	0
42	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	200.000 180.000 -20.000	30.000 27.000 -3.000	30.000 27.000 -3.000	110.000 99.000 -11.000	30.000 27.000 -3.000	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
					VE 2017: 30.000	VE 2017 neu: 27.000		VE 2017 Veränderung: -3.000			
					VE 2018: 30.000	VE 2018 neu: 27.000		VE 2018 Veränderung: -3.000			
					VE 2019: 30.000	VE 2019 neu: 27.000		VE 2019 Veränderung: -3.000			
				PIUA	-20.000	-3.000	-3.000	-11.000	-3.000	0	angenommen 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
27		Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-25.600	0	-6.400	-6.400	-6.400	-6.400	0	
43		diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	263.200 237.600 -25.600	65.800 59.400 -6.400	65.800 59.400 -6.400	65.800 59.400 -6.400	65.800 59.400 -6.400	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
					VE 2017: VE 2018: VE 2019:	42.000 42.000 42.000	VE 2017 neu: VE 2018 neu: VE 2019 neu:	37.800 37.800 37.800	VE 2017 Veränderung: VE 2018 Veränderung: VE 2019 Veränderung:	-4.200 -4.200 -4.200	
				PIUA	-25.600	-6.400	-6.400	-6.400	-6.400	0	angenommen 11/0/0
		Teilhaushalt FB 66 - Tiefbau und Verkehr									
10		Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	
44		diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	360.000 360.000 0	90.000 90.000 0	90.000 90.000 0	90.000 90.000 0	90.000 90.000 0	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-204.600	0	-146.700	-160.700	51.400	51.400	0
45		diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	9.395.000 9.190.400 -204.600	2.320.000 2.173.300 -146.700	2.435.000 2.274.300 -160.700	2.320.000 2.371.400 51.400	2.320.000 2.371.400 51.400	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
				BA	-204.600	-146.700	-160.700	51.400	51.400	0	angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			240.000	0	60.000	60.000	60.000	60.000	0		
46	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	490.000 730.000 240.000	122.500 182.500 0	122.500 182.500 60.000	122.500 182.500 60.000	122.500 182.500 60.000	0 0 0	zusätzlicher jährlicher Mittelbedarf von 30.000 € für Verkehrsanlagen (Beleuchtungen etc.) und 30.000 € für die verkehrsabhängige Steuerung von Lichtsignalanlagen (Ampeln)	
			BA	<u>240.000</u>		<u>60.000</u>	<u>60.000</u>	<u>60.000</u>	<u>60.000</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2	
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)				-88.000	0	-22.000	-22.000	-22.000	-22.000	0	
47	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	191.600 103.600 -88.000	47.900 25.900 -22.000	47.900 25.900 -22.000	47.900 25.900 -22.000	47.900 25.900 -22.000	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
			BA	<u>-88.000</u>		<u>0</u>	<u>-22.000</u>	<u>-22.000</u>	<u>-22.000</u>	<u>-22.000</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2
Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport												
10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				-16.000		-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	0	
48	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte			bisher neu Veränderung	160.000 144.000 -16.000	40.000 36.000 -4.000	40.000 36.000 -4.000	40.000 36.000 -4.000	40.000 36.000 -4.000	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
			GA	<u>-16.000</u>		<u>-4.000</u>	<u>-4.000</u>	<u>-4.000</u>	<u>-4.000</u>	<u>0</u>	angenommen 9/0/1	

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-983.000	0	-246.900	-249.700	-244.700	-241.700	0	
49		diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	9.847.200 8.864.200 -983.000	2.473.600 2.226.700 -246.900	2.501.200 2.251.500 -249.700	2.451.200 2.206.500 -244.700	2.421.200 2.179.500 -241.700	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			GA		-983.000	-246.900	-249.700	-244.700	-241.700	0	angenommen 9/0/1
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		-418.400	0	-116.800	-107.200	-92.200	-102.200	0	
50		diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	4.191.300 3.772.900 -418.400	1.169.900 1.053.100 -116.800	1.073.800 966.600 -107.200	923.800 831.600 -92.200	1.023.800 921.600 -102.200	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			GA		-418.400	-116.800	-107.200	-92.200	-102.200	0	angenommen 9/0/1
27		Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-151.300	0	-37.400	-38.900	-37.100	-37.900	0	
51		diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	1.516.400 1.365.100 -151.300	374.800 337.400 -37.400	389.800 350.900 -38.900	371.800 334.700 -37.100	380.000 342.100 -37.900	0 0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
			GA		-151.300	-37.400	-38.900	-37.100	-37.900	0	angenommen 9/0/1

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport											
hier Sport											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-273.500	0	-66.800	-71.900	-68.000	-66.800	0	
49	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	2.751.600 2.478.100 <u>-273.500</u>	672.100 605.300 <u>-66.800</u>	723.200 651.300 <u>-71.900</u>	684.200 616.200 <u>-68.000</u>	672.100 672.100 <u>0</u>	0 -66.800 <u>-66.800</u>	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
		SpA		<u>-273.500</u>	<u>-66.800</u>	<u>-71.900</u>	<u>-68.000</u>	<u>-66.800</u>	<u>0</u>	angenommen 10/0/0	
29	Aktivierbare Zuwendungen (Veränderungen)			-24.000	0	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	0	
52	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte		bisher neu Veränderung	240.000 216.000 <u>-24.000</u>	60.000 54.000 <u>-6.000</u>	60.000 54.000 <u>-6.000</u>	60.000 54.000 <u>-6.000</u>	60.000 54.000 <u>-6.000</u>	0 0 <u>0</u>	Einsparungsvorschlag Konsolidierung	
		SpA		<u>-24.000</u>	<u>-6.000</u>	<u>-6.000</u>	<u>-6.000</u>	<u>-6.000</u>	<u>0</u>	angenommen 10/0/0	

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
		Veränderungen Erträge	(Zeile 10)		-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	0		
		Veränderungen Aufwendungen	(Zeile 17)		-1.471.400	-1.452.700	-1.205.200	-1.194.100	0		
		Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung			-1.467.400	-1.448.700	-1.201.200	-1.190.100	0		
		Veränderungen Investitionseinzahlungen	(Zeilen 19 - 23)		0	0	0	0	0		
		Veränderungen Investitionsauszahlungen	(Zeilen 25-30)		-855.600	-386.500	-444.900	-409.800	115.500		
		Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung			-855.600	-386.500	-444.900	-409.800	115.500		
		Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung			-2.323.000	-1.835.200	-1.646.100	-1.599.900	115.500		

nachrichtlich:

Verpflichtungsermächtigungen:	2017	-7.200
	2018	-7.200
	2019	-7.200

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-87.500	0	-120.000	77.500	-122.500	77.500	0	
1 3E.210004 Feuerwehr Timmerlah /Vorplanung											
			222	bisher neu	0 100.000	0 0	0 100.000	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Mittel für die Vorplanung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses Timmerlah
				Veränderung	100.000		0	100.000	0	0	Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 222
				BA	<u>100.000</u>	0	<u>100.000</u>	0	0	0	angenommen 8/0/2
NEU 3E.210006 SpA Rote Wiese Gebäude/Vorplan. San.											
				bisher neu	200.000 200.000	0 0	0 0	200.000 100.000	0 100.000	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	0	0	0	-100.000	100.000	0	
				SpA	0	0	0	-100.000	100.000	0	angenommen 10/0/0
				BA	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-100.000</u>	<u>100.000</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2
2 4S.200002 Gewerbe park Waller See /Ausgleichsz.											
				bisher neu	300.000 255.000	300.000 255.000	0 0	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-45.000	-45.000	0	0	0	0	
				BA	<u>-45.000</u>	<u>-45.000</u>	0	0	0	0	angenommen 8/0/2
3 4S.210049 Energiesparmaßnahmen /sonstige Projekte											
				bisher neu	525.000 382.500	75.000 0	150.000 127.500	150.000 127.500	150.000 127.500	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-142.500	-75.000	-22.500	-22.500	-22.500	0	
				BA	<u>-142.500</u>	<u>-75.000</u>	<u>-22.500</u>	<u>-22.500</u>	<u>-22.500</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen (Veränderungen)											
4	5E.200005	NiWo / Kapitalerhöhung		bisher 0 neu 2.500.000	0 0 0 0	0 0 0 2.500.000	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	Aufstockung des Eigenkapitals der NiWo (Baugebiet Nördliches Ringgebiet)
				Veränderung	2.500.000	0	0	2.500.000	0	0	
5	5E.200006	SBBG / Kapitalerhöhung		bisher 0 neu 19.000.000	0 0 0 1.000.000	0 0 1.000.000 1.000.000	0 0 1.000.000 1.000.000	0 0 1.000.000 1.000.000	0 0 1.000.000 1.000.000	0 0 15.000.000 15.000.000	Aufstockung des Eigenkapitals der SBBG (Übernahme NiWo-Anteile)
				Veränderung	19.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	15.000.000	
NEU	5E.200008	Stadthallen Betriebsgesellschaft mbH / Kapitalerhöhung		bisher 0 neu 1.500.000	0 0 0 150.000	0 0 150.000 150.000	0 0 150.000 150.000	0 0 150.000 150.000	0 0 900.000 900.000	0 0 900.000 900.000	Aufstockung des Eigenkapitals der Stadthallen Betriebsgesellschaft mbH (Übernahme VW-Halle) (siehe Drucksache 13757/14)
				Veränderung	1.500.000	150.000	150.000	150.000	150.000	900.000	
21 Veräußerung von Sachvermögen (Veränderungen)											
6	5E.210046	Gewerbep. Waller See-Veräuß.		bisher 6.990.057 neu 6.560.957	5.605.057 1.385.000 5.605.057 955.900	0 0 0 0	geringere Einzahlungen aus Verkäufen, da diese bereits in 2015 stattgefunden haben				
				Veränderung	-429.100	-429.100	0	0	0	0	

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Veränderungen)											
7	4E.200001	FB 20: Waller 2. BA / Ankäufe		bisher neu	1.732.500 1.733.000	1.732.500 1.733.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Mittel für das Umlegungsverfahren Waller See 2. BA nach verwaltunginterner Abstimmung
				Veränderung	500	500	0	0	0	0	
8	5E.200007	FB 20: Stadtstraße Nord/Erschließung	331	bisher neu	0 615.000	0 0	0 0	0 550.000	0 0	65.000	zusätzliche Mittel für die Erschließungsbeiträge für die Stadtstraße Nord (siehe dazu auch TH 66) angenommen 8/0/2
				Veränderung	615.000	0	0	550.000	0	65.000	
				BA	615.000	0	0	550.000	0	65.000	
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
9	5E.200002	Wilhelm-Bracke Gesamtsch. / Erschließung	221	bisher neu	21.900 18.700	0 0	21.900 18.700	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung angenommen 8/0/2
				Veränderung	-3.200	0	-3.200	0	0	0	
				BA	-3.200	0	-3.200	0	0	0	

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden											
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
Einrichtung 4. IGS Volkmarode											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				0	0	-60.000	0	60.000	0	0	
10.a	4E.210056	4. IGS Volkmarode/Einrichtung	114	bisher neu	1.601.700 1.601.700	700.900 700.900	180.800 120.800	400.000 400.000	320.000 380.000	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung		0	-60.000	0	60.000	0	
				SchA BA		0 0	-60.000 -60.000	0 0	60.000 60.000	0 0	angenommen 17/1/0 angenommen 8/0/2
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
10.b	4E.210056	4. IGS Volkmarode/Einrichtung	114	bisher neu	4.915.200 4.915.200	1.312.000 1.312.000	723.200 483.200	1.600.000 1.600.000	1.280.000 1.520.000	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung		0	-240.000	0	240.000	0	
				SchA BA		0 0	-240.000 -240.000	0 0	240.000 240.000	0 0	angenommen 17/1/0 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Erweiterung BBS V											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	-320.000	-418.400	-95.000	0	833.400	
11.a	4E.210116	BBS V / Erweiterung	120	bisher neu	913.400 913.400	80.000 80.000	320.000 0	418.400 0	95.000 0	0 0	Verschiebung der Maßnahme auf 2020 - Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung		0	-320.000	-418.400	-95.000	0	833.400
				JHA	0		-320.000	-418.400	-95.000	0	833.400
				SchA	0		0	0	0	0	0
				BA	0		-320.000	-418.400	-95.000	0	833.400
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	-1.280.000	-1.673.600	-380.000	0	3.333.600	
11.b	4E.210116	BBS V / Erweiterung	120	bisher neu	3.653.600 3.653.600	320.000 320.000	1.280.000 0	1.673.600 0	380.000 0	0 0	Verschiebung der Maßnahme auf 2020 - Einsparvorschlag Konsolidierung
NEU				Veränderung		0	-1.280.000	-1.673.600	-380.000	0	3.333.600
NEU					VE 2017:	1.673.600	VE 2017 neu:	0	VE 2017 Veränderung:	-1.673.600	
					VE 2018:	380.000	VE 2018 neu:	0	VE 2018 Veränderung:	-380.000	
				JHA	0		-1.280.000	-1.673.600	-380.000	0	3.333.600
				SchA	0		0	0	0	0	0
				BA	0		-1.280.000	-1.673.600	-380.000	0	3.333.600

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Neubau Kita Lamme Ost II											
	19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		400.000	0	0	400.000	0	0	0	
12.a	5E.210141	Kita Lamme Ost II/Neubau Zuschuss	321	bisher neu	0 400.000	0 0	0 400.000	0 0	0 0	0 0	Fördermittel (RAT IV) Antragstellung bis 31.03.2016, Fertigstellung der Maßnahme bis 12/2017 - s. a. zu Zeile 26
				Veränderung	400.000		0	400.000	0	0	
				JHA BA	400.000 <u>400.000</u>		0 <u>0</u>	400.000 <u>400.000</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	angenommen 13/0/0 angenommen 8/0/2
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		3.000.000	0	3.000.000	0	0	0	0	
12.b	5E.210141	Kita Lamme Ost II/Neubau	321	bisher neu	155.000 3.155.000	155.000 155.000	0 3.000.000	0 0	0 0	0 0	Mittel für den Neubau einer Kindertagesstätte im Baugebiet Lamme II
				Veränderung	3.000.000		3.000.000	0	0	0	
				JHA BA	3.000.000 <u>3.000.000</u>		0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	angenommen 13/0/0 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ausbau OGSe											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	-173.100	173.100	0	0	0	
13.a	4E.210154	GS Lamme / Einrichtung Ganztagsbetrieb	321	bisher neu	592.600 245.000 592.600 245.000	240.000 66.900	107.600 280.700	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	0	-173.100	173.100	0	0	0	
				SchA BA	0 <u>0</u>	-173.100 <u>-173.100</u>	173.100 <u>173.100</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	angenommen 17/0/0 angenommen 8/0/2
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	-692.400	692.400	0	0	0	
13.b	4E.210154	GS Lamme / Einrichtung Ganztagsbetrieb	321	bisher neu	1.945.400 1.945.400	555.000 555.000	960.000 267.600	430.400 1.122.800	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
NEU			321	Veränderung	0	-692.400	692.400	0	0	0	
					VE 2017: BA	430.400 <u>0</u>	VE 2017 neu: <u>692.400</u>	1.122.800 692.400	VE 2017 Veränderung: 692.400	0 <u>0</u>	angenommen 17/0/0 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ausbau Schulkindbetreuung auf 60 %											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
14.a	4S.210077	Schulkindbetreuung / Ausbau 60% Stufe 2		bisher neu	255.000 1.275.000	55.000 55.000	40.000 260.000	40.000 260.000	40.000 260.000	40.000 180.000	Anpassung der Finanzraten, da mehr Umbauten anstatt Containerkäufe stattfinden werden
				Veränderung	1.020.000		220.000	220.000	220.000	140.000	
				JHA	1.020.000		220.000	220.000	220.000	140.000	angenommen 13/0/0
				SchA	1.020.000		220.000	220.000	220.000	140.000	angenommen 17/0/0
				BA	1.020.000		220.000	220.000	220.000	140.000	angenommen 8/0/2
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
14.b	4S.210077	Schulkindbetreuung / Ausbau 60% Stufe 2		bisher neu	1.320.000 300.000	300.000 300.000	220.000 0	220.000 0	220.000 0	140.000 0	Anpassung der Finanzraten, da mehr Umbauten anstatt Containerkäufe stattfinden werden
				Veränderung	-1.020.000		-220.000	-220.000	-220.000	-140.000	
				JHA	-1.020.000		-220.000	-220.000	-220.000	-140.000	angenommen 13/0/0
				SchA	1.020.000		-220.000	-220.000	-220.000	-140.000	angenommen 17/0/0
				BA	1.020.000		-220.000	-220.000	-220.000	-140.000	angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Ersatzbau der Sporthalle Lehndorf											
	21	Veräußerung von Sachvermögen (Veränderungen)		3.600.000	0	0	1.000.000	2.600.000	0	0	
15.a	5S.210007	FB 20: Global -Veräuß. von Grundst.		bisher neu	3.200.000 6.800.000	0 0	1.600.000 2.600.000	1.600.000 4.200.000	0 0	0 0	zusätzliche Einzahlungen als Entschädigung der Brandkasse für den Schaden an der Sporthalle Lehndorf
				Veränderung	3.600.000		0	1.000.000	2.600.000	0	0
				SchA BA	3.600.000 <u>3.600.000</u>		0 <u>0</u>	1.000.000 <u>1.000.000</u>	2.600.000 <u>2.600.000</u>	0 <u>0</u>	angenommen 17/0/0 angenommen 8/0/2
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		4.100.000	0	2.100.000	2.000.000	0	0	0	
15.b	5E.21 NEU	Sporthalle Lehndorf, Ersatzbau	321	bisher neu	0 4.100.000	0 0	0 2.100.000	0 2.000.000	0 0	0 0	Mittel für den Neubau einer Sporthalle in Lehndorf als Ersatz für die abgebrannte Sporthalle an der St.-Ingbert-Straße
				Veränderung	4.100.000		2.100.000	2.000.000	0	0	
					VE 2017: SchA BA	0 <u>4.100.000</u>	VE 2017 neu: <u>2.100.000</u>	2.000.000 <u>2.000.000</u>	VE 2017 Veränderung: 0 <u>0</u>	2.000.000 <u>0</u>	Anmerkung: Es wird auf die Vorlage der Verwaltung zur Beschlussfassung über das Raumprogramm für den Neubau der Sporthalle St.-Ingbert-Straße (DS 15-01299) verwiesen; siehe hierzu auch den Antrag der SPD (Nr. 129)
											angenommen 18/0/0 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung Stadthalle											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
16.a	3E.21 NEU	Stadthalle /Planung Sanierungsmodelle (auch PPP)	132		bisher 0 neu <u>400.000</u>	0 0	200.000 200.000	0 0	200.000 200.000	0 0	zusätzliche Mittel für die Planung der Sanierung der Stadthalle (Umsetzung voraussichtlich 2019)
					Veränderung 400.000		200.000	0	200.000	0	
					BA <u>400.000</u>		<u>200.000</u>	0	<u>200.000</u>	0	0 ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
16.b	4E.21 NEU	Stadthalle / Sanierung der Fassade	132		bisher 0 neu <u>8.800.000</u>	0 0	0 0	0 0	0 0	0 8.800.000	zusätzliche Mittel für die dringende Erneuerung der Betonfassade der Stadthalle
					Veränderung 8.800.000		0	0	0	0	8.800.000
					BA <u>8.800.000</u>		<u>0</u>	0	<u>0</u>	0	<u>8.800.000</u> ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
16.c	4E.21 NEU	Stadthalle / Sanierung der technischen Gebäudeausrüstung	132		bisher 0 neu <u>7.300.000</u>	0 0	0 0	0 0	0 6.000.000	0 1.300.000	zusätzliche Mittel für die Erneuerung der technischen Gebäudeausrüstung (TGA) in der Stadthalle. Die TGA entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen an ein modernes Veranstaltungs- und Kongress-Zentrum. Ausführung ab 2019
					Veränderung 7.300.000		0	0	0	6.000.000	1.300.000
					BA <u>7.300.000</u>		<u>0</u>	0	<u>0</u>	<u>6.000.000</u>	<u>1.300.000</u> ohne Beschlussempfehlung passieren lassen

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Erweiterung Kita Querum											
	19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	-217.500	217.500	
17.a	5E.210085	Kita Querum / Erweiterung	112	bisher neu	217.500 217.500	0 0	0 0	0 0	217.500 0	0 217.500	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	0	0	0	0	-217.500	217.500	
				JHA BA	0 0	0 0	0 0	0 0	-217.500 <u>-217.500</u>	217.500 <u>217.500</u>	angenommen 13/0/0 angenommen 8/0/2
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
17.b	5E.210085	Kita Querum / Erweiterung	112	bisher neu	835.100 835.100	85.000 85.000	0 0	0 0	85.000 0	335.100 0	330.000 750.100
				Veränderung	0	0	0	-85.000	-335.100	420.100	Einsparvorschlag Konsolidierung
				JHA BA	0 0	0 0	0 0	-85.000 <u>-85.000</u>	-335.100 <u>-335.100</u>	420.100 <u>420.100</u>	angenommen 13/0/0 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Baumaßnahmen Feuerwehr											
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		30.900	0	-160.000	-669.100	-290.000	400.000	750.000	
Baumaßnahmen Feuerwehr											
18	5E.210113	Berufsfeuerwehr / Neubauten	331	bisher neu	32.816.000 32.816.000	2.900.000 2.900.000	50.000 50.000	4.500.000 4.300.000	4.550.000 4.300.000	1.865.000 2.265.000	18.951.000 19.001.000
NEU			331	Veränderung	0		0	-200.000	-250.000	400.000	50.000
					VE 2017: 4.500.000	VE 2017 neu: 4.300.000		VE 2017 Veränderung: -200.000			
NEU			331		VE 2018: 4.500.000	VE 2018 neu: 4.300.000		VE 2018 Veränderung: -200.000			
				FwA BA	0 <u>0</u>		0 <u>0</u>	-200.000 <u>-200.000</u>	-250.000 <u>-250.000</u>	400.000 <u>400.000</u>	50.000 <u>50.000</u>
Einsparvorschlag Konsolidierung											
19	5E.210144	Feuerwehrhaus Timmerlah / Neubau	222	bisher neu	800.000 700.000	0 0	160.000 0	600.000 0	40.000 0	0 0	0 700.000
NEU			222	Veränderung	-100.000		-160.000	-600.000	-40.000	0	700.000
					FwA BA	-100.000 <u>-100.000</u>	-160.000 <u>-160.000</u>	-600.000 <u>-600.000</u>	-40.000 <u>-40.000</u>	0 <u>0</u>	700.000 <u>700.000</u>
Einsparvorschlag Konsolidierung											
20	5S.210024	Feuerwehr Harxbüttel /Anbau	222	bisher neu	500.000 630.900	500.000 500.000	0 0	0 130.900	0 0	0 0	0 0
NEU			222	Veränderung	130.900		0	130.900	0	0	0
					VE 2017: FwA BA	0 130.900 <u>130.900</u>	VE 2017 neu: 0 <u>130.900</u>	130.900 <u>130.900</u>	VE 2017 Veränderung: 130.900 <u>130.900</u>		
Mehrkosten für die Erweiterung des Feuerwehrhauses Harxbüttel; neue Gesamtkosten 630.900 €											
NEU			222								angenommen 9/0/0 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
Baumaßnahmen Städtische Tiefgaragen												
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)												
17	4E.21 NEU	Tiefgarage Packhof / Sanierung	131			3.760.000	0	600.000	1.609.000	1.129.000	422.000	0
				bisher	0	0	0	0	0	0		
				neu	3.760.000	0	600.000	1.609.000	1.129.000	422.000	0	
				Veränderung	3.760.000		600.000	1.609.000	1.129.000	422.000	0	
				BA	<u>3.760.000</u>		<u>600.000</u>	<u>1.609.000</u>	<u>1.129.000</u>	<u>422.000</u>	0	
											angenommen 8/0/2	
Brandschutzmaßnahmen												
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)												
17	4S.210034	Global-Instand. Allgem. Grundvermögen				5.013.500	0	1.013.500	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
				bisher	4.247.800	3.203.800	234.000	270.000	270.000	270.000	0	
				neu	4.261.300	3.203.800	247.500	270.000	270.000	270.000	0	
				Veränderung	13.500		13.500	0	0	0	0	
				JHA	<u>13.500</u>		<u>13.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	0	
				BA	<u>13.500</u>		<u>13.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	0	
											angenommen 13/0/0	
											angenommen 8/0/2	
23	4S.210051	Brandschutzmaßnahmen										
				bisher	12.857.600	2.505.000	2.013.500	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.339.100	
				neu	17.857.600	2.505.000	3.013.500	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.339.100	
				Veränderung	5.000.000		1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	
				BA	<u>5.000.000</u>		<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	1.000.000	
											Zusätzliche Mittel zur Behebung von Brandschutzmängeln, die durch künftige Begehungenseitens der BF festgestellt werden	
											angenommen 8/0/2	

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Schulsanierungsprogramm											
Sanierung Lessinggymnasium											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				-58.200	0	-58.200	0	0	0	0	
26	4E.210091	Lessinggymnasium/ Sanierung	323	bisher neu	972.300 914.100	914.100 914.100	58.200 0	0 0	0 0	0 0	Mittel wurden 2015 überplanmäßig bereitgestellt
				Veränderung	-58.200		-58.200	0	0	0	Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 323
				SchA BA	-58.200 <u>-58.200</u>		-58.200 <u>-58.200</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	angenommen 18/0/0 angenommen 8/0/2
Sanierung GY Kleine Burg											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				0	0	-39.000	-149.000	-52.600	0	240.600	
27.a	4E.210132	GY Kleine Burg / Sanierung	131	bisher neu	1.100.000 1.100.000	0 0	39.000 51.000	200.000 247.400	300.000 360.000	360.000 441.600	201.000
				Veränderung	0		-39.000 <u>-149.000</u>	-149.000 <u>-52.600</u>	-52.600 <u>-52.600</u>	0 <u>0</u>	240.600 <u>240.600</u>
				SchA BA	0 <u>0</u>		-39.000 <u>-149.000</u>	-149.000 <u>-52.600</u>	-52.600 <u>-52.600</u>	0 <u>0</u>	240.600 <u>240.600</u>
											Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
											angenommen 10/2/6 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
27.b	4E.210132	GY Kleine Burg / Sanierung	131	bisher neu	4.400.000 4.400.000	0 0	156.000 204.000	800.000 989.600	1.200.000 1.440.000	1.440.000 1.766.400	804.000 Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
				Veränderung		0	-156.000	-596.000	-210.400	0	962.400
				SchA BA	0 <u>0</u>		<u>-156.000</u> <u>-156.000</u>	<u>-596.000</u> <u>-596.000</u>	<u>-210.400</u> <u>-210.400</u>	0 <u>0</u>	962.400 <u>962.400</u>
Sanierung GS Volkmarode											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
28.a	4E.210133	GS Volkmarode / Sanierung	114	bisher neu	421.700 421.700	0 0	0 40.000	29.200 100.000	100.000 200.000	200.000 81.700	Anpassung der Raten an den Bauablauf
				Veränderung		0	0	10.800	0	0	-10.800
				SchA BA	0 <u>0</u>		<u>0</u> <u>0</u>	<u>10.800</u> <u>10.800</u>	<u>0</u> <u>0</u>	<u>0</u> <u>0</u>	-10.800 <u>-10.800</u>
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
28.b	4E.210133	GS Volkmarode / Sanierung	114	bisher neu	1.686.800 1.686.800		116.800 160.000	400.000 400.000	800.000 800.000	370.000 326.800	Anpassung der Raten an den Bauablauf
				Veränderung		0	0	43.200	0	0	-43.200
				SchA BA	0 <u>0</u>		<u>0</u> <u>0</u>	<u>43.200</u> <u>43.200</u>	<u>0</u> <u>0</u>	<u>0</u> <u>0</u>	-43.200 <u>-43.200</u>

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung GS Melverode											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
29.a	4E.210134	GS Melverode / Sanierung	212	bisher neu	794.000 794.000	8.000 8.000	27.000 0	180.000 60.000	360.000 280.000	219.000 329.400	0 116.600
				Veränderung			-27.000	-120.000	-80.000	110.400	116.600
				SchA BA	0 <u>0</u>		-27.000 -27.000	-120.000 -120.000	-80.000 -80.000	110.400 110.400	116.600 116.600
											Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
											Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112
											angenommen 8/0/10 angenommen 8/0/2
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
29.b	4E.210134	GS Melverode / Sanierung	212	bisher neu	3.516.200 3.516.200	372.000 372.000	108.000 0	720.000 240.000	1.440.000 1.120.000	876.200 1.317.600	0 466.600
				Veränderung			-108.000	-480.000	-320.000	441.400	466.600
				SchA BA	0 <u>0</u>		-108.000 -108.000	-480.000 -480.000	-320.000 -320.000	441.400 441.400	466.600 466.600
											Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
											Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112
											angenommen 8/0/10 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung GS Waggum											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	-24.000	-174.000	198.000	
30.a	4E.210135	GS Waggum / Sanierung	112	bisher neu	644.400 644.400	0 0	0 0	24.000 -24.000	224.000 -174.000	396.400 198.000	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2019 Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112 und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen für erledigt erklärt, siehe Liste "Änderungsanträge Fraktionen/ StBezR" angenommen 8/0/2
				Ver än der un							
				SchA		0	0	0	0	0	
				BA	0	0	0	-24.000	-174.000	198.000	
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	-96.000	-696.000	792.000	
30.b	4E.210135	GS Waggum / Sanierung	112	bisher neu	2.577.600 2.577.600	0 0	0 0	96.000 0	896.000 200.000	1.585.600 2.377.600	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2019 Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112 und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen für erledigt erklärt, siehe Liste "Änderungsanträge Fraktionen/ StBezR" angenommen 8/0/2
				Veränderung	0	0	0	-96.000	-696.000	792.000	
				SchA	0	0	0	0	0	0	
				BA	0	0	0	-96.000	-696.000	792.000	

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung BBS V											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	-65.000	-510.800	-20.000	-524.000	1.119.800	
31.a	4E.210137	BBS V/ Sanierung	120	bisher 2.569.000 neu 2.569.000	100.000 100.000	65.000 0	600.000 289.700	620.000 620.000	1.184.000 1.093.000	0 466.300	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung		0	-65.000	-310.300	0	-91.000	466.300
				SchA	0		-65.000	-310.300	0	-91.000	466.300
				BA	0		<u>-65.000</u>	<u>-310.300</u>	0	<u>-91.000</u>	<u>466.300</u>
31.b	4E.210137	BBS V/ Sanierung	120	bisher 2.569.000 neu 2.569.000	100.000 100.000	0 0	289.700 89.200	620.000 600.000	1.093.000 660.000	466.300 1.119.800	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
				Veränderung		0	0	-200.500	-20.000	-433.000	653.500
				SchA	0		0	-200.500	-20.000	-433.000	653.500
				BA	0		<u>0</u>	<u>-200.500</u>	<u>-20.000</u>	<u>-433.000</u>	<u>653.500</u>
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
31.c	4E.210137	BBS V/ Sanierung	120	bisher 10.193.300 neu 10.193.300	417.300 417.300	260.000 0	2.400.000 1.158.800	2.480.000 2.480.000	4.636.000 4.272.800	0 1.864.400	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung		0	-260.000	-1.241.200	0	-363.200	1.864.400
				SchA	0		-260.000	-1.241.200	0	-363.200	1.864.400
				BA	0		<u>-260.000</u>	<u>-1.241.200</u>	0	<u>-363.200</u>	<u>1.864.400</u>
31.d	4E.210137	BBS V/ Sanierung	120	bisher 10.193.300 neu 10.193.300	417.300 417.300		1.158.800 356.800	2.480.000 2.400.000	4.272.800 2.640.000	1.864.400 4.379.200	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
				Veränderung		0	0	-802.000	-80.000	-1.632.800	2.514.800
				SchA	0		0	-802.000	-80.000	-1.632.800	2.514.800
				BA	0		<u>0</u>	<u>-802.000</u>	<u>-80.000</u>	<u>-1.632.800</u>	<u>2.514.800</u>

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung GY Martino-Katharineum											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	120.000	-120.000	
32.a	4E.210141	GY Martino-Katharineum /Sanierung	131	bisher neu	660.000 660.000	0 0	0 40.000	40.000 350.000	150.000 270.000	120.000 0	Anpassung der Raten an den Bauablauf
				Veränderung		0	0	0	0	120.000 -120.000	
				SchA BA	0 0	0 0	0 0	0 0	120.000 120.000	-120.000 -120.000	angenommen 16/0/2 angenommen 8/0/2
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	480.000	-480.000	
32.b	4E.210141	GY Martino-Katharineum /Sanierung	131	bisher neu	2.640.000 2.640.000	0 0	0 160.000	160.000 1.400.000	600.000 1.080.000	480.000 0	Anpassung der Raten an den Bauablauf
				Veränderung		0	0	0	0	480.000 -480.000	
				SchA BA	0 0	0 0	0 0	0 0	480.000 480.000	-480.000 -480.000	angenommen 16/0/2 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
Sanierung Wilhelm Gymnasium												
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)												
33.a	4E.210142	Wilhelmgymnasium / Sanierung	132	bisher neu	1.194.000 1.194.000	0 0	40.000 80.000	320.000 320.000	380.000 440.000	454.000 354.000	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017	
				Veränderung		0	-40.000	-240.000	-60.000	-14.000	354.000	
				SchA BA	0 <u>0</u>		<u>-40.000</u> <u>-40.000</u>	<u>-240.000</u> <u>-240.000</u>	<u>-60.000</u> <u>-60.000</u>	<u>-14.000</u> <u>-14.000</u>	354.000 <u>354.000</u> angenommen 16/0/2 angenommen 8/0/2	
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)												
33.b	4E.210142	Wilhelmgymnasium / Sanierung	132	bisher neu	5.006.000 5.006.000	230.000 230.000	160.000 0	1.280.000 320.000	1.520.000 1.280.000	1.816.000 1.760.000	0 1.416.000	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
				Veränderung		0	-160.000	-960.000	-240.000	-56.000	1.416.000	
				SchA BA	0 <u>0</u>		<u>-160.000</u> <u>-160.000</u>	<u>-960.000</u> <u>-960.000</u>	<u>-240.000</u> <u>-240.000</u>	<u>-56.000</u> <u>-56.000</u>	1.416.000 <u>1.416.000</u> angenommen 16/0/2 angenommen 8/0/2	

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung IGS Franzsches Feld											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) 10.045.000 0 5.600 0 1.994.400 8.045.000											
34.a	4E.210144	IGS Franzsches Feld / Sanierung	120	bisher 3.673.700 neu <u>14.973.700</u>	615.800 1.506.200 615.800 1.506.200	756.400 756.400	751.300 751.300	44.000 2.044.000	0 9.300.000	Zusätzliche Mittel für die Sanierung der Innendecken der Lichtschächte und der Außenanlagen	
				Veränderung 11.300.000		0	0	0	2.000.000	9.300.000	
				SchA 11.300.000 BA <u>11.300.000</u>		0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	2.000.000 <u>2.000.000</u>	9.300.000 <u>9.300.000</u>	angenommen 18/0/0 angenommen 8/0/2
34.b	4E.210144	IGS Franzsches Feld / Sanierung	120	bisher 14.973.700 neu <u>14.973.700</u>	615.800 1.506.200 615.800 1.506.200	756.400 762.000	751.300 751.300	2.044.000 2.038.400	9.300.000 9.300.000	Anpassung der Raten an den Bauablauf	
				Veränderung 0		0	5.600	0	-5.600	0	
				SchA 0 BA <u>0</u>		0 <u>0</u>	5.600 <u>5.600</u>	0 <u>0</u>	-5.600 <u>-5.600</u>	0 <u>0</u>	angenommen 18/0/0 angenommen 8/0/2
NEU	4E.210144	IGS Franzsches Feld / Sanierung	120	bisher 14.973.700 neu <u>13.718.700</u>	615.800 1.506.200 615.800 1.506.200	762.000 762.000	751.300 751.300	2.038.400 2.038.400	9.300.000 8.045.000	Anpassung der Raten an den tatsächlichen Bedarf	
				Veränderung -1.255.000		0	0	0	0	-1.255.000	

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
34.c	4E.210144	IGS Franzsches Feld / Sanierung	120	bisher neu	11.088.800 3.452.000 2.260.000	2.755.700 2.445.200 175.900	0 0 22.300	0 0 -22.300	0 0 0	0 0 0	Anpassung der Raten an den Bauablauf
NEU				Veränderung	0 0 0	0 2.778.000 2.445.200	22.300 VE 2017 neu: VE 2019 neu:	0 -22.300 -22.300	0 0 0	0 0 0	
NEU					VE 2017: VE 2019: SchA BA	2.755.700 175.900 0 0	2.778.000 153.600 22.300 22.300	VE 2017 Veränderung: VE 2019 Veränderung: -22.300 -22.300	22.300 -22.300 0 0	0 0 angenommen 18/0/0 angenommen 8/0/2	

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung GS Bültenweg											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
35.a	4E.210146	GS Bültenweg / Sanierung	331	bisher neu	706.000 706.000	0 0	0 0	0 0	30.000 0	230.000 60.000	446.000 646.000
				Veränderung		0	0	0	-30.000	-170.000	200.000
				SchA BA		0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	-30.000 <u>-30.000</u>	-170.000 <u>-170.000</u>	200.000 <u>200.000</u>
Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen											
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
35.b	4E.210146	GS Bültenweg / Sanierung	331	bisher neu	2.824.000 2.824.000	0 0	0 0	0 0	120.000 0	920.000 240.000	1.784.000 2.584.000
				Veränderung		0	0	0	-120.000	-680.000	800.000
				SchA BA		0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	-120.000 <u>-120.000</u>	-680.000 <u>-680.000</u>	800.000 <u>800.000</u>
Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen											

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung GS Querum											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	-24.000	-174.000	198.000	
36.a	4E.210147	GS Querum / Sanierung	112	bisher neu	502.000 502.000	0 0	0 0	0 0	24.000 0	224.000 50.000	254.000 452.000
				Veränderung		0	0	0	-24.000	-174.000	198.000
											Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2019
											Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112 und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
											für erledigt erklärt, siehe Liste "Änderungsanträge Fraktionen/ StBezR" angenommen 8/0/2
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)			0	0	0	0	-96.000	-696.000	792.000
36.b	4E.210147	GS Querum / Sanierung	112	bisher neu	2.008.000 2.008.000	0 0	0 0	0 0	96.000 0	896.000 200.000	1.016.000 1.808.000
				Veränderung		0	0	0	-96.000	-696.000	792.000
											Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2019
											Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112 und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
											für erledigt erklärt, siehe Liste "Änderungsanträge Fraktionen/ StBezR" angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung GS Völkenrode											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	-20.000	-100.000	60.000	60.000	0	
37.a	4E.210148	GS Völkenrode / Sanierung	321	bisher neu	200.000 200.000	0 0	20.000 20.000	120.000 120.000	60.000 60.000	0 0	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
				Veränderung		0	-20.000	-100.000	60.000	60.000	0
				SchA BA	0 <u>0</u>		-20.000 -20.000	-100.000 -100.000	60.000 60.000	60.000 60.000	0 0 angenommen 13/0/5 angenommen 8/0/2
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
37.b	4E.210148	GS Völkenrode / Sanierung	321	bisher neu	800.000 800.000	0 0	80.000 80.000	480.000 480.000	240.000 240.000	0 0	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
				Veränderung		0	-80.000	-400.000	240.000	240.000	0
				SchA BA	0 <u>0</u>		-80.000 -80.000	-400.000 -400.000	240.000 240.000	240.000 240.000	0 0 angenommen 13/0/5 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
Sanierung GS Rühme												
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	-40.000	-140.000	-20.000	80.000	120.000		
38.a	4E.210149	GS Rühme / Sanierung	322	bisher neu	780.000 780.000	0 0	40.000 60.000	200.000 280.000	300.000 320.000	240.000 120.000	0 Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017	
				Veränderung	0		-40.000	-140.000	-20.000	80.000	120.000	
				SchA BA	0 <u>0</u>		<u>-40.000</u> <u>-40.000</u>	<u>-140.000</u> <u>-140.000</u>	<u>-20.000</u> <u>-20.000</u>	<u>80.000</u> <u>80.000</u>	<u>120.000</u> <u>120.000</u> angenommen 11/0/7 angenommen 8/0/2	
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)												
38.b	4E.210149	GS Rühme / Sanierung	322	bisher neu	3.120.000 3.120.000	0 0	160.000 0	800.000 240.000	1.200.000 1.120.000	960.000 1.280.000	0 480.000	Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017
				Veränderung	0		-160.000	-560.000	-80.000	320.000	480.000	
				SchA BA	0 <u>0</u>		<u>-160.000</u> <u>-160.000</u>	<u>-560.000</u> <u>-560.000</u>	<u>-80.000</u> <u>-80.000</u>	<u>320.000</u> <u>320.000</u>	<u>480.000</u> <u>480.000</u> angenommen 11/0/7 angenommen 8/0/2	

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung GS Stöckheim											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
39.a	4E.210150	GS Stöckheim / Sanierung	211	bisher neu	780.000 780.000	0 0	40.000 60.000	200.000 280.000	300.000 320.000	240.000 320.000	0 120.000
				Veränderung		0	-40.000	-140.000	-20.000	80.000	120.000
				SchA BA	0 <u>0</u>		<u>-40.000</u> <u>-40.000</u>	<u>-140.000</u> <u>-140.000</u>	<u>-20.000</u> <u>-20.000</u>	<u>80.000</u> <u>80.000</u>	<u>120.000</u> <u>120.000</u>
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
39.b	4E.210150	GS Stöckheim / Sanierung	211	bisher neu	3.120.000 3.120.000	0 0	160.000 0	800.000 240.000	1.200.000 1.120.000	960.000 1.280.000	0 480.000
				Veränderung		0	-160.000	-560.000	-80.000	320.000	480.000
				SchA BA	0 <u>0</u>		<u>-160.000</u> <u>-160.000</u>	<u>-560.000</u> <u>-560.000</u>	<u>-80.000</u> <u>-80.000</u>	<u>320.000</u> <u>320.000</u>	<u>480.000</u> <u>480.000</u>
Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2017											
angenommen 10/0/8 angenommen 8/0/2											

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sanierung BBS V Abteilung Leonardstraße											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	-24.000	-184.000	208.000	
40.a	4E.210151	BBS V Abt. Leonardstraße / Sanierung	132	bisher neu	340.000 340.000	0 0	0 0	0 0	24.000 0	224.000 40.000	92.000 300.000
				Veränderung		0	0	0	-24.000	-184.000	208.000
											Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2019
											Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
											für erledigt erklärt, siehe Liste "Änderungsanträge Fraktionen/ StBezR" angenommen 8/0/2
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	-96.000	-736.000	832.000	
40.b	4E.210151	BBS V Abt. Leonardstraße / Sanierung	132	bisher neu	1.360.000 1.360.000	0 0	0 0	0 0	96.000 0	896.000 160.000	368.000 1.200.000
				Veränderung		0	0	0	-96.000	-736.000	832.000
											Deckung für Ansatzveränderungen der Verwaltung: Verschiebung der Baumaßnahme nach 2019
											Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112 und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
											für erledigt erklärt, siehe Liste "Änderungsanträge Fraktionen/ StBezR" angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sonstige Baumaßnahmen des FB 65											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				205.000	0	141.000	0	64.000	0	0	
41	4S.210081	Städt. Stadion / Global- Instandhaltungen	331	bisher neu Veränderung	0 205.000 205.000	0 141.000 141.000	0 0 0	0 64.000 64.000	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Mittel für 2016 in Höhe von 141 TEUR für das Wegeleitsystem und den beleuchteten Flucht- und Rettungswegkennzeichen sowie zusätzliche Mittel für 2018 in Höhe von 64 TEUR für die Dämmung der Abseitenräume Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen BA <u>205.000</u> <u>141.000</u> <u>0</u> <u>64.000</u> <u>0</u> <u>0</u> angenommen 8/0/2
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)			330.100	0	-258.000	1.025.600	0	-562.500	125.000
NEU	4E.210168	Kita Volkmarode/ Erweiterung	114	bisher neu Veränderung	440.000 440.000 0	0 0 0	40.000 40.000 0	400.000 400.000 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2017 VE 2017: 0 VE 2017 neu: 400.000 VE 2017 Veränderung: 400.000 JHA 0 0 0 0 0 0 angenommen 13/0/0 BA 0 0 0 0 0 0 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
NEU	4E.210169	Kita Waggum /Sanierung	114	bisher neu	1.200.000 1.200.000	0 0	368.000 368.000	192.000 192.000	640.000 640.000	0 0	0 0
				Veränderung		0	0	0	0	0	zusätzliche Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2017 und 2018
					VE 2017: VE 2018:	0 0	VE 2017 neu: VE 2018 neu:	192.000 640.000	VE 2017 Veränderung: VE 2018 Veränderung:	192.000 640.000	
				JHA BA	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	angenommen 13/0/0 angenommen 8/0/2
<hr/>											
42	5E.210117	GY HvF/ Ersatz Umkleidegebäude Sporthalle	310	bisher neu	815.000 1.040.600	65.000 65.000	400.000 400.000	350.000 575.600	0 0	0 0	0 0
NEU				Veränderung		225.600	0	225.600	0	0	0
					VE 2017: SchA BA	350.000 225.600 <u>225.600</u>	VE 2017 neu: 0 <u>0</u>	550.000 225.600 <u>225.600</u>	VE 2017 Veränderung: 200.000 0 <u>0</u>	200.000 0 <u>0</u>	zusätzliche Mittel für die Errichtung des Ersatzbaus (Mehrkosten), neue Gesamtkosten gem. BA-Vorlage 1.040.600 €
				JHA BA	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	0 <u>0</u>	angenommen 18/0/0 angenommen 8/0/2
<hr/>											
NEU	5E.210142	Ehemaliges Nordbad/Umbau Gymnastikhalle		bisher neu	1.275.000 1.275.000	775.000 775.000	500.000 0	0 500.000	0 0	0 0	0 0
				Veränderung		0	-500.000	500.000	0	0	0
					VE 2017: SpA BA	0 0	VE 2017 neu: -500.000 <u>-500.000</u>	500.000 <u>500.000</u>	VE 2017 Veränderung: 500.000 0 <u>0</u>	500.000 0 <u>0</u>	Einsparungsvorschlag Konsolidierung angenommen 10/0/0 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
NEU	5E.210145	Sportgeb. Lamme / Erweiterung Umkleidek.		bisher neu	450.000 300.000	0 0	0 300.000	0 0	450.000 0	0 0	Vorziehen der Erweiterung der Umkleidekabinen auf der Sportanlage Lamme von 2019 auf 2017 sowie Absenkung der Gesamtkosten um 150.000 €
			Veränderung		-150.000		0	300.000	0	-450.000	0
						VE 2017: SpA BA	0 <u>-150.000</u>	VE 2017 neu: <u>0</u> <u>300.000</u>	VE 2017 Veränderung: <u>300.000</u> <u>0</u> <u>-450.000</u>	 0 <u>0</u>	Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 321 angenommen 10/0/0 angenommen 8/0/2
43	5E.210148	Lessinggymnasium Wenden / Erneuerung Mittelspannungsanlagen		bisher neu	0 126.000	0 0	0 126.000	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Mittel für die Sanierung des Netzanchlusses "Lessinggymnasium" (neue Transformatorenstationen)
			Veränderung		126.000		126.000	0	0	0	0
						BA <u>126.000</u>	<u>126.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
44	5E.210149	IGS Volkmarode / Erneuerung Mittelspannungsanlagen		bisher 0 neu 116.000	0 0	0 116.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Mittel für die Sanierung des Netzanchlusses "IGS Volkmarode" (neue Transformatorenstationen)
			Veränderung	116.000		116.000	0	0	0	0	
			BA	<u>116.000</u>		<u>116.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2
<hr/>											
NEU	5S.210004	FB 20: Global-Baumaßnahmen		bisher 1.417.300 neu 1.429.800	1.124.800 1.124.800	180.000 180.000	0 0	0 0	112.500 0	0 125.000	Einsparungsvorschlag Konsolidierung Eine Reduzierung um 12.500 € erfolgt bereits in der Liste "Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte"
			Veränderung	12.500	0	0	0	0	-112.500	125.000	
			BA	<u>12.500</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-112.500</u>	<u>125.000</u>	angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 40 - Schule											
BBS II Lehrmittel Elektronik											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				22.000	0	0	22.000	0	0	0	
45.a	5E.400012	BBS II /Beschaffung Lehrmittel Elektrotechnik	212	bisher neu	340.538 362.538	289.038 289.038	1.500 1.500	50.000 72.000	0 0	0 0	zusätzliche Mittel für die Beschaffung von Lehrmitteln des Festwertes BBS II für 2017 in Höhe von 22.000 €; dafür können die Mittel für Beschaffungen außerhalb des Festwertes in gleicher Höhe reduziert werden - siehe Zeile 27
				Veränderung	22.000		0	22.000	0	0	0
				SchA	<u>22.000</u>		<u>0</u>	<u>22.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u> angenommen 17/0/1
27		Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-49.900	0	-49.900	0	0	0	0	
45.b	5E.400012	BBS II /Beschaffung Lehrmittel Elektrotechnik	212	bisher neu	1.011.962 984.062	647.962 647.962	364.000 336.100	0 0	0 0	0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-27.900		-27.900	0	0	0	0
				SchA	<u>-27.900</u>		<u>-27.900</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u> angenommen 7/4/5
45.c	5E.400012	BBS II /Beschaffung Lehrmittel Elektrotechnik	212	bisher neu	984.062 962.062	647.962 647.962	336.100 314.100	0 0	0 0	0 0	geringere Mittel für die Beschaffung von Lehrmitteln außerhalb des Festwertes BBS II für 2016 in Höhe von 22.000 € ; dafür hat sich ein höherer Bedarf für 2017 für Beschaffungen von Lehrmitteln des Festwertes in gleicher Höhe ergeben - siehe Zeile 17
				Veränderung	-22.000		-22.000	0	0	0	0
				SchA	<u>-22.000</u>		<u>-22.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u> angenommen 17/0/1

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
sonstige Maßnahmen des Teilhaushaltes 40											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		415.100	0	216.200	7.600	116.800	20.500	54.000	
46	5S.400036	Mobilier Festwert MEP Schulen		bisher neu	692.640 557.740	477.440 477.440	53.800 20.000	53.800 20.000	53.800 20.300	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-134.900		-33.800	-33.800	-33.500	0	
				SchA BA	<u>-134.900</u> <u>-134.900</u>		<u>-33.800</u> <u>-33.800</u>	<u>-33.800</u> <u>-33.800</u>	<u>-33.500</u> <u>-33.500</u>	0 0	angenommen 10/3/5 angenommen 8/0/2
47	5S.400045	5. IGS Heidberg / Beschaffung Mobiliar	212	bisher neu	1.500.000 1.800.000	1.120.000 1.120.000	100.000 100.000	100.000 141.400	180.000 330.600	0 54.000	Nachveranschlagung von Mitteln in Höhe von 300.000 EUR für die Jahre 2017-2020 für die Beschaffung von Mobiliar für die 5. IGS, da in dieser Höhe in 2015 Deckungsmittel aus diesem Projekt für die Unterbringung minderjähriger Flüchtlinge bereitgestellt wurden
				Veränderung	300.000		0	41.400	150.600	54.000	54.000
				SchA BA	<u>300.000</u> <u>300.000</u>		<u>0</u> <u>0</u>	<u>41.400</u> <u>41.400</u>	<u>150.600</u> <u>150.600</u>	<u>54.000</u> <u>54.000</u>	<u>54.000</u> <u>54.000</u>
48	5S.400049	GVG Süd Schulen		bisher neu	422.700 672.700	226.700 226.700	49.000 299.000	49.000 49.000	49.000 49.000	0 0	zusätzliche Mittel für die Beschaffung von Spinden und geeigneten Informationssystemen für 2016 in Höhe von 250.000 € (Ersatz für Garderoben, etc, die im Rahmen von Branschutzmaßnahmen entfernt wurden)
				Veränderung	250.000		250.000	0	0	0	0
				SchA BA	<u>250.000</u> <u>250.000</u>		<u>250.000</u> <u>250.000</u>	<u>0</u> <u>0</u>	<u>0</u> <u>0</u>	<u>0</u> <u>0</u>	angenommen 17/0/1 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
49	5S.400009	Lehrmittel Schulen nicht FW		bisher neu	1.250.381 1.094.581	850.381 850.381	100.000 50.000	100.000 71.900	100.000 50.400	100.000 71.900	0 0
			Veränderung		-155.800		-50.000	-28.100	-49.600	-28.100	0
			SchA BA		-155.800 -155.800		-50.000 -50.000	-28.100 -28.100	-49.600 -49.600	-28.100 -28.100	0 0
50	5S.400031	Ersatz-GVG GegenSt MEP Schulen		bisher neu	5.142.919 4.292.919	1.972.919 1.972.919	810.000 510.000	810.000 630.000	740.000 550.000	810.000 630.000	0 0
			Veränderung		-850.000		-300.000	-180.000	-190.000	-180.000	0
			SchA BA		-850.000 -850.000		-300.000 -300.000	-180.000 -180.000	-190.000 -190.000	-180.000 -180.000	0 0
											Einsparungsvorschlag Konsolidierung angenommen 10/3/5 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 41 - Kultur											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		171.600	0	239.400	-22.600	-22.600	-22.600	0	
51	3E.410001	Einrichtung Kulturzentrum/ Planung		bisher neu	0 180.000	0 0	0 180.000	0 0	0 0	0 0	Neuveranschlagung der Planungsmittel für die Einrichtung eines Kulturzentrums
				Veränderung	180.000		180.000	0	0	0	
				AfKW	180.000		180.000	0	0	0	angenommen 10/0/0
52	4S.410004	mietvertragsrechtl. Verpflichtungen Schloss	131	bisher neu	508.189 417.789	108.189 108.189	100.000 77.400	100.000 77.400	100.000 77.400	100.000 77.400	0 0
				Veränderung	-90.400		-22.600	-22.600	-22.600	-22.600	0
				AfKW	-90.400		-22.600	-22.600	-22.600	-22.600	0 angenommen 10/0/0
53	4S.410008	Global: Staatstheater Baukostenzuschuss	131	bisher neu	0 82.000	0 0	0 82.000	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Mittel für die Beteiligung an Brandschutzmaßnahmen am Staatstheatergebäude; Gesamtkosten ca. 244.000 € - vertragliche Verpflichtung in Höhe eines Drittels aus dem Staatstheatervertrag
				Veränderung	82.000		82.000	0	0	0	0
				AfKW	82.000		82.000	0	0	0	0 angenommen 10/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 51 - Kinder, Jugend und Familie											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
54	4S.510001	FB 51: Instandhaltungen		bisher neu	857.200 887.200	418.400 418.400	109.700 117.200	109.700 117.200	109.700 117.200	0	dauerhafte Erhöhung der Mittel für Softwarewartung in Höhe von jährlich 7.500 € für die Software OKJug.
				Veränderung	30.000		7.500	7.500	7.500	0	
				JHA	<u>30.000</u>		<u>7.500</u>	<u>7.500</u>	<u>7.500</u>	<u>0</u>	angenommen 13/0/0
55	4S.510017	FB 51: Global- Invest.Zusch.fr.Träg		bisher neu	326.000 366.000	178.000 178.000	37.000 47.000	37.000 47.000	37.000 47.000	0	dauerhafte Erhöhung der Mittel für Aufwandszuschüsse an die Träger der Jugendarbeit in Höhe von 10.000 € jährlich; dafür können dauerhaft die Mittel für Investitionszuschüsse an die Träger der Jugendarbeit gekürzt werden - s. auch zu Zeile 29
				Veränderung	40.000		10.000	10.000	10.000	0	
				JHA	<u>40.000</u>		<u>10.000</u>	<u>10.000</u>	<u>10.000</u>	<u>0</u>	angenommen 13/0/0
29 Aktivierbare Zuwendungen (Veränderungen)											
56	4S.510017	FB 51: Global- Invest.Zusch.fr.Träg		bisher neu	301.000 261.000	221.000 221.000	20.000 10.000	20.000 10.000	20.000 10.000	0	dauerhafte Kürzung der Mittel für Investitionszuschüsse an die Träger der Jugendarbeit in Höhe von 10.000 € jährlich; dafür sind dauerhaft die Mittel für Aufwandszuschüsse an die Träger der Jugendarbeit zu erhöhen - s. auch zu Zeile 17
				Veränderung	-40.000		-10.000	-10.000	-10.000	0	
				JHA	<u>-40.000</u>		<u>-10.000</u>	<u>-10.000</u>	<u>-10.000</u>	<u>0</u>	angenommen 13/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Referat 0610 - Referat Stadtbild und Denkmalpflege											
Nationale Projekte des Städtebaus											
Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
10				-903.200	0	-584.600	-318.600	0	0	0	
57.a	4S.000018	Ref. 0610: Nationale Proj. d.Städtebaus		bisher neu	1.063.200 160.000	160.000 160.000	584.600 0	318.600 0	0 0	0 0	Wegfall des Projekte "Nationale Projekte d. Städtebaus", da keine Fördermöglichkeit mehr gesehen wird
				Veränderung	-903.200		-584.600	-318.600	0	0	
				PIUA	-903.200		-584.600	-318.600	0	0	0 angenommen 11/0/0
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				-1.355.000	0	-877.000	-478.000	0	0	0	
57.b	4S.000018	Ref. 0610: Nationale Proj. d.Städtebaus		bisher neu	1.595.000 240.000	240.000 240.000	877.000 0	478.000 0	0 0	0 0	Wegfall des Projekte "Nationale Projekte d. Städtebaus", da keine Fördermöglichkeit mehr gesehen wird
				Veränderung	-1.355.000		-877.000	-478.000	0	0	
				PIUA	-1.355.000		-877.000	-478.000	0	0	0 angenommen 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz											
Altlastsanierung Breite Straße / Gördelingerstraße											
Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
10				-530.000	0	-5.000	-460.000	-65.000	0	0	
58.a	4E.610009	Breite Str./ Gördelingerstr-Altlastbeseit.	131	bisher neu	690.000 160.000	0 0	45.000 40.000	540.000 80.000	105.000 40.000	0 0	Anpassung der Finanzraten für die Altlastensanierung Breite Str. / Gördelingerstr. an den tatsächlichen Finanzbedarf (Grund: Ablehnung der EFRE-Förderung durch das Land)
				Veränderung	-530.000		-5.000	-460.000	-65.000	0	0
			PIUA	-530.000		-5.000	-460.000	-65.000	0	0	angenommen 10/0/1
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				-300.000	0	0	0	0	0	-300.000	
58.b	4E.610009	Breite Str./ Gördelingerstr-Altlastbeseit.	131	bisher neu	2.300.000 2.000.000	150.000 150.000	200.000 200.000	800.000 800.000	200.000 200.000	500.000 500.000	450.000 150.000
			Veränderung	-300.000		0	0	0	0	-300.000	Anpassung der Finanzraten für die Altlastensanierung Breite Str. / Gördelingerstr. an den tatsächlichen Finanzbedarf (Grund: Ablehnung der EFRE-Förderung durch das Land)
			PIUA	-300.000		0	0	0	0	-300.000	angenommen 10/0/1

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Erschließungsgebiete											
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			-72.000	0	0	0	-72.000	0	0
59.a	4E.610011	FB 61: Am Pfarrgarten/Erschl. - Beitr	112	bisher neu	480.000 408.000	0 0	0 0	0 0	480.000 408.000	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-72.000		0	0	-72.000	0	0
				PIUA	-72.000		0	0	-72.000	0	0
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			-1.173.500	0	-274.100	-298.100	-42.800	-558.500	0
59.b	4E.610011	FB 61: Am Pfarrgarten/Erschließung	112	bisher neu	500.000 425.000	0 0	250.000 212.500	250.000 212.500	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-75.000		-37.500	-37.500	0	0	0
					VE 2017:	250.000	VE 2017 neu:	212.500	VE 2017 Veränderung:	-37.500	
				PIUA	-75.000		-37.500	-37.500	0	0	0
60	5E.610007	Volkmarode/Erschließung	114	bisher neu	343.187 253.187	243.187 243.187	100.000 10.000	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung:
				Veränderung	-90.000		-90.000	0	0	0	0
				PIUA	-90.000		-90.000	0	0	0	0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
61	5E.610010	Gew.-geb Rautheim-Nord/Erschl.	213	bisher neu	410.000 321.000	100.000 100.000	50.000 0	100.000 85.000	160.000 136.000	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung:
NEU				Veränderung	-89.000		-50.000	-15.000	-24.000	0	
					VE 2017: 100.000	VE 2017 neu: 85.000		VE 2017 Veränderung: -15.000			angenommen 11/0/0
				PIUA	<u>-89.000</u>		<u>-50.000</u>	<u>-15.000</u>	<u>-24.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
62	5E.610014	Gewerbegebiet Braunstraße-Süd /Erschl.	224	bisher neu	499.800 462.300	249.800 249.800	100.000 85.000	150.000 127.500	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung:
				Veränderung	-37.500		-15.000	-22.500	0	0	0
				PIUA	<u>-37.500</u>		<u>-15.000</u>	<u>-22.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
63	5E.610016	Roselies-Süd/Erschließung	213	bisher neu	1.459.291 1.106.091	437.091 437.091	101.000 85.900	360.000 206.000	380.700 223.600	180.500 153.500	0 0
				Veränderung	-353.200		-15.100	-154.000	-157.100	-27.000	0
					VE 2017:	360.000	VE 2017 neu:	206.000	VE 2017 Veränderung:	-154.000	Einsparvorschlag Konsolidierung:
					VE 2018:	380.700	VE 2018 neu:	223.600	VE 2018 Veränderung:	-157.100	
					VE 2019:	180.500	VE 2019 neu:	153.500	VE 2019 Veränderung:	-27.000	
				PIUA	-353.200	-15.100	-154.000	-157.100	-27.000	0	angenommen 11/0/0
64	5E.610017	Lammer Busch-Ost / Erschließung	321	bisher neu	375.904 273.504	25.904 25.904	139.000 118.200	211.000 129.400	0 0	0 0	0 0
				Veränderung	-102.400		-20.800	-81.600	0	0	0
					VE 2017:	211.000	VE 2017 neu:	129.400	VE 2017 Veränderung:	-81.600	Einsparvorschlag Konsolidierung:
				PIUA	-102.400	-20.800	-81.600	0	0	0	angenommen 11/0/0
65	5E.610027	Am Meerberg/Erschließung	211	bisher neu	155.000 139.300	50.000 50.000	105.000 89.300	0 0	0 0	0 0	0 0
				Veränderung	-15.700		-15.700	0	0	0	0
				PIUA	-15.700	-15.700	0	0	0	0	angenommen 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
66	5E.610029	Baugebiet Taubenstr/Erschließung	331	bisher neu	1.330.000 1.041.000	70.000 70.000	0 0	0 42.500	50.000 250.000	1.210.000 678.500	0 0
				Veränderung	-289.000		0	42.500	200.000	-531.500	0
						VE 2018: 50.000	VE 2018 neu: 250.000		VE 2018 Veränderung: 200.000		
				PIUA	-289.000	0	42.500	200.000	-531.500	0	angenommen 11/0/0
67	5S.610035	FB 61:Lammer Busch-Ost/Erschließung	321	bisher neu	1.010.696 888.996	199.096 199.096	200.000 170.000	200.000 170.000	411.600 349.900	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung:
NEU				Veränderung	-121.700		-30.000	-30.000	-61.700	0	0
						VE 2017: 200.000	VE 2017 neu: 170.000		VE 2017 Veränderung: -30.000		
				PIUA	-121.700	-30.000	-30.000	-61.700	0	0	angenommen 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Gewässerentwicklung Mittelriede, Tafelmakerweg											
10		Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-55.400	0	-27.700	-27.700	0	0	0	
68.a	4S.610037	Mittelriede,Tafelmakerw./Gew.entw	120	bisher neu	150.000 94.600	0 0	75.000 47.300	75.000 47.300	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-55.400		-27.700	-27.700	0	0	
				PIUA	<u>-55.400</u>		<u>-27.700</u>	<u>-27.700</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u> angenommen 10/1/0
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-111.000	0	-55.500	-55.500	0	0	0	
68.b	4S.610037	Mittelriede,Tafelmakerw./Gew.entw	120	bisher neu	300.000 189.000	0 0	150.000 94.500	150.000 94.500	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-111.000		-55.500	-55.500	0	0	
				PIUA	<u>-111.000</u>		<u>-55.500</u>	<u>-55.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u> angenommen 10/1/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
EFRE-Projekt Umweltmaßnahmen											
Wegfall des bisherigen Projektes "Umweltmaßnahmen/EFRE-Projekt" und Anmeldung eines neuen Projektes "Umweltmaßnahmen / EELA-Projekte"; das neue Projekt beinhaltet Vorhaben zur Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Lebensräumen und Arten der ländlichen Landschaften. Die Förderung beträgt 80 % der förderfähigen Kosten (förderfähige Kosten: 160.000 EUR; nicht förderfähige Kosten: 24.400 EUR - Erstattung : 128.000 EUR)											
10 Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
69.a	4S.610038	Umweltmaßnahmen/EFRE-Projekt NEU: Umweltmaßnahmen/EELA-Projekte		bisher neu	300.000 128.000	0 0	0 0	100.000 0	50.000 128.000	50.000 0	100.000 0
				Veränderung	-172.000			0	-100.000	78.000	-50.000
				PIUA	<u>-172.000</u>			<u>0</u>	<u>-100.000</u>	<u>78.000</u>	<u>-50.000</u>
											angenommen 11/0/0
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
69.b	4S.610038	Umweltmaßnahmen/EFRE-Projekt NEU: Umweltmaßnahmen/EELA-Projekte		bisher neu	600.000 184.400	0 0	100.000 80.000	100.000 80.000	100.000 24.400	100.000 0	200.000 0
				Veränderung	-415.600			-20.000	-20.000	-75.600	-100.000
				PIUA	<u>-415.600</u>			<u>-20.000</u>	<u>-20.000</u>	<u>-75.600</u>	<u>-100.000</u>
											angenommen 11/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sonstige Maßnahmen des Teilhaushaltes 61											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		240.100	0	175.200	14.000	27.900	23.000	0	
70	4E.610003	Riddagshausen/"Natur erleben"	112	bisher neu	253.293 244.893	239.293 239.293	3.500 1.400	3.500 1.400	3.500 1.400	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-8.400		-2.100	-2.100	-2.100	0	
				PIUA	<u>-8.400</u>		<u>-2.100</u>	<u>-2.100</u>	<u>-2.100</u>	<u>0</u>	angenommen 10/0/1
NEU	4E.610004	Renatur.Schunter/Hondel.	113	bisher neu	2.105.170 2.328.970	2.105.170 2.105.170	0 223.800	0 0	0 0	0 0	Nachveranschlagung von wegfallenden Haushaltsresten (Übertragungsmöglichkeit von 1 Jahr ist ausgeschöpft)
				Veränderung	<u>223.800</u>		<u>223.800</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
71	4E.610013	Pfälzer Straße / Ausgleichsmaß.		bisher neu	209.700 128.300	0 0	176.700 100.200	0 0	0 0	33.000 28.100	0 0
				Veränderung	-81.400		-76.500	0	0	-4.900	0
				PIUA	<u>-81.400</u>		<u>-76.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-4.900</u>	<u>0</u>
72	4S.610024	FB 61:Global Zusch. f. Flurbereinigungs.		bisher neu	185.000 305.000	185.000 185.000	0 30.000	0 30.000	0 30.000	0 30.000	0 0
				Veränderung	120.000		30.000	30.000	30.000	30.000	0
				PIUA	<u>120.000</u>		<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>0</u>

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
73	4S.610032	FB 61:Förderprogramm f.regener.Energien		bisher neu	370.000 356.100	277.000 277.000	0	93.000 79.100	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			Veränderung		-13.900		0	-13.900	0	0	
			PIUA		<u>-13.900</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-13.900</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 10/0/1
<hr/>											
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)					-20.800	-5.200	994.800	-5.200	-1.035.200	30.000	
74	5E.610004	Westpark 2. BA	221	bisher neu	1.886.292 1.886.292	136.292 136.292	0	0 0	0 0	200.000 170.000	1.550.000 1.580.000
			Veränderung		0		0	0	0	-30.000	30.000
			PIUA		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-30.000</u>	<u>30.000</u>
											angenommen 11/0/0
75	5E.610028	Ringgleis - Ausbau und Schließung		bisher neu	3.450.000 3.450.000	0 0	450.000 450.000	500.000 1.500.000	500.000 500.000	2.000.000 1.000.000	0 0
			Veränderung		0		0	1.000.000	0	-1.000.000	0
					VE 2017:	500.000	VE 2017 neu:	1.500.000	VE 2017 Veränderung:	<u>1.000.000</u>	
			PIUA		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>1.000.000</u>	<u>0</u>	<u>-1.000.000</u>	<u>0</u>	angenommen 11/0/0
<hr/>											
76	5S.610030	Wanderwege / Grünzüge		bisher neu	141.890 129.890	61.890 61.890	20.000 17.000	20.000 17.000	20.000 17.000	20.000 17.000	0 0
			Veränderung		-12.000		-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	0
NEU					VE 2017:	20.000	VE 2017 neu:	17.000	VE 2017 Veränderung:	<u>-3.000</u>	
NEU					VE 2018:	20.000	VE 2018 neu:	17.000	VE 2018 Veränderung:	<u>-3.000</u>	
NEU					VE 2019:	20.000	VE 2019 neu:	17.000	VE 2019 Veränderung:	<u>-3.000</u>	
			PIUA		<u>-12.000</u>	<u>-3.000</u>	<u>-3.000</u>	<u>-3.000</u>	<u>-3.000</u>	<u>0</u>	angenommen 10/1/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen	
<hr/>												
77	5S.610031	Grüne Stadtplätze		bisher neu	135.904 127.104	75.904 75.904	15.000 12.800	15.000 12.800	15.000 12.800	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung:	
			Veränderung		-8.800		-2.200	-2.200	-2.200	0		
NEU					VE 2017:	15.000	VE 2017 neu:	12.800	VE 2017 Veränderung:	-2.200		
NEU					VE 2018:	15.000	VE 2018 neu:	12.800	VE 2018 Veränderung:	-2.200		
NEU					VE 2019:	15.000	VE 2019 neu:	12.800	VE 2019 Veränderung:	-2.200		
			PIUA		<u>-8.800</u>		<u>-2.200</u>	<u>-2.200</u>	<u>-2.200</u>	<u>0</u>	angenommen 10/1/0	
<hr/>												
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr												
Stadtstraße Hamburger Straße - Bienroder Weg												
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				1.700.000	0	0	0	2.000.000	-300.000	0	
78.a	5E.660101	Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau	331	bisher neu	2.000.000 3.700.000	0 0	0 0	0 0	2.000.000 2.000.000	2.000.000 1.700.000	0 0	zusätzliche Einzahlungen und Auzahlungen im Rahmen der Herstellung der Stadtstraße (Gesamtkosten neu: 11,2 Mio. €; Gesamteinnahmen neu: 8,5 Mio. €)
			Veränderung		1.700.000		0	0	2.000.000	-300.000	0	
			BA		<u>1.700.000</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>2.000.000</u>	<u>-300.000</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2
<hr/>												
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				445.000	0	0	0	0	0	445.000	
78.b	5E.660101	Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau	331	bisher neu	4.500.000 4.945.000	0 0	0 0	0 0	2.835.000 2.835.000	1.665.000 1.665.000	0 445.000	zusätzliche Einzahlungen und Auzahlungen im Rahmen der Herstellung der Stadtstraße (Gesamtkosten neu: 11,2 Mio. €; Gesamteinnahmen neu: 8,5 Mio. €)
			Veränderung		445.000		0	0	0	0	445.000	
			BA		<u>445.000</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>445.000</u>	angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
78.c	5E.660101	Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau	331	bisher neu	9.680.000 11.180.000	430.000 430.000	200.000 200.000	400.000 400.000	3.000.000 3.000.000	3.000.000 3.000.000	2.650.000 4.150.000
				Veränderung	1.500.000		0	0	0	0	1.500.000
				BA	1.500.000		0	0	0	0	1.500.000
Straßenerneuerung Siegfriedviertel											
20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)											
79.a	5S.660011	Siegfriedviertel/Straßenern. Beiträge	331	bisher neu	1.475.285 1.317.785	967.785 967.785	107.500 50.000	100.000 0	150.000 150.000	150.000 150.000	0 0
				Veränderung	-157.500		-57.500	-100.000	0	0	0
				BA	-157.500		-57.500	-100.000	0	0	0
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
79.b	5S.660011	Siegfriedviertel/Straßenern.	331	bisher neu	4.899.896 4.584.896	3.884.896 3.884.896	215.000 100.000	200.000 0	300.000 300.000	300.000 300.000	0 0
				Veränderung	-315.000		-115.000	-200.000	0	0	0
					VE 2017:	200.000	VE 2017 neu:	0	VE 2017 Veränderung:	-200.000	
				BA	-315.000		-115.000	-200.000	0	0	0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Lehndorf											
20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)											
80.a	5S.660014	Lehndorf/Straßenerneuerung Beiträge	321	bisher neu	3.769.397 3.459.397	3.014.397 3.014.397	75.000 65.000	180.000 80.000	250.000 250.000	250.000 50.000	0 0
				Veränderung	-310.000		-10.000	-100.000	0	-200.000	0
				BA	<u>-310.000</u>		<u>-10.000</u>	<u>-100.000</u>	<u>0</u>	<u>-200.000</u>	<u>0</u> angenommen 8/0/2
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
80.b	5S.660014	Lehndorf/Straßenerneuerung 2. BA.	321	bisher neu	8.164.806 7.554.806	6.664.806 6.664.806	150.000 130.000	350.000 160.000	500.000 500.000	500.000 100.000	0 0
				Veränderung	-610.000		-20.000	-190.000	0	-400.000	0
					VE 2017: 350.000	VE 2017 neu: 160.000		VE 2017 Veränderung: -190.000			
				BA	<u>-610.000</u>		<u>-20.000</u>	<u>-190.000</u>	<u>0</u>	<u>-400.000</u>	<u>0</u> angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Östliches Ringgebiet											
20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)											
81.a	5S.660015	Östliches Ringgebiet/Straßenern. Beiträge	120	bisher neu	6.153.756 6.111.756	4.468.256 4.468.256	924.500 345.000	125.000 462.500	336.000 336.000	300.000 500.000	0 0
				Veränderung	-42.000		-579.500	337.500	0	200.000	0
				BA	<u>-42.000</u>		<u>-579.500</u>	<u>337.500</u>	<u>0</u>	<u>200.000</u>	<u>0</u> angenommen 8/0/2
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
81.b	5S.660015	Östliches Ringgebiet/Straßenern.	120	bisher neu	20.694.920 20.709.920	17.494.920 17.494.920	1.750.000 690.000	250.000 925.000	600.000 600.000	600.000 1.000.000	0 0
				Veränderung	15.000		-1.060.000	675.000	0	400.000	0
					VE 2017:	250.000	VE 2017 neu:	925.000	VE 2017 Veränderung:	675.000	
				BA	<u>15.000</u>		<u>-1.060.000</u>	<u>675.000</u>	<u>0</u>	<u>400.000</u>	<u>0</u> angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Petritor											
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-500.000	0	0	0	-250.000	-250.000	0	
82.a	5S.660016	Petritor/Straßenerneuerung -Beiträge	310	bisher neu	2.975.077 2.475.077	1.902.577 1.902.577	272.500 272.500	0 0	400.000 150.000	400.000 150.000	0 0
				Veränderung			-500.000	0	-250.000	-250.000	0
				BA	-500.000		0	0	-250.000	-250.000	0
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		-1.000.000	0	0	0	-500.000	-500.000	0	
82.b	5S.660016	Petritor/Straßenerneuerung	310	bisher neu	7.574.972 6.574.972	5.429.972 5.429.972	545.000 545.000	0 0	800.000 300.000	800.000 300.000	0 0
				Veränderung			-1.000.000	0	-500.000	-500.000	0
				BA	-1.000.000		0	0	-500.000	-500.000	0
											Einsparvorschlag Konsolidierung angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Hauptbahnhof / Mastbruch											
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-720.000	0	87.500	-307.500	-250.000	-250.000	0	
83.a	5S.660020	Hbf/ Mastbruch/Straßenern. Beiträge	132	bisher neu	1.761.017 1.041.017	761.017 761.017	100.000 187.500	400.000 92.500	250.000 0	250.000 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-720.000		87.500	-307.500	-250.000	-250.000	0
				BA	-720.000	87.500	-307.500	-250.000	-250.000	0	angenommen 8/0/2
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		-1.440.000	0	175.000	-615.000	-500.000	-500.000	0	
83.b	5S.660020	Hbf/ Mastbruch/Straßenern.	132	bisher neu	3.438.365 1.998.365	1.438.365 1.438.365	200.000 375.000	800.000 185.000	500.000 0	500.000 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-1.440.000		175.000	-615.000	-500.000	-500.000	0
					VE 2017:	800.000	VE 2017 neu:	185.000	VE 2017 Veränderung:	-615.000	
				BA	-1.440.000	175.000	-615.000	-500.000	-500.000	0	angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Wilhelminischer Ring Nord											
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-200.000	0	0	0	-100.000	-100.000	0	
84.a	5S.660023	Wilhelm. RingNord/Straßenern. Beiträge	310	bisher neu	600.000 400.000	0 0	0 0	300.000 200.000	300.000 200.000	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-200.000		0	-100.000	-100.000	0	
				BA	-200.000		0	0	-100.000	-100.000	0 angenommen 8/0/2
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		-400.000	0	0	0	-200.000	-200.000	0	
84.b	5S.660023	Wilhelm. RingNord/Straßenern. Bauwerk	310	bisher neu	3.095.468 2.695.468	1.895.468 1.895.468	0 0	600.000 400.000	600.000 400.000	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-400.000		0	-200.000	-200.000	0	
				BA	-400.000		0	0	-200.000	-200.000	0 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Innenstadt											
20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)											
85.a	5S.660024	Innenstadt/Straßenerneuerung Beiträge	131	bisher neu	2.474.175 3.035.675	1.880.675 1.880.675	93.500 180.000	0 375.000	300.000 300.000	200.000 300.000	0 0
				Veränderung			561.500	86.500	375.000	0	100.000
				BA			561.500	86.500	375.000	0	100.000
											angenommen 8/0/2
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
85.b	5S.660024	Innenstadt/Straßenerneuerung	131	bisher neu	8.047.133 8.657.133	6.347.133 6.347.133	500.000 360.000	0 750.000	600.000 600.000	600.000 600.000	0 0
				Veränderung			610.000	-140.000	750.000	0	0
					VE 2017:	0	VE 2017 neu:	750.000	VE 2017 Veränderung:	750.000	
				BA			610.000	-140.000	750.000	0	0
											angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Rüningen											
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-457.500	0	-157.500	-300.000	0	0	0	
86.a	5S.660025	Rüningen/Straßenerneuerung Beiträge	224	bisher neu	1.367.249 909.749	609.749 609.749	157.500 0	300.000 0	150.000 150.000	150.000 150.000	0 0
				Veränderung	-457.500		-157.500	-300.000	0	0	0
				BA	-457.500		-157.500	-300.000	0	0	0
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		-915.000	0	-315.000	-600.000	0	0	0	
86.b	5S.660025	Rüningen/Straßenerneuerung	224	bisher neu	2.490.394 1.575.394	975.394 975.394	315.000 0	600.000 0	300.000 300.000	300.000 300.000	0 0
				Veränderung	-915.000		-315.000	-600.000	0	0	0
				BA	-915.000		-315.000	-600.000	0	0	0
					VE 2017: 600.000	VE 2017 neu: 0		VE 2017 Veränderung: -600.000			
											Einsparvorschlag Konsolidierung angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Stöckheim											
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-175.000	0	-187.500	12.500	0	0	0	
87.a	5S.660027	Stöckheim/Straßenerneuerung Beiträge	211	bisher neu	1.132.503 957.503	695.003 695.003	187.500 0	250.000 262.500	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-175.000		-187.500	12.500	0	0	
				BA	-175.000		-187.500	12.500	0	0	angenommen 8/0/2
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		-400.000	0	-375.000	-25.000	0	0	0	
87.b	5S.660027	Stöckheim/Straßenerneuerung	211	bisher neu	2.596.757 2.196.757	1.671.757 1.671.757	375.000 0	550.000 525.000	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-400.000		-375.000	-25.000	0	0	
				BA	-400.000		-375.000	-25.000	0	0	angenommen 8/0/2
					VE 2017: 550.000	VE 2017 neu: 525.000		VE 2017 Veränderung: -25.000			

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Wilhelmitor											
20		Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		-500.000		0	-500.000	0	0	0	
88.a	5S.660062	Wilhelmitor/ Straßenerneuerung Beiträge	310	bisher neu	1.400.385 1.300.385	900.385 900.385	0 0	500.000 400.000	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung Straßenerneuerung Büchnerstraße
				Veränderung	-100.000		0	-100.000	0	0	
				BA	-100.000		0	-100.000	0	0	angenommen 8/0/2
88.b	5S.660062	Wilhelmitor/ Straßenerneuerung Beiträge	310	bisher neu	1.141.537 741.537	741.537 741.537	0 0	400.000 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung Straßenerneuerung Kramerstraße
				Veränderung	-400.000		0	-400.000	0	0	
				BA	-400.000		0	-400.000	0	0	angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
88.c	5S.660062	Wilhelmitor/ Straßenerneuerung	310	bisher neu	2.650.014 1.650.014 2.450.014 1.650.014	0 0	1.000.000 800.000	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung Straßenerneuerung Büchnerstraße
				Veränderung	-200.000		0 -200.000	0 0	0 0	0 0	
						VE 2017: BA	200.000 <u>-200.000</u>	0 <u>-200.000</u>	0 0	0 0	angenommen 8/0/2
88.d	5S.660062	Wilhelmitor/ Straßenerneuerung	310	bisher neu	2.450.014 1.650.014 1.650.014 1.650.014	0 0	800.000 0	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung Straßenerneuerung Kramerstraße
				Veränderung	-800.000		0 -800.000	0 0	0 0	0 0	
						VE 2017: BA	800.000 <u>-800.000</u>	0 <u>-800.000</u>	0 0	0 0	angenommen 8/0/2
Straßenerneuerung Mascherode											
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				-75.000	0	-75.000	0	0	0	
89.a	5S.660070	Mascherode / Straßenerneuerung - Beiträge	213	bisher neu	75.000 0 0 0	0 0	75.000 0	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-75.000		-75.000	0	0	0	
						BA	<u>-75.000</u>	<u>-75.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
89.b	5S.660070	Mascherode / Straßensanierung	213		-150.000	0	-150.000	0	0	0	
			bisher	150.000	0	150.000	0	0	0	0	Einsparvorschlag Konsolidierung
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-150.000		-150.000	0	0	0	0	
			BA	<u>-150.000</u>		<u>-150.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2
Straßenerneuerung Watenbüttel - Völkenrode											
20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)											
90.a	5S.660071	Watenbüttel-Völkenrode/Straßenern.-Beitr	321		2.500	0	0	2.500	0	0	
			bisher	225.000	0	0	225.000	0	0	0	
			neu	227.500	0	0	227.500	0	0	0	Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf
			Veränderung	2.500		0	2.500	0	0	0	
			BA	<u>2.500</u>		<u>0</u>	<u>2.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
90.b	5S.660071	Watenbüttel-Völkenrode/Straßenern.	321		5.000	0	0	5.000	0	0	
			bisher	450.000	0	0	450.000	0	0	0	
			neu	455.000	0	0	455.000	0	0	0	Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf
			Veränderung	5.000		0	5.000	0	0	0	
				VE 2017:	450.000	VE 2017 neu:	455.000	VE 2017 Veränderung:	<u>5.000</u>		
			BA	<u>5.000</u>		<u>0</u>	<u>5.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Neubau Parkdeck Stadthalle											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				0	0	-250.000	0	250.000	0	0	
91.a	4E.660013	Parkdeck Stadthalle / Neubau	131	bisher neu	250.000 250.000	0 0	250.000 0	0 0	0 250.000	0 0	Verschiebung des Neubaus des Parkdecks auf das Jahr 2018
				Veränderung	0	-250.000	0	250.000	0	0	
				BA	0	<u>-250.000</u>	0	<u>250.000</u>	0	0	angenommen 8/0/2
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
91.b	4E.660013	Parkdeck Stadthalle / Neubau	131	bisher neu	3.750.000 3.750.000	0 0	3.750.000 0	0 0	0 3.750.000	0 0	Verschiebung des Neubaus des Parkdecks auf das Jahr 2018
				Veränderung	0	-3.750.000	0	3.750.000	0	0	
				BA	0	<u>-3.750.000</u>	0	<u>3.750.000</u>	0	0	angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Sonstige Maßnahmen des Teilhaushaltes 66											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		-225.200	0	-99.000	-50.000	-38.100	-38.100	0	
92	3S.660001	Boden- u. Asphaltuntersuchg. im Pr8		bisher neu	1.578.240 1.402.040	978.240 978.240	150.000 100.000	150.000 100.000	150.000 111.900	150.000 111.900	0 0
				Veränderung	-176.200		-50.000	-50.000	-38.100	-38.100	0
				BA	<u>-176.200</u>		<u>-50.000</u>	<u>-50.000</u>	<u>-38.100</u>	<u>-38.100</u>	0 angenommen 8/0/2
93	4E.660011	John-F.-Kennedy-Platz/Rasengleiszuschuss	131	bisher neu	310.600 261.600	0 0	310.600 261.600	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-49.000		-49.000	0	0	0	0
				BA	<u>-49.000</u>		<u>-49.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	0 angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)											
20				500.000	0	0	500.000	0	0	0	
94	5E.660095	Ägidienmarkt / Umbau&Umgestaltung	131	bisher neu	0 500.000	0 0	0 500.000	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	500.000		0 500.000	0	0	0	
				BA	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>500.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		-940.000	0	-805.000	-130.000	-205.000	-310.000	510.000	
95	4S.660012	Radwege/Neubau		bisher neu	1.699.027 1.499.027	1.099.027 1.099.027	150.000 100.000	150.000 100.000	150.000 100.000	150.000 100.000	0 0
				Veränderung	-200.000		-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	0
				BA	<u>-200.000</u>	<u>-50.000</u>	<u>-50.000</u>	<u>-50.000</u>	<u>-50.000</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2
96	5E.660031	Schunterbrücke Bevenroder Str. /Sanierung	112	bisher neu	270.000 40.000	40.000 40.000	230.000 0	0 0	0 0	0 0	0 0
				Veränderung	-230.000	0	-230.000	0	0	0	0
				BA	<u>-230.000</u>	<u>-230.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2
97	5E.660033	Schunterflutbrücke Bevenroder/Sanierung	112	bisher neu	350.000 400.000	20.000 20.000	330.000 380.000	0 0	0 0	0 0	0 0
				Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0
				BA	<u>50.000</u>	<u>50.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
98	5E.660050	Hauptstraße Wenden, Verbesserung	323	bisher neu	300.000 150.000	0 0	300.000 150.000	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-150.000		-150.000	0	0	0	
				BA	<u>-150.000</u>		<u>-150.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2
99	5E.660066	Geh/Radweg Bevenr/Sportpl.Hondel/K31	112	bisher neu	77.140 97.140	77.140 77.140	0 20.000	0 0	0 0	0 0	/ Sportplatz Hondelage (Mehrkosten: 20.000 €)
				Veränderung	20.000		20.000	0	0	0	Anmerkung: siehe hierzu auch den Antrag des Stadtbezirksrates SB 112
				BA	<u>20.000</u>		<u>20.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2
100	5E.660091	Am Pfarrgarten (Bevenrode)/Erschl.	112	bisher neu	1.747.092 1.727.092	1.361.092 1.361.092	386.000 366.000	0 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-20.000		-20.000	0	0	0	
				BA	<u>-20.000</u>		<u>-20.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2
101	5E.660102	Radweg Sandanger - Hansestraße/Neubau	322	bisher neu	160.000 0	0 0	80.000 0	80.000 0	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
NEU				Veränderung	-160.000		0	-80.000	-80.000	0	
NEU					VE 2017:	80.000	VE 2017 neu:	0	VE 2017 Veränderung:	<u>-80.000</u>	
					VE 2018:	80.000	VE 2018 neu:	0	VE 2018 Veränderung:	<u>-80.000</u>	
				BA	<u>-160.000</u>		<u>0</u>	<u>-80.000</u>	<u>-80.000</u>	<u>0</u>	angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
102	5E.660108	Baugeb. Baumschule-Ost/Erschl.	112	bisher neu	350.000 350.000	0 0	175.000 175.000	175.000 175.000	0 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung		0	-175.000	0	175.000	0	0
					VE 2017:	175.000	VE 2017 neu:	175.000	VE 2017 Veränderung:	0	
					VE 2018:	0	VE 2018 neu:	175.000	VE 2018 Veränderung:	175.000	
				BA	0	-175.000	0	175.000	0	0	angenommen 8/0/2
103	5E.660113	Mühlenbrücke Bienrode ü.d.Sch. /Ersatz	112	bisher neu	300.000 300.000	50.000 50.000	250.000 0	0 0	0 0	0 250.000	Einsparvorschlag Konsolidierung -
				Veränderung		0	-250.000	0	0	0	250.000
				BA	0	-250.000	0	0	0	250.000	angenommen 8/0/2
104	5E.660122	Sandbachbrücke Querumer Weg /Neubau	114	bisher neu	310.000 310.000	0 0	0 0	0 50.000	50.000 260.000	0 260.000	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung		0	0	0	-260.000	260.000	
				BA	0	0	0	0	-260.000	260.000	angenommen 8/0/2
105	5S.660021	Brückenerneuerungen		bisher neu	730.000 480.000	0 0	190.000 190.000	290.000 290.000	250.000 0	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung sowie zusätzliche VE zu Lasten 2017 in Höhe von 290.000 €
				Veränderung		-250.000	0	0	-250.000	0	
					VE 2017:	0	VE 2017 neu:	290.000	VE 2017 Veränderung:	290.000	
				BA	-250.000	0	0	-250.000	0	0	angenommen 8/0/2

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport											
Rekonstruktion historischer Park-und Grünanlagen											
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)											
NEU	5S.670012	Rekonstruktion hist. Park-u.Grünanlagen		bisher neu	313.049 288.049	213.049 213.049	25.000 0	25.000 25.000	25.000 25.000	25.000 25.000	0 0
				Veränderung	-25.000		-25.000	0	0	0	Einsparvorschlag Konsolidierung - siehe auch Zeile 26
				GA	-25.000		-25.000	0	0	0	angenommen 10/0/0
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
NEU	5S.670012	Rekonstruktion hist. Park-u.Grünanlagen		bisher neu	1.166.582 1.066.582	766.582 766.582	100.000 0	100.000 100.000	100.000 100.000	100.000 100.000	0 0
				Veränderung	-100.000		-100.000	0	0	0	Einsparvorschlag Konsolidierung - siehe auch Zeile 19
				GA	-100.000		-100.000	0	0	0	angenommen 10/0/0
Sonstige Maßnahmen des Teilhaushaltes 67											
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
NEU	5E.670003	Wallanlagen/Sanierung		bisher neu	749.170 719.170	549.170 549.170	0 0	200.000 170.000	0 0	0 0	0 0
				Veränderung	-30.000		0	-30.000	0	0	0
				GA	-30.000		0	-30.000	0	0	0
											angenommen 10/0/0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
<hr/>											
NEU	5E.670043	Sportanlage Waggum/Neubau Funktionsgeb. neu: ggf. TH 20	112	bisher neu	550.000 550.000	0 0	0 250.000	550.000 300.000	0 0	0 0	Einsparungsvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	0	0	-300.000	300.000	0	0	
					VE 2017: VE 2018:	550.000 0	VE 2017 neu: VE 2018 neu:	250.000 300.000	VE 2017 Veränderung: VE 2018 Veränderung:	-300.000 300.000	
					SpA	0	0	-300.000	300.000	0	0 angenommen 10/0/0
<hr/>											
NEU	5E.670052	SpA Wagg /Umw Tennenpl-Kunstrasen		bisher neu	475.000 575.000	0 0	475.000 575.000	0 0	0 0	0 0	Mehrbedarf wegen zusätzlichem Kunstrasenplatz
				Veränderung	100.000		100.000	0	0	0	
					SpA	100.000	100.000	0	0	0	0 angenommen 10/0/0
<hr/>											
NEU	5S.670033	Projekt Naturdenkmale/Sanierung		bisher neu	162.258 157.858	132.258 132.258	7.500 6.400	7.500 6.400	7.500 6.400	0 0	Einsparvorschlag Konsolidierung
				Veränderung	-4.400		-1.100	-1.100	-1.100	0	
					GA	-4.400	-1.100	-1.100	-1.100	0	0 angenommen 10/0/0
<hr/>											
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)				80.000	0	80.000	0	0	0	0	
<hr/>											
NEU	5S.670069	Elektrofahrzeuge / Beschaffung		bisher neu	0 80.000	0 80.000	0 0	0 0	0 0	0 0	Beschaffung von 4 PKW's mit E-Antrieb als Ersatz für die bislang geleasten e-ups für den städt. Fuhrpark
				Veränderung	80.000		80.000	0	0	0	
					GA	80.000	80.000	0	0	0	0 angenommen 9/0/1

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Stabsstelle 0800											
Schaufenster Elektromobilität											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
106.a	4E.000001	Schaufenster Elektromobilität		bisher neu	725.000 691.400	375.000 375.000	125.000 125.000	75.000 63.800	75.000 63.800	75.000 63.800	0 0
				Veränderung	-33.600		0	-11.200	-11.200	-11.200	0
				WA	<u>-33.600</u>		<u>0</u>	<u>-11.200</u>	<u>-11.200</u>	<u>-11.200</u>	<u>0</u>
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)											
106.b	4E.000001	Schaufenster Elektromobilität		bisher neu	427.300 418.700	372.700 372.700	54.600 46.000	0 0	0 0	0 0	0 0
				Veränderung	-8.600		-8.600	0	0	0	0
				WA	<u>-8.600</u>		<u>-8.600</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
106.c	4E.000001	Schaufenster Elektromobilität		bisher neu	765.000 727.600	640.000 640.000	125.000 87.600	0 0	0 0	0 0	0 0
				Veränderung	-37.400		-37.400	0	0	0	0
				WA	<u>-37.400</u>		<u>-37.400</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
----------	------------------------	-------------------	-----------	-----------------------	-------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------

Veränderungen Erträge	(Zeile 10)			-617.300	-906.300	13.000	-50.000	-100.000			
Veränderungen Aufwendungen	(Zeile 17)			519.000	701.600	2.425.600	2.813.400	21.116.600			
Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				1.136.300	1.607.900	2.412.600	2.863.400	21.216.600			
Veränderungen Investitionseinzahlungen	(Zeilen 19 - 23)			-1.355.700	1.320.000	3.928.000	-1.017.500	662.500			
Veränderungen Investitionsauszahlungen	(Zeilen 25-30)			-5.786.600	-6.014.100	-867.100	-4.471.400	44.170.700			
Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				-4.430.900	-7.334.100	-4.795.100	-3.453.900	43.508.200			
Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				-3.294.600	-5.726.200	-2.382.500	-590.500	64.724.800			

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Projekte "unbegleitete minderjährige Flüchtlinge"

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 51 - Kinder, Jugend und Familie											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		614.000	0	614.000	0	0	0	0	
1	4E.51 NEU	Kinder- und Jugendschutzhause Ölper/ Dachgeschossausbau und Brandschutzmaßnahmen	321								
				bisher 0	0	0	0	0	0	0	Erhöhung der Mittel für Umbauten (Dachgeschossausbau für UmF) und für Brandschutzmaßnahmen im Jugendschutzhause Ölper
				neu 614.000	0	614.000	0	0	0	0	
				Veränderung 614.000		614.000	0	0	0	0	
				JHA 614.000		614.000	0	0	0	0	angenommen 13/0/0
				BA 614.000		614.000	0	0	0	0	angenommen 10/0/0
27		Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		90.000	0	90.000	0	0	0	0	
2	5S.510002	FB 51: Globale Sachanlagen									
				bisher 783.000	603.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	zusätzliche Mittel für die Beschaffung eines Dienstfahrzeugs für 51.1 (UmF) - die Mehrausgaben können aber durch Minderausgaben im EH gedeckt werden (Leistung)
				neu 823.000	603.000	85.000	45.000	45.000	45.000	45.000	
				Veränderung 40.000		40.000	0	0	0	0	
				JHA 40.000		40.000	0	0	0	0	angenommen 13/0/0
3	5S.510032	FB 51: GVG Flüchtlinge (UmF)									
				bisher 0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Mittel für die Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft im Pippelweg (Unterbringung von 60 UmF)
				neu 50.000	0	50.000	0	0	0	0	
				Veränderung 50.000		50.000	0	0	0	0	
				JHA 50.000		50.000	0	0	0	0	angenommen 13/0/0
				BA 50.000		50.000	0	0	0	0	angenommen 10/0/0

Veränderungen Erträge	(Zeile 10)	0	0	0	0
Veränderungen Aufwendungen	(Zeile 17)	614.000	0	0	0
Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		614.000	0	0	0
Veränderungen Investitionseinzahlungen	(Zeilen 19 - 23)	0	0	0	0
Veränderungen Investitionsauszahlungen	(Zeilen 25-30)	90.000	0	0	0
Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		90.000	0	0	0
Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		704.000	0	0	0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Projekte "Flüchtlinge"

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden											
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			25.000.000	0	25.000.000	0	0	0	0	
1	4S.21 NEU Flüchtlingsunterkünfte / Herstellung		bisher neu Veränderung	0 25.000.000 25.000.000	0 0 25.000.000	0 0 25.000.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Mittel zur Schaffung von Flüchtlingsunterkünften (1000 Flüchtlinge) angenommen 10/0/0	
			BA	25.000.000	0	25.000.000	0	0	0	0	

Veränderungen Erträge	(Zeile 10)	0	0	0	0	0
Veränderungen Aufwendungen	(Zeile 17)	0	0	0	0	0
Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		0	0	0	0	0
Veränderungen Investitionseinzahlungen	(Zeilen 19 - 23)	0	0	0	0	0
Veränderungen Investitionsauszahlungen	(Zeilen 25-30)	25.000.000	0	0	0	0
Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		25.000.000	0	0	0	0
Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		25.000.000	0	0	0	0

Nr.	Teilhaushalt Zeile Finanzstelle	Haushaltsansatz- bezeichnung Bezeichnung der Finanzstelle	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Dauer	Art der Ein-/Auszahlung
			bisher	neu	2016		2017		2018		2019					

Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft

	34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen	16.238.700	41.238.700	25.000.000	0	0	0	0	0	0	0	0			
	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft			Kreditaufnahme zur Deckung der Investitionen für Flüchtlingsunterkünfte									einmalig	692730 Einzahlungen für Investitionskredite von Kreditinstituten, Laufzeit ü. 5 Jahre (fester Zinssatz)	
	35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen	16.238.700	16.863.700	0	625.000	0	1.250.000	0	1.250.000	0	1.250.000				
	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft			Auszahlungen für die Tilgung des o. a. Kredites			+ 625.000		+ 1.250.000		+ 1.250.000		dauerh.	792730 Tilgung von Investitionskrediten bei Kreditinstituten, Laufzeit ü.5 Jahre (fester Zinssatz)	

Teilhaushalt FB 20 - Finanzen

	9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	22.203.200	22.382.000	178.800	0	305.800	0	1.024.800	0	1.220.200	0	0			
	FS4242	Sportstätten/Städt. Stadion FB 20			+ 26.800		0		+ 12.200		0			2 Jahre	652310 Einzahlungen aus der Erstattung von Vorsteuern	
	FS5461	Parkhäuser FB 20 (Verpachtungen)			+ 114.000		+ 305.800		+ 214.600		+ 80.200			dauerh.	652310 Einzahlungen aus der Erstattung von Vorsteuern	
	FS5731	Allg. Einrichtungen u. Unternehmen FB 20			+ 38.000		0		+ 798.000		+ 1.140.000			3 Jahre	652310 Einzahlungen aus der Erstattung von Vorsteuern	

Nr.	Teilhaushalt Zeile Finanzstelle	Haushaltsansatz- bezeichnung Bezeichnung der Finanzstelle	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €										Dauer	Art der Ein-/Auszahlung
			bisher	neu	2016		2017		2018		2019					
16		Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	189.859.600	190.038.400	0	178.800	0	305.800	0	1.024.800	0	1.220.200				
	FS4242	Sportstätten/Städt. Stadion FB 20				+ 26.800		0		+ 12.200		0			2 Jahre	744210 Abzugsfähige Vorsteuer
	FS5461	Parkhäuser FB 20 (Verpachtungen)				+ 114.000		+ 305.800		+ 214.600		+ 80.200			dauerh.	744210 Abzugsfähige Vorsteuer
	FS5731	Allg. Einrichtungen u. Unternehmen FB 20				+ 38.000		0		+ 798.000		+ 1.140.000			3 Jahre	744210 Abzugsfähige Vorsteuer
Gesamt (+) mehr/(-) weniger					+ 25.178.800	+ 803.800	+ 305.800	+ 1.555.800	+ 1.024.800	+ 2.274.800	+ 1.220.200	+ 2.470.200				
(-) Entlastung/(+) Belastung					- 24.375.000		+ 1.250.000		+ 1.250.000		+ 1.250.000					

Haushaltslesung 2016 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
FB 66 - Tiefbau und Verkehr											
Ersatzneubau Hennebergbrücke											
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
1a	5E.660109	Hennebergbrücke / Ersatzneubau - Bauwerk		bisher neu	830.000 870.000	80.000 80.000	750.000 790.000	0 0	0 0	0 0	neutrale Mittelumsetzung vom Projekt "Brückenerneuerungen" zum Einzelprojekt "Ersatzneubau Hennebergbrücke" entsprechend der Vorlage 15-00252
1b	5S.660021	Brückenerneuerungen-Bauwerk		bisher neu	1.060.000 1.020.000	330.000 330.000	190.000 150.000	290.000 290.000	250.000 250.000	0 0	neutrale Mittelumsetzung vom Projekt "Brückenerneuerungen" zum Einzelprojekt "Ersatzneubau Hennebergbrücke" entsprechend der Vorlage 15-00252

Haushaltslesung 2016 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Lehndorf											
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		100.000	0	0	0	0	100.000	0	
2a	5S.660014	Lehndorf/Straßenerneuerung 2. BA.		bisher neu	790.000 890.000	130.000 130.000	160.000 160.000	500.000 500.000	0 100.000	0 0	Projekt "Lehndorf / Straßenerneuerung" - Korrektur einer fehlerhaften Planung auf dem Sachkonto 783125 "Erwerb von beweglichem Sachvermögen" auf das richtige Sachkonto 787210 "Baumaßnahmen Tiefbau"
			Veränderung		100.000	0	0	0	100.000	0	
	27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		-100.000	0	0	0	0	-100.000	0	
2b	5S.660014	Lehndorf/Straßenerneuerung 2. BA.		bisher neu	100.000 0	0 0	0 0	0 0	100.000 0	0 0	Projekt "Lehndorf / Straßenerneuerung" - Korrektur einer fehlerhaften Planung auf dem Sachkonto 783125 "Erwerb von beweglichem Sachvermögen" auf das richtige Sachkonto 787210 "Baumaßnahmen Tiefbau"
			Veränderung		-100.000	0	0	0	-100.000	0	

Haushaltslesung 2016 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
FB 67 - Fachbereich Stadtgrün und Sport und Stabsstelle 0800											
Beschaffung von Elektrofahrzeugen											
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)			-20.000	0	-20.000	0	0	0	0	
3a	5S.670069	Elektrofahrzeuge / Beschaffung		bisher neu	80.000 60.000	0 0	80.000 60.000	0 0	0 0	0 0	die Beschaffung eines PKW's mit E-Antrieb als Ersatz für die bislang geleasten e-ups für den städt. Fuhrpark soll noch durch den TH 0800 erfolgen (Absenkung der Haushaltssmittel des TH 67)
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			20.000	20.000	0	0	0	0	0	
3b	4E.000001	Schaufenster Elektromobilität		bisher neu	727.600 747.600	640.000 640.000	87.600 107.600	0 0	0 0	0 0	die Beschaffung eines PKW's mit E-Antrieb als Ersatz für die bislang geleasten e-ups für den städt. Fuhrpark soll noch durch den TH 0800 erfolgen (Absenkung der Haushaltssmittel des TH 67)

Haushaltslesung 2016 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
FB 67 - Fachbereich Stadtgrün und Sport											
sonstige Maßnahmen											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				0		0	0	0	0	0	
4a	4S.670002	FB 67: Instandh. Abt. 67.3 (allgemein)		bisher neu	926.400 890.400	589.000 589.000	76.900 67.900	91.800 82.800	91.800 82.800	76.900 67.900	0 0
				Veränderung	-36.000		-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	0
											Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Kto. 445526)
4b	4S.670048	FB 67: Instandhaltung Sportstätten		bisher neu	1.581.723 1.617.723	352.123 352.123	307.400 316.400	307.400 316.400	307.400 316.400	307.400 316.400	0 0
				Veränderung	36.000		9.000	9.000	9.000	9.000	0
											Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Kto. 445526)

Haushaltslesung 2016 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
----------	------------------------	-------------------	-----------	-----------------------	-------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------

Veränderungen Erträge	(Zeile 10)	0	0	0	0	0
Veränderungen Aufwendungen	(Zeile 17)	0	0	0	0	0
Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		0	0	0	0	0
Veränderungen Investitionseinzahlungen	(Zeilen 19 - 23)	0	0	0	0	0
Veränderungen Investitionsauszahlungen	(Zeilen 25-30)	0	0	0	0	0
Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		0	0	0	0	0
Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		0	0	0	0	0

Haushaltslesung 2016 - Anbringung von Haushaltsvermerken -

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Deckungsvermerk TH 50 (Finanzaushalt)	<p>Die Projekte mit der Budgetzuordnung GL 50 (Global FB 50) und GVG FB 50 sind gegenseitig deckungsfähig (Voraussetzung Investitionsauszahlungen).</p> <p>Ausgenommen hiervon sind die Projekte 5S.500031 (FB 50: Global-Sach. Unterbr. Flüchtlinge) und 5S.500032 (FB 50: GVG Unterbringung Flüchtlinge). Beide Projekte sind untereinander deckungsfähig. Von anderen GVG- und Global-Projekten des FB 50 können nur einseitig Deckungsmittel herangezogen werden (einseitige Deckungsfähigkeit).</p>	<p>Der bestehende Deckungsvermerk wird in der Form eingeschränkt, dass die Deckungsfähigkeit mit den für Flüchtlingseinrichtungen zur Verfügung gestellten Haushaltssmitteln nur möglich ist, wenn hier zusätzlich Gelder bereitgestellt werden sollen. Eine Minderung der Haushaltssmittel für Flüchtlingseinrichtungen zu Gunsten anderer Projekte des FB 50 ist nicht möglich.</p>
Deckungsvermerk TH 51 (Ergebnishaushalt)	<p>Die Projekte mit der Budgetzuordnung GI 51 (Global FB 51) und GVG FB 51 sind gegenseitig deckungsfähig. Voraussetzung hierfür ist, dass es sich um Aufwand aus dem Erwerb von Vermögensgegenständen (Festwert) handelt.</p>	<p>Im Teilfinanzaushalt des FB 51 besteht bereits die Deckungsmöglichkeit zwischen investiven Auszahlungen bei Projekten der Kategorien Global und GVG. Dies soll zur flexibleren Handhabung nun auch für die Aufwendungen aus dem Erwerb von Vermögensgegenständen (Festwert) nachgezogen werden.</p>
Deckungsvermerk TH 51 (Finanzaushalt)	<p>Die Projekte mit der Budgetzuordnung GL 51 (Global FB 51) und GVG FB 51 sind gegenseitig deckungsfähig (Voraussetzung Investitionsauszahlungen).</p> <p>Ausgenommen hiervon sind die Projekte 5S.510032 (FB 51: GVG Flüchtlinge (umF)) und 5S.510033 (FB 51: Global Sachanl. Flüchtlinge (umF)). Beide Projekte sind untereinander deckungsfähig. Von anderen GVG- und Global-Projekten des FB 51 können nur einseitig Deckungsmittel herangezogen werden (einseitige Deckungsfähigkeit).</p>	<p>Der bestehende Deckungsvermerk wird in der Form eingeschränkt, dass die Deckungsfähigkeit mit den für Flüchtlingseinrichtungen zur Verfügung gestellten Haushaltssmitteln nur möglich ist, wenn hier zusätzlich Gelder bereitgestellt werden sollen. Eine Minderung der Haushaltssmittel für Flüchtlingseinrichtungen zu Gunsten anderer Projekte des FB 51 ist nicht möglich.</p>

Anlage 6

Bürgerhaushalt

- 6.1 Übersicht der Top 75-Vorschläge nach Status und Themenbereichen
- 6.2 Einzelaufstellung der Top 75-Vorschläge nach Bewertung

Bürgerhaushalt 2015-2016: Top 75-Vorschläge nach Status und Themenbereich

Die Verwaltung schlägt entsprechend des Beschlussvorschlags in der Beratungsvorlage vor, die grau hinterlegten Vorschläge umzusetzen.

Platz	Nr.	Titel	Beratungs-ergebnisse	Status (vor FPA)	Cluster
-------	-----	-------	----------------------	------------------	---------

A) In den Fachausschüssen angenommen bzw. keine FA-Zuständigkeit

25	2818	Mehr Fahrradständer in der Stadt aufstellen	BA (+)	Annahme empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Fahrradständer)
74	2482	Magniviertel: Fahrradständer vor der Grundschule im Klint installieren	131 (+), BA (+)	Annahme empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Fahrradständer)
15	2410	Beschaffenheit von Fahrradwegen verbessern - Absenkungen fahrrad-freundlicher gestalten	BA (+)	Annahme empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)
24	2644	Kanten bei Übergängen von Radweg auf Fahrbahn im Stadtgebiet absenken		Siehe Platz 15	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)
37	2708	Fuß- und Radwege an Kreuzungen; Bordsteinabsenkung		Siehe Platz 15	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)
18	2834	Fußweg und Radweg Ringgleis zügig ausbauen, teilweise sanieren	PIUA (+)	Annahme empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)
20	2786	Löcher und Risse in Straßen und Radwegen rasch flicken, um Kosten zu vermeiden	BA (+)	Annahme empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)

28	2871	Mehr Grün in der Innenstadt schaffen	PIUA (+)	Annahme empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
32	2159	Schlossplatz begrünen	PIUA (+)	Annahme empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
26	2366	Abgestellte Fahrräder beseitigen, die nicht mehr genutzt werden		Aufruf (keine FA-Zuständigkeit)	Öffentlicher Raum (Ordnung)
38	2408	Sauberkeit in der Innenstadt: Abfalleimer in der Fußgängerzone häufiger leeren und reinigen	131 (+), BA (+)	Annahme empfohlen	Öffentlicher Raum (Ordnung)
42	2689	Streifengänge der Polizei oder des Ordnungsamtes per Fahrrad einführen		Aufruf (keine FA-Zuständigkeit)	Öffentlicher Raum (Ordnung)
62	2521	Hundehalter sollen Hundekottüten mitführen		Aufruf (keine FA-Zuständigkeit)	Öffentlicher Raum (Ordnung)
14	2817	Mehr Sitzgelegenheiten in der Stadt schaffen	BA (+)	Annahme empfohlen	Öffentlicher Raum (Sitzbänke)

Platz	Nr.	Titel	Beratungs-ergebnisse	Status (vor FPA)	Cluster
22	2440	Mehr Bänke und Sitzgelegenheiten in der Innenstadt schaffen	131 (+)	Siehe Platz 14	Öffentlicher Raum (Sitzbänke)
29	2970	Bänke rund um die Schloss-Arkaden aufstellen	131 (+), BA (+)	Annahme empfohlen	Öffentlicher Raum (Sitzbänke)
55	2821	Mehr Sitzbänke auf Schlossplatz und hinter dem Schloss errichten		Siehe Platz 29	Öffentlicher Raum (Sitzbänke)
48	2025	Unterführungen freundlicher und heller gestalten!	BA (+)	Annahme empfohlen	Öffentlicher Raum (Sonstiges)
53	2302	Mehr Leitlinien für Blinde und Sehbehinderte schaffen	BA (+)	Annahme empfohlen	Öffentlicher Raum (Sonstiges)

16	2647	Fahrkartautomaten an ausgewählten Haltestellen aufstellen	PIUA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Service)
40	2692	Fahrscheinverkauf über die App der Verkehrs-GmbH einführen	PIUA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Service)
75	1967	Modernes Zahlungssystem für Bus & Bahn einführen	PIUA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Service)
2	2282	Nachibusse erhalten	PIUA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Strecken-/Fahrplan)
27	2098	Fahrplan von Bahn und Verkehrs-GmbH optimieren	PIUA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Strecken-/Fahrplan)
68	2524	Verbindung nach Wolfsburg mit Bussen und Bahnen verbessern	PIUA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Strecken-/Fahrplan)
11	2613	Zonen-übergreifende Kurzstrecken-Tarife im öffentlichen Nahverkehr schaffen	PIUA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Tarife)
73	2464	Schülerfahrkarten preisgünstiger und attraktiver gestalten	SchA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Tarife)
4	2374	Fernbusbahnhof Braunschweig aufwerten	BA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Wartebereiche)
6	2463	Wartebereich Zentraler Omnibus Bahnhof (ZOB) verbessern - Überdachte Wartezone, moderne Anzeigetafel und Kiosk schaffen	BA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Wartebereiche)
17	2702	Den Hauptbahnhof barrierefrei machen	BA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Wartebereiche)
66	2712	Situation am Hauptbahnhof verbessern	BA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Wartebereiche)
31	2470	Weitere Buslinien auf Elektrobusse umstellen	PIUA (+)	Annahme empfohlen	ÖPNV (Sonstiges)

Platz	Nr.	Titel	Beratungs-ergebnisse	Status (vor FPA)	Cluster
41	2500	Dauerhaftes Ideenportal einrichten		Aufruf (keine FA-Zuständigkeit)	Service Stadtverwaltung
64	2022	Verwaltung 2.0 - Online-Portal für Verwaltungsaufgaben schaffen		Aufruf (keine FA-Zuständigkeit)	Service Stadtverwaltung
43	2452	Eintritt Wasserwelt in Bonuscard-System der Braunschweiger Schwimmbäder integrieren		Aufruf (keine FA-Zuständigkeit)	Sport
7	2707	Unnötige Ampeln nachts abschalten	BA (+)	Annahme empfohlen	Verkehrsführung (Ampelschaltung)
30	2420	Rotphasen für Fußgänger überprüfen	BA (+)	Annahme empfohlen	Verkehrsführung (Ampelschaltung)
58	2167	Umlaufende 'Grüne Welle' auf dem Ring schaffen	BA (+)	Annahme empfohlen	Verkehrsführung (Ampelschaltung)
3	2225	Baustellen im Stadtgebiet besser koordinieren	BA (+)	Annahme empfohlen	Sonstiges
12	2332	Begegnungszentren für alle Stadtteile schaffen	AfSG (+)	Annahme empfohlen	Sonstiges
44	2148	Braunschweiger Wasser für Harxbüttel einführen (anstatt aus Gifhorn)	323 (-)	Aufruf (keine FA-Zuständigkeit)	Sonstiges
49	2138	In schnelles DSL und Internet in boomenden Braunschweiger Randlagen und Baugebieten investieren	BA (+)	Annahme empfohlen	Sonstiges

B) In den Fachausschüssen abgelehnt

13	2173	Rad- und Fußgängerüberweg am Ortseingang Harxbüttel sicherer gestalten	323 (+), BA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)
36	2396	Ringgleis ausbauen zwischen Echobrücke und Rangierbahnhof	PIUA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)
63	2983	Fahrradweg vor der Ausfahrt des Schlossparkhauses auf die Georg-Eckert-Straße kennzeichnen	131 (+), BA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sanierung, Ausbau)
19	2185	Besseres Radwegekonzept für Braunschweig entwickeln	BA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sonstiges)
33	2344	Fahrradverleih-System für Braunschweig etablieren	WA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sonstiges)
35	1973	Touristisches Fahrradnetz schaffen - Braunschweig, Wolfenbüttel, Goslar, Wernigerode (Harz), Wolfsburg, Helmstedt	WA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sonstiges)

Platz	Nr.	Titel	Beratungs-ergebnisse	Status (vor FPA)	Cluster
34	2945	Keine Bebauung innerstädtischer Grünflächen mehr vornehmen	PIUA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
65	2548	Industriebrachen statt Grünflächen im Umland für Bauland nutzen	PIUA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
47	2268	Mehr Wildgehölze und Wildblumenwiesen in der Stadt anlegen	GA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
51	2474	Blühstreifen heimischer Pflanzen anlegen	GA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
57	2169	Platz der Deutschen Einheit, Schloßplatz und Burgplatz begrünen	PIUA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
72	1962	Obst für die Bürger und Blüten für die Bienen - Obstbäum anpflanzen	GA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
23	1996	Regelmäßigen Service für Spielplätze durchführen	321 (+), GA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Ordnung)
61	1963	Sparen durch Gesetze - Überflüssige Schilder vermeiden	120 (-), BA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Ordnung)
70	2182	Schulgarten-Dowesee mit Spielplatz besser vor Hunden schützen	GA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Ordnung)
56	2294	Öffentliche kostenfreie Toiletten in den Parkanlagen errichten	BA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sonstiges)
5	2117	Kurzstreckenratif für Busse und Bahnen einführen	PIUA (-)	Ablehnung empfohlen	ÖPNV (Tarife)
9	2803	Kostenlosen Nahverkehr für alle Schüler_innen einführen - Ein Vorschlag vom Stadtschülerrat Braunschweig	SchA (-)	Ablehnung empfohlen	ÖPNV (Tarife)
52	2456	Öffnungszeiten der Stadtbibliothek einmal im Monat samstags bis 18 Uhr verlängern	AfKW (-)	Ablehnung empfohlen	Service Stadtverwaltung
60	2890	Das Sozialamt soll einmal in der Woche nachmittags geöffnet sein	AfSG (-)	Ablehnung empfohlen	Service Stadtverwaltung
71	2176	Bessere Mitsprache der Bürger bei Straßenumgestaltungen einführen	BA (-)	Ablehnung empfohlen	Service Stadtverwaltung
1	2515	Turnhalle oder Aula für GS Edith Stein bauen	SchA (-)	Ablehnung empfohlen	Sport
50	2836	Nordbad für Kinder und Senioren unbedingt erhalten	SpA (-)	Ablehnung empfohlen	Sport

Platz	Nr.	Titel	Beratungs-ergebnisse	Status (vor FPA)	Cluster
21	2340	Ampelschaltungen für Radfahrer überprüfen	BA (-)	Ablehnung empfohlen	Verkehrsführung (Ampelschaltung)
39	2188	Ampelschaltungen in der gesamten Stadt korrigieren	BA (-)	Ablehnung empfohlen	Verkehrsführung (Ampelschaltung)
59	2728	Alle Fußgängerampeln hinsichtlich zu kurzer Grünphasen überprüfen	BA (-)	Ablehnung empfohlen	Verkehrsführung (Ampelschaltung)
69	2588	Sicherheit für Radfahrer: Radfahrerampeln sollen 3 Sekunden vor den Autos grün erhalten	BA (-)	Ablehnung empfohlen	Verkehrsführung (Ampelschaltung)
45	2378	WLAN für die Stadt Braunschweig - Hoch hinaus!	WA (-)	Ablehnung empfohlen	Sonstiges
54	2788	Park-and-Ride auch samstags bereit stellen	WA (-)	Ablehnung empfohlen	Sonstiges
67	2046	Straßenbaustellen-Ausschreibungen mit Fertigstellungsterminen verbinden	BA (-)	Ablehnung empfohlen	Sonstiges

C) Erledigt wegen (vorgesehener) Umsetzung durch die Verwaltung

8	2439	Sitzbänke am Zentralen Omnibus Bahnhof (ZOB) schaffen		Erledigt (wg. Umsetzung)	ÖPNV (Wartebereiche)
10	2336	Sporthalle St.-Ingbert-Straße ersetzen	SchA (+), SpA (+)	Erledigt (wg. Einplanung)	Sport
46	2354	Das gemeinsame Wohnen im Alter fördern		Erledigt (wg. Konzept)	Sonstiges

Anlage 6.2

Bürgerhaushalt 2015 zum Haushaltsplan 2016

Top 75-Vorschläge



Bürgerhaushalt in 2015 zum Haushaltsplan 2016 Top 75-Vorschläge

Bürgerhaushalt 2015-2016: Top 75-Vorschläge nach Platzierung

Platz	Nr.	Titel	Beratungs-ergebnisse	Status (vor FPA)
1	2515	Turnhalle oder Aula für GS Edith Stein bauen	SchA (-)	Ablehnung empfohlen
2	2282	Nachtbusse erhalten	PIUA (+)	Annahme empfohlen
3	2225	Baustellen im Stadtgebiet besser koordinieren	BA (+)	Annahme empfohlen
4	2374	Fernbusbahnhof Braunschweig aufwerten	BA (+)	Annahme empfohlen
5	2117	Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen einführen	PIUA (-)	Ablehnung empfohlen
6	2463	Wartebereich Zentraler Omnibus Bahnhof (ZOB) verbessern - Überdachte Wartezone, moderne Anzeigetafel und Kiosk schaffen	BA (+)	Annahme empfohlen
7	2707	Unnötige Ampeln nachts abschalten	BA (+)	Annahme empfohlen
8	2439	Sitzbänke am Zentralen Omnibus Bahnhof (ZOB) schaffen		Erledigt (wg. Umsetzung)
9	2803	Kostenlosen Nahverkehr für alle Schüler_innen einführen - Ein Vorschlag vom Stadtschülerrat Braunschweig	SchA (-)	Ablehnung empfohlen
10	2336	Sporthalle St.-Ingbert-Straße ersetzen	SchA (+), SpA (+)	Erledigt (wg. Einplanung)
11	2613	Zonen-übergreifende Kurzstrecken-Tarife im öffentlichen Nahverkehr schaffen	PIUA (+)	Annahme empfohlen
12	2332	Begegnungszentren für alle Stadtteile schaffen	AfSG (+)	Annahme empfohlen
13	2173	Rad- und Fußgängerüberweg am Ortseingang Harxbüttel sicherer gestalten	323 (+), BA (-)	Ablehnung empfohlen
14	2817	Mehr Sitzgelegenheiten in der Stadt schaffen	BA (+)	Annahme empfohlen
15	2410	Beschaffenheit von Fahrradwegen verbessern - Absenkungen fahrrad-freundlicher gestalten	BA (+)	Annahme empfohlen
16	2647	Fahrkartautomaten an ausgewählten Haltestellen aufstellen	PIUA (+)	Annahme empfohlen
17	2702	Den Hauptbahnhof barrierefrei machen	BA (+)	Annahme empfohlen
18	2834	Fußweg und Radweg Ringgleis zügig ausbauen, teilweise sanieren	PIUA (+)	Annahme empfohlen
19	2185	Besseres Radwegekonzept für Braunschweig entwickeln	BA (-)	Ablehnung empfohlen
20	2786	Löcher und Risse in Straßen und Radwegen rasch flicken, um Kosten zu vermeiden	BA (+)	Annahme empfohlen
21	2340	Ampelschaltungen für Radfahrer überprüfen	BA (-)	Ablehnung empfohlen
22	2440	Mehr Bänke und Sitzgelegenheiten in der Innenstadt schaffen	131 (+)	Siehe Platz 14
23	1996	Regelmäßigen Service für Spielplätze durchführen	321 (+), GA (-)	Ablehnung empfohlen
24	2644	Kanten bei Übergängen von Radweg auf Fahrbahn im Stadtgebiet absenken		Siehe Platz 15
25	2818	Mehr Fahrradständner in der Stadt aufstellen	BA (+)	Annahme empfohlen
26	2366	Abgestellte Fahrräder beseitigen, die nicht mehr genutzt werden		Aufruf (keine FA-Zuständigkeit)
27	2098	Fahrplan von Bahn und Verkehrs-GmbH optimieren	PIUA (+)	Annahme empfohlen
28	2871	Mehr Grün in der Innenstadt schaffen	PIUA (+)	Annahme empfohlen
29	2970	Bänke rund um die Schloss-Arkaden aufstellen	131 (+), BA (+)	Annahme empfohlen
30	2420	Rotphasen für Fußgänger überprüfen	BA (+)	Annahme empfohlen
31	2470	Weitere Buslinien auf Elektrobusse umstellen	PIUA (+)	Annahme empfohlen
32	2159	Schlossplatz begrünen	PIUA (+)	Annahme empfohlen
33	2344	Fahrradverleih-System für Braunschweig etablieren	WA (-)	Ablehnung empfohlen
34	2945	Keine Bebauung innerstädtischer Grünflächen mehr vornehmen	PIUA (-)	Ablehnung empfohlen
35	1973	Touristisches Fahrradnetz schaffen - Braunschweig, Wolfenbüttel, Goslar, Wernigerode (Harz), Wolfsburg, Helmstedt	WA (-)	Ablehnung empfohlen
36	2396	Ringgleis ausbauen zwischen Echobrücke und Rangierbahnhof	PIUA (-)	Ablehnung empfohlen
37	2708	Fuß- und Radwege an Kreuzungen; Bordsteinabsenkung		Siehe Platz 15

Platz	Nr.	Titel	Beratungs-ergebnisse	Status (vor FPA)
38	2408	Sauberkeit in der Innenstadt: Abfalleimer in der Fußgängerzone häufiger leeren und reinigen	131 (+), BA (+)	Annahme empfohlen
39	2188	Ampelschaltungen in der gesamten Stadt korrigieren	BA (-)	Ablehnung empfohlen
40	2692	Fahrtscheinverkauf über die App der Verkehrs-GmbH einführen	PIUA (+)	Annahme empfohlen
41	2500	Dauerhaftes Ideenportal einrichten		Aufruf (keine FA-Zuständigkeit)
42	2689	Streifengänge der Polizei oder des Ordnungsamtes per Fahrrad einführen		Aufruf (keine FA-Zuständigkeit)
43	2452	Eintritt Wasserwelt in Bonuscard-System der Braunschweiger Schwimmbäder integrieren		Aufruf (keine FA-Zuständigkeit)
44	2148	Braunschweiger Wasser für Harxbüttel einführen (anstatt aus Gifhorn)	323 (-)	Aufruf (keine FA-Zuständigkeit)
45	2378	WLAN für die Stadt Braunschweig - Hoch hinaus!	WA (-)	Ablehnung empfohlen
46	2354	Das gemeinsame Wohnen im Alter fördern		Erledigt (wg. Konzept)
47	2268	Mehr Wildgehölze und Wildblumenwiesen in der Stadt anlegen	GA (-)	Ablehnung empfohlen
48	2025	Unterführungen freundlicher und heller gestalten!	BA (+)	Annahme empfohlen
49	2138	In schnelles DSL und Internet in boomenden Braunschweiger Randlagen und Baugebieten investieren	BA (+)	Annahme empfohlen
50	2836	Nordbad für Kinder und Senioren unbedingt erhalten	SpA (-)	Ablehnung empfohlen
51	2474	Blühstreifen heimischer Pflanzen anlegen	GA (-)	Ablehnung empfohlen
52	2456	Öffnungszeiten der Stadtbibliothek einmal im Monat samstags bis 18 Uhr verlängern	AfKW (-)	Ablehnung empfohlen
53	2302	Mehr Leitlinien für Blinde und Sehbehinderte schaffen	BA (+)	Annahme empfohlen
54	2788	Park-and-Ride auch samstags bereit stellen	WA (-)	Ablehnung empfohlen
55	2821	Mehr Sitzbänke auf Schlossplatz und hinter dem Schloss errichten		Siehe Platz 29
56	2294	Öffentliche kostenfreie Toiletten in den Parkanlagen errichten	BA (-)	Ablehnung empfohlen
57	2169	Platz der Deutschen Einheit, Schloßplatz und Burgplatz begrünen	PIUA (-)	Ablehnung empfohlen
58	2167	Umlaufende 'Grüne Welle' auf dem Ring schaffen	BA (+)	Annahme empfohlen
59	2728	Alle Fußgängerampeln hinsichtlich zu kurzer Grünphasen überprüfen	BA (-)	Ablehnung empfohlen
60	2890	Das Sozialamt soll einmal in der Woche nachmittags geöffnet sein	AfSG (-)	Ablehnung empfohlen
61	1963	Sparen durch Gesetze - Überflüssige Schilder vermeiden	120 (-), BA (-)	Ablehnung empfohlen
62	2521	Hundehalter sollen Hundekottüten mitführen		Aufruf (keine FA-Zuständigkeit)
63	2983	Fahrradweg vor der Ausfahrt des Schlossparkhauses auf die Georg-Eckert-Straße kennzeichnen	131 (+), BA (-)	Ablehnung empfohlen
64	2022	Verwaltung 2.0 - Online-Portal für Verwaltungsaufgaben schaffen		Aufruf (keine FA-Zuständigkeit)
65	2548	Industriebrachen statt Grünflächen im Umland für Bauland nutzen	PIUA (-)	Ablehnung empfohlen
66	2712	Situation am Hauptbahnhof verbessern	BA (+)	Annahme empfohlen
67	2046	Straßenbaustellen-Ausschreibungen mit Fertigstellungsterminen verbinden	BA (-)	Ablehnung empfohlen
68	2524	Verbindung nach Wolfsburg mit Bussen und Bahnen verbessern	PIUA (+)	Annahme empfohlen
69	2588	Sicherheit für Radfahrer: Radfahrerampeln sollen 3 Sekunden vor den Autos grün erhalten	BA (-)	Ablehnung empfohlen
70	2182	Schulgarten-Dowesee mit Spielplatz besser vor Hunden schützen	GA (-)	Ablehnung empfohlen
71	2176	Bessere Mitsprache der Bürger bei Straßenumgestaltungen einführen	BA (-)	Ablehnung empfohlen
72	1962	Obst für die Bürger und Blüten für die Bienen - Obstbäum anpflanzen	GA (-)	Ablehnung empfohlen
73	2464	Schülerfahrkarten preisgünstiger und attraktiver gestalten	SchA (+)	Annahme empfohlen
74	2482	Magniviertel: Fahrradständer vor der Grundschule im Klint installieren	131 (+), BA (+)	Annahme empfohlen
75	1967	Modernes Zahlungssystem für Bus & Bahn einführen	PIUA (+)	Annahme empfohlen

Platz: 1: Turnhalle oder Aula für GS Edith Stein bauen						
Vorschlags-Nr.: 2515	Bewertung: 1,054	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Die GS Edith Stein hat weder eine eigene Turnhalle oder eine Aula noch einen Versammlungsraum. Damit fehlt der Schule ein Herzstück.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 40						
<p>Die Grundschule Edith Stein verfügt neben einer anderen Grundschule in der Stadt Braunschweig weder über eine Sporthalle noch über eine Aula. Der Sportunterricht wird in einem vorhandenen Gymnastikraum oder in der Turnhalle Leopoldstraße des Gymnasiums Kleine Burg erteilt. Veranstaltungen können nur im Freien oder in anderen Gebäuden außerhalb der Schule durchgeführt werden. Die Analyse des Bedarfs an Hallen und Räumen für den Schulsport im Rahmen der Sportentwicklungsplanung durch das Institut für kooperative Planung und Sportentwicklung hat für den Stadtbezirk Innenstadt, in dem die Grundschule Edith Stein liegt, ein rechnerisches Defizit von 4,4 Anlageneinheiten ergeben. Die Frage des Neubaus weiterer Sporthallen (ggf. als Mehrzweckhallen) zum Abbau des Sporthallendefizits wird die Verwaltung im Kontext mit der aktuell zur politischen Beratung anstehenden Sportentwicklungsplanung prüfen.</p> <p>Es können keine Angaben zu den finanziellen Auswirkungen sowohl im Hinblick auf die einmaligen als auch auf die laufenden Kosten gemacht werden, da eine entsprechende Planung noch nicht vorliegt.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Schulausschuss		0	4	8	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 2: Nachtbusse erhalten						
Vorschlags-Nr.: 2282	Bewertung: 1,034	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Da die Nachtbusse ja zur Zeit nur als Versuch laufen, möchte ich hier erwähnen, dass es unbedingt bei Nachtbussen bleiben sollte in einer Stadt mit dieser Größe. Ich kann nicht abschätzen, inwieweit sich die Nachtbusse zur Zeit rechnen, aber auch wenn sie zu Verlusten führen, gehört ein Bussystem 24 Stunden am Tag auch zum Image einer Stadt.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
Der Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 23. September 2014 beschlossen, ab dem 28. November 2014 einen Nachtlinienverkehr am Wochenende einzuführen. Während der einjährigen Testphase evaluieren Stadtverwaltung und Braunschweiger Verkehrs GmbH (BSVG) gemeinsam die Nachfrage und unterbreiten dem Rat der Stadt einen Vorschlag, den Nachtverkehr betriebswirtschaftlich sinnvoll und vom Fahrgastaufkommen her vertretbar zu betreiben. Inzwischen lassen sich erste Rückschlüsse auf das Nutzerverhalten der Braunschweiger Bürger im Nachtverkehr ziehen. Die Ergebnisse fließen in die Ratsvorlage ein, um nach der Sommerpause eine Entscheidung über den Weiterbetrieb herbeizuführen.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		11	0	0	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 3: Baustellen im Stadtgebiet besser koordinieren							
Vorschlags-Nr.: 2225	Bewertung: 0,984	Wirkung: Sparidee	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Die Hamburger Straße wird seit dem letzten Jahr umgebaut. Nun wird parallel dazu die A391 im Norden saniert. Jedem Laien war klar, dass dieses zu erheblichen Behinderungen für den täglichen Verkehr in Braunschweig führen würde. Wenn jetzt auch noch etwas dazwischen kommt wie ein größerer Stau auf der A2 versinkt der Norden Braunschweigs im Verkehrschaos.							
In Richtung Osten wird seit Jahren die Hans-Sommer-Straße umgebaut und nun parallel dazu die Helmstedter Straße für den Umbau der Kreuzung Brodweg gesperrt.							
Garniert wird der Bereich dazwischen mit dem Dauerstau am Leonhardplatz, dem Umbau der Gleiseindeckung am Steinweg und der gefühlten Sackgasse Hagenmarkt.							
Die Stadt Braunschweig wird aufgefordert, die Baumaßnahmen besser zu koordinieren. Wenn auf einer Hauptverkehrsachse gebaut wird, müssen die beiden benachbarten Achsen frei sein. Die Engpässe am Hagenmarkt und am Leonhardplatz sind kurzfristig zu beseitigen.							
PS: Bevor die Verwaltung sich wieder rausredet: Die Sanierung der A391 durch die NLStBV war bekannt!							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0600							
Um das Zusammenwirken mit allen internen und externen Beteiligten zu optimieren und die Verkehrsbeeinträchtigungen auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, ist seitens der Verwaltung beabsichtigt, die Baustellenkoordinierung durch strukturelle, personelle und organisatorische Maßnahmen zu optimieren.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Bauausschuss			4	0	2	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 4: Fernbusbahnhof Braunschweig aufwerten						
Vorschlags-Nr.: 2374	Bewertung: 0,907	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Der Fernbusbahnhof im Bahnhofsquartier muss endlich eine Überdachung, Infrastruktur und Service-Stationen bekommen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Kurzfristig können Sitzbänke aufgestellt werden (5.000 €, siehe dazu Vorschlag Nummer 2439 (Platz 8)). Größere Investitionen wie z. B. eine Überdachung und weitergehende Infrastruktur sind am bestehenden Standort derzeit nicht sinnvoll, da zurzeit geprüft wird, ob und durch wen ein Neubau des Fernbusbahnhofes am Hauptbahnhof sinnvoll ist. Ein Neubau würde natürlich diese Aspekte berücksichtigen.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten	5.000 €					5.000 €
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Bauausschuss		8	0	1	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 5: Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen einführen				
Vorschlags-Nr.: 2117	Bewertung: 0,901	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Die Stadt sollte den Vorschlag aus dem Jahre 2014 wieder aufgreifen und einen Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen einführen. Wenn ich von der Hildesheimer Straße zum Amalienplatz beziehungsweise zur Celler Straße oder Maschstraße fahre, sind dies zwei beziehungsweise drei Haltestellen. Dafür bezahle ich € 2,30 genau so viel, als würde ich von Lamme nach Mascherode fahren. Busse und Bahnen würden mehr genutzt, wenn die Preise nicht so hoch wären.				
Auf Mallorca sind die Busse voll. Hier habe ich vom Playa de Palma bis zum Platz de Espanol in Palma € 1,00 bezahlt, mindestens 8 Haltestellen je nach Linienführung.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): Ref. 0600				

Der Vorschlag zum Bürgerhaushalt fokussiert auf das Beispiel einer europäischen Urlaubsinsel bzw. eine tarifzonenübergreifende Kurzstrecke. In einigen größeren Städten werden Kurzstreckentickets angeboten. Deutschlandweit gibt es in vergleichbaren Städten wie Münster und Bremen teils das Angebot eines Kurzstreckentarifs, in anderen wie Freiburg und Karlsruhe aber auch nicht. Als Alternative zur Kurzstrecke wurde in Braunschweig bewusst die 10-Fahrtenkarte mit dem seit 2008 nicht angehobenen Preis entwickelt. Durch die Zeitvariante von 90 Minuten für beliebig häufige Fahrten innerhalb des Stadtgebiets, kann man gerade auf kurzen Entfernung den Abschnitt der Karte zum Preis von 1,80 € für die Hin- und Rückfahrt nutzen. Gleichzeitig werden die Verkaufsvorgänge damit gegenüber einer Kurzstrecke reduziert. Die Kunden nehmen diese Karte sehr gut an.

In Städten, die einen Kurzstreckentarif im Angebot vorhalten, sind die Fahrkarten im Regeltarif dagegen meist deutlich teurer als in Braunschweig. Insofern ist die Entscheidung Pro oder Contra eines Kurzstreckentarifes nicht auf diese einzelne Fahrkarte bezogen, sondern wird Veränderungen im Gesamtangebot nach sich ziehen, um die Tarifgerechtigkeit aufrecht zu halten und die wirtschaftlichen Effekte durch den abgesenkten Tarif im darstellbaren Rahmen zu halten.

Weiter unterliegt die Verkehrs-GmbH als ein Partner des Tarifverbundes bei der Preis- und Sortimentsbildung den Regularien der Verbundgesellschaft Region Braunschweig. Eine Einführung eines Kurzstreckentarifs in Stadtgebieten müsste in Abstimmung der Städte Wolfsburg, Goslar sowie der übrigen Landkreisen des Verbandsgebietes erfolgen.

Aus Sicht der Verkehrs-GmbH ist die Einführung eines Kurzstreckentarifs nicht kostenneutral. Ein zu erwartender Neukundenanteil wird die Reduzierung der Einnahmen aus dem abgesenkten Fahrpreis für die jetzigen Kunden nicht kompensieren können und somit zum Anstieg des Defizitausgleichs durch die Stadt Braunschweig führen. Exemplarisch sei dieses kurz mit realistischen Annahmen und dem Ist-Stand dargestellt.

Derzeit nutzen rd. 1,06 Mio. Kunden den Einzelfahrschein im Stadttarif zu 2,3 €/Ticket, was einen Jahresumsatz von rd. 2,43 Mio. € in 2014 ergab.

Legen angenommen von diesen Kunden rd. 40 % eine Wegstrecke im Ergebnis entstünde bei vorgenanntem Beispieldfall ein Verlustanstieg in der Verkehrs-GmbH von rd. 330 T€/a. Dieses beinhaltet nicht die kaum valide zu prognostizierenden zusätzlichen Abwanderungen von der 10er Karte in einen Kurzstreckentarif, was die negativen Auswirkungen weiter steigert.

Zur Kompensation müssten deutlich mehr als 200.000 Kunden/Jahr zusätzlich den ÖPNV nutzen, um das Angebot neutral zu stellen. Dieses bedeutet einen dauerhaft notwendigen Anstieg von mehr als 18 % im Kundensegment Einzelfahrausweis, was aus Unternehmenssicht wenig realistisch erscheint.

Da voraussichtlich auch einige Neukunden in den Einsatzspitzenzeiten hinzukommen, ist die Bereitstellung von zusätzlichen Fahrzeugen wahrscheinlich, was in der Konsequenz die negative Ergebnisbeeinträchtigung weiter steigert.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten						XXXX

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		3	8	0	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 6: Wartebereich Zentraler Omnibus Bahnhof (ZOB) verbessern - Überdachte Wartezone, moderne Anzeigetafel und Kiosk schaffen							
Vorschlags-Nr.: 2463	Bewertung: 0,867	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Wer am ZOB wartet, kann sich bei schlechtem Wetter nicht unterstellen. Das WC ist schwierig zu erreichen. Auch eine Anzeige, wann welcher Bus wie (verspätet) kommt, wäre klasse. Vorschlag: Überdachte Wartezone mit moderner Anzeigetafel, Sanitärbereich, Kiosk							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Mit ZOB ist in diesem Fall offenbar der Fernbusbahnhof gemeint. Kurzfristig können Sitzbänke aufgestellt werden (5.000 €, siehe dazu Vorschlag Nummer 2439 (Platz 8)). Größere Investitionen wie z.B. eine Überdachung oder eine Anzeigetafel sind am bestehenden Standort derzeit nicht sinnvoll, da zurzeit geprüft wird, ob und durch wen ein Neubau des Fernbusbahnhofes am Hauptbahnhof sinnvoll ist. Ein Neubau würde natürlich diese Aspekte berücksichtigen.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten		5.000 €					5.000 €
Laufende Kosten							XXXX
		Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss				9	0	0	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 7: Unnötige Ampeln nachts abschalten							
Vorschlags-Nr.: 2707	Bewertung: 0,856	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Braunschweig hat viele Ampeln an denen man lange warten muss, egal ob Fußgänger, Rad- oder Autofahrer. Sehr viele, vielleicht über die Hälfte, könnte in der Woche von 19:00 bis 6:00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen abgeschaltet werden. Das könnte auch bei so großen Kreuzungen wie Willy-Brandt-Platz/Kurt-Schumacher-Straße geprüft werden.							
An Kreuzungen, bei denen das schon stattfindet kann es ausgeweitet werden. Zum Beispiels Celler-Heer-Straße, Varrentrappstraße (jetzt ab 21:00 Uhr).							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Lichtsignalanlagen (LSA) stehen an Standorten, die eine über die Beschilderung hinausgehende Verkehrsregelung erfordern. Dies gilt grundsätzlich auch nachts und an Sonn- und Feiertagen. Sie dienen nicht nur dem Kraftfahrzeugverkehr sondern auch querenden Fußgängern und Radfahrern. Weitere Abschaltungen sind aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht vorgesehen.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss				9	0	0	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 8: Sitzbänke am Zentralen Omnibus Bahnhof (ZOB) schaffen						
Vorschlags-Nr.: 2439	Bewertung: 0,847	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Ich schlage vor, unbedingt wenigstens Sitzteller am Zentralen Omnibus Bahnhof (ZOB) in der Mittelinsel zu platzieren. Dort fahren die Fernbusse ab. Sofern Dritte zuständig sind, sollen diese dazu aufgefordert werden, Sitzmöglichkeiten am ZOB zu schaffen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Kurzfristig können 1 bis 2 Sitzbänke auf den jeweiligen Bussteigen aufgestellt werden. Die Kosten je Bank liegen bei ca. 1.000 €, es entstehen bei 5 Bänken Gesamtkosten von ca. 5.000€. Zurzeit wird geprüft, ob und durch wen ein Neubau des Fernbusbahnhofes am Hauptbahnhof sinnvoll ist. Ein Neubau würde natürlich diese Aspekte berücksichtigen.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten	5.000 €					5.000 €
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen Ja Nein Enth. Ergebnis				
Bauausschuss		Erledigt aufgrund zwischenzeitlicher Umsetzung.				
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 9: Kostenlose Nahverkehr für alle Schüler_innen einführen - Ein Vorschlag vom Stadtschülerrat Braunschweig				
Vorschlags-Nr.: 2803	Bewertung: 0,842	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
<p>Alle Schüler_innen sollen die Möglichkeit haben, außerhalb der Schulzeit kostenlos den Nahverkehr zu nutzen, um außerschulisches Engagement und Freizeitaktivitäten besuchen zu können. Zur Umsetzung schlagen wir ein für alle Seiten attraktives Kostenteilungsmodell vor.</p> <p>Dieses besagt, dass Schüler_innen ohne aktuellen Anspruch, außerhalb der Stoßzeiten kostenlos fahren können. Für einen geringen Kostenbeitrag soll es ermöglicht werden auch innerhalb der Stoßzeiten kostenlos zu fahren. Als weitere Option, soll es die Möglichkeit eines Upgrades geben, für einen weiteren geringen Kostenbeitrag, auch innerhalb der Ferienzeiten kostenlos den Nahverkehr zu nutzen.</p> <p>Schüler_innen mit aktuellen Anspruch behalten die Möglichkeit weiterhin kostenlos auch innerhalb der Stoßzeiten zu fahren und können so nur das Ferienupgrade nutzen. Zusätzlich sollen alle Oberstufenschüler_innen die dem aktuellen Anspruch entsprechen würden, auch innerhalb der Stoßzeiten ohne weitere Kosten fahren können.</p>				
<p>Hintergrund:</p> <p>Der vom Stadtschülerrat Braunschweig erarbeitete Vorschlag entstand als Reaktion auf die bestehende Arbeitsgemeinschaft "Kostenlose SchülerInnenfahrkarten" bestehend aus den Parteien der Stadt Braunschweig, des Rates der Stadt Braunschweig, Braunschweiger Verkehrs-GmbH, dem Jugendring, Jugendkonferenz, Stadtelternrat, sowie des Stadtschülerrates.</p>				
<p>Kosten:</p> <p>Die Kostenangabe folgt nach einer Überprüfung des Kostenteilungsmodells. Etwa 500.000 bis 2.000.000 € werden als Zuschuss aus dem städtischen Haushalt benötigt, um das Modell mit attraktiven Preisen bei den "Upgradeoptionen" zu finanzieren.</p> <p>Umso mehr Schüler_innen das Modell nutzen, umso geringer wird der Zuschussbedarf. Deshalb braucht das Projekt eine starke Anlaufunterstützung.</p>				
<p>Sonstiges:</p> <p>Weitere Informationen finden sie unter http://www.ssr-bs.de/ag-fahrkarten/ [Die Stoßzeiten liegen vor allem zwischen 7:00 - 8:30.]</p>				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): FB 40				

Auf Initiative des Jugendrings Braunschweig e. V. ist eine Arbeitsgruppe zum Thema kostenlose bzw. kostengünstige Schülerfahrkarten gebildet worden. An der Arbeitsgruppe sind Vertreterinnen bzw. Vertreter aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Braunschweiger Verkehrs-GmbH und Mitglieder des Stadtelternrates und des Stadtschülerrates beteiligt. In dieser Arbeitsgruppe wird u. a. der Vorschlag des Stadtschülerrates bearbeitet. Die Bearbeitung in der Arbeitsgruppe (insbesondere die Kostenberechnung durch die Braunschweiger Verkehrs-GmbH) ist noch nicht abgeschlossen. Über das Ergebnis wird der Jugendhilfeausschuss informiert.

Es können noch keine Angaben zu den finanziellen Auswirkungen sowohl im Hinblick auf die einmaligen als auch auf die laufenden Kosten gemacht werden.

Ergänzende Stellungnahme (zum Schulausschuss am 05.02.2016):

Dem Jugendhilfeausschuss sind mittlerweile zwei Modelle für die Einführung eines kostenlosen Nahverkehrs für alle Schülerinnen und Schüler vorgestellt worden. Im Modell 1 würden alle Braunschweiger Schülerinnen und Schüler im Stadtgebiet Braunschweig kostenlos den ÖPNV ohne Einschränkung nutzen können. Die Kosten würde vollumfänglich der Konzern Stadt Braunschweig tragen. Die laufenden Kosten hierfür werden auf ca. 4,1 Mio. €/Jahr geschätzt. Beim Modell 2 handelt es sich um ein Kostenteilungsmodell zwischen dem Konzern Stadt Braunschweig und den Schülerinnen und Schülern. Danach würde den Schülerinnen und Schülern, die einen schulgesetzlichen Anspruch auf den Erhalt einer SammelSchülerzeitkarte (SSZK) haben, die Möglichkeit eingeräumt, die SSZK auf eigene Kosten um eine Nutzung in den Ferienzeiten zu erweitern. Die Schülerinnen und Schüler, die keinen schulgesetzlichen Anspruch auf den Erhalt einer SSZK haben, würde die Möglichkeit eingeräumt, kostenlose SSZK werktags ab 9:00 Uhr zu erhalten mit der Möglichkeit, diese auf eigene Kosten um eine Nutzung werktags in der Zeit vor 9:00 Uhr und/oder in den Ferienzeiten zu erweitern. Die laufenden Kosten hierfür werden auf ca. 2,3 bis 2,7 Mio. €/Jahr geschätzt.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Schulausschuss		2	4	6	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 10: Sporthalle St.-Ingbert-Straße ersetzen							
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Vorschlags-Nr.: 2336 Bewertung: 0,804 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt) Zügige Bereitstellung von Haushaltmitteln zum Bau einer Sporthalle, die die abgebrannte Sporthalle St.-Ingbert-Str. ersetzt.							
Eine Ersatzhalle für diese Sporthalle wird dringend benötigt, da sowohl der Schulsport der Schulen HvF und GS Lehndorf als auch der Vereinssport mehrerer Vereine erheblich eingeschränkt ist.							
Sollte ein Aufbau an einem Ersatzstandort in Erwägung gezogen werden, so ist der Standort so zu wählen, dass er für beide Schulen zu Fuß leicht erreichbar ist um Zeitverluste im Sportunterricht durch lange Wegezeiten zu vermeiden. Ein Neubau am Blitzeichenweg käme unter den oben angeführten Bedingungen für beide Schulen daher nicht in Betracht.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 40							
Für die abgebrannte Sporthalle in der St.-Ingbert-Straße soll im Stadtteil Lehndorf eine neue Sporthalle gebaut werden. Aufgrund noch offener versicherungsrechtlicher Fragen ist zurzeit noch nicht abschließend geklärt, an welcher Stelle die neue Sporthalle errichtet wird. Der Standort der Sporthalle wird so gewählt, dass er für die Schulen fußläufig gut erreichbar ist. Ein Neubau der Sporthalle am Blitzeichenweg wird daher nicht in Betracht gezogen.							
Da noch offen ist, in welcher Höhe die Stadt eine Versicherungsleistung erhält, können keine Angaben zu den finanziellen Auswirkungen sowohl im Hinblick auf die einmaligen als auch auf die laufenden Kosten gemacht werden.							
Ergänzende Stellungnahme (zum Schulausschuss am 05.02.2016):							
Die Verwaltung hat vorgeschlagen, die Sporthalle St.-Ingbert-Straße auf ihrem bisherigen Grundstück als teilbare Zwei-Feld-Sporthalle neu zu bauen. Die Kosten werden auf 4,3 Mio. geschätzt. Über den Bau einer Zuschauertribüne soll nach dem Vorschlag der Verwaltung erst nach Vorliegen einer Vorentwurfsplanung und Kostenschätzung entschieden werden.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten							XXXX
Gremienlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Schulausschuss				12	0	0	Angenommen
Sportausschuss				10	0	0	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 11: Zonen-übergreifende Kurzstrecken-Tarife im öffentlichen Nahverkehr schaffen						
Vorschlags-Nr.: 2613	Bewertung: 0,787	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Im "öffentlichen Nahverkehr" sollten Kurzstrecken-Tarife eingeführt werden, nicht nur innerorts, sondern von einer Tarifzone in die nächste.						
Zum Beispiel gibt es im Ortsteil Schapen keine Einkaufsmöglichkeiten - die nächste Haltestelle im Ort "Weddel"/Cremlingen liegt nur etwa 1 Kilometer entfernt. Dort findet man Netto, Apotheke, Bäcker und Bahnhof. Die Kosten für die Fahrt betragen 3,80 € (90 Minuten Tarifzone 2).						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
Die Verkehrs-GmbH unterliegt als ein Partner des Tarifverbundes bei der Preis- und Sortimentsbildung den Regularien der Verbundgesellschaft Region Braunschweig. Die Verkehrs GmbH wird dieses Thema an die Verbundgesellschaft Region Braunschweig adressieren und dort zur Entscheidung vorlegen. Im Übrigen gilt die Stellungnahme zum Vorschlag Nr. 2117 entsprechend.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		6	4	1	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 12: Begegnungszentren für alle Stadtteile schaffen																									
Vorschlags-Nr.: 2332	Bewertung: 0,775	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 45.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																					
<p>Begegnungszentren spielen in vielen Teilen Braunschweigs bereits eine hervorragende Rolle für</p> <ul style="list-style-type: none"> - den Zusammenhalt der Bevölkerung (Förderung des Dialogs zwischen den Bewohnern aus verschiedenen Generationen und mit unterschiedlicher Herkunft); - das Angebot kultureller Veranstaltungen vor Ort und somit die gesellschaftliche Teilhabe; - gut zugängliche Beratungsangebote der Stadtteilbewohner sowie - die Stabilisierung der Gesundheit und für die Freizeitgestaltung für Jung und Alt. <p>Umso wichtiger erscheint es, dass möglichst alle Menschen in Braunschweig in den Genuss einer solchen örtlichen Einrichtung kommen.</p> <p>(1) Hier wird vorgeschlagen, nach einer im Jahr 2015 durch Politik und Verwaltung aufzustellenden Prioritätenliste mittelfristig die verbliebenen Stadtteile auch mit einer Begegnungsstätte zu versorgen.</p> <p>(2) Der dringendste Bedarf scheint im Stadtteil Heidberg zu liegen, in dem es vielerlei Aktivitäten von Vereinen und Organisationen gibt, die jedoch unter einem unzulänglichen Raumangebot leiden. Der Heidberg weist innerhalb Braunschweigs den höchsten Altersdurchschnitt der Stadtteilbewohner auf. In diesem Stadtteil leben prozentual mehr Einwohner mit Migrationshintergrund als im Braunschweiger Durchschnitt.</p> <p>Für 2016 wird ein Finanzbedarf von etwa 45 000 Euro gesehen.</p>																									
Stellungnahme der Verwaltung																									
Org.-Einheit(en): FB 10, FB 41, FB 50, FB 51																									
<p>Begegnungsstätten bestehen in Braunschweig in sehr unterschiedlicher Form. Angefangen von den 12 Dorfgemeinschaftshäusern, in denen Räumlichkeiten verschiedenen Nutzern aus der örtlichen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden, über Seniorenbegegnungsstätten bis hin zu Familienzentren und sozio-kulturellen Einrichtungen wie dem Kulturpunkt West. Dementsprechend unterschiedlich sind die Konzepte und damit die Möglichkeiten, dass sich Bewohner aus verschiedenen Generationen und mit unterschiedlicher Herkunft dort offen begegnen können.</p> <p>Im Grundsatz wird das Vorhandensein von Stätten der Begegnung in den jeweiligen Stadtteilen von der Stadt begrüßt. Dies setzt jedoch nicht automatisch die Einrichtung neuer Begegnungsstätten voraus. Inwieweit in einzelnen Stadtteilen inklusive und für alle Bevölkerungsgruppen offene Begegnungsstätten notwendig sind, sollte sich an den Bedarfen vor Ort orientieren (z.B. Familienzentren) und als Fragestellung im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) bedacht werden, sofern nicht eine frühere Entscheidung angezeigt ist.</p> <p>Abschließend wird darauf hingewiesen, dass der finanzielle Bedarf erst dann abschätzbar wäre, wenn ein genaues Konzept für das jeweilige Zentrum vorliegt.</p>																									
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX	
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																			
Einmalige Kosten																									
Laufende Kosten					XXXX																				

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Ausschuss für Soziales und Gesundheit		2	0	9	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 13: Rad- und Fußgängerüberweg am Ortseingang Harxbüttel sicherer gestalten						
Vorschlags-Nr.: 2173	Bewertung: 0,766	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Wenden-Thune- Harxbüttel		
<p>Zur Zeit "MUSS" man zu Fuß und mit dem Rad im Ortseingang Harxbüttel die Straße überqueren, die sich als eine uneinsichtigen Kurve gestaltet! Das ist äußerst gefährlich! Mit steigenden Kinderzahlen im Ort wächst auch die Zahl der Fußgänger und Fahrradfahrer, die auf diese Art der Mobilität angewiesen sind. Es sollte nicht gewartet werden bis etwas passiert.</p> <p>Ich denke eine große Verkehrsinsel, oder ein ausreichend beschilderter Zebrastreifen würden Sicherheit geben!</p>						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
<p>Mit der Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht (2013) wurde die Situation entschärft. Grundsätzlich kann der Radverkehr aufgrund der relativ niedrigen Kfz-Anzahl (2200 Kfz/24 Std.) auf der Fahrbahn abgewickelt werden. Ein Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) kann aufgrund zu geringer Kfz- und Fußgängermengen nicht eingerichtet werden. Die Herstellung einer Mittelinsel wäre eine geeignete Verbesserung. Dies würde, weil die Fahrbahn dafür aufgeweitet werden müsste, ca. 50.000 € kosten.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten	50.000 €					50.000 €
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Stadtbezirksrat 323		9	0	0	Angenommen	
Bauausschuss		1	7	2	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 14: Mehr Sitzgelegenheiten in der Stadt schaffen							
Vorschlags-Nr.: 2817	Bewertung: 0,763	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Es wäre schön, wenn in der Stadt mehr Sitzgelegenheiten aufgebaut werden könnten. Sinnvoll wäre es sicher, mit Seniorenverbänden zusammen zuarbeiten, da diese sicherlich am besten wissen, wo eine solche Anbringung sinnvoll wäre.							
Hintergrund: Für Gehbehinderte ist es teilweise ein Spießrutenlauf, weil es schwierig ist, eine Sitzgelegenheit für eine kurze Pause zu finden.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Bei vielen Straßenerneuerungen werden Sitzgelegenheiten (Bänke) mit eingeplant und aufgestellt. Grundsätzlich ist es auch möglich Bänke im Nachhinein und in bestehenden Straßen aufzustellen. Die Kosten betragen je nach Banktyp 1.000 € bis 2.500 € je Bank. Soweit Mittel für die Umsetzung des Vorschages bereitgestellt werden, würde die Verwaltung konkrete Standorte mit dem Seniorenbeirat abstimmen. Die Antwort entspricht der Antwort zu Vorschlag Nr. 2440 (Platz 22).							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss				8	0	2	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 15: Beschaffenheit von Fahrradwegen verbessern - Absenkungen fahrrad-freundlicher gestalten																																		
Vorschlags-Nr.: 2410	Bewertung: 0,737	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																														
<p>Ich möchte die Verantwortlichen im Tiefbaumanagement der Stadt bitten, die Absenkungen der Fahrradwege bei einmündenden Nebenstraßen, auf Kreuzungen und so weiter fahrrad-freundlicher zu gestalten. Der ausführende Tiefbauunternehmer sollte darauf hingewiesen werden, dass Absenkungen für den Radfahrer keine Holperstrecken sein dürfen.</p> <p>Vielleicht müsste auch der Mitarbeiter der Stadt Braunschweig sensibilisiert werden, keine holprigen Arbeiten mehr abzunehmen. Sonst muss nachgearbeitet werden. Zumaldest bei jeder neuen Baumaßnahme bitte drauf achten (Raffteich, Hans-Sommer-Straße, Hamburger Straße und andere)</p> <p>Wer mag, kann ja mal auf dem Radweg entlang der Luisenstraße vom Cyriaksring zum Europaplatz fahren. Spätestens in der Kramerstraße weiß jeder, was ich meine.</p>																																		
Stellungnahme der Verwaltung																																		
Org.-Einheit(en): FB 66																																		
<p>Bei reinen Radwegen werden die Absenkungen ohne Kante gebaut (Null-Absenkung). Falls jedoch eine Mitbenutzung der Furt durch Fußgänger vorliegt, wird eine Bordsteinkante von bis zu 3cm hergestellt, da die sehbehinderten Menschen auf eine tastbare Kante angewiesen sind. Beim älteren Straßenbestand finden sich auch noch nicht richtliniengerechte Absenkungen. Aus finanziellen Gründen sind bauliche Änderungen am Bestand jedoch in der Regel nur im Rahmen von Straßenerneuerungen sowie Um- und Ausbaumaßnahmen möglich. Die Kosten für den Umbau bestehender Absenkungen betragen je nach Einzelfall ca. 1.000 €. Soweit Mittel für die Umsetzung des Vorschlags bereitgestellt werden, würde die Verwaltung in Abstimmung mit dem ADFC auch im Bestand Absenkungen optimieren. Die Antwort entspricht den Antworten zu Nr. 2708 und 2644.</p>																																		
<table> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																												
Einmalige Kosten																																		
Laufende Kosten					XXXX																													
<table> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Bauausschuss</td> <td></td> <td>9</td> <td>0</td> <td>1</td> <td>Angenommen</td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Bauausschuss		9	0	1	Angenommen	Finanz- und Personalausschuss						Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																													
Bauausschuss		9	0	1	Angenommen																													
Finanz- und Personalausschuss																																		
Verwaltungsausschuss																																		
Rat																																		

Platz: 16: Fahrkartautomaten an ausgewählten Haltestellen aufstellen						
Vorschlags-Nr.: 2647	Bewertung: 0,736	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Fahrkartautomaten für Bus und Straßenbahn an ausgewählten Haltestellen (Umsteigestationen) würden die Standzeiten an Haltestellen verkürzen und Verspätungen verringern. Als Standorte würde ich mir zum Beispiel Hauptbahnhof, Schloss, Kastanienallee und Rudolfsplatz vorstellen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
Ziel der Braunschweiger Verkehrs GmbH ist es, den Ticketverkauf beim Fahrpersonal bis zum Jahr 2018 zu reduzieren. Die betriebliche Abwicklung könnte durch eine Umkehr des Verkaufsverhältnisses der Fahrausweise im Vorverkauf von derzeit 28 % und 72 % beim Fahrpersonal erheblich verbessert werden. Dazu werden die Vertriebswege bis 2018 schrittweise ausgebaut. Ein Schritt ist dabei die Einführung von zunächst 10 Fahrscheinautomaten an ausgewählten Straßenbahnhaltestellen. Dabei werden auch die vorgeschlagenen Haltepunkte Hauptbahnhof und Schloss entsprechend berücksichtigt.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		11	0	0	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 17: Den Hauptbahnhof barrierefrei machen							
Vorschlags-Nr.: 2702	Bewertung: 0,731	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Für uns Blinde ist der Vorplatz des Hauptbahnhofs sowie auch das Gebäude des Hauptbahnhof selbst sehr schwer zu meistern. Es fehlen Leitlinien zu den Eingängen, zum Reiseinformationszentrum und zu den Gleisen.							
Das Land und die Bahn haben im Dezember 2014 beschlossen, Gleisanlagen und Bahnhöfe zu sanieren. Auch auf einigen Bahnsteigen unseres Hauptbahnhof sollen die Rillenplatten zum Auffinden der Treppen saniert werden. Doch das ist nicht ausreichend.							
Es müssen zusätzlich Rillenplatten zu den Gleisen, zu den Ein- und Ausgängen, dann zu den Taxen, zu den Bussen und Straßenbahnen führen. Es gibt zwar auf dem Vorplatz eine Leitlinie, doch die ist viel zu schmal und somit für uns Blinde schlecht auffindbar. Außerdem entspricht sie nicht mehr den heutigen DIN-Normen.							
Es muss auch eine deutliche Abgrenzung zu den Bussteigen und zum Taxistand geben. Hier ist die Gefahr sehr groß, dass man unversehens auf den Bussteig gerät und somit von einem Bus angefahren wird.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Der Hauptbahnhof selbst liegt in der Zuständigkeit der Deutschen Bahn AG. Das Bahnhofsmanagement wurde bezüglich der Maßnahmen im Bahnhof über diesen Bürgervorschlag informiert. Auf dem Bahnhofsvorplatz gibt es bereits Leitlinien zwischen dem Bahnhofsgebäude, dem Servicepavillon der Verkehrs-GmbH und den Bahn- und Bussteigen im ZOB. Bisher keine Führung besteht zur Stadtbahnhaltestelle in der Mitte des Willy-Brandt-Platzes vor dem Hauptbahnhof. Das Kostenvolumen für eine Nachrüstung und Aktualisierung taktiler Elemente ist aufgrund der Vielzahl der zu betrachtenden Linienführungen, Leitlinien und Aufmerksamkeitsfeldern ohne konkrete Planung nicht kurzfristig ermittelbar. Mit einer größeren fünfstelligen Summe muss jedoch gerechnet werden. Bei Neubauten von Straßen oder Plätzen werden die Belange sehbehinderter Menschen heute mehr berücksichtigt, als dies in der Planungs- und Realisierungsphase vor mehr als 15 Jahren üblich war.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Bauausschuss			10	0	0	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 18: Fußweg und Radweg Ringgleis zügig ausbauen, teilweise sanieren				
Vorschlags-Nr.: 2834	Bewertung: 0,726	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Es darf nicht noch einmal 20 Jahre dauern, bis die restlichen Kilometer fertig gestellt sind. Etliche Abschnitte des vorhandenen Weges müssen dringend saniert werden. Das bringt einfach die sehr starke Frequentierung mit sich und vielleicht auch die ungünstige Wahl der Oberflächen-Beschaffenheit.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): FB 61				

Zügiger Ausbau:

Im Jahr 2011 hat der Rat der Stadt Braunschweig die Umsetzung des „Masterplan Ringgleis“ beschlossen. Da sich die für den Ringgleisschluss benötigten Abschnitte im Norden, Osten und Süden noch nicht durchgehend im städtischen Besitz befinden, bedarf es für jeden weiteren Abschnitt differenzierter Planungen (z. T. auch zur rechtlichen Absicherung), umfangreicher Abstimmungen zu Nutzungsvereinbarungen oder aber auch Kaufverträge, um den jeweiligen Zugriff auf weitere Abschnitte zu erhalten. Erst danach können abschnittsweise detaillierte Ausbauplanungen begonnen und die jeweiligen Kosten ermittelt werden, die dann sukzessive für die folgenden Haushaltsjahre angemeldet werden müssen. Dieser Prozess wird sich, wie beim westlichen Ringgleis auch, voraussichtlich über mehrere Jahre erstrecken.

Als nächster Teilabschnitt steht konkret in 2016 die Umsetzung der Fortführung des südlichen Ringgleis-Abschnitts A391 bis Kennelweg/Okerbrücke bevor. Dieser wird aktuell planerisch vorbereitet. Zum Erreichen der ca. 12 m hohen Dammkrone sind umfangreiche, kostenintensive Ingenieurbauwerke (Rampen) erforderlich. Durch diesen Abschnitt können das neue Jugendleistungszentrum von Eintracht Braunschweig sowie der Weser-Harz-Heide-Radfernweg angebunden werden. Im Norden wird es alsbald den Brückenschlag über die Oker im Bereich der Uferstraße geben. Danach ist die Weiterführung über das ehemalige Braunschweiger Zeitungs-Gelände (zwischen Hamburger Straße und Mittelweg) vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen - Zügiger Ausbau:

In der mittelfristigen Finanzplanung zum Haushalt 2015 stehen als Ergebnis der Annahme des Bürgervorschlags Nr. 1359 zum Haushalt 2015 in Summe 3,5 Mio. EUR für die Jahre 2015 bis 2019 zur Verfügung. Ein zusätzlicher Mittelbedarf über die bereits im städtischen Haushalt eingeplanten Mittel kann derzeit nicht konkret benannt werden. Gründe dafür sind, dass die zuvor beschriebenen Rahmenbedingungen je Abschnitt inkl. der Trassenführung des Weges sukzessive zu klären sind und dass eine seriöse Kostenschätzung ohne differenzierte und detaillierte ingenieurtechnische Ausbauplanung nicht möglich ist.

Sanierung:

Die Verwaltung betrachtet eine Sanierung der bestehenden Wege in vielen Bereichen als sinnvoll. Die jeweilige Ausbauart wird sich jedoch für jeden Abschnitt mit dem dort bestehenden Stadtbild, den zu erwartenden Nutzergruppen und den örtlich zu erwartenden Konflikten auseinandersetzen müssen. Insofern ist jeder Abschnitt differenziert zu betrachten. Darüber hinaus kann natürlich auch bei der Sanierung, allein aus Kostengründen, nur abschnittsweise vorgegangen werden. Sofern die Örtlichkeit und die zur Verfügung stehenden Finanzmittel es zulassen (z. B. eine ausreichende Breite vorhanden ist und keine stadtgestalterischen Gründe dagegen sprechen) werden schon jetzt durchaus auch einzelne Bereiche saniert. Beispielsweise soll dies zeitnah in dem Abschnitt zwischen Triftweg und Kälberwiese erfolgen. Hier soll für die Radfahrer ein Asphaltweg und für die Fußgänger eine separate, wassergebundene Decke angelegt werden.

Finanzielle Auswirkungen - Sanierung:

In der mittelfristigen Finanzplanung zum Haushalt 2015 stehen als Ergebnis der Annahme des Bürgervorschlags Nr. 1359 zum Haushalt 2015 in Summe 3,5 Mio. EUR für die Jahre 2015-2019 zur Verfügung. Ein konkreter zusätzlicher Mittelbedarf für Sanierungsmaßnahmen kann mit einem Pauschalbetrag i. H. v 30.000 EUR pro Jahr dauerhaft angenommen werden (120.000 EUR in Summe für die Planungsjahre des IP 2016-2019).

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	XXXX	120.000 €
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		6	0	5	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 19: Besseres Radwegekonzept für Braunschweig entwickeln							
Vorschlags-Nr.: 2185	Bewertung: 0,724	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Besseres Radwegekonzept für Braunschweig entwickeln.							
Wer einmal mit dem Fahrrad durch Gesamt-Braunschweig radelt, wird feststellen, dass wir uns mit Radwegen verbessert haben, es aber immer noch nicht ausreichend ist.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Radverkehrsförderung ist nicht gleich Radwegebau. Der immer stärker werdende Radverkehr kann häufig besser und sicherer auf der Fahrbahn abgewickelt werden. Fahrradstraßen, Radfahrstreifen und Schutzstreifen auf der Fahrbahn erhöhen dort die Sicherheit des Radverkehrs. Das vorhandene Radverkehrskonzept stammt aus dem Jahr 1994 und ist weitgehend abgearbeitet. Die Aufstellung eines neuen Radverkehrskonzeptes durch ein Planungsbüro würde ca. 100.000 € kosten.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten		100.000 €					100.000 €
Laufende Kosten							XXXX
Gremienlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss				0	6	4	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 20: Löcher und Risse in Straßen und Radwegen rasch flicken, um Kosten zu vermeiden						
Vorschlags-Nr.: 2786	Bewertung: 0,716	Wirkung: Sparidee	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Im Straßenbereich, aber auch im Fahrradbereich sind sehr viele Löcher und Risse. Es ist bemerkenswert, wie dieses ignoriert wird von der hiesigen Straßenbehörde.						
Wenn etwas instand gehalten wird, so hat man auf lange Sicht viel Geld für Gesamterneuerungen der Straßen und der Fahrradwege gespart. Vater Frost hat kein Problem mit den Rissen und Löchern. Vater Frost mag es, wenn er sich ausbreiten kann bzw. darf. Der Stadt aber entstehen dadurch sehr viel höhere Kosten, als wenn man gleich etwas macht, zum Beispiel Instand halten.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Mit den verfügbaren Unterhaltungsmitteln werden vorrangig alle Arbeiten durchgeführt, die zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit erforderlich sind. Darüber hinausgehende Schadensbeseitigungen wie Rissanierungen und Deckenerneuerungen erfolgen ebenfalls im Rahmen der verfügbaren Mittel. So werden etwa in 2015 Fahrbahndecken für 300.000 € und Radwegdecken für insgesamt rund 100.000 € erneuert. Die Kosten für die Erneuerung einer asphaltierten Fahrbahndecke belaufen sich auf ca. 40 €/m ² .						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
					Ergebnis	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.		
Bauausschuss		10	0	0	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 21: Ampelschaltungen für Radfahrer überprüfen						
Vorschlags-Nr.: 2340	Bewertung: 0,712	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Als Radfahrer wird man an einer Reihe von Ampeln* innerhalb des Stadtrings stutzig: Während Radfahrer schon rot haben, steht die Fußgängerampel noch einige Zeit auf grün. Das ist offenkundig widersinnig und zugleich ärgerlich, da Radfahrer im Durchschnitt deutlich schneller die Ampel überqueren können.						
Den Aufwand für diese Schaltungsanpassungen kann ich nicht beurteilen - wenn es einfach zu realisieren ist, wäre es durchaus wünschenswert.						
<p>* Zwei Beispiele:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kreuzung Celler Str. Güldenstraße Richtung Innenstadt/Lange Str. - Überquerung Hagenring in die Humboldtstraße Richtung Innenstadt 						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
<p>Fußgänger werden in mehreren räumlichen Abschnitten über eine Straße geführt (z. B. vom Gehweg bis zur Insel, von der Insel bis zum anderen Gehweg), weshalb die Signale gestaffelt und so lange wie möglich geschaltet werden können. Der Radverkehr wird mit den speziellen Signalen in einem Zug über die gesamte Breite der Straße freigegeben. Der Weg, den der Radverkehr bei grün zurücklegen muss, ist also länger als die Teilstrecken die die Fußgänger jeweils bei grün zurück legen müssen. Das kann dazu führen, dass das Signal kürzer grün zeigt als Fußgängersignale in derselben Richtung.</p> <p>Eine Anpassung der im Vorschlag genannten Kreuzungen auf den aktuellen Stand von Radverkehrssignalisierungen ist möglich.</p> <p>Die Kosten für den Knoten Celler Str./Güldenstr. betragen ca. 50.000 €.</p> <p>Die Kosten für den Knoten Hagenring/Humboldtstr. betragen ca. 10.000 €.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Bauausschuss		2	7	1	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 22: Mehr Bänke und Sitzgelegenheiten in der Innenstadt schaffen						
Vorschlags-Nr.: 2440	Bewertung: 0,710	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Innenstadt		
Mehr Sitzgelegenheiten in der Innenstadt schaffen, zum Beispiel am Damm.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Bei vielen Straßenerneuerungen werden Sitzgelegenheiten (Bänke) mit eingeplant und aufgestellt. Grundsätzlich ist es auch möglich Bänke im nachhinein und in bestehenden Straßen aufzustellen. Die Kosten betragen je nach Banktyp 1.000 € bis 2.500 € je Bank. Soweit Mittel für die Umsetzung des Vorschages bereitgestellt werden, würde die Verwaltung konkrete Standorte mit dem Seniorenbeirat abstimmen. Die Antwort entspricht der Antwort zu Vorschlag Nr. 2817 (Platz 14).						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Stadtbezirksrat 131			12	1	0	Angenommen
Erledigt durch Beschlussfassung über Bauausschuss Vorschlag 2817 (Platz 14) - angenommen			-			
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 23: Regelmäßigen Service für Spielplätze durchführen																																											
Vorschlags-Nr.: 1996	Bewertung: 0,710	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 2.500 €	Entsch.-Zust.: Lehndorf-Watenbüttel																																							
<p>Wenn ich über den Spielplatz in der Lamme Heide gehe, sehe ich verschmuzten Sand, Löcher und Müll. Dabei ist dieser Spielplatz erst wenige Jahre alt. Ich vermisse, anderen Spielplätzen in Braunschweig geht es ähnlich. Nicht nur bei der Errichtung von Spielplätzen sollte auf Sicherheit geachtet werden, sondern auch bei der Wartung.</p> <p>Mein Vorschlag lautet, Spielplätze erfordern mindestens alle zwei Jahre einen "großen Service". Was uns das Auto wert ist, sollten uns unsere Kinder lange wert sein. Ein Service sollte das Sieben und Planieren von Sand als auch eine Grundreinigung des Spielplatzes beinhalten. Ich habe schon oft Steine und Scherben im Sand gefunden. Im Verhältnis zu den Kosten, würde ein regelmäßiger Service unseren Familien einen großen Nutzen bringen.</p>																																											
Stellungnahme der Verwaltung																																											
Org.-Einheit(en): FB 67																																											
<p>Dem Fachbereich Stadtgrün und Sport liegen regelmäßig Beschwerden über den im Vorschlag genannten Zustand der Sandflächen vor. Auch im Stadtteilstudienprojekt des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie, in dessen Rahmen Kinderbeteiligungen in allen Ortsteilen durchgeführt werden, ist eine Verunreinigung des Sandes ein zentrales Thema.</p> <p>Regelmäßige biologisch-mechanische Sandreinigungen sowie ein Erneuern des Spielsandes sind aus fachlicher Sicht sinnvoll und werden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bereits umgesetzt.</p> <p>Die Kosten für eine jährlich durchzuführende Sandreinigung aller Flächen auf städtischen Spielplätzen würden sich auf ca. 200.000 € belaufen. Vorzunehmen wäre diese Reinigung in einem Rhythmus von zwei Jahren, so dass jährlich 100.000 € zusätzlich benötigt würden.</p> <p>Der Sandtausch wäre in einem Rhythmus von fünf Jahren durchzuführen. Dafür wären dauerhaft insgesamt ca. 200.000 € jährlich in den Haushalt einzustellen.</p>																																											
<table> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td colspan="7">Einmalige Kosten</td></tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td><td>300.000 €</td><td>300.000 €</td><td>300.000 €</td><td>300.000 €</td><td>XXXX</td><td>1.200.000 €</td></tr> </tbody> </table>					Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten	300.000 €	300.000 €	300.000 €	300.000 €	XXXX	1.200.000 €																		
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																																					
Einmalige Kosten																																											
Laufende Kosten	300.000 €	300.000 €	300.000 €	300.000 €	XXXX	1.200.000 €																																					
<table> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Stadtbezirksrat 321</td><td></td><td>10</td><td>0</td><td>2</td><td>Angenommen</td></tr> <tr> <td>Grünflächenausschuss</td><td></td><td>2</td><td>7</td><td>1</td><td>Abgelehnt</td></tr> <tr> <td colspan="7">Finanz- und Personalausschuss</td></tr> <tr> <td colspan="7">Verwaltungsausschuss</td></tr> <tr> <td colspan="7">Rat</td></tr> </tbody> </table>					Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Stadtbezirksrat 321		10	0	2	Angenommen	Grünflächenausschuss		2	7	1	Abgelehnt	Finanz- und Personalausschuss							Verwaltungsausschuss							Rat						
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																																						
Stadtbezirksrat 321		10	0	2	Angenommen																																						
Grünflächenausschuss		2	7	1	Abgelehnt																																						
Finanz- und Personalausschuss																																											
Verwaltungsausschuss																																											
Rat																																											

Platz: 24: Kanten bei Übergängen von Radweg auf Fahrbahn im Stadtgebiet absenken						
Vorschlags-Nr.: 2644	Bewertung: 0,696	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Häufig werden die Absenkungen, wenn ein Radweg eine Straße kreuzt, nicht ohne eine Kante gebaut. Bei Neubau oder Sanierung sollte darauf geachtet werden, dass Übergänge von Radweg auf Fahrbahn komplett ohne Versatz gebaut werden, da ein Versatz immer einen Schlag auf die Felgen bedeutet (Beispiel Leipziger Straße, Zufahrt Breites Bleek). Trotz "Absenkung" hat man häufig immer noch Kanten von bis zu 4 cm, ein Versatz von 0 cm wäre wünschenswert.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Bei reinen Radwegen werden die Absenkungen ohne Kante gebaut (Null-Absenkung). Falls jedoch eine Mitbenutzung der Furt durch Fußgänger vorliegt, wird eine Bordsteinkante von bis zu 3cm hergestellt, da die sehbehinderten Menschen auf eine tastbare Kante angewiesen sind. Beim älteren Straßenbestand finden sich auch noch nicht richtliniengerechte Absenkungen. Aus finanziellen Gründen sind bauliche Änderungen am Bestand jedoch in der Regel nur im Rahmen von Straßenerneuerungen sowie Um- und Ausbaumaßnahmen möglich. Die Kosten für den Umbau bestehender Absenkungen betragen je nach Einzelfall ca. 1.000 €. Soweit Mittel für die Umsetzung des Vorschlags bereitgestellt werden, würde die Verwaltung in Abstimmung mit dem ADFC auch im Bestand Absenkungen optimieren. Die Antwort entspricht den Antworten zu Nr. 2410 und 2708.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen Ja Nein Enth. Ergebnis				
Bauausschuss		Erledigt durch Beschlussfassung über Vorschlag 2410 (Platz 15) - angenommen -				
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 25: Mehr Fahrradständer in der Stadt aufstellen																																		
Vorschlags-Nr.: 2818	Bewertung: 0,696	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																														
Es wäre schön, wenn in der Stadt mehr Fahrradständer aufgebaut werden könnten. Sinnvoll wäre es sicher, mit Fahrradverbänden zusammen zuarbeiten, da diese sicherlich am besten wissen, wo eine solche Anbringung sinnvoll wäre. Im Stadtbild sieht man an Schildern und Zäunen abgestellte Fahrräder, weil es im öffentlichen Raum an vielen Stellen zu wenig Fahrradständer gibt.																																		
Stellungnahme der Verwaltung																																		
Org.-Einheit(en): FB 66																																		
Regelmäßig werden besonders in der Innenstadt zusätzliche Fahrradständer an neuen Standorten aufgestellt. Vorhandene Anlagen werden ergänzt. Alte Vorderradklemmen werden durch moderne Ständer ersetzt. Inzwischen sind die verkehrlich und stadtgestalterisch geeigneten Flächen für Fahrradständer weitgehend ausgenutzt. Um in größerem Umfang weitere Fahrradständer aufstellen zu können, wird es zunehmend erforderlich werden, auch andere Flächen, z.B. Parkstreifen dafür umzunutzen.																																		
Ein moderner Fahrradständer kostet mit Einbau ca. 200 bis 250 €. Wenn zusätzliche Anpassungsarbeiten z.B. an der Pflasterung erforderlich werden, liegen die Kosten bei ca. 500 € pro Fahrradständer. Die Verwaltung stimmt ihre Aktivitäten für den Radverkehr regelmäßig mit Fahrradverbänden ab.																																		
<table> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																												
Einmalige Kosten																																		
Laufende Kosten					XXXX																													
<table> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Bauausschuss</td> <td></td> <td>10</td> <td>0</td> <td>0</td> <td>Angenommen</td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Bauausschuss		10	0	0	Angenommen	Finanz- und Personalausschuss						Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																													
Bauausschuss		10	0	0	Angenommen																													
Finanz- und Personalausschuss																																		
Verwaltungsausschuss																																		
Rat																																		

Platz: 26: Abgestellte Fahrräder beseitigen, die nicht mehr genutzt werden						
Vorschlags-Nr.: 2366	Bewertung: 0,695	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
<p>Besonders am Hauptbahnhof stehen diverse Fahrräder, die offensichtlich nicht genutzt werden. Gleiches gilt für das gesamte Stadtgebiet. Da dieser Missstand ein Schandfleck für Braunschweig darstellt, schlage ich für den Hauptbahnhof vor, ein Info-Band vor den Fahrrädern aufzuhängen und mitzuteilen, dass alle Räder am 31.10.2015 abgeräumt werden.</p> <p>Für alle anderen Räder könnte ich mir vorstellen, dass Polizei und Politessen knall rote Anhänger anbringen, die auf das Beseitigen hinweisen. Nach vier Wochen werden diese Fahrräder eingesammelt. Alle sicher gestellten Räder werden gemeinnützigen Vereinen oder 3. Welt Ländern zur Verfügung gestellt.</p>						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 32						
<p>Der Zentrale Ordnungsdienst (ZOD) der Stadt Braunschweig kontrolliert regelmäßig insbesondere den Innenstadtbereich auch darauf hin, ob sogenannte Schrottahrräder abgestellt wurden. Festgestellte Schrottahrräder werden mit einer Banderole markiert, die den Besitzer darauf hinweist, das Fahrrad innerhalb von sechs Wochen zu entfernen und dass andernfalls das Fahrrad als illegale Abfallentsorgung angesehen und entsorgt wird. Mit der Markierung werden die Räder auch durch die Polizei überprüft, ob ggf. ein Diebstahl des Rades vorliegt. Sollten die Räder nicht gestohlen sein, werden sie nach einer sechswöchigen Frist entfernt. Im Bereich des Vorplatzes des Hauptbahnhofs finden derartige Aktionen bereits jetzt schon zwei mal jährlich gemeinsam mit der Deutschen Bahn statt. Die sichergestellten Fahrräder werden der Fahrradwerkstatt der VHS zur Verfügung gestellt.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 27: Fahrplan von Bahn und Verkehrs-GmbH optimieren							
Vorschlags-Nr.: 2098	Bewertung: 0,693	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 5.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
<p>Die Fahrpläne der Verkehrs-GmbH sind in Randzeiten nur unzureichend auf den Fahrplan der Bahn abgestimmt. Z.B. Ankunft IC aus Hannover am Sonntag: 08:08 Uhr - Nächste Abfahrt in Richtung Innenstadt: 08:49 (41 Minuten Wartezeit!).</p> <p>Des Weiteren erfolgt keine Anschluss sicherung bei Verspätungen. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH soll daher zukünftig bei ausgedünntem Takt die aktuelle Verspätungslage vom Zugverkehr beobachten. Ziel muss eine Mindestumsteigezeit von 4 Minuten für wichtige Zugverbindungen (insbesondere IC / RE aus Hannover, RB aus WOB, ICE von Berlin / Göttingen) sein. Hierzu muss in der Leitstelle der Verkehrs-GmbH der aktuelle Bahn-Fahrplan beobachtet werden und ggf. auf die Stadtbahnen und Busse eingewirkt werden. Es ist mit der DB Kontakt aufzunehmen um Zugriff auf die genauen aktuellen Fahrplandaten zu bekommen.</p>							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0600							
<p>Die Verkehrs-GmbH ist grundsätzlich bemüht, eine optimale Verknüpfung zwischen Eisenbahn und dem innerstädtischen Verkehr herzustellen.</p> <p>Eine Verknüpfung an einzelne, am Hauptbahnhof ankommende Züge ist jedoch nicht immer möglich. Eine Verbesserung für einen Anschluss verschlechtert meist einen anderen Anschluss. Im genannten Beispiel (Sonntagfrüh) besteht eine gute Umsteigebeziehung in Richtung Innenstadt von den Regionalzügen aus Stendal / Wolfsburg (Ankunft 7:34), Hannover (Ankunft 7:41) und Magdeburg (Ankunft 7:42).</p> <p>Die vorgeschlagene Anschluss sicherung zu Tagesrandzeiten an Nah- und Fernverkehrszüge ist nachvollziehbar wünschenswert. Die Verkehrs-GmbH verkehrt zu Tagesrandzeiten in einem stündlichen Anschlussverkehr an der Haltestelle Rathaus. Hier besteht gesicherter Anschluss zwischen allen zu dieser Zeit verkehrenden Linien. Eine Anschluss sicherung am Hauptbahnhof würde zu verspäteter Ankunft der Linie am Rathaus führen und damit den stadtweiten Bus- und Bahnverkehr verzögern. Vor diesem Hintergrund ist die Anschluss sicherung an die Züge des Nah- und Fernverkehrs betrieblich nicht durchführbar, ohne damit Verzögerungen für alle anderen Fahrgäste im innerstädtischen Verkehr zu verursachen.</p>							
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.		
Einmalige Kosten					Summe		
Laufende Kosten				XXXX			

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		10	0	1	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 28: Mehr Grün in der Innenstadt schaffen						
Vorschlags-Nr.: 2871	Bewertung: 0,689	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Heiße Sommer werden zunehmen. Damit sind auch Stadtplanerische Konzepte der Vergangenheit zu überdenken. Dazu gehören große zugebaute Flächen wie der Schlossplatz oder der Wollmarkt bis zur Alten Waage.						
Komplett Begrünen ist hier mein Wunsch. Das Gelände Harz und Heide kann sicher auch zu 50% renaturiert werden.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 61						
Die zunehmend wahrnehmbaren klimatischen Auswirkungen auf die Stadtplanung und der damit verbundene Wunsch nach stärkerer Berücksichtigung klimatischer Aspekte sind der Verwaltung bewusst und werden in verschiedenen Bereichen bereits berücksichtigt.						
Unter den vielen relevanten Rahmenbedingungen stellt der Klimaschutz in der Stadtplanung jedoch nur einen Aspekt dar. Andere Belange wie die baukulturelle Wahrnehmung einer Großstadt oder die angestrebten Nutzungen sind ebenfalls zu berücksichtigen. Hierbei ist gerade die Innenstadt Braunschweigs an ihren zentralen Stellen vor allem von dem Bild der „steinernen Stadt“ geprägt, das zur Identifikation der Stadt beiträgt. Überdies kann festgestellt werden, dass auch eine begrünte Gestaltung städtischer Flächen Kosten hervorruft, die pauschal nicht verlässlich abgeschätzt werden können.						
Das Harz-und-Heide-Gelände übernimmt neben der Beherbergung verschiedener überregional bekannter Veranstaltungen wichtige Entlastungsfunktionen für die Innenstadt, z.B. als Ausweichparkplatz bei Großveranstaltungen. Diese Funktion muss sichergestellt sein. Eine fünfzigprozentige Renaturierung steht dem entgegen.						
Finanzielle Konsequenzen können nicht beziffert werden, da sie situationsbedingt sind.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss	Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit eine Begrünung auf den genannten Plätzen realisiert werden kann.	10	0	1	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 29: Bänke rund um die Schloss-Arkaden aufstellen									
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.:					
2970	0,686	Ausgabe		Innenstadt					
Rund um die Schloss-Arkaden sollten mehr Bänke aufgestellt werden.									
Stellungnahme der Verwaltung									
Org.-Einheit(en): FB 66									
<p>Der Schlossplatz, der Platz am Ritterbrunnen, der Herzogin-Anna-Amalia-Platz und der St.-Nicolai-Platz werden von einer großen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern als Orte für Veranstaltungen jeglicher Art oder für Demonstrationen genutzt. Dies und die bewusste städtebauliche Dominanz des Schlosses und der Reiterstandbilder erklären die zurückhaltende Möblierung. Neben der Rundbank um die Platane und den Sandsteinbänken am Theater Kleines Haus bieten die Umfassung des Brunnens und Bänke am Spielplatz auf dem Herzogin-Anna-Amalia-Platz Sitzgelegenheiten. Dazu besteht an vielen Orten der Fußgängerzone und der anderen Platzräume in der unmittelbaren Nähe die Möglichkeit, sich auf öffentlichen Sitzgelegenheiten niederzulassen. Wegen der besonderen städtebaulichen Situation wäre die Aufstellung weiterer Bänke im Umfeld der Schloss-Arkaden fachplanerisch und politisch detailliert abzustimmen.</p> <p>Kosteninformation: Eine Bank, so wie sie in den Fußgängerzonen zu finden ist, kostet inklusive der Montage ca. 2.500 €. Sonderanfertigungen (z. B. Rundbänke) sind deutlich teurer.</p> <p>Die Stellungnahme entspricht der zum Vorschlag 2821 (Rang 55).</p>									
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe		
Einmalige Kosten									
Laufende Kosten						XXXX			
Gremiumlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis		
Stadtbezirksrat 131				8	4	1	Angenommen		
Bauausschuss				9	0	1	Angenommen		
Finanz- und Personalausschuss									
Verwaltungsausschuss									
Rat									

Platz: 30: Rotphasen für Fußgänger überprüfen							
Vorschlags-Nr.: 2420	Bewertung: 0,678	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Wer viel zu Fuß oder mit dem Rad im Stadtbereich unterwegs ist, dem ist sicherlich schon aufgefallen wie unterschiedlich die Rotphasen geschaltet sind.							
Ein Beispiel: Die Ampel am Rizzihaus. Überquert man als Fußgänger die Ampel vom Rizzihaus kommend zum Schloss, hat man eine normale Rotphase. Geht man von Schloss in Richtung Rizzihaus ist die Grünphase weitaus länger. Die Autos die, die in diesem Moment aus dem Magniviertel kommend rechts abbiegen wollen, sehen nur das rote Ampelmännchen, schneiden den Fußgängern den Weg ab, hupen oder beschimpfen, dass die Fußgänger aber noch lange grün haben, können sie nicht sehen. Nächstes Beispiel: Altewiekring Ecke Husarenstraße Die Grünphasen sind so unterschiedlich und kurz geschaltet, dass ein Fußgänger beim normalen beachten der Grünphasen es gar nicht über die Straße schafft und auch so wird es immer sehr knapp. Ich schlage vor, ein Team auf die Ampeln zu schicken, die den Praxistest machen von allen Seiten, damit auch alte Menschen eine Chance haben, sicher die Straßen zu überqueren oder Autofahrer nicht verärgert werden.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Abhängig vom Standort der Warteflächen innerhalb des Straßenraumes sind die Freigabezeiten unterschiedlich lang, da immer das Queren mindestens der halben Strecke bei grün möglich sein muss. Darüber hinaus sind Abhängigkeiten der Freigaben der anderen Verkehrsteilnehmer, Ein- und Abbieger, Grünen Wellen usw. bei der Grünzeitbemessung und der Lage der Grünzeit innerhalb des Lichtsignalanlagen-Programms zu beachten. Am Rizzihaus ist ein gelbes Blinklicht installiert, um die Aufmerksamkeit der einbiegenden Kfz-Fahrer zu erhöhen. Im Übrigen werden Straßen von allen Verkehrsteilnehmern nur auf Sicht benutzt also wenn der zu benutzende Bereich frei ist. Für die Kraftfahrer haben die übrigen Signale keine Bedeutung, er hat seine Signale und die Regeln der Straßenverkehrsordnung zu beachten, insbes. §1 StVO. Ein Team aus Fachleuten der Fachverwaltung, der Bellis GmbH, der Verkehrsbehörde und in Einzelfällen der Polizei, welches bestehende und neu eingerichtete Lichtsignalanlagen in der Praxis überprüft und optimiert, besteht bereits. Eine Intensivierung dieser Arbeit würde zusätzliches Personal erfordern.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss		9	0	1	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 31: Weitere Buslinien auf Elektrobusse umstellen						
Vorschlags-Nr.: 2470	Bewertung: 0,676	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Es sollen weitere Buslinien auf Elektro-Busse umgestellt werden. So könnte zum Beispiel eine Ladestation an der Haltestelle Stadion errichtet werden und die Linien 414 und 454 mit Elektrofahrzeugen befahren werden. Gleiches auch die 424 ab Rühme.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
Auf Basis der Erfahrungen aus dem laufenden Forschungsprojekt „emil“ kann in Zukunft die Umstellung weiterer Buslinien auf das Elektrobussystem ein Thema sein. Mit einer Umstellung sind jedoch auch Investitionen in Elektrobusse und Ladeinfrastruktur verbunden. Nachdem die Verkehrs- GmbH ausreichend Erfahrungen mit dem Betrieb der bestehenden Elektrobusse gesammelt hat, kann über die weitere Investition in Elektrobusse entschieden werden. Dafür ideale Linien sind aus diversen kundenseitigen, technischen und in der Folge wirtschaftlichen Aspekten heraus zu bewerten und dann festzulegen.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		10	0	1	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 32: Schlossplatz begrünen						
Vorschlags-Nr.: 2159	Bewertung: 0,675	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
<p>Der Schlossplatz gehört zu den unwirtlichsten Plätzen von Braunschweig. Wo heute eine Betonwüste zum schnellen Durchmarsch animiert, war früher mit dem Schlosspark die grüne Lunge Braunschweig. Eine grüne Wiese mit Bäumen, Sitzbänken und einem Spielplatz würde die Optik des Platzes schnell verbessern. Die Wege zu den Eingängen der Schloss-Arkaden, zum Museum, Kulturinstitut und zur Bibliothek bleiben selbstverständlich erhalten. Der Platz gewinnt so eine neue Attraktivität, die zum Verweilen einlädt. Durch die schönere Anbindung gewinnt der Bohlweg insgesamt an Reiz, was auch den Geschäften zu gute kommt.</p> <p>Für eine freundliche Gestaltung des Platzes finden sich vermutlich auch Sponsoren wie zum Beispiel die ansässigen Geschäfte.</p>						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0610						
<p>Der Schlossplatz gehört zu den beliebtesten Aufenthaltsorten der Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger. Er ist mit hohem Aufwand und mit hochwertigen Materialien und Möblierungselementen (Leuchten, Rundbank, Abfallbehälter u.a.) gestaltet worden. Viele positive Rückmeldungen, insbesondere auch von auswärtigen Besuchern belegen, dass es mit dem Schlossplatz gelungen ist, den Baukörper des Schlosses im Stadtraum und bei den Bürgerinnen und Bürgern zu verankern. Der Schlossplatz kann heute für Großveranstaltungen, als Ort von Festen (z.B. Aufstiegsfeier des BTSV Eintracht Braunschweig) und Kundgebungen genutzt werden. Diese vielseitige Nutzbarkeit ist ein Indiz für die hohe Qualität dieses öffentlich-städtischen Raums. Er ist darüber hinaus aber auch alltäglicher Treffpunkt, insbesondere auch von jungen Menschen. Neben der Rundbank bieten die Umfassung des Brunnens und die Treppen des Schlossmuseums bzw. der Bibliothek gute Sitzgelegenheiten, die sehr positiv angenommen werden.</p> <p>Der Schlossplatz war schon von Beginn an ein steinerner städtisch ausgeprägter Platz. Die heutige Ausprägung spiegelt diese historische Situation gut wieder, die beiden Reiterstandbilder befinden sich beispielsweise nahezu deckungsgleich am ursprünglichen Standort. Eine intensivere Begrünung oder gar die Anlage eines Spielplatzes wären daher historisch und typologisch nicht passend. Die Grünräume des Schlosses befanden sich vor allem im Nordöstlichen Bereich des ursprünglichen Schlossbaukörpers, dort wo sich heute das Einkaufszentrum befindet. Der Schlossplatz kann heute dafür kein Äquivalent sein, die Straßenbäume und die Platzbäume liefern aber wichtige grüne Impulse.</p> <p>Ein konkreter Mittelbedarf für die Umsetzung des Bürgervorschlags kann nicht benannt werden, da die Verwaltung keine geeignete Möglichkeit sieht, den Vorschlag umzusetzen ohne grundlegende Planungsgrundsätze der Stadt aufzugeben.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten						XXXX

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss	Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit eine Begrünung auf den genannten Plätzen realisiert werden kann.	5	4	2	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 33: Fahrradverleih-System für Braunschweig etablieren				
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
2344	0,665	Investition	250.000 €	
<p>Am Bahnhof, versteckt am Seiteneingang, hat Braunschweig bereits einige Räder des DB-Programms Call-a-Bike stehen. Um den Fahrradverkehr auch für Gäste, aber auch für Anwohner attraktiver zu gestalten, sollte man hier mehr investieren.</p> <p>Die Stadt Kassel hat 2012 ein eigenes System ins Leben gerufen, welches als Modellprojekt vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gefördert wurden. Schnell hat die Stadt mit dem System bewiesen, dass das Angebot auch in einer kleineren Stadt großen Anklang findet. (Mittlerweile wird auch Konrad, so wie das Verleihsystem heißt, von DB Rent betrieben.)</p> <p>Lüneburg und Hamburg haben StadtRAD, Kiel hat campusrad, auch andere kleinere Städte haben eigene Fahrradmietsysteme. Wann zieht Braunschweig nach? Von Bekannten aus anderen Städten, weiß ich, dass sich eine Kooperation mit Universitäten und Fachhochschulen lohnt. Nur Austauschschüler hätten die Möglichkeit sich per Rad durch die Stadt zu bewegen ohne auf ein gebrauchtes Rad zurück zu greifen. Gerade der Sicherheitsaspekt spielt hier eine Rolle. Mieträder werden stets auf ihre Verkehrstauglichkeit geprüft.</p> <p>Mögliche Standorte für Stationen: Bahnhof, TU, HBK, VW Halle/Bürgerpark, Schlossarkaden/Theater (Herzogin-Amalia-Platz), Jasperallee/Altewiekring, Alte Waage, An der Martinikirche, Amalienplatz, Siegfriedstraße/Bienroder Weg und vor allem jeweils in den außerhalb liegenden Stadtteilen wie zum Beispiel der Marktplatz in Stöckheim.</p>				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): StS 0800				
<p>Im Rahmen der vom Arbeitsausschuss Innenstadt Braunschweig e. V. und vom Stadtmarketing initiierten Cityservice-Angebote können in beschränktem Umfang bereits Fahrräder ausgeliehen werden. Hierbei handelt es sich um Kompakträder, die ein engagierter Fahrradhändler in der Innenstadt gegen eine geringe Gebühr verleiht. Darüber hinaus können hier auch ganzjährig Pedelecs ausgeliehen werden. Als zusätzliche Ausstattung der Pedelecs werden außerdem Kinderanhänger und Fahrradkörbe zum Ausleihen angeboten. Ein zusätzliches Angebot existiert bei der AWO-Radstation. Auch hier können Fahrräder ausgeliehen werden. Aktuell arbeitet die Fahrrad- und Verkehrs-AG der TU Braunschweig (FVAG) an einem Konzept für ein Verleihsystem. Die FVAG hat sich zum Ziel gesetzt, den Rad- und Fußverkehr an der Universität und in der Stadt Braunschweig zu fördern. Der Vorschlag wurde bereits in der Radverkehrskommission der Stadt Braunschweig vorgestellt.</p> <p>Ein weitergehendes Fahrrad-Verleihsystem ist aus Sicht des Stadtmarketings vorstellbar und im Interesse des Service wünschenswert, bisher sind aber alle Anbieteroptionen mit weiteren Kosten für den städtischen Haushalt verbunden bzw. aufwendig in der Betreuung gewesen und konnten deshalb nicht umgesetzt werden. In Abhängigkeit von den Ergebnissen der FVAG kann der Vorschlag zum Bürgerhaushalt zum Anlass genommen werden, um eine erneute Abfrage von Konditionen durchzuführen (Umsetzung vorbehaltlich der Haushaltssauswirkung).</p> <p>Ergänzende Stellungnahme: Die Verwaltung steht weiterhin mit der Fahrrad- und Verkehrs AG der TU Braunschweig in Kontakt. Die Erfahrungen aus dem Verleihsystem an den Hochschulen sollen abgewartet und daran anschließend ein Ausrollen auf das Stadtgebiet geprüft werden.</p>				

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten						XXXX
Gremienlauf						
			Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.
Wirtschaftsausschuss			Der Ausschuss hat den Vorschlag positiv aufgenommen. Die Verwaltung soll den Vorschlag nach Möglichkeit begleiten.	2	6	1 Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 34: Keine Bebauung innerstädtischer Grünflächen mehr vornehmen						
Vorschlags-Nr.: 2945	Bewertung: 0,662	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Grünflächen in der Stadt sind unersetzlich für die Luftqualität, das Klima, den Hochwasserschutz sowie als Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Baugebiete sind auf weniger wertvollen, bereits versiegelten Flächen auszuweisen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 61						
Vorhandene innerstädtische Grünflächen mit nennenswerter Größe kommen heute schon als Baugebiet nicht mehr in Betracht. Es bleibt der Beurteilung bzw. Abwägung in jedem Einzelfall vorbehalten, wie viel Baufächen wo geschaffen werden und wo die Flächen aus gutem Grund unbebaut bleiben sollen. Bei der Nachnutzung von Gewerbebrachen müssen die Kosten für jeden Einzelfall ermittelt werden. Fragestellungen wie die Problematik der Altlastenentsorgung, der Menge und Art der zu realisierenden Wohnbaunutzung, erforderliche Ausgleichsmaßnahmen, Maßnahmen zur Lösung von Emissionsschutzproblematiken und andere sind jeweils nur standortbezogen und nicht pauschal zu beantworten.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		0	5	6	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 35: Touristisches Fahrradnetz schaffen - Braunschweig, Wolfenbüttel, Goslar, Wernigerode (Harz), Wolfsburg, Helmstedt																									
Vorschlags-Nr.: 1973	Bewertung: 0,659	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																					
<p>Braunschweig dürfte ein vitales Interesse an einem attraktiven regionalen touristischen Fahrradnetz für Tages- und Wochenendtouren haben. An den Etappenzielen wollen die Radtouristen nicht einfach nur ihr Übernachtungsquartier beziehen oder die Rückreise antreten, sondern ihre Tour mit Sightseeing-Möglichkeiten und gastronomische Angebote ausklingen lassen. Daher bieten sich Verbindungen zwischen Braunschweig und den Harzstädten Goslar und Wernigerode, aber auch mit Wolfsburg oder Hildesheim an.</p> <p>Heute existieren zwischen diesen Städten mit Ausnahme des Weser-Harz-Heide-Radweges keine Radverbindungen, die den Radtouristen bekannt, ausgeschildert und von ausreichender Wegequalität sind. Mit vergleichsweise geringen Investitionen lassen sich aber vorhandene Wege auf den notwendigen radtouristischen Standard ausbauen. Schwierigkeit ist dabei, alle betroffenen Landkreise und Gemeinden zu einem gemeinsamen Verständnis von radtouristischen Sinnfällen und einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen. Konkrete Vorschläge von Einzelpersonen haben es vor diesem Hintergrund schwer, Gehör und Eingang in den Masterplan Radtourismus der Region zu finden.</p> <p>Auf der Webseite http://www.bike-amsterdam-berlin.info/abstecher_ostfaelischer_abschnitt.... habe ich konkrete Vorschläge für solche attraktiven regionalen Städteverbindungen erarbeitet. Wenn die Kommentierungen und Bewertungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes dafür positiv ausfallen, möge die Stadt Braunschweig für eine Einarbeitung dieser Vorschläge in den Masterplan Radtourismus sorgen. Das dient zunächst einer kostenneutralen Meinungsbildung; eine mögliche Realisierung muss dann gegebenenfalls über die im Rahmen des Masterplans vorgesehenen Finanzierungen erfolgen.</p>																									
<h3>Stellungnahme der Verwaltung</h3> <p>Org.-Einheit(en): StS 0800</p> <p>Der Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB), die Allianz für die Region GmbH und die Wolfsburg AG haben die Erarbeitung eines Masterplans Fahrradtourismus für die Region initiiert. Durch die Mitarbeit der Stadt Braunschweig und der Braunschweig Stadtmarketing GmbH im Projektbeirat trägt Braunschweig dazu bei, die Umsetzung fahrradtouristischer Themen voranzutreiben. Im Konzept, welches in Kürze der Öffentlichkeit vorgestellt wird, sind die Vorschläge zur Einrichtung von touristischen Fahrradnetzen erfüllt. Finanzielle Auswirkungen sieht die Verwaltung nicht.</p> <p>Ergänzende Stellungnahme: Der „Masterplan Radtourismus“ wurde zwischenzeitlich veröffentlicht. Die Verwaltung und die Braunschweig Stadtmarketing GmbH sind in die Umsetzungsprozesse der regionalen Konzeption eingebunden.</p>																									
<table> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX	
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																			
Einmalige Kosten																									
Laufende Kosten					XXXX																				

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Wirtschaftsausschuss	Der Ausschuss hat den Vorschlag positiv aufgenommen. Die Verwaltung soll den Vorschlag nach Möglichkeit begleiten.	2	7	0	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 36: Ringgleis ausbauen zwischen EchoBrücke und Rangierbahnhof						
Vorschlags-Nr.: 2396	Bewertung: 0,658	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Das Ringgleis ausbauen von der EchoBrücke am Kennelweg bis zum Rangierbahnhof und Bahnparkmuseum.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 61						
<p>In diesem Abschnitt des Ringgleises wird zurzeit versucht die formalen Voraussetzungen zu schaffen, um den weiteren Ausbau zu ermöglichen. Derzeit finden verwaltungsintern und mit Dritten Abstimmungen über das weitere Vorgehen statt. Auf Grund der Flächengrößen und der darauf vorhandenen, verschiedenen Bauwerke, erfordern die Abstimmungen sowie die Bewertung der Folge- und Sanierungskosten jedoch einen erheblichen Zeit- und Prüfaufwand, bevor die weitere Ausbauplanung in diesem Bereich begonnen werden kann.</p> <p>Im laufenden Investitionsmanagement stehen als Ergebnis der Annahme des Bürgervorschlags Nr. 1359 zum Haushalt 2015 in Summe 3,5 Mio. EUR für die Jahre 2015-2019 zur Verfügung. Ein zusätzlicher Mittelbedarf über die bereits im städtischen Haushalt eingeplanten Mittel kann derzeit nicht konkret benannt werden. Gründe dafür sind, dass die zuvor beschriebenen Rahmenbedingungen je Abschnitt zu vielfältig sind, und dass eine seriöse Kostenschätzung ohne differenzierte und detaillierte ingenieurtechnische Ausbauplanung nicht möglich ist.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		5	5	1	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 37: Fuß- und Radwege an Kreuzungen; Bordsteinabsenkung							
Vorschlags-Nr.: 2708	Bewertung: 0,656	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Unzureichende Bordsteinabsenkungen wurden hier schon häufiger angesprochen. Bei künftigen Bauvorhaben schlage ich vor, die Fuß- und Radwege entlang der Vorfahrtstraßen durchgängig zu gestalten. Den Bordstein für alle Verkehrsteilnehmer von der einmündenden Straße abzusenken bzw. nicht durchgängig zu gestalten.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Bei reinen Radwegen werden die Absenkungen ohne Kante gebaut (Null-Absenkung). Falls jedoch eine Mitbenutzung der Furt durch Fußgänger vorliegt, wird eine Bordsteinkante von bis zu 3cm hergestellt, da die sehbehinderten Menschen auf eine tastbare Kante angewiesen sind. Beim älteren Straßenbestand finden sich auch noch nicht richtliniengerechte Absenkungen. Aus finanziellen Gründen sind bauliche Änderungen am Bestand jedoch in der Regel nur im Rahmen von Straßenerneuerungen sowie Um- und Ausbaumaßnahmen möglich. Die Kosten für den Umbau bestehender Absenkungen betragen je nach Einzelfall ca. 1.000 €. Soweit Mittel für die Umsetzung des Vorschages bereitgestellt werden, würde die Verwaltung in Abstimmung mit dem ADFC auch im Bestand Absenkungen optimieren. Die Antwort entspricht den Antworten zu Nr. 2410 und 2644.							
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten					XXXX		
Gremienlauf			Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss	Erledigt durch Beschlussfassung über Vorschlag 2410 (Platz 15) - angenommen -						
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 38: Sauberkeit in der Innenstadt: Abfalleimer in der Fußgängerzone häufiger leeren und reinigen									
Vorschlags-Nr.: 2408	Bewertung: 0,654	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 1.000 €	Entsch.-Zust.: Innenstadt					
Die Stadt hat viel Geld ausgegeben für die schönen Papierkörbe oder Abfalleimer in der Fußgängerzone. Die werden zwar geleert - oft sind die Intervalle aber zu lang, so dass sich der Müll nicht nur im Mülleimer, sondern auch um und unter ihm sammelt. Außerdem sind fast alle ekelig schmutzig. Werden die Mülleimer eigentlich auch irgendwann gereinigt?									
Ich schlage kürzere Entleerungsintervalle vor, besonders bei innerstädtischen Veranstaltungen und bei schönem Wetter, wenn die Innenstadt voll ist. Außerdem sollten die Eimer dringend mindestens 1 x im Monat von außen richtig geschrubbt werden.									
Stellungnahme der Verwaltung									
Org.-Einheit(en): FB 66									
Die öffentlichen Papierkörbe werden regulär quartalsweise von außen gereinigt. Eine regelmäßige monatliche Reinigung kann zu Mehrkosten führen, wenn ALBA Braunschweig GmbH dies in Rechnung stellt. Die Leerung erfolgt in der Innenstadt bereits mehrmals täglich und ist an die Straßenreinigungsklasse gekoppelt. Häufigere Leerungen ohne eine Anpassung der Straßenreinigungsklasse und damit ohne eine Erhöhung der Gebühren für die Anlieger, wären separat zu beauftragen und zu vergüten und führen zu entsprechenden Mehrkosten. Eine Bezifferung der Mehrkosten ist in der Kürze der Zeit nicht möglich. Zudem hält die Verwaltung zur Erhöhung der Sauberkeit in der Innenstadt noch häufigere Leerungen nicht für zielführend und kaum zu realisieren. Stattdessen wird von hier das Ziel verfolgt, die Entsorgungskapazitäten punktuell zu erhöhen (z. B. durch Unterflurcontainer).									
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe		
Einmalige Kosten									
Laufende Kosten									
Gremienlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis		
Stadtbezirksrat 131				11	0	2	Angenommen		
Bauausschuss				4	0	6	Angenommen		
Finanz- und Personalausschuss									
Verwaltungsausschuss									
Rat									

Platz: 39: Ampelschaltungen in der gesamten Stadt korrigieren						
Vorschlags-Nr.: 2188	Bewertung: 0,653	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
<p>Es sollten sämtliche Ampelschaltungen im Stadtgebiet korrigiert werden. Es ist teilweise für Kinder lebensgefährlich, die Fahrbahn zu überqueren, obwohl die Ampel auf beiden Seiten grün zeigt. Am Donauknoten beispielsweise ist komplett grün, nur Schilder weisen auf die Straßenbahnen hin, die allerdings skrupellos fahren, ob für Radfahrer und Fußgänger grün ist oder nicht.</p> <p>Dieses Straßenbahnproblem besteht im gesamten Stadtbereich und sollte nicht erst behoben werden, wenn das erste Kind überfahren wurde. Auch Straßenbahnen sollten sich an die Ampelphasen halten müssen.</p> <p>Die Verschiebung der Ampelphasen erschwert auch den Autoverkehr und macht Braunschweig eher unattraktiv, zumal sicherlich der Spritverbrauch und somit Schadstoffausstoß deutlich erhöht werden. Hier besteht meiner Meinung nach dringend Handlungsbedarf. Und die Kosten hierfür sind sicherlich nicht mal besonders hoch, und vielleicht kommen dadurch mehr von Außerhalb in die Stadt, deswegen denke ich mal, ich kreuze kostenneutrale Wirkung an.</p>						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
<p>Gleisbereiche innerhalb von signalgeregelten Knotenpunkten werden sukzessive mit der laufenden Erneuerung der LSA oder bei wesentlichen Umbauten signalisiert, sodass die dargestellte Regelung an immer weniger Standorten anzutreffen sein wird. Am Donauknoten kann diese Regelung nicht umgesetzt werden, da auch Busspuren betroffen sind. Die Busse besitzen aber keine Möglichkeit, spezielle Signale anzufordern. Damit ist eine bedarfsgerechte Signalisierung für Fußgänger dort nicht möglich. Hier wäre also auch mit Mitteln aus dem Bürgerhaushalt, keine weitere Verbesserung möglich. Die Beschilderung der zu querenden Bereiche ist aber ausreichend und sicher nach den geltenden Vorschriften.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Bauausschuss		1	9	0	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 40: Fahrscheinverkauf über die App der Verkehrs-GmbH einführen							
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Vorschlags-Nr.: 2692 Bewertung: 0,644 Wirkung: Ausgabe Geschätzte Kosten: 5.000 € Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)							
<p>Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (ehemals AG) betreibt seit einigen Jahren eine ganz brauchbare App für Fahrplanauskünfte. Leider kann man bisher über diese App keine Fahrscheine erwerben. Insbesondere seit der letzten Tarifumstellung mit dem neu eingeführten Preisvorteilen für im Vorverkauf erworbene Fahrscheine vermisste ich diese Funktion. Eine Zahlung sollte bequem und flexibel über den Play Store, den App Store per monatlicher Lastschrift oder Kreditkarte möglich sein.</p> <p>Damit würde man die Anzahl der Verkaufsvorgänge beim Fahrer reduzieren, womit sich Fahrzeiten einsparen ließe, die die Pünktlichkeit verbessert würde. Außerdem wäre der Zugang zu den günstigen Vorverkaufspreisen deutlich einfacher.</p> <p>Daher soll diese Funktion in der App möglichst kurzfristig für alle Fahrscheine nachgerüstet werden.</p>							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0600							
<p>Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat Ende Mai 2015 ihre umbenannte App Verkehr-BS im Google Play Store veröffentlicht. Über die App können Fahrscheine der Vorverkaufspreisstufe des Stadt tarifs Braunschweig für Fahrten in der Tarifzone 40/Stadt Braunschweig erworben werden. Die Fahrausweise können derzeit per Sofort-Überweisung, Paypal oder Kreditkarte bezahlt werden. Die App Verkehr-BS mit Ticketkauffunktion wird derzeit auch für den App Store erstellt, so dass kurzfristig auch Ticketkäufe für iOS Smartphones möglich sein werden.</p>							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten							XXXX
Gremienlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		9		2	0		Angenommen
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 41: Dauerhaftes Ideenportal einrichten							
Vorschlags-Nr.: 2500	Bewertung: 0,643	Wirkung: Sparidee	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Ich erachte diese Seite (www.bs-mitgestalten.de) für äußerst sinnvoll. Daher schlage ich vor, dass man über diese Seite dauerhaft Vorschläge einreichen kann, welche auch zeitnah geprüft werden. Derzeit ist der Zeitraum zum Einreichen von Vorschlägen ja befristet.							
In vielen Firmen wird das Prinzip des Ideenmanagement schon länger praktiziert und feiert durchaus beachtliche Erfolge, was die Einsparungen durch Mitarbeitervorschläge betrifft.							
Um mehr Bürger zu erreichen kann man die besten Ideen oder Vorschläge ja mit einer Prämie honorieren.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 10							
Die Stadt Braunschweig bietet mit dem Ideen- und Beschwerdemanagement den Bürgerinnen und Bürgern bereits unterjährig die Möglichkeit, sich jederzeit mit Ideen und Anregungen an die Stadt Braunschweig zu wenden. In Bezug auf den Bürgerhaushalt steht bisher jedoch lediglich ein befristeter Zeitraum zur Verfügung, in dem Vorschläge zur Verwendung von Haushaltssmitteln eingereicht werden können. Diese Möglichkeit soll zukünftig (auch ohne direkte monetäre Auswirkungen) erweitert und zeitlich unabhängig angeboten werden. Hierdurch würde eine Loslösung vom Haushaltungsplanungsverfahren erfolgen. Je nach anfallendem Arbeitsumfang wäre eine entsprechende Aufstockung der Personalkapazitäten notwendig.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 42: Streifengänge der Polizei oder des Ordnungsamtes per Fahrrad einführen							
Vorschlags-Nr.: 2689	Bewertung: 0,641	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
In Braunschweig sollten Streifenpolizisten mit dem Fahrrad präsent sein. Diese Streife kann durch die Polizei (wünschenswert) oder das Ordnungsamt gestellt werden.							
Die Nachteile des Vorschlags sind die anfallenden Kosten für Personal und Ausstattung. Die Vorteile sind unter anderem eine andere Sicht der Behörden auf den Straßenverkehr, eine höhere Akzeptanz bei Radfahrern und eine andere Mobilität der Streife in der Stadt.							
Wünschenswert wäre ein direktes Feedback dieser Streife an die entsprechenden Stadtabteilungen hinsichtlich des Verkehrsalltags eines Radfahrers.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 32							
Der Einsatz von Fahrradstreifen bei der Polizei fällt in die Zuständigkeit des Landes, so dass hierzu im Rahmen des Bürgerhaushalts keine Stellungnahme abgeben werden kann.							
Die beim Zentralen Ordnungsdienst (ZOD) vorhandenen Diensträder werden bei besonders gelagerten Einzelaufträgen im näheren Einzugsgebiet genutzt. Sofern dabei relevante Feststellungen zum Zustand von Radwegen oder ähnliches getroffen werden, werden die zuständigen Fachbereiche unterrichtet. Eine reine Fahrradstreife des ZOD wäre ohne zusätzliches Personal nicht umzusetzen. Derzeit muss die eingesetzte Streife (2 Mitarbeiter) das gesamte Stadtgebiet abdecken, so dass Abschleppaufträge und Beschwerden über andere Ordnungsstörungen zeitnah nur mit dem PKW erledigt werden können. Darüber hinaus sind z. B. unerlaubt aufgehängte Plakate sicherzustellen, die dann im Fahrzeug abtransportiert werden müssen.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten		19.400 €					19.400 €
Laufende Kosten		71.958 €	71.958 €	71.958 €	71.958 €	XXXX	287.832 €
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 43: Eintritt Wasserwelt in Bonuscard-System der Braunschweiger Schwimmbäder integrieren							
Vorschlags-Nr.: 2452	Bewertung: 0,636	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Der Eintritt in die Wasserwelt ist nicht mit der BonusCard der Braunschweiger Bäder möglich. Vorschlag: BonusCard auch für die Wasserwelt.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0200							
<p>Dieser Vorschlag ist bereits in der Vergangenheit geprüft worden. Eine Umsetzung ist derzeit technisch nicht möglich, da beide Systeme nicht kompatibel sind. Z.B. können Schränke, Gastronomie oder Shop nur mit einem Transpondersystem genutzt werden. Es müsste in den übrigen Bädern das System aus der Wasserwelt komplett neu installiert werden. Das würde auch für die Freibäder gelten. Finanziell wäre das mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Es bleibt aber festzuhalten, dass beide Systeme für den Kunden Rabatte bzw. Boni beinhalten.</p> <p>Bei den BonusCards, von denen rd. 25.000 auf dem Markt sind, erhält der Kunde je nach eingezahltem Betrag Boni bis zu 20 % für die Bad- bzw. Saunanutzung . Dies geschieht dadurch, dass auf der BonusCard bei Einzahlung von 150,00 € + 20 % = 180,00 € gutgeschrieben werden. An der Kasse zahlt der Kunde dann das volle Eintrittsentgelt.</p> <p>In der Wasserwelt gibt es außer den klassischen Angeboten Baden/Schwimmen sowie Sauna auch die Möglichkeit, Wellnessbehandlungen zu genießen, im Shop einzukaufen oder im Restaurant Speisen und Getränke zu sich zu nehmen. Über den sog. VIP-Transponder kann man für die Schwimmbadnutzung bzw. den Saunabesuch Rabatte bis zu 20 % erlangen. Für die anderen Dienstleistungen gibt es grundsätzlich keine Rabatte.</p>							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 44: Braunschweiger Wasser für Harxbüttel einführen (anstatt aus Gifhorn)						
Vorschlags-Nr.: 2148	Bewertung: 0,629	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Wenden-Thune- Harxbüttel		
Harxbüttel ist leider ans Gifhorner Frischwassersystem angeschlossen, was sehr hart und kalkhaltig ist! Bezahlt wird aber, wie ich finde für Braunschweiger Wasser und dessen Qualität!						
Es wäre super, wenn alle Randgebiete die zu Braunschweig gehören auch an das Braunschweiger Wasserversorgungsnetz angeschlossen werden (soweit ich weiß betrifft es nur Harxbüttel). Dies bestimmt schließlich auch ein Stück Wohnqualität, die Braunschweig ausmacht! (Das andere Wasser ist so kalkhaltig, dass in Neubauten Heizungsanlagen, Armaturen und Geräte nach 3 Jahren kaputt gehen!)						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0200						
Zu dieser Thematik äußerte sich die BS Energy als örtlicher Trinkwasserversorger bereits wie folgt zur Sitzung des Stadtbezirksrates Wenden-Thune-Harxbüttel am 1. Juli 2014:						
"Vor der Gemeindegebietsreform (1974) wurde der Ortsteil Harxbüttel, damals Mitglied im Wasserverband Gifhorn, von diesem mit Trinkwasser versorgt. Nach der Gemeindegebietsreform übernahm die Braunschweiger Versorgungs-AG die Trinkwasserversorgung des Ortsteils Harxbüttel. Das Trinkwasser wird in den Wasserwerken des Wasserverbandes Gifhorn aus Grundwasser aufbereitet, ist von hervorragender Qualität und tatsächlich ein wenig härter als im übrigen Braunschweig, das mit weicherem Trinkwasser aus dem Harz beliefert wird. Die Verteilung findet aus technischen und ökonomischen Gründen über das Netz des Wasserverbandes Gifhorn statt. Eine Änderung der Wasserversorgung ist nicht vorgesehen."						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Stadtbezirksrat 323		0	9	0	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 45: WLAN für die Stadt Braunschweig - Hoch hinaus!

Vorschlags-Nr.: 2378	Bewertung: 0,629	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten: 5.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
-------------------------	---------------------	-------------------------	-------------------------------	---

Ich wünsche mir, dass die Stadt, der Rat der Stadt Braunschweig und die Bezirksräte die braunschweiger Freifunkinitiative [1] in Kooperation mit dem gemeinnützigen braunschweiger Verein Stratum0 [2] zumindest politisch und ideell unterstützen (s.u.).

Ein paar erklärende Worte:

Der Rat der Stadt Braunschweig hat beschlossen, die Verwaltung möge ein Konzept erstellen, in Braunschweig kostenloses WLAN anzubieten. Bisher sieht es so aus, als würde die Verwaltung nur kommerzielle Anbieter in die nähere Betrachtung miteinbeziehen wollen. Jene müssen jedoch Geld verdienen und so bleibt absehbar nur Werbung oder Nutzerdatenverkauf oder nur eine stark beschränkte Nutzungsdauer übrig. Es gibt dazu jedoch eine unterstützenswerte nichtkommerzielle Alternative oder Ergänzung:

Freifunk!

Andere Städte wie Berlin (SPD-Bürgermeister) oder Vorreiter wie Arnsberg (CDU-Bürgermeister) [3] unterstützen bereits Vergleichbares jeweils vor Ort auch mit Geld und haben damit großen Erfolg. Auch beispielsweise die Koalition auf Landesebene in Thüringen unterstützt richtungsweisend "bürgerschaftliches Engagement im Bereich des Netzzugangs. Freifunkinitiativen in Thüringen sollen stärker gefördert und beraten werden. Ebenso werden die Kommunen bei Einrichtung öffentlicher WLAN-Netze unterstützt.". Zitiert aus dem Koalitionsvertrag [4].

Wie geht das mit Freifunk?

Wenn jemand Internet nutzen will und vor Ort Freifunk verfügbar ist, dann kann es jederzeit kostenlos und ohne Anmeldung oder Zeitbeschränkung als WLAN genutzt werden. Rund um die Uhr. Von Jedem. Auch in Braunschweig wird Freifunk seit diversen Monaten an inzwischen über 100 Standorten angeboten, siehe Karte [5]. Restaurants, Vereinsräume, Warte- und Wohnzimmer... -- Es machen schon Viele mit, auch ohne viel Werbung. Legal, ohne rechtliche Probleme, ohne vertragliche Fussangeln.

Das wird möglich, indem freiwillig Mitmachende (egal ob Konzerne, Behörden, Gewerbetreibende, Selbständige oder Privateute) ihr Internet über Freifunk teilen und Braunschweig so zu einer moderneren, offeneren Stadt machen.

Wer teilen will, der ist in der kleinsten Mitmachvariante mit einmalig anfallenden etwa 20 EUR für die Anschaffung eines Freifunk-WLAN-Routers dabei. Die auf dem Router laufende Software ist kostenlos und quelloffen. Der Betrieb der Webseite und der dahinterstehenden Infrastruktur wird ehrenamtlich getragen.

Hilfe!

Mit ein wenig Hilfe der Stadt könnte es noch viel besser werden. In Berlin und anderen Städten werden Freifunkinitiativen bereits dergestalt unterstützt, daß sie Zugang zu den Dächern öffentlicher Gebäude erhalten, um von dort Freifunk auch über längere Strecken weiterzuverbreiten. Beispielsweise zu und von zentralen städtischen Plätzen. Die Stromanbindung und -kosten werden dort teilweise von der Stadt übernommen, wenige EUR je Standort und Monat. Ich würde mich freuen, wenn die Stadt in Kooperation mit der Freifunkinitiative solche "Dachzugänge" mit Stromanschluss in allen dafür geeigneten Gebäuden gewähren würde. Dass sich die Stadt darüberhinaus an der Routerbeschaffung beteiligt wäre absolut wünschenswert, ist aber nicht primär erforderlich. Es sollte jedoch schnell einleuchten, daß eine verbesserte Attraktivität für Geschäftsreisende und Touristen der Stadt Geld einzubringen vermag.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund nahm in einem Schreiben an den Niedersächsischen Städtebund zum Thema Stellung und schrieb u.a., Zitat "Inwieweit Kommunen Initiativen, wie zum Beispiel Freifunk, politisch unterstützen, bleibt Ihnen in eigener Verantwortung überlassen.". Der Niedersächsische Städtebund ergänzte in einem Infoschreiben an die Kommunen in Niedersachsen u.a., Zitat: "Ergänzend gehen wir davon aus, dass auch die Bereitstellung von Stellplätzen und / oder Stromanschlüssen für Router oder andere Geräte Dritter, die sich an Freifunk-Initiativen beteiligen wollen, unkritisch sein dürfte." (siehe NST-Info-Beitrag Nr. 8.8 / 2015 vom 16. März 2015)

Danke für das Lesen, ich würde mich über eine positive Bewertung dieses Vorschlags freuen.

Es stehen keinerlei kommerzielle Absichten dahinter, auch ich engagiere mich ehrenamtlich für Freifunk in Braunschweig.

Freifunktreffen [6] finden jeden Mittwoch um 19:00 Uhr in den Vereinsräumen des Stratum0 statt, dort werden auch Fragen zu Einrichtung, Geräteauswahl und Sicherheit ausführlich beantwortet.

[1] <https://www.freifunk-bs.de/>

[2] <https://stratum0.org/>

[3] http://www.arnsberg.de/baukultur/gute-beispiele/werkstatt_alter-markt/fr...

dazu ein Interview mit Bürgermeister Vogel (CDU) aus Arnsberg: <https://www.youtube.com/watch?v=XfFYbZkYSg>

[4] <https://netzpolitik.org/2014/thueringen-koalitionsvertrag-ist-aus-netzpo...>

[5] <https://www.freifunk-bs.de/karte.html#13/52.263/10.5229>

[6] <https://stratum0.org/wiki/Freifunk>

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): StS 0800

Im September 2014 beauftragte der Rat die Verwaltung, ein Konzept zur Einführung eines für Bürger und Besucher kostenlosen WLAN in der Innenstadt zu erstellen. Dabei sollte möglichst eine für die Stadt kostenneutrale Lösung gesucht werden. Die Stadtverwaltung untersuchte unterschiedliche Betriebsmodelle und befindet sich aktuell in Gesprächen mit verschiedenen Providern, Städten und anderen Institutionen. Parallel wird u.a. gemeinsam mit den Städten Wolfsburg und Salzgitter die Einrichtung eines regionalen WLAN geprüft. Die Ausschreibung eines Interessenbekundungsverfahrens zur Markterkundung für ein städtisches WLAN unter Berücksichtigung regionaler Erfordernisse ist beabsichtigt. Ein freies WLAN-Angebot soll es in jedem Fall geben.

Eine Kooperation mit der Freifunk-Initiative Braunschweig, für die sich der Verein Stratum0 in Braunschweig einsetzt, wurde zwar geprüft, kommt aber derzeit nicht in Betracht. Dem Vorsitzenden des Vereins wurden die Gründe in einem Schreiben vom 08. Mai 2015 ausführlich erläutert.

Insbesondere ist es aus Sicht der Verwaltung erforderlich, dass aus Gründen des Jugendschutzes, des Urheberrechtschutzes und ggf. der strafrechtlichen Verfolgungsmöglichkeit missbräuchlicher Nutzung des Internets Inhalte gefiltert und Nutzer nachverfolgt werden können. In diesem Zusammenhang hat auch die Bundesregierung kommuniziert, die Vorratsdatenspeicherung gesetzlich neu regeln zu wollen. Es ist zu berücksichtigen, dass die Nutzung des Providerprivilegs durch öffentliche WLAN- und Freifunk-Initiativen zukünftig die Identifikation der Nutzer, die Protokollierung der Nutzungsdaten und die Vorhaltung von Schnittstellen für die Ermittlungsbehörden voraussetzen könnte.

Die Auffassung der meisten Befürworter von Freifunk-Netzen zur Rechtsposition ihrer Initiativen hinsichtlich der Störerhaftung ist nach wie vor nicht höchstrichterlich bestätigt. Sofern ein Verein oder anderer Träger lokaler Freifunk-Netze Provider-Status genießt, verbessert sich zwar der rechtliche Status der Teilnehmer in Bezug auf Schadensersatzansprüche und die strafrechtliche Verantwortung bei Rechtsverletzungen Dritter. Damit sind aber noch nicht die bestehenden Risiken bezüglich Unterlassungsansprüchen (sog. Störerhaftung) ausgeräumt, die die Privatpersonen treffen, die ihre Internetverbindung ggf. arglos und ohne besondere Vorkehrungen zu treffen, zur Verfügung stellen. Mit der Freifunk-Initiative Braunschweig wird die Verwaltung weiter im Gespräch bleiben.

Ergänzende Stellungnahme:

Dem Wirtschaftsausschuss wurde am 11. Dezember 2015 über die weitergehenden Gespräche mit der BS|Energy GmbH und BS|Netz GmbH sowie der Freifunk-Initiative Braunschweig berichtet.

Gemeinsam mit der htp GmbH soll kurzfristig eine Teststellung für freies WLAN im Bereich Bohlweg / Schlossplatz und Kohlmarkt installiert werden. Die Firmen übernehmen die technischen Schutzmaßnahmen und treten für die Störerhaftung ein.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Wirtschaftsausschuss	Der Ausschuss hat den Vorschlag positiv aufgenommen. Die Verwaltung soll den Vorschlag nach Möglichkeit begleiten.	3	5	1	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 46: Das gemeinsame Wohnen im Alter fördern						
Vorschlags-Nr.: 2354	Bewertung: 0,624	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Eine Alternative zum Altenheim schaffen. Gruppe von Menschen, die sich kennen, ziehen in ein Wohnhaus. Jeder mit einer eigenen Wohnung, aber mit Gemeinschaftsraum und der Maßgabe sich gegenseitig zu helfen, zu unterstützen und aufeinander zu achten.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 50, FB 61						
<p>Der Vorschlag ist grundsätzlich sehr zu begrüßen, neue Wohnformen sind sinnvoll und förderwürdig. Gemeinsames Wohnen im Alter ist ein gesellschaftlicher Trend, der auch bereits im Rahmen der Altenhilfeplanung eine Rolle spielt. Ein Großteil der älteren Menschen stellt sich das Wohnen im Alter in einer „normalen“ Wohnung, der umgebauten jetzigen Wohnung, einer Wohnung mit Dienstleistungen oder mit im Haus der Kinder vor. Aber auch Seniorenresidenzen, Altenwohnheime oder Alten-Wohngemeinschaften werden als Möglichkeiten in Betracht gezogen. Die eigenständige Organisation von gemeinsamem Wohnen im Alter wird seitens der Verwaltung begrüßt.</p> <p>Menschen mit dem gleichen Interesse haben bereits in Braunschweig das Netzwerk 'Gemeinsam Wohnen Braunschweig' im Mütterzentrum Braunschweig e.V. /MehrGenerationenHaus gegründet, um Interessen auszutauschen und Informationen zu gewinnen. Inzwischen gibt es eine Vielzahl an Gruppen innerhalb dieses Netzwerkes, die sich mit konkreten Objekten, wie z.B. der Suche nach Grundstücken und Immobilien beschäftigen - d.h., es geht mittlerweile um die konkrete Umsetzung von Vorhaben. Für die Wohnform „Mehrgenerationen-Wohnen“ hat die Stadtplanung in der Vergangenheit bereits Angebote in einzelnen Projektgruppen unterbreitet. Dies kann ggf. auch in neuen Planungsbereichen geschehen.</p> <p>Zur weiteren Unterstützung kann die Verwaltung mit der seit einigen Jahren eigens für diesen Zweck bestehenden Projektdaten „Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig“ helfend beraten, nicht aber selbst die Bereitstellung entsprechender Immobilien oder entsprechendes Planungsrecht an jedem angefragten Standort realisieren.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten						XXXX

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Ausschuss für Soziales und Gesundheit	Erledigt durch das Konzept "Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig" (DS 16-01397)				
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 47: Mehr Wildgehölze und Wildblumenwiesen in der Stadt anlegen				
Vorschlags-Nr.: 2268	Bewertung: 0,622	Wirkung: Sparidee	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Um etwas gegen das Bienensterben und den Rückgang der Schmetterlinge zu tun, sollte die Stadt Braunschweig mehr Wildblumenwiesen anlegen und einheimische Gehölze pflanzen. Statt Rasen, der pflegeintensiv ist, könnten Wildblumen auch Randstreifen an Straßen und auf anderen Flächen, wie z.B. die Innenfläche im Kreisel, verzieren.				
Um den Insekten zu helfen, sollten die Wildblumenflächen über mehrere Jahre erhalten bleiben. In Bevenrode bietet sich derzeit eine Fläche im Kreisel für eine Wildblumenwiese an, sowie ein Streifen auf der Nordseite einer Lärmschutzmauer für einheimische Gehölze.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): FB 67				

Aus ökologischer Sicht ist eine Ansaat mit mehrjährigen gebietsheimischen Wildstaudenarten sinnvoll und führt zu einem wertvollen Zuwachs an ökologischer Vielfalt und Biodiversität im innerstädtischen Freiraum. Der Fachbereich Stadtgrün und Sport hat im Jahr 2015 über 6.500 m² einjährige und mehrjährige Blühstreifen aus Saatgutmischungen mit einem hohen Anteil von Wildstauden angelegt. Darüber hinaus wird auf geeigneten Flächen von 55.000 m² (ca. 2,5 % der gesamtstädtischen Landschaftsrasenflächen) die Entwicklung ökologisch hochwertiger, artenreicher Wiesenflächen durch entsprechende Pflegemaßnahmen gefördert.

Aufgrund der sowohl hohen gestalterischen als auch naturschutzfachlichen Qualitäten, die sich mit diesem Begrünungskonzept verbinden, hat der Fachbereich Stadtgrün und Sport viel Lob und Zuspruch aus der Bevölkerung erhalten. Dieses spiegelt sich auch in mehreren in diese Richtung gehenden Vorschlägen unter den 75 bestbewerteten zum Bürgerhaushalt 2016 wider.

Mit dem Beitritt der Stadt Braunschweig zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ hat sich die Stadt verpflichtet, die biologische Vielfalt auf vielen Ebenen und in verschiedensten Bereichen, wie z. B. im Siedlungsbereich, bei der Grün- und Freiflächenplanung und -unterhaltung und vielem mehr zu erhalten und zu fördern.

In diesem Zusammenhang könnte sowohl eine Erweiterung des Programms der Anlage von Blühstreifen als auch eine nachhaltige Wiesenpflege in Betracht gezogen werden.

Hinsichtlich der Anlage der Blühstreifen könnte eine Erweiterung der Flächen um jährlich ca. 2000 m² mehrheitlich zusammengestellt aus heimischen, mehrjährigen Arten anvisiert werden, um potentiell eine gezielte Biotopvernetzung mit hohem ökologischen Nutzen zu erreichen. Zur Anlage der Blühstreifen in genannter Größenordnung wären jährlich ca. 8.000 € zusätzlich in den Haushalt einzustellen.

Eine Erweiterung der unter ökologischen Gesichtspunkten durchgeföhrten Wiesenpflege mit dem Entwicklungsziel wertvoller, ökologisch hochwertiger Biotoptypen für Flora und Faunaum jährlich ca. 20.000 m² würde dauerhaft Mehrkosten in Höhe von ca. 15.000 € verursachen.

Eine Verwendung von mehrheitlich einheimischen Gehölzarten durch den Fachbereich Stadtgrün und Sport in den Grünanlagen gehört bereits seit vielen Jahren zum Standard und zur guten fachlichen Praxis.

Bei der Auswahl der geeigneten Baumarten im Straßenraum spielen vielfältige Faktoren eine Rolle, so dass der Aspekt heimischer Baumarten hier nicht allein ausschlaggebendes Kriterium sein kann. Insbesondere aufgrund der notwendigen morphologischen und physiologischen Eigenschaften von Straßenbäumen müssen die jeweiligen Standortansprüche im Straßenraum sowie Eigenschaften hinsichtlich Verkehrssicherheit, Widerstandsfähigkeit gegen Umweltbelastungen, Krankheiten und Schädlinge individuell berücksichtigt werden.

Eine Gestaltung der Verkehrskreisel im Stadtgebiet von Braunschweig mit Wildblumenwiesen wird im Herbst 2015 in den Kreiseln der Ortsteile Rüningen und Rautheim durch den Fachbereich Stadtgrün und Sport durchgeführt werden.

Für die Gestaltung des Kreisels in Bevenrode durch den Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz ist eine grobe Steinschüttung mit punktuellen Pflanzungen von bienenfreundlichen Kleingehölzen und Stauden vorgesehen, die mit den dort zu erwartenden Standortvoraussetzungen klar kommen werden (u.a. werden dort punktuell Lavendel, Thymian u.a. Arten zum Einsatz kommen). Für die Nordseite der dortigen Lärmschutzwand sind standortgerechte Sträucher zur weiteren Abschirmung und Begrünung vorgesehen. Dabei wird es sich u.a. um Weißdorn, Hundsrose, Hartriegel, Felsenbirnen u.a. bienenfreundliche Arten handeln.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Grünflächenausschuss		2	7	1	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 48: Unterführungen freundlicher und heller gestalten!							
Vorschlags-Nr.: 2025	Bewertung: 0,622	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Unterführungen wie zum Beispiel an der Helmstedter- oder Wolfenbüttler-Straße sollten heller und freundlicher gestaltet werden, so dass man als Fußgänger beim Durchqueren ein besseres und sichereres Gefühl hat.							
Eine hellere Wandfarbe und bessere Beleuchtung wären angebracht und sind in Zeiten von LEDs auch langfristig erschwinglich.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Die Beleuchtung in der Eisenbahnunterführung Helmstedter Str. wird im Zusammenhang mit dem Umbau und der Erneuerung der Straße und der Stadtbahngleise im Jahr 2017 erneuert und verbessert. Für die Eisenbahnbrücke Wolfenbütteler Str. wird das Kostenvolumen auf 100.000 € geschätzt.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss				3	2	5	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 49: In schnelles DSL und Internet in boomenden Braunschweiger Randlagen und Baugebieten investieren				
Vorschlags-Nr.: 2138	Bewertung: 0,617	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten: 17.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
<p>Seit Jahren boomen Braunschweiger Randlagen wie zum Beispiel Lamme und Mascherode. Trotzdem ist dort nur 2 MBit DSL verfügbar und diese Orte sind damit bandbreitentechnisch mehr als unversorgt. Ich schlage vor, den Ausbau dieser Infrastruktur durch regionale Förderung seitens der Stadt umgehend zu erhöhen, damit Braunschweig hier wieder aufschlässt.</p> <p>Dies ist in anderen Landkreisen bereits erfolgt (z.B. Peine), was u.a. dazu führt, dass ein kleines Dorf wie Wedtlenstedt schnelleres Internet hat als Lamme. Hinzukommt, dass in Neubaugebieten wie bspw. Lamme viele junge Familien zuziehen, die schnelles Internet nutzen möchten und auch beruflich darauf angewiesen sind. LTE ist hier keine sinnvolle und brauchbare Alternative und schon gar keine nachhaltige Lösung.</p> <p>Eine Summe für diese Initiative kann ich leider nicht nennen, da ich keine Schätzung über die Höhe der benötigten Gelder abgeben kann. Ich trage daher die (scheinbar) maximal mögliche Summe von 17.000 € als Anschubfinanzierung ein.</p>				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): FB 66				
<p>Die Telekom informiert auf ihrer Internetseite über ihre aktuellen Ausbaupläne zur Verbesserung der Breitbandversorgung im Ortsnetz 0531. Nach diesen Informationen soll der Breitbandausbau in den folgenden Bereichen bis voraussichtlich Ende September 2015 abgeschlossen sein: Heidberg, Kralenriede, Lincolnsiedlung, Lindenbergsiedlung, Maschenrode, Querum, Rautheim, Rühme, Schundersiedlung, Südstadt, Veltenhof und Vorwerksiedlung. Bis voraussichtlich Anfang März 2016 soll dann der Breitbandausbau in den Bereichen Broitzem, Gartenstadt, Griesmarode, Kanzlerfeld, Lamme, Melverode, Riddagshausen, Rüningen, Schapen, Stiddien, Stöckheim, Völkenrode, Volkmarode und Watenbüttel abgeschlossen sein. In den genannten Bereichen werden dann über das Telefonnetz Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 100 Mbit/s zur Verfügung stehen. Inzwischen wurde der Verwaltung mitgeteilt, dass Kabel Deutschland die Breitbandübertragungsgeschwindigkeit im Kabelfernsehnetz von derzeit bis zu 100 Mbit/s auf nunmehr bis zu 200 Mbit/s erhöht hat. Nach Abschluss des geschilderten Ausbaus sollte dann nahezu allen Braunschweigerinnen und Braunschweigern über das Telefonnetz oder das Kabelfernsehnetz eine gute bis sehr gute kabelgebundene Breitbandversorgung angeboten werden. Inzwischen bietet der Telekommunikationsmarkt Hybridlösungen an. Dabei läuft die Breitbandversorgung unter Normallast über den Festnetzanschluss. Bei erhöhter Datenlast springt automatisch eine Mobilfunkversorgung mit bis zu 50 Mbit/s ein. Dies könnte für die wenigen Bereiche, in denen auch nach Abschluss des aktuellen Netzausbau noch keine zufriedenstellende kabelgebundene Übertragungsgeschwindigkeit zur Verfügung steht, eine Möglichkeit darstellen, zeitnah eine Verbesserung der Breitbandversorgung zu realisieren. Insgesamt ist die Verwaltung der Auffassung, dass hier ein funktionierendes Marktgeschehen zu beobachten ist, in das die öffentliche Hand nicht eingreifen darf.</p>				

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten						XXXX
Gremiumlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.		Ergebnis
Bauausschuss		10	0	0		Angenommen
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 50: Nordbad für Kinder und Senioren unbedingt erhalten						
Vorschlags-Nr.: 2836	Bewertung: 0,612	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Das Bäderkonzept ganz dringend dahingehend überdenken, dass es immer mehr Menschen gibt, die für die Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer Gesundheit Bewegung und Reha-Maßnahmen im Wasser benötigen. Dazu sind Becken mit geringer Wassertiefe erforderlich. Ärzte verschreiben immer mehr Wassergymnastik. Nur es gibt zu wenig Anbieter, weil die geeignete Wasserfläche fehlt...						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0670						
<p>Mitte 2014 wurde eine Berechnung des Bäderbedarfs in Braunschweig unter Zugrundelegung vorhandener tatsächlicher Nutzungsstatistiken durchgeführt.</p> <p>Dabei ergab sich im Winterhalbjahr ein Bedarf an Hallenbädern für das Freizeitschwimmen sowie das Schul- und Vereinsschwimmen in einer Größenordnung von 10,7 Anlageneinheiten, dem ein Bestand von insgesamt 13,4 Anlageneinheiten gegenübersteht.</p> <p>Nach Eröffnung der Wasserwelt und der Schließung des Nordbades und des Bades in Gliesmarode ergab sich in der Bilanz ein Überschuss an Schwimmfläche in Hallenbädern in Braunschweig von 700 m² bzw. 2,8 Anlageneinheiten. Im Lichte dieser Berechnungen und der anstehenden Wiedereröffnung des Bades in Gliesmarode in privater Betriebsführung ist der o.a. Wunsch nach Erhalt des Nordbades zwar quartiersbezogen nachzuvollziehen, aber aus gesamtstädtischer Sicht weder wirtschaftlich noch anhand von Nutzernachfragen zu rechtfertigen. Vielmehr kann das Nordbad nach den bereits vom Rat beschlossenen Umbaumaßnahmen dazu dienen, das durch die Sportentwicklungsplanung nachgewiesene Defizit an kleinen Sporthallen und Gymnastikräumen zukunftsorientiert zu reduzieren.</p> <p>Die Stadtbau Braunschweig, Sport und Freizeit GmbH hat Ende 2013 einen jährlichen Zuschussbedarf von 326.000 € für den Erhalt des Nordbades errechnet. Inzwischen ist davon auszugehen, dass dieser Zuschussbedarf noch weiter angestiegen und ein Weiterbetrieb nur nach einer grundlegenden Sanierung bzw. Modernisierung denkbar und möglich wäre.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Sportausschuss		2	8	0	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 51: Blühstreifen heimischer Pflanzen anlegen																									
Vorschlags-Nr.: 2474	Bewertung: 0,611	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																					
Die Blühstreifen des letzten Jahres (2014) sollten auch 2016 wieder angelegt werden. Dieses Mal jedoch aus Saatgut heimischer Pflanzen, damit die heimische Tier- und Pflanzenwelt noch mehr profitieren kann. Durch vermehrte Anlage dieser Streifen kann eine Vernetzung öffentlicher und privater Grünflächen geschaffen bzw. verstärkt werden.																									
Stellungnahme der Verwaltung																									
Org.-Einheit(en): FB 67																									
<p>Aus ökologischer Sicht ist eine Ansaat mit mehrjährigen gebietsheimischen Wildstaudenarten sinnvoll und führt zu einem wertvollen Zuwachs an ökologischer Vielfalt und Biodiversität im innerstädtischen Freiraum. Der Fachbereich Stadtgrün und Sport hat im Jahr 2015 über 6.500 m² einjährige und mehrjährige Blühstreifen aus Saatgutmischungen mit einem hohen Anteil von Wildstauden angelegt. Darüber hinaus wird auf geeigneten Flächen von 55.000 m² (ca. 2,5 % der gesamtstädtischen Landschaftsrasenflächen) die Entwicklung ökologisch hochwertiger, artenreicher Wiesenflächen durch entsprechende Pflegemaßnahmen gefördert.</p> <p>Aufgrund der sowohl hohen gestalterischen als auch naturschutzfachlichen Qualitäten, die sich mit diesem Begrünungskonzept verbinden, hat der Fachbereich Stadtgrün und Sport viel Lob und Zuspruch aus der Bevölkerung erhalten. Dieses spiegelt sich auch in mehreren in diese Richtung gehenden Vorschlägen unter den 75 bestbewerteten zum Bürgerhaushalt 2016 wider.</p> <p>Mit dem Beitritt der Stadt Braunschweig zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ hat sich die Stadt verpflichtet, die biologische Vielfalt auf vielen Ebenen und in verschiedensten Bereichen, wie z. B. im Siedlungsbereich, bei der Grün- und Freiflächenplanung und -unterhaltung und vielem mehr zu erhalten und zu fördern.</p> <p>In diesem Zusammenhang könnte sowohl eine Erweiterung des Programms der Anlage von Blühstreifen als auch eine nachhaltige Wiesenpflege in Betracht gezogen werden.</p> <p>Hinsichtlich der Anlage der Blühstreifen könnte eine Erweiterung der Flächen um jährlich ca. 2000 m² mehrheitlich zusammengestellt aus heimischen, mehrjährigen Arten, anvisiert werden, um potentiell eine gezielte Biotopvernetzung mit hohen ökologischen Nutzen zu erreichen. Zur Anlage der Blühstreifen in genannter Größenordnung wären jährlich ca. 8.000 € zusätzlich in den Haushalt einzustellen.</p> <p>Eine Erweiterung der unter ökologischen Gesichtspunkten durchgeföhrten Wiesenpflege mit dem Entwicklungsziel wertvoller, ökologisch hochwertiger Biotoptypen für Flora und Fauna um jährlich ca. 20.000 m² würde dauerhaft Mehrkosten in Höhe von ca. 15.000 € verursachen.</p>																									
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX	
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																			
Einmalige Kosten																									
Laufende Kosten					XXXX																				

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Grünflächenausschuss		2	7	1	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 52: Öffnungszeiten der Stadtbibliothek einmal im Monat samstags bis 18 Uhr verlängern							
Vorschlags-Nr.: 2456	Bewertung: 0,610	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Gerade am Wochenende findet sich Zeit, in der Stadtbibliothek zu stöbern. Die Öffnungszeiten am Samstag sind bis 14 Uhr recht kurz.							
Vorschlag: Ein langer Samstag pro Monat in der Stadtbibliothek (10 - 18 Uhr).							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): Ref. 0412							
Ref. 0412 erwägt seit längerer Zeit, die Öffnungszeiten am Samstag zu verlängern. Die Statistik zeigt, dass der Bedarf zweifelsohne gegeben ist. Allerdings ist aus fachlicher Sicht nur eine Verlängerung an jedem Samstag sinnvoll.							
In diesem Zusammenhang könnte die Stadtbibliothek mit sogenannter RFID-Technik (engl. radio-frequency identification, „Identifizierung mit Hilfe elektromagnetischer Wellen“) ausgestattet werden. Dies würde neben einer Optimierung des Ausleihprozesses auch ein selbstständiges stapelweises Verbuchen von Medien durch die Bibliotheksnutzer ermöglichen. Die dadurch frei werdenden Personalkapazitäten könnten für längere Öffnungszeiten an den Samstagen verwendet werden. Eine Umstellung auf RFID-Technik würde einmalig ca. 200.000 € kosten.							
Alternativ müssten für längere Öffnungszeiten an Samstagen 1 ½ zusätzliche Planstellen geschaffen werden. Dies würde Kosten von rd. 78.000 € pro Jahr verursachen.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten		200.000 €					200.000 €
Laufende Kosten		XXXX					
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft			1	9	0	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 53: Mehr Leitlinien für Blinde und Sehbehinderte schaffen							
Vorschlags-Nr.: 2302	Bewertung: 0,607	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
In der Braunschweiger Innenstadt gibt es nahezu keine Leitlinien für Blinde und Sehbehinderte. Gerade auf großen Plätzen wie dem Kohlmarkt oder dem Schloßvorplatz ist das ein großes Problem. Es gibt zwar eine Signalampel aus der Richtung der Straßenbahn zum Schloss, aber sobald der Blinde oder Sehbehinderte die Straßenseite erreicht hat, gibt es keine Leitlinien zum Eingang.							
Insbesondere auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz ist eine Orientierung, nach den Umbauten, nahezu unmöglich. Das beginnt von der Brabanstraße kommend bereits auf dem Bankplatz.							
Leitlinien sind für Blinde und Sehbehinderte enorm wichtig und garantieren eine unabhängige Mobilität.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Die Gestaltung des öffentlichen Raumes erfolgt unter Berücksichtigung sehr vieler Aspekte, die teilweise einer Abwägung bedürfen. Der Behindertenbeirat ist dabei regelmäßig eingebunden. Viele der genannten Plätze sind relativ neu. Eine Nachrüstung von Sehbehindertenleiteinrichtungen ist technisch möglich. Solche Umplanungen würden einen erneuten umfassenden Planungs-, Abstimmungs- und Entscheidungsprozess erfordern. Die Umbaukosten wären stark einzelfallabhängig, lägen aber für einen städtischen Platz mindestens im fünfstelligen Bereich.							
Regelmäßig werden Leiteinrichtungen für Blinde und Sehbehinderte an Bus- und Stadtbahnhaltestellen, an Lichtsignalanlagen und an Fußgängerüberwegen (Zebrastreifen) erstellt.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss				5	0	4	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 54: Park-and-Ride auch samstags bereit stellen							
Vorschlags-Nr.: 2788	Bewertung: 0,593	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Die Möglichkeit von Park and Ride sollte häufiger an den Samstagen zur Verfügung stehen, um den Verkehr in der Stadt zu entlasten.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): StS 0800							
Aus Sicht der Braunschweig Stadtmarketing GmbH und des Arbeitsausschusses Innenstadt Braunschweig e. V. ist das Parkplatzangebot in der Innenstadt auch zu Spitzenzeiten außerhalb der Adventswochen und des Jahreswechsels ausreichend. Im Advent und zum Jahreswechsel steht ein P+R-Angebot zur Verfügung. Zusätzlich stehen bereits ganzjährig zahlreiche P+R-Plätze (Übersicht unter: www.braunschweig.de/parken) der Stadt Braunschweig zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund ist eine Ausweitung derzeit nicht erforderlich. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH teilt diese Auffassung, zumal die Park & Ride-Angebote defizitär sind und zusätzliche Kosten verursachen.							
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten					XXXX		
Gremienlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Wirtschaftsausschuss		Der Ausschuss hat den Vorschlag positiv aufgenommen. Die Verwaltung soll den Vorschlag nach Möglichkeit begleiten.		2	7	0	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 55: Mehr Sitzbänke auf Schlossplatz und hinter dem Schloss errichten							
Vorschlags-Nr.: 2821	Bewertung: 0,590	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Der Schlossplatz gleicht einer Betonwüste, der südliche Teil des Platzes hinter dem Schloss ebenfalls. Hier sollten viel mehr Bänke aufgestellt werden, damit die Menschen nicht mehr auf den Stufen sitzen müssen.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
<p>Der Schlossplatz, der Platz am Ritterbrunnen, der Herzogin-Anna-Amalia-Platz und der St.-Nicolai-Platz werden von einer großen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern als Orte für Veranstaltungen jeglicher Art oder für Demonstrationen genutzt. Dies und die bewusste städtebauliche Dominanz des Schlosses und der Reiterstandbilder erklären die zurückhaltende Möblierung. Neben der Rundbank um die Platane und den Sandsteinbänken am Theater Kleines Haus bieten die Umfassung des Brunnens und Bänke am Spielplatz auf dem Herzogin-Anna-Amalia-Platz Sitzgelegenheiten. Dazu besteht an vielen Orten der Fußgängerzone und der anderen Platzräume in der unmittelbaren Nähe die Möglichkeit, sich auf öffentlichen Sitzgelegenheiten niederzulassen. Wegen der besonderen städtebaulichen Situation wäre die Aufstellung weiterer Bänke im Umfeld der Schloss-Arkaden fachplanerisch und politisch detailliert abzustimmen.</p> <p>Kosteninformation: Eine Bank, so wie sie in den Fußgängerzonen zu finden ist, kostet inklusive der Montage ca. 2.500 €. Sonderanfertigungen (z. B. Rundbänke) sind deutlich teurer.</p> <p>Die Stellungnahme entspricht der zum Vorschlag 2970 (Rang 29).</p>							
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten					XXXX		
Gremienlauf			Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss	Erledigt durch Beschlussfassung über Vorschlag 2970 (Platz 29) - angenommen -						
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 56: Öffentliche kostenfreie Toiletten in den Parkanlagen errichten							
Vorschlags-Nr.: 2294	Bewertung: 0,590	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Braunschweig besitzt viele tolle Parkanlagen, die man gerade im Sommer ganztägig mit Kindern nutzen könnte, hätte man nicht nach einiger Zeit ein gewisses Bedürfnis - nicht nur die Erwachsenen auch die Kinder.							
Schön wäre es, Toiletten zu errichten, die frei zugänglich für jedermann sind und auch sauber. Egal in welchem Park man ist, nirgendwo gibt es die Möglichkeit, als Frau auf Toiletten zu gehen. Dass die Männer Bäume benutzen, finde ich persönlich sehr unschön.							
Das funktioniert, zumindest in Australien gibt es in jeder Parkanlage öffentliche Toiletten, die sauber sind und eine Dusche haben und dazu kostenfrei sind.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 65							
Im Stadtgebiet Braunschweig sind 19 öffentliche Toiletten vorhanden. Ein WC-Gebäude befindet sich am Prinz-Albrecht-Park an der Herzogin-Elisabeth-Straße, ein weiteres in der Nähe des Heidberg-Sees auf dem dortigen Parkplatz an der Straße Jägersruh. Der Neubau einer öffentlichen Toilettenanlage kostet je nach Größe und Ausstattung, Standort, Zuschnitt des Baugrundstücks und den Erschließungsmöglichkeiten mit Wasser, Abwasser und Strom zwischen 90.000 € und 200.000 €. Die laufenden Kosten für Instandhaltung, Wartung und insbesondere tägliche Reinigung bewegen sich je nach Größe und Ausstattung zwischen 10.000 und 20.000 € pro Jahr.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss				0	7	3	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 57: Platz der Deutschen Einheit, Schloßplatz und Burgplatz begrünen						
Vorschlags-Nr.: 2169	Bewertung: 0,590	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten: 5.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Diese zentralen Plätze der Stadt sind doch recht schlicht gestaltet. Eine Aufwertung durch neue Grünplanzen, auch zum Ausgleich für den Wegfall des Schlossparks, würde ich sehr begrüßen. Man könnte es mit Sitzgelegenheiten kombinieren.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0610						
Die zentralen innerstädtischen Platzräume Burgplatz, Schlossplatz, Platz der Deutschen Einheit aber auch Kohlmarkt, Altstadtmarkt, Bankplatz und andere Platzräume sind positive Aushängeschilder der Innenstadt mit einer hohen Aufenthaltsqualität. Die Verwaltung unternimmt seit Jahren Maßnahmen zur Aufwertung dieser öffentlichen Räume. Die Gestaltung und die verwendeten Materialien sowie die Möblierungselemente (Leuchten, Bänke, Abfallbehälter u.a.) sind durchweg hochwertig. An vielen Orten (Fußgängerzone, Platzräume) bietet die Stadt die Möglichkeit, sich ohne Verzehrzwang auf öffentlichen Sitzgelegenheiten niederzulassen. Dieses Angebot wird sukzessive erweitert. Der grüne Ring entlang der Oker liefert zusammen mit dem Bürgerpark ein wichtiges Freiraumelement innerhalb der Innenstadt. Somit lässt sich ein grünes Defizit bzw. ein Defizit an öffentlichen Sitzgelegenheiten nicht erkennen.						
Finanzielle Auswirkungen: Da der Vorschlag sehr allgemein gehalten ist, kann ein konkreter Mittelbedarf für die Umsetzung des Bürgervorschlags nicht benannt werden.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten						XXXX
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss	Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit eine Begrünung auf den genannten Plätzen realisiert werden kann.	3	6	2	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 58: Umlaufende 'Grüne Welle' auf dem Ring schaffen						
Vorschlags-Nr.: 2167	Bewertung: 0,588	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Um a) Autofahrerinnen und Autofahrer zu motivieren, auf dem Ring um die Stadt, statt durch die Innenstadt zu fahren und b) die Lärmbelästigung für Anwohnerinnen und Anwohner am Ring durch anfahrende, beschleunigende (um die nächste Ampel noch zu 'erwischen') und abbremsende Fahrzeuge zu reduzieren, sollte auf dem Ring eine 'Grüne Welle' geschaltet, andere koordinierte Ampelphasen derjenigen auf dem Ring nachgeordnet werden.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Auf dem Ring besteht eine Grüne Welle. Bei hohem Verkehrsaufkommen und abhängig von der Zufahrtstelle auf den Ring kann die grüne Welle nicht immer erreicht oder über die folgenden Kreuzungen beibehalten werden. Insofern mag der Eindruck entstanden sein, dass keine grüne Welle vorhanden sei. Die Lichtsignalanlagen (LSA) im Hauptverkehrsstraßennetz Braunschweigs sind grundsätzlich koordiniert. Die Koordinierung wird regelmäßig im Zuge größerer Projekte (zuletzt Hamburger Straße) aktualisiert. Eine Aktualisierung des Gesamtnetzes außerhalb konkreter Bauprojekte würde mehrere Hunderttausend Euro zzgl. der Hard- und Software kosten.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Bauausschuss		6	2	2	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 59: Alle Fußgängerampeln hinsichtlich zu kurzer Grünphasen überprüfen								
Vorschlags-Nr.: 2728	Bewertung: 0,588	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)				
Als Fußgänger oder Radfahrer lebt man an vielen Ampeln gefährlich, weil die Grünphasen extrem kurz sind. Dies sollte dringend überprüft und neu eingestellt werden. Beispiele gibt es viele: - an der Kreuzung Lange Str. Ecke Küchenstr. / Alte Waage: Richtung Alte Waage ist die Fußgängerampel nur sehr kurz grün; - an der Kreuzung Messeweg Ecke Berliner Str. (stadtauswärts rechte Seite) ebenfalls. - Will man in Höhe Am Hasselteich an der Fußgängerampel die Berliner Straße überqueren, muss man extrem lang warten, trotz der Drücker - hier werden gerade Schulkinder oft zum Überqueren verleitet, obwohl noch rot ist. Und so weiter und so fort! Dies sollte unbedingt fußgänger- und radfahrerfreundlicher gestaltet werden.								
Stellungnahme der Verwaltung								
Org.-Einheit(en): FB 66								
Bei Erneuerungen oder größeren Umbauten an Fußgänger-LSA wird auch die Steuerungssoftware erneuert, auch mit dem Ziel, die Freigabezeiten für Fußgänger zu maximieren. Grundsätzlich sind Anpassungen im Bestand auch außerhalb von Baumaßnahmen möglich. Für jede neue Steuerung ist mit Kosten von ca. 5.000 € bis 10.000 € zu rechnen.								
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe		
Einmalige Kosten								
Laufende Kosten					XXXX			
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis			
Bauausschuss					0	5	5	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss								
Verwaltungsausschuss								
Rat								

Platz: 60: Das Sozialamt soll einmal in der Woche nachmittags geöffnet sein																									
Vorschlags-Nr.: 2890	Bewertung: 0,587	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																					
<p>Ich bin seit 2013 ehrenamtlicher Vorsitzende im AGV 1886 Braunschweig e.V.. Ich und meine Familie sind hörgeschädigt. Wenn ich zum Sozialamt einen Antrag oder Formulare für meinen Verein oder meine Familie stellen oder abgeben muss oder wenn ich etwas fragen bzw. wissen will, muss ich dorthin fahren. Oft bin ich umsonst nachmittags zum Sozialamt gefahren. Das Sozialamt öffnet nur dreimal in der Woche von 9 Uhr bis 12.30 Uhr. Ich bin ganztags beschäftigt (8.00 Uhr bis 16.00 Uhr) und habe im Betrieb sehr viel tun. Ich kann nicht immer für den Verein meine Arbeitszeit und mein Urlaubstage opfern.</p> <p>Das Sozialamt müsste auf berufstätige Bürger Rücksicht nehmen und einmal in der Woche nachmittags von 15 Uhr bis 18 Uhr öffnen.</p>																									
Stellungnahme der Verwaltung																									
Org.-Einheit(en): FB 50																									
<p>Aus Sicht des Fachbereiches Soziales und Gesundheit haben sich die derzeitigen Öffnungszeiten - montags, mittwochs und freitags von 9:00 Uhr bis 12:30 Uhr auch für Bürger mit erstmaligen Anliegen ohne vorherige Anmeldung über eine offene Sprechzeit der Auskunfts- und Beratungsstelle (Infothek) sowie die zusätzliche Öffnungszeit für den Bereich Wohngeld montags von 15:00 Uhr – 18:00 Uhr und die nachfolgend beschriebenen zeitlich nahezu unbegrenzten Möglichkeiten zur individuellen –auch sehr kurzfristig möglichen- Terminvereinbarung sehr gut bewährt.</p> <p>Für weitere Anliegen zum Wohnen sowie für laufende Fälle der sozialen Sicherung und Hilfen für Menschen mit Behinderungen haben alle Bürger und auch ihre Betreuer, Angehörigen etc. bereits jetzt die Möglichkeit der individuellen Terminvereinbarung. Dabei werden Wünsche und Notwendigkeiten (z. B. Arbeitszeiten) nahezu ohne zeitliche Beschränkungen der Wochentage oder Uhrzeiten berücksichtigt. In Absprache mit den jeweiligen Sachbearbeitern sind sowohl Termine am (späten) Nachmittag, als auch Termine ganz früh morgens möglich. Die Terminabsprache ist kurzfristig jederzeit per Telefon oder auch Email möglich.</p> <p>Die komplette Öffnung aller Abteilungen des Hauses an einem Nachmittag in der Woche wäre ohne gleichzeitige Einschränkungen der derzeitigen Terminvereinbarungsmöglichkeiten nicht möglich und somit voraussichtlich nicht im allgemeinen Bürgerinteresse.</p>																									
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX	
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																			
Einmalige Kosten																									
Laufende Kosten					XXXX																				

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Ausschuss für Soziales und Gesundheit		0	10	1	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 61: Sparen durch Gesetze - Überflüssige Schilder vermeiden							
Vorschlags-Nr.: 1963	Bewertung: 0,582	Wirkung: Sparidee	Geschätzte Kosten: 50 €	Entsch.-Zust.: Östliches Ringgebiet			
Im östlichen Ringgebiet wurden in erneuerten Straßenzügen (Wilhelm-Bode-Straße/Ecke Allerstraße und Roonstraße) Kreuzungen mit Fahrbahnmarkierungen versehen, um ein Abstellen von Fahrzeugen in Kurven zu verhindern. Zusätzlich wurden Schilder an diesen Ecken aufgestellt, die das Parken in den Kurven verbieten.							
Das Parken in Kurven ist jedoch bereits gesetzlich geregelt und macht sowohl die Fahrbahnmarkierungen als auch die Beschilderung zu einer Verschwendug von Steuern. Davon werden diejenigen Falschparker, die Sonntagabend spät nach Hause kommen und keinen Parkplatz finden, bestimmt nicht abgehalten sich über Nacht dort hinzustellen.							
Wir brauchen also entweder ein strengeres durchgreifen von Polizei und Politessen oder jemanden mit gesundem Menschenverstand, der prüft, ob sich eine Ausgabe wirklich lohnt.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 66							
Die Straßenverkehrsordnung (StVO) bietet die Möglichkeit, Halt- oder Parkverbote durch zusätzliche Markierung/Beschilderung optisch zu verdeutlichen. Hiervon wird insbesondere Gebrauch gemacht, wenn beharrliche Verstöße, insbesondere im Bereich von Schulwegen auch durch Überwachung nicht gemindert werden können. In den genannten Fällen ist dies so.							
Für eine vermehrte Überwachung durch städtisches Personal würde dauerhaft zusätzlicher Personalaufwand anfallen.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Stadtbezirksrat 120			0	14	1	Abgelehnt	
Bauausschuss			0	5	4	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 62: Hundehalter sollen Hundekottüten mitführen						
Vorschlags-Nr.: 2521	Bewertung: 0,582	Wirkung: Einnahme	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Hundehalter werden strafbewehrt verpflichtet, Kacktüten mitzuführen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 32						
<p>Bereits jetzt haben Hundehalter bzw. Personen, die Hunde ausführen nach § 5 der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in der Stadt Braunschweig vom 25. Februar 2003 die durch die von ihnen geführten Hunde verursachten Verunreinigungen durch Hundekot auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen unverzüglich zu beseitigen. Verstöße hiergegen werden als Ordnungswidrigkeiten geahndet.</p> <p>Eine Verpflichtung zum Mitführen von Kotbeuteln würden diese Regelung weiter konkretisieren, wobei eine Mitführpflicht ohne gleichzeitige Benutzungspflicht ins Leere läuft. Aus hiesiger Sicht sind die bestehenden Regelungen ausreichend, zumal keine Kapazitäten vorhanden sind, die Mitführpflicht zu kontrollieren und ein Verstoß gegen diese Verpflichtung ohne eine damit einhergehende nicht beseitigte Verunreinigung nicht rechtssicher zu ahnden sein dürfte.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten						XXXX
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 63: Fahrradweg vor der Ausfahrt des Schlossparkhauses auf die Georg-Eckert-Straße kennzeichnen																																								
Vorschlags-Nr.: 2983	Bewertung: 0,578	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Innenstadt																																				
Der Fahrradweg vor der Aus- und Einfahrt des Parkhauses der Schlossarkaden auf die Georg-Eckert-Straße sollte gekennzeichnet oder farblich abgesetzt werden, damit die Autofahrer auf kreuzende Radfahrer aufmerksam gemacht werden.																																								
Stellungnahme der Verwaltung																																								
Org.-Einheit(en): FB 66																																								
Der Bereich neben der Fahrbahn ist mit Gehweg/Radverkehr frei beschildert. Es ist kein Radweg vorhanden. Eine Kennzeichnung ist nicht möglich. Radfahrerfurten sind nach StVO nur bei Radwegen an Einmündungen zulässig. Im Parkhaus gibt es bereits deutliche Hinweise. Die Verwaltung prüft in Abstimmung mit dem Parkhausbetreiber, ob hier weitere Verbesserungen möglich sind und wird diese unabhängig vom Bürgerhaushalt umsetzen.																																								
<table> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX																
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																																		
Einmalige Kosten																																								
Laufende Kosten					XXXX																																			
<table> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Stadtbezirksrat 131</td> <td></td> <td>12</td> <td>0</td> <td>1</td> <td>Angenommen</td> </tr> <tr> <td>Bauausschuss</td> <td></td> <td>0</td> <td>7</td> <td>3</td> <td>Abgelehnt</td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Stadtbezirksrat 131		12	0	1	Angenommen	Bauausschuss		0	7	3	Abgelehnt	Finanz- und Personalausschuss						Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																																			
Stadtbezirksrat 131		12	0	1	Angenommen																																			
Bauausschuss		0	7	3	Abgelehnt																																			
Finanz- und Personalausschuss																																								
Verwaltungsausschuss																																								
Rat																																								

Platz: 64: Verwaltung 2.0 - Online-Portal für Verwaltungsaufgaben schaffen							
Vorschlags-Nr.: 2022	Bewertung: 0,574	Wirkung: Sparidee	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Ein Online-Portal schaffen, in dem Themen wie z. B. Kfz-Anmeldung, Ummeldungen, Beantragungen, etc. durchgeführt werden können, ohne vor Ort erscheinen zu müssen. Natürlich ist dies nicht in allen Fällen möglich, aber zumindest sollte der Trend in diese Richtung gehen.							
Die Öffnungszeiten und Parkmöglichkeiten vieler Behörden sind nämlich nicht auf die arbeitende Bevölkerung ausgerichtet, außerdem würde die Stadt langfristig gesehen Geld einsparen und die Verwaltung vereinfachen.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 10							
Der Zugang zu verschiedenen Online-Dienstleistungen könnte z. B. über die Bereitstellung eines entsprechenden Online-Portals erfolgen. Diese Art des Zugangs kann u. a. einen zentralen Zugang zu allen Online-Verfahren einer Kommune bieten bzw. verschiedene Basisinformationen bündeln, die sonst in den unterschiedlichen Online-Verfahren separat eingegeben werden müssten (z. B. persönliche Daten). Voraussetzung für ein solches Portal ist jedoch ein Angebot an entsprechenden Online-Verfahren sowie eine Aufstockung des zentralen IT-Ansatzes.							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten		zz. nicht bezifferbar					
Laufende Kosten		zz. nicht bezifferbar				XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 65: Industriebrachen statt Grünflächen im Umland für Bauland nutzen						
Vorschlags-Nr.: 2548	Bewertung: 0,571	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Keine neuen Bauflächen im Umland ausweisen oder Flächen verbrauchen, stattdessen Landschaft schützen und Industriebrachflächen bebauen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 61						
<p>Strategisches Ziel der Stadt Braunschweig ist die sogenannte Innenentwicklung, die Vorrang vor der Entwicklung von bisher baulich nicht genutzten Außenbereichsflächen genießt. Somit wird dieser Vorschlag weitestgehend bereits bei der Planung neuer Vorhaben berücksichtigt. Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklung des Baugebietes Taubenstraße in der Nordstadt. Innenentwicklung geht allerdings häufig mit vielfältigen Planungsproblemen einher (Altlasten, zersplittete Eigentümerstruktur sowie Konflikten mit anderen Nutzungszielen wie dem Natur- oder Klimaschutz) mit der Folge, dass diese Planungsverfahren oft länger dauern als Planungen für Außenbereichsvorhaben. Um ausreichend Wohnraum bereitzustellen zu können, ist es deswegen unerlässlich, einen Teil der Bebauung in integrierten Stadtrandlagen zu entwickeln.</p> <p>Finanzielle Auswirkungen: Zusätzliche Kosten entstehen für diesen Vorschlag nicht, da dieses Vorgehen bereits der Handlungsweise der Verwaltung entspricht.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		0	8	2	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 66: Situation am Hauptbahnhof verbessern						
Vorschlags-Nr.: 2712	Bewertung: 0,570	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 20.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Die Stadt sollte in Gesprächen mit der Bahn versuchen, die Situation am Bahnhof zu verbessern. Konkrete Vorschläge sind überdachte Fahrradständer am Südeingang, zusätzliche Tiefgaragenstellplätze am Südparkplatz, Erhöhung der Einzelhandelsflächen und gegebenenfalls mehr Sitzmöglichkeiten.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Eine überdachte Fahrradabstellanlage auf der Südseite des Hauptbahnhofs würde ca. 80.000 € für 150 Fahrräder kosten. Eine erste Konzeption wird derzeit gemeinsam mit der Deutsche Bahn AG entwickelt. Im Brawo-Park entstehen derzeit zusätzliche Einzelhandelsflächen. Weitere städtische Aktivitäten zur Schaffung von Einzelhandel oder Tiefgaragenstellplätzen sind konzeptionell derzeit nicht vorgesehen.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten	80.000 €					80.000 €
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Bauausschuss		10	0	0	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 67: Straßenbaustellen-Ausschreibungen mit Fertigstellungsterminen verbinden						
Vorschlags-Nr.: 2046	Bewertung: 0,564	Wirkung: Sparidee	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Bei Ausschreibungen die Bedingung formulieren, dass die Arbeit zwei-schichtig ausgeführt werden muss oder entsprechende Fertigstellungstermine setzen.						
Begründung: - deutlich reduzierte Anzahl von Staus mit - weniger Abgasen, Lärm, - reduzierten Zeitverlusten für Pendler, Unternehmen, ... - reduzierten Baukosten (Maschinennutzungsgrad steigt)						
Negativbeispiel aktuell: Helmstedter Straße.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Fertigstellungstermine sind in den Bauverträgen enthalten. Bei Überschreitung der Fertigstellungfristen werden Vertragsstrafen fällig. Geräte und Maschinen dürfen gemäß BImSchG §7 an Sonn- und Feiertagen ganztägig sowie an Werktagen in der Zeit von 20.00 Uhr bis 07.00 Uhr nicht betrieben werden. Ausnahmen sieht der Gesetzgeber nur bei Abwendung von Gefahr oder bei übergeordnetem öffentlichem Interesse vor. Des Weiteren ist der verstärkte Einsatz von Personal und Geräten innerhalb der zulässigen Arbeitszeit aufgrund logistischer Zwänge in der Regel nicht zielführend. Zudem können bestimmte Arbeitsabläufe nicht beschleunigt werden (z.B. Druck-, Keimproben bei Leitungsverlegungen, Röntgen von Schweißnähten, Abbinden von Beton, Auskühlen von neu hergestelltem Asphaltbeton, Verdichtungsarbeiten, Kontrollprüfungen). Außerdem sind entsprechend der örtlichen Gegebenheiten Auflagen der Rettungsdienste bei der Abwicklung von Bauvorhaben zu berücksichtigen (anleiterpflichtige Gebäude, Fahrgassen für Rettungsfahrzeuge, maximale fußläufige Rettungsstrecken), so dass die Baufeldgröße zeitweise nicht vollumfänglich für die Durchführung der Arbeiten zur Verfügung steht. Arbeiten an Wochenenden und Feiertagen sowie Nacharbeit führen zu erheblichen Lohn-Mehrkosten. Mehrkosten werden auch durch das Bereithalten von Zulieferwerken (Asphalt) verursacht.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten						XXXX

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Bauausschuss		0	6	4	Abgelehnt
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 68: Verbindung nach Wolfsburg mit Bussen und Bahnen verbessern						
Vorschlags-Nr.: 2524	Bewertung: 0,561	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Die Weddeler Schleife doppelgleisig ausbauen. Häufigere Busverbindung nach Wolfsburg schaffen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
Der Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) –Zweckverband Großraum Braunschweig- erstellt derzeit in Abstimmung mit den Gebietskörperschaften und den Verkehrsunternehmen einen neuen Nahverkehrsplan. Ein wesentlicher Punkt bei der Neuauflage ist auch die Stärkung der Angebote von Regionalexpresszügen und den Regionalbussen zwischen den Oberzentren Braunschweig und Wolfsburg. Dies ist auch Bestandteil der Stellungnahmen der Stadt Braunschweig und der Verkehrs GmbH zum Anhörungsentwurf für den Nahverkehrsplan 2016.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss	Die Abstimmung bezieht sich ausschließlich auf Satz 2 des Vorschlags.		5	3	1	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 69: Sicherheit für Radfahrer: Radfahrerampeln sollen 3 Sekunden vor den Autos grün erhalten						
Vorschlags-Nr.: 2588	Bewertung: 0,559	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Radfahrerampeln so anpassen, dass sie mindestens 3 Sekunden vor den Ampeln für die Autos auf grün schalten. Werden diese Ampeln zur gleichen Zeit oder weniger als eine Sekunde früher als für die Autos geschaltet, sind diese Einrichtungen eine sinnlose Investition.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Grundsätzlich haben Grünzeiten an Radverkehrssignalen der neuen Bauart immer 1 bis 3 Sekunden Vorlauf vor parallelen Verkehrsströmen. Die Länge stellt einen Kompromiss unter Berücksichtigung der Örtlichkeit und der Stärke der verschiedenen Verkehrsströme dar. Eine Änderung auf grundsätzlich 3 Sekunden würde pro Anlage ca. 3.000 € kosten und würde die Gesamtleistungsfähigkeit des Knotens beeinflussen.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Bauausschuss		3	4	3	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 70: Schulgarten-Dowesee mit Spielplatz besser vor Hunden schützen						
Vorschlags-Nr.: 2182	Bewertung: 0,557	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 200 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Ich bin selbst Hundeliebhaber, aber aus berechtigten Gründen haben unsere vierbeinigen Freunde im Schulgarten nichts zu suchen. Sonntags laufen dort manchmal Hunde ohne Leine herum und die Besitzer belustigen sich, wenn ihre vierbeinigen Freunde sich dort austoben. Es ist besonders ärgerlich, weil viele Familien mit ihren Kindern den Spielplatz benutzen in der Sicherheit, dass der Sand "hundefrei" ist. Es sollte dort, auch am Sonntag, Kontrollgänge geben. Und ein größeres auffälligeres Hundeverbotsschild an der Tür und zusätzlich im Eingangsbereich.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 67						
An jedem Eingang des Schulgartens sind Verbotsschilder für Hunde angebracht. Diese wurden 2014 erneuert und sind aus Sicht der Verwaltung ausreichend groß. Allerdings wäre es möglich, in einer Versuchsphase im Zeitraum von Mai bis September 2016 zusätzliche Kontrollgänge an Wochenenden durch einen beauftragten Wach- und Schließdienst durchführen zu lassen mit dem Ziel, das bestehende Hundeverbot zu kontrollieren und Verstöße zu dokumentieren. Anhand dieser Aufzeichnungen könnte nach der Erprobungsphase über die Notwendigkeit einer Fortführung der Kontrollgänge an Wochenenden entschieden werden. Die zusätzlichen Kontrollen an Wochenenden mit zwei Kontrollgängen jeweils samstags und sonntags durch einen Wach- und Schließdienst, verbunden mit der Ausübung des Hausrechts, würde im Zeitraum Mai bis September Kosten von ca. 12.000 € verursachen, für die zusätzliche Haushaltsmittel benötigt würden.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten	12.000 €					12.000 €
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Grünflächenausschuss		0	9	1	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 71: Bessere Mitsprache der Bürger bei Straßenumgestaltungen einführen						
Vorschlags-Nr.: 2176	Bewertung: 0,555	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Viele Straßenumgestaltungen in den letzten Jahren gehen am Bürger vorbei. Beispiele: Der Umbau der Tweten in der Innenstadt, die zu enge Fahrbahn in der Gliesmaroder Str., Riesige Verkehrsinseln ohne Sinn am ehemaligen Cityring und in der Humboldtstraße, Leuchtturm - Leuchten an der historischen Brücke Fallerleber Straße. Wer plant so einen teuren Unsinn? - Die Anwohner sicher nicht.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Planungen werden von der Verwaltung erarbeitet, in der Öffentlichkeit breit diskutiert, modifiziert, anschließend von den gewählten Vertretern der Bürgerinnen und Bürger Braunschweigs beschlossen und erst danach von der Verwaltung umgesetzt. Die realisierten Planungen entsprechen daher der Entscheidung der Gremien der Stadt Braunschweig. Die Bürgerbeteiligung, die bei jeder Straßenplanung erfolgt, ist für alle Bürgerinnen und Bürger offen. Es wird öffentlich dazu eingeladen. Viele Bürgerinnen und Bürger nutzen die Möglichkeit, dort Ihre Interessen vorzutragen. Regelmäßig werden die ersten Planungsentwürfe in Folge von Hinweisen aus der Bürgerschaft noch überarbeitet. Die Mitglieder der politischen Gremien, die abschließend über die Planungen entscheiden, legen großen Wert auf die Berücksichtigung der Belange, die von den Bürgerinnen und Bürgern in diesen Prozessen vorgetragen werden. Regelmäßig nehmen Mitglieder der politischen Gremien auch persönlich an den Bürgerbeteiligungsterminen teil, um sich aus erster Hand über die Belange der Bürgerschaft und insbesondere der Anwohnerinnen und Anwohner zu informieren.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Bauausschuss		0	7	3	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 72: Obst für die Bürger und Blüten für die Bienen - Obstbaum anpflanzen				
Vorschlags-Nr.: 1962	Bewertung: 0,554	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 2.500 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
<p>Es sollen in ganz Braunschweig Obstbaum-Inseln entstehen (zum Beispiel als Zusatz in bestehenden Grünanlagen jedes Stadtbezirks), die die Gesundheit der Bürger fördern und zudem Bienen, deren Populationen durch den Menschen immer weiter verkleinert werden, Lebensraum bieten.</p> <p>Im Landkreis Nürnberg gibt es ein Pacht-Modell womit Bürger städtische Obstbäume pachten können, allerdings fehlte dann der Wohlfahrtsgewinn und das Obst für ALLE Bürger.</p>				
<h3>Stellungnahme der Verwaltung</h3>				
<p>Org.-Einheit(en): FB 67</p> <p>Innerhalb des Stadtgebiets steht bereits heute ein vielfältiges Angebot von Obst- und anderen Sträuchern und Bäumen mit essbaren Früchten zur Verfügung, an denen sich jeder Bürger bedienen kann.</p> <p>Vor dem Hintergrund, dass immer mehr Menschen ihren Lebensmittelpunkt in die Stadt verlagern und dadurch neue Ansprüche an die vorhandene grüne Infrastruktur hinsichtlich Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten gestellt werden, könnte durch die Anpflanzung essbarer Obstsorten eine Attraktivitätssteigerung verbunden mit einer verbesserten Lebensqualität erreicht werden.</p> <p>Eine Integration in das aufzustellende Konzept „essbare Stadt Braunschweig“ wäre möglich. Um den Vorschlag nachzukommen, wäre eine Anpflanzung von ca. 75 Obstbäumen wie Birne, Apfel, Kirsche, Mirabelle, Pflaume etc. pro Stadtbezirk vorstellbar.</p> <p>Die Abstimmung über die konkreten zu bepflanzenden Flächen würde in enger Kooperation mit den jeweiligen Stadtbezirksräten erfolgen. Eine Umsetzung des Programms im Stadtbezirk Innenstadt wäre vermutlich aufgrund zu wenig verfügbarer geeigneter Flächen nicht möglich.</p> <p>Das Programm würde daher das Pflanzen von insgesamt ca. 1350 Obstbäumen umfassen. Die Kosten für die Umsetzung würden für das Pflanzen sowie die zum Erreichen des funktionsfähigen Zustandes notwendige Fertigstellungs- und dreijährige Entwicklungspflege über einen angedachten Projektzeitraum von sechs Jahren ca. 150.000 € jährlich betragen.</p> <p>Da Obstbäume zum Erhalt der gewünschten Wuchsform und zur Sicherung des Ertrages einen fachgerechten Baumschnitt benötigen, wären im Anschluss an die Entwicklungspflege alle drei Jahre weitere Haushaltsmittel von ca. 54.000 € notwendig.</p> <p>Alternativ könnte eine patenschaftliche Betreuung aus der Bürgerschaft in Erwägung gezogen werden, sofern sich gewillte Bürger, Schulklassen, Vereine für solch ein Engagement gewinnen lassen.</p> <p>Für die notwendige Abstimmung mit den Stadtbezirksräten, Durchführung der Ausführungsplanung, Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung und Abrechnung der Maßnahme sowie die Erarbeitung von Vorlagen an die jeweiligen politischen Gremien wäre ein zusätzlicher Diplom-Ingenieur der Landespfelege im Fachbereich Stadtgrün und Sport über den Zeitraum von einem Jahr zu beschäftigen. Weiteres Aufgabenfeld wäre die Bewerbung des Projektes und die vorzunehmenden patenschaftlichen Vereinbarungen.</p> <p>Hierzu wären weitere Sach- und Personalkosten von ca. 90.000 € einzuplanen.</p>				

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten						XXXX
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Grünflächenausschuss		1	8	1	Abgelehnt	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 73: Schülerfahrkarten preisgünstiger und attraktiver gestalten						
Vorschlags-Nr.: 2464	Bewertung: 0,545	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Die Fahrkarten für Schülerinnen und Schüler sollten preisgünstiger und attraktiver gestaltet werden. Gerade für junge Personen stellt der ÖPNV oft das einzige Mittel dar, um weitere Entfernung innerhalb der Stadt zurück zu legen, daher ist es wichtig, diesen Personenkreis bei seiner Mobilität zu unterstützen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 40						
Die Gestaltung der Tarife im ÖPNV ist Aufgabe der Verbundgesellschaft Region Braunschweig mbH. Die Stadtverwaltung hat hierauf keine Einflussmöglichkeiten. Es können keine Angaben zu den finanziellen Auswirkungen sowohl im Hinblick auf die einmaligen als auch auf die laufenden Kosten gemacht werden.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Schulausschuss		6	4	2	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 74: Magniviertel: Fahrradständer vor der Grundschule im Klint installieren						
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.:		
2482	0,544	Investition		Innenstadt		
Die Stadt Braunschweig möge vor dem Eingang der Grundschule im Klint zwei Anlehnbügel zum sicheren Anschließen vor Fahrrädern installieren. Die auf dem Foto dargestellte Stelle wird regelmäßig zum unzulässigen Abstellen von Kraftfahrzeugen benutzt. Dadurch sind auch Beschädigungen der dortigen Sitzbank zu beklagen. Ohnehin mangelt es dort an ausreichend Möglichkeiten zum sicheren Anschließen von Fahrrädern.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 66						
Die Installation von Fahrradständern kostet pro Stück 200 - 250 EURO (Beschaffung und Einbau).						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Stadtbezirksrat 131		11	0	2	Angenommen	
Bauausschuss		9	0	1	Angenommen	
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 75: Modernes Zahlungssystem für Bus & Bahn einführen						
Vorschlags-Nr.: 1967	Bewertung: 0,539	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
<p>Im Februar hat die Braunschweiger Verkehrs GmbH die Preise für Fahrkarten erhöht, die beim Fahrer gekauft werden. Der Mehraufwand und die Belastung der Fahrer durch den Fahrkartenverkauf sind nachvollziehbar hoch. Jedoch muss man bedenken, dass der Kauf von Tickets beim Fahrer in den meisten Fällen der einzige Weg ist, um an Fahrkarten zu gelangen. Vorverkaufsstellen befinden sich nicht in allen Stadtteilen. Und ich finde, man kann nicht verlangen, dass man sich Einzelfahrscheine bunkert.</p> <p>Ich schlage daher vor, das Fahrkarten-System durch ein zeitgemäßes System zu ersetzen beziehungsweise zu ergänzen.</p> <p>Zum Beispiel durch eine Integration in die Braunschweiger Verkehrs GmbH App. Eine Implementierung von Tickets per Barcode/QR-Code haben mehrere Vorteile. 10er Streifen sollten auch dort zu erwerben sein und Fahrten können durch antippen entwertet werden.</p> <p>Die Entwertung von Fahrscheinen kann durch Scanner in den Bussen oder "Keep it Simple" durch antippen in der App durchgeführt werden. Zusätzlich zum Barcode kann zur Sichtkontrolle durch den Fahrer die Entwertungszeit angezeigt werden.</p> <p>Kontrolleure können über eine Kontrollapp die Barcodes prüfen. Für diese Lösung sind nur geringe Investitionen notwendig, da es sich um eine ausschließlich software-basierte Lösung handelt.</p> <p>Eine weitere, jedoch deutlich kostenintensivere Lösung, wären NFC Bezahlsysteme, bei denen die Busse und Bahnen mit NFC-Terminals Ausgestattet werden. Beim Betreten des Transportmittels kann per NFC-Smartphone oder mit einer Kundenkarte ein Ticket erworben oder ein vorhandenes Kontingent eingelöst werden. Auf die Kundenkarte können dann alle verfügbaren Ticketarten aufgebucht werden.</p> <p>Wichtig für die Akzeptanz eines solchen Systems ist auf jeden Fall die Verfügbarkeit aller Produktarten (Monatskarten, Fahrradkarten, 10er Karten und so weiter).</p>						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
<p>siehe auch Stellungnahme zu Vorschlag Nr. 2692.</p> <p>Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat Ende Mai 2015 ihre umbenannte Fahrplan-App Verkehr-BS im Google Play Store veröffentlicht. Über die App können Fahrscheine der Vorverkaufspreisstufe des Stadt tarifs Braunschweig für Fahrten in der Tarifzone 40/Stadt Braunschweig erworben werden. Die Fahrausweise können derzeit per Sofortüberweisung, Paypal oder Kreditkarte bezahlt werden. Das Lastschriftverfahren sieht die Verkehrs-GmbH derzeit als nicht praktikabel, da u.a. unsicher in der Einnahme, an. Entsprechende Erfahrungen wurden bereits mit einem SMS-Ticketsystem gemacht. Die App Verkehr-BS mit Ticketkauffunktion wird derzeit auch für den App Store erstellt, so dass kurzfristig auch Ticketkäufe für iOS Smartphones möglich sein werden.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremiumlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		9	0	0	Angenommen
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					